



HESSISCHER LANDTAG

16. 11. 2011

90. Sitzung

Wiesbaden, den 16. November 2011

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	6125	Einzelplan 04	
<i>Entgegengenommen</i>	6125	Heike Habermann	6178
Vizepräsident Lothar Quanz	6125	Hans-Jürgen Irmer	6179
Vizepräsident Frank Lortz	6170	Mathias Wagner (Taunus)	6181
		Mario Döweling	6183
6. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) – Drucks. 18/4670 zu Drucks. 18/4400 –	6125	Barbara Cárdenas	6185
<i>Beratung beendet</i>	6229	Ministerin Dorothea Henzler	6187
		Vizepräsident Heinrich Heidel	6188
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung für ein Finanzausgleichsänderungsge- setz 2012 – Drucks. 18/4671 zu Drucks. 18/4401 –	6125	Einzelplan 05	
<i>Beratung beendet</i>	6229	Heike Hofmann	6188
Wolfgang Decker	6125	Hartmut Honka	6189
Präsident Norbert Kartmann	6229	Dr. Andreas Jürgens	6190
		Stefan Müller (Heidenrod)	6191
Einzelplan 01		Dr. Ulrich Wilken	6193
Petra Fuhrmann	6125	Minister Jörg-Uwe Hahn	6193
Holger Bellino	6126	Vizepräsident Frank Lortz	6194
Hermann Schaus	6127		
Vizepräsident Lothar Quanz	6127	Einzelpläne 06, 17 und 18	
		Norbert Schmitt	6195
Einzelplan 02		Gottfried Milde (Griesheim)	6195
Thorsten Schäfer-Gümbel	6128	Sigrid Erfurth	6196
Ministerpräsident Volker Bouffier	6136	Alexander Noll	6197
Günter Rudolph	6145	Willi van Ooyen	6198
Tarek Al-Wazir	6146	Minister Dr. Thomas Schäfer	6199
Florian Rentsch	6153	Vizepräsident Frank Lortz	6200
Willi van Ooyen	6160		
Janine Wissler	6163	Einzelplan 07	
Dr. Christean Wagner (Lahntal)	6165	Uwe Frankenberger	6200
Norbert Schmitt	6170	Dr. Walter Arnold	6201
Vizepräsident Frank Lortz	6170	Karin Müller (Kassel)	6203
		Jürgen Lenders	6204
Einzelplan 03		Janine Wissler	6205
Günter Rudolph	6170	Minister Dieter Posch	6207
Alexander Bauer	6171	Vizepräsidentin Sarah Sorge	6208
Mürvet Öztürk	6173		
Dr. Frank Blechschmidt	6174	Einzelplan 08	
Hermann Schaus	6174	Dr. Thomas Spies	6208
Minister Boris Rhein	6176	Dr. Ralf-Norbert Bartelt	6209
Vizepräsident Heinrich Heidel	6178	Kordula Schulz-Asche	6210
		René Rock	6212
		Marjana Schott	6213
		Minister Stefan Grüttner	6214
		Präsident Norbert Kartmann	6215

	Seite		Seite
Einzelplan 09		Timon Gremmels	6216
14. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Finanzierung der Verbraucherarbeit in Hessen sicherstellen		Peter Stephan	6217
– Drucks. 18/4309 –	6216	Ursula Hammann	6218
<i>Aussprache beendet</i>	6229	Frank Sürmann	6219
		Marjana Schott	6220
		Ministerin Lucia Puttrich	6221
		Präsident Norbert Kartmann	6222
		Einzelplan 15	
59. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Teilkonsensergebnisse beim Energiegipfel sind umgehend vom Gesetzgeber umzusetzen – Energiewende nur unter echter Beteiligung der Kommunen möglich		Gernot Grumbach	6222
– Drucks. 18/4701 –	6216	Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	6222
<i>Aussprache beendet</i>	6229	Sarah Sorge	6224
		Dr. Matthias Büger	6225
		Janine Wissler	6226
		Ministerin Eva Kühne-Hörmann	6227
		Präsident Norbert Kartmann	6229

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
 Vizepräsident Frank Lortz
 Vizepräsident Lothar Quanz
 Vizepräsident Heinrich Heidel
 Vizepräsidentin Sarah Sorge

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
 Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
 Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen
 beim Bund Michael Boddenberg
 Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
 Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
 Kultusministerin Dorothea Henzler
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
 Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
 Sozialminister Stefan Grüttner
 Staatssekretär Michael Bußer
 Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
 Staatssekretär Horst Westerfeld
 Staatssekretär Prof. Dr. Luise Hölscher
 Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann
 Staatssekretär Ingmar Jung
 Staatssekretär Steffen Saebisch
 Staatssekretär Mark Weinmeister
 MinDirig Dr. Guido Friedrich

Abwesende Abgeordnete:

Leif Blum
 Manfred Görig
 Margaretha Hölldobler-Heumüller
 Andrea Ypsilanti

(Beginn: 9:04 Uhr)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zur 90. Plenarsitzung am heutigen Buß- und Betttag, am Mittwoch, dem 16. November, begrüßen. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Es gibt wenige amtliche Mitteilungen zur Tagesordnung: Die Punkte 1 bis 5, 27 und 28 sind erledigt.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Mord und Verbrechen durch rechte Terroristen in Deutschland und Hessen, Drucks. 18/4708. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 62. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

Zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen heute, wie vereinbart, bis zum Ende der Beratung der Einzelpläne des Haushalts ohne Mittagspause. Das heißt, der heutige Tag steht ganz im Zeichen des Haushalts.

Ich darf mitteilen, dass entschuldigt fehlen: Frau Staatsministerin Puttrich und der Kollege Leif Blum.

Ich weise darauf hin, dass gegen 13 Uhr die Ausstellung „40 Jahre Internationale Senefelder-Stiftung“ durch Herrn Präsidenten Kartmann eröffnet wird.

Ich freue mich, heute einem Kollegen zu seinem Geburtstag gratulieren zu dürfen. Herr Warnecke hat heute Anlass zum Feiern. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf Ihnen die Glückwünsche des ganzen Hauses aussprechen. Herr Warnecke, ein gutes Jahr für Sie.

(Schriftführer Abg. Dr. Michael Reuter überreicht einen Blumenstrauß.)

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 6 a** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) – Drucks. 18/4670 zu Drucks. 18/4400 –

Berichtersteller ist Herr Kollege Decker. Er ist schon sprung- und berichtsbereit.

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 6 b** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012 – Drucks. 18/4671 zu Drucks. 18/4401 –

Berichtersteller ist ebenfalls Herr Kollege Decker. – Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Wolfgang Decker, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen die beiden Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushaltsausschusses vortragen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, zu den Einzelplänen folgende Beschlüsse zu fassen, die Ihnen in der Anlage zur Beschlussempfehlung vorliegen, wobei ich darauf hinweisen darf, dass die bisher eingegangenen Änderungsanträge noch nicht beraten wurden, sondern dass man sich verständigt hat, das in der dritten Lesung vollständig zu tun.

Ich darf Ihnen die Beschlussempfehlung bezüglich des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2012 vorlesen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Decker.

Meine Damen und Herren, wie Sie der Tagesordnung sowie der Anlage zu Tagesordnungspunkt 6 entnehmen können, werden verschiedene Anträge mit Einzelplänen aufgerufen. Die Abstimmung über die Einzelpläne findet allerdings vereinbarungsgemäß erst nach dem Ende der Beratungen über alle Einzelpläne statt.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Generaldebatte und die Beratungen der Einzelpläne heute abzuschließen und die Abstimmungen über die Einzelpläne, die Abstimmungen in zweiter Lesung und die Abstimmungen der dazu aufgerufenen Tagesordnungspunkte am morgigen Donnerstag, zu Beginn der Sitzung, ab 9 Uhr, vorzunehmen.

Der Anlage zu Tagesordnungspunkt 6 können Sie ebenfalls entnehmen, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat bei der Aussprache über die jeweiligen Einzelpläne auf eine Redezeit von 90 Minuten je Fraktion verständigt haben, ohne Begrenzung der einzelnen Rednerinnen und Redner. Es gibt fest vereinbarte Redezeiten. Wir werden vom Präsidium aus versuchen – wir sollen das auch so tun –, dies strikt einzuhalten, sodass die Fraktionen insgesamt in den Einzelplänen, wie vereinbart, zu ihrem Recht kommen.

Ich darf nunmehr

Einzelplan 01 – Hessischer Landtag –

aufrufen. Dazu hat die SPD eine Redezeit von drei Minuten angemeldet.

(Günter Rudolph (SPD): Wir bitten darum!)

Frau Kollegin Fuhrmann, Sie haben das Wort.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, guten Morgen! Gute Arbeit ist eine der stärksten Säulen für den Zusammenhalt der Gesellschaft; und der boomende Niedriglohnssektor ist eines der Grundübel.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Aufgabe ist es, notwendige Rahmenbedingungen für familienfreundliche Arbeitszeiten, geregelte Arbeit und fairen Lohn zu schaffen. Als SPD setzen wir auch auf den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Solange wir diesen Mindestlohn nicht haben, eröffnen wir Lohndum-

ping, Lohndrückerei und Ausbeutung Tür und Tor. Das gilt in Teilen für die Wirtschaft; und es gilt leider zunehmend auch im Hessischen Landtag, was die personellen Weichenstellungen der letzten Jahre betrifft.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Denn auch hier werden nach dem Prinzip „make or buy“ Bereiche outgesourct. Neben den Firmen, die den Pfortendienst übernommen haben, gilt dies seit einiger Zeit auch für die Reinigungskräfte und die Abgeordnetenbüros. Outsourcing ist neben der Leiharbeit, der geringfügigen Beschäftigung, der Ein-Euro- und der Minijobs einer der Gründe, warum der Niedriglohnsektor immer weiter ausufert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Durch Outsourcing, so die Theorie, sollen die Kosten gesenkt, Synergieeffekte erzielt und Leistungen verbessert werden. Bei Krankheit sollen etwa Risiken auf Dritte verlagert werden. Das sind sicherlich alles Punkte, die Teile dieses Hauses – insbesondere die FDP – gut finden. Wir müssen aber sehen, dass die positiven Effekte im Landtag gar nicht oder in nur sehr geringem Umfang erzielt werden und gesamtgesellschaftlich einfach schädlich sind.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zu dem Beispiel der Kostenersparnis. Nach meinen Informationen ist der Ansatz gerade im Bereich des Pfortendienstes nach der Verlagerung auf dem gleichen Stand geblieben. Die Summen gehen aber nicht mehr ungekürzt an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern die Leihfirma rechnet ihre Kosten dagegen. Das heißt: Die Folge ist entweder ein niedrigerer Stundenlohn oder aber eine Personalreduzierung, die in Folge gekommen ist bzw. künftig kommen wird.

Für uns als SPD steht das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche und gute Arbeit“ im Mittelpunkt, gerade in den Fraktionen und hier im Parlamentsgebäude. Ich glaube, wir sollten beispielgebend sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fremdfirmen und ihre Leistungen will ich überhaupt nicht beurteilen. Was sich aber geändert hat oder möglicherweise ändern wird, betrifft die Frage, ob sich durch die Personalfuktuation nicht die Sicherheitsstandards in unseren Büros und im Parlamentsgebäude ändern, wir also zu etwas kommen, was wir bisher nicht gewohnt waren. Ich gehe jedenfalls davon aus, dass wir zu 100 % sicher sein müssen, dass Menschen, Dritte, die sich an uns wenden, in den Büros der Abgeordneten mit absoluter Vertraulichkeit rechnen dürfen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Fuhrmann, die drei Minuten Redezeit sind abgelaufen.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, ich komme sofort zum Schluss meiner Rede. – Insofern stelle ich fest: Die Verlagerung auf die Fremdfirmen hat keinen Nutzen gebracht. Es gibt Nachteile, die ich dringend zu bedenken gebe.

Ich sage: Wir müssen das Prinzip „make or buy“ über Bord werfen und zur alten Regelung beim Pforten-

Reinigungsdienst zurückkehren. Wir, die SPD-Fraktion, werden dazu einen Änderungsantrag einbringen und bitten herzlichst um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Fuhrmann, danke. – Für die CDU-Fraktion hat sich jetzt Herr Bellino zu Wort gemeldet. – Herr Bellino, ich weiß jetzt nicht, welche Redezeit Sie vorgesehen haben. Eine Minute?

(Zuruf)

Sie wollen auch drei Minuten sprechen, bitte schön.

(Günter Rudolph (SPD): Er war nicht angemeldet! – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP): Er wusste nicht, was für eine „charmante“ Rede Frau Fuhrmann heute Morgen hier halten wird!)

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ungewöhnlich, wenn nicht sogar einzigartig, dass der Einzelplan 01 in dieser Form diskutiert wird, dass er hier im Hessischen Landtag aufgerufen wird.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau so ist es!)

Die Thematik Einzelplan 01 und insbesondere die sensible Thematik der Beschäftigung der Mitarbeiter gehört ins Präsidium.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das stimmt man auch vorher im Präsidium ab!)

Zum einen ist das die gepflegte parlamentarische Praxis. Zum anderen sollten die Belange der Mitarbeiter dieses Hauses nicht Gegenstand öffentlicher Plenarberatungen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP) – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist eine reine Schauveranstaltung!)

So werden nämlich nicht nur die Gehälter der Mitarbeiter der Fremdfirmen thematisiert, sondern es entsteht natürlich auch ein Interesse, etwas über die Einkommenslage der Mitarbeiter des Hauses zu erfahren. Sie spielen damit externe und interne Mitarbeiter gegeneinander aus. Das gehört sich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Es verletzt auch nicht die Verschwiegenheit der Beratungen im Präsidium, dass ich jetzt feststelle, dass der Haushalt des Landtags selbstverständlich Gegenstand der entsprechenden Beratungen im Präsidium war und Ihre Fraktion dieses dort nicht thematisiert hat.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das finde ich aber interessant! – Peter Beuth (CDU): Das ist aber bemerkenswert!)

Da hätte es hingehört. Da hätte man das entsprechend machen können.

Das, was hier stattfindet, ist in der freien Wirtschaft gang und gäbe. Die entsprechenden Leistungen kann man durchaus extern ausschreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Farce wird Ihr Auftritt dadurch, dass Ihr vermeintlicher Kampf für die Beschäftigten oft nicht mehr als ein Lippenbekenntnis ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Im Gegensatz zu den Reinigungskräften im Landtag, die den Mindestlohn erhalten, kam beispielsweise im Jahr 2008 mit einem Bericht des „Spiegels“ zutage, dass die SPD-Bundestagsfraktion ihren Zeitarbeitssekretärinnen einen solchen Mindestlohn nicht gewährt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist aber interessant! Das ist peinlich!)

Wenn Ihnen das nicht aktuell genug ist, dann schauen Sie sich das eine oder andere Beschäftigungsverhältnis im Umfeld des Landesdienstes Brandenburg an, oder fragen Sie den Ministerpräsidenten aus Rheinland-Pfalz, was er seinen Mitarbeitern bezahlt, bei denen es um Sicherheit, die Botendienste oder die Fahrdienste geht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Der Schuss ging nach hinten los!)

Da sind Meilen dazwischen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da gehört es sich nicht, dass Sie hier eine solche Show abziehen.

Die LINKEN haben sich zu Wort gemeldet. Ich erinnere daran, dass Frau Kollegin Schott auch ein ganz kreatives Beschäftigungsmodell hatte, als es um das Einstellungsverhalten der Fraktion DIE LINKE ging.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Wir sind nach wie vor der Meinung, das Thema kann und muss diskutiert werden. Dann sollte das aber im Präsidium geschehen. Dort gehört es hin.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig, sehr gut!)

Es gehört nicht in die Öffentlichkeit. Keinesfalls sollte man die Mitarbeiter so gegeneinander ausspielen, wie Sie das tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Bellino, danke. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Schaus zu Wort gemeldet. – Herr Schaus, wollen auch Sie drei Minuten sprechen?

Herrmann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war bisher nicht üblich, in dieser Art und Weise über den Einzelplan 01 hier zu diskutieren. Ich begrüße aber ausdrücklich, dass die SPD-Fraktion diesen Aufschlag gemacht hat. Denn ich denke, man muss insbesondere da, wo man Verantwortung trägt, nämlich im eigenen Haus – wir alle tragen als Abgeordnete die Verantwortung für den Einzelplan 01 –, das diskutieren und möglicherweise bestehende Ungeheimheiten beseitigen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Als wir im Jahr 2008 in den Landtag eingezogen sind, haben wir, die Mitglieder der LINKEN, zur Kenntnis genommen, dass es offensichtlich eine langfristige Vereinbarung im Hinblick auf die schrittweise Veränderung, nämlich das Outsourcing im Reinigungsdienst, gab und gibt. So wurde uns das mitgeteilt. Es wäre interessant, wenn das nicht so wäre.

Wir bedauern das sehr. Wir sind der Meinung, dass diese Debatte jetzt aufgegriffen werden sollte, unabhängig davon, wer auch immer das veranlasst hat. Wir sollten diese Vereinbarung dringend überdenken und die Beschäftigten, die jetzt außerhalb des Landtags beschäftigt sind, herinholen und tatsächlich hier im Landtag beschäftigen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Niemand der bei diesen Firmen Beschäftigten soll Sorgen haben, auch nicht die, die im Pforten- und Bewachungsdienst arbeiten. Unsere Forderung kann nur sein, dass sie in den Landesdienst übernommen werden und wir tatsächlich der These der FDP „privat vor Staat“ einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Herr Bellino, wir halten das nicht nur unter dem Gesichtspunkt für wichtig, ob die Mindestlöhne gezahlt werden oder nicht. Wir sind der Meinung: Dort, wo gute Arbeit geleistet wird – sie wird zweifellos von allen Beschäftigten dieser Landtagsverwaltung geleistet, und zwar unabhängig davon, ob intern oder extern beschäftigt –, müssen Tariflöhne gezahlt werden.

Wir befinden uns da im öffentlichen Dienst. Deswegen erwarten wir, dass die Tariflöhne des öffentlichen Dienstes gezahlt werden.

Da nützen auch Ihre ganzen Beispiele zur Ablenkung, die Sie hier vorgebracht haben, nichts. Das ist null und nichtig. Meine Damen und Herren, Sie stehen in der Verantwortung, das ins Reine zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schaus, danke. – Zum Einzelplan 01 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das war ein Schuss nach hinten!)

Wir kommen damit zum

Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –

Zur Abfolge der Redner ist Folgendes vereinbart: Zunächst spricht jemand von der SPD, dann jemand von der Landesregierung. Danach spricht jemand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dann von der FDP, dann von der LINKEN, und der Vertreter der CDU-Fraktion spricht zum Schluss.

Damit darf ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Schäfer-Gümbel, das Wort erteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben 41 Minuten Redezeit gewünscht. Herr Schäfer-Gümbel, ich werde Sie auf die Redezeit aufmerksam machen.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Landtagspräsident! Frau Wissler, wahrscheinlich wird genau diese eine Minute am Ende wichtig sein. Deswegen haben wir 41 Minuten Redezeit angemeldet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass es richtig war, dass Petra Fuhrmann zu Beginn den Einzelplan 01 aufgerufen hat, um über das Thema gute Arbeit zu reden.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

– Herr Wagner, keine Sorge, Sie werden noch genug Anlass haben, sich im Laufe der nächsten 40 Minuten aufzuregen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie verlassen überall den guten Stil!)

Ich bin nur an Ihrer Gesundheit interessiert. Deswegen empfehle ich Ihnen dringend, sich jetzt ein bisschen zurückzuhalten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Kein Stil!)

Beim Thema gute Arbeit geht es um die Lebens- und Arbeitsbedingungen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Es geht nicht um einzelne Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, sondern es geht sehr wohl darum, welches Vorbild der Hessische Landtag hinsichtlich der Frage abgibt, wie er mit seinen eigenen Beschäftigten umgeht. Deswegen haben wir das Thema hier aufgerufen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das insbesondere auch den Zuschauerinnen und Zuschauern noch einmal erläutern. Die Generaldebatte über den Entwurf des Landeshaushalts 2012 ist nicht nur eine Diskussion über den Entwurf des Landeshaushalts 2012, sondern sie ist vor allem eine Diskussion über die Fragen der Grundlinien der Landespolitik. Deswegen will ich zunächst erläutern, um was es gehen muss.

Aus unserer Sicht muss es in einer solchen Generaldebatte darum gehen, wie wir die Zukunft unseres Bundeslandes sehen, wie wir die Chancen nutzen, wie wir Perspektiven ergreifen, wie wir den Herausforderungen unserer Bundeslandes in den nächsten Jahren gerecht werden. Damit sind natürlich auch folgende Fragen eng verbunden: Gibt es eine Idee? Gibt es ein Ziel? Gibt es einen Plan dafür, was wir in diesem Land erreichen wollen?

Der Gradmesser für diese Zukunftsdebatte ist beispielsweise die Bildungspolitik. Wir werden mit dem Landeshaushalt eine Antwort darauf geben müssen, welchen Beitrag das Land dazu leistet, dass wir nach wie vor feststellen müssen – nach der Bildungsforschung und den PISA-Ergebnissen –, dass die soziale Herkunft den Bildungsabschluss so stark bestimmt wie in nahezu keinem anderen Land.

Wir werden mit diesem Landeshaushalt zweitens die Frage beantworten müssen, welchen Beitrag wir für gute Arbeit geben. Wie entlohnen wir Menschen, die ihre Arbeit einbringen – Hände- wie Kopfarbeit –, werden sie am Ende auch von dem, was sie erbringt, leben können?

Wir werden die Frage beantworten müssen, ob wir mit diesem Landeshaushalt und der Landespolitik Armut verhindern und abbauen und damit Menschen Hoffnung und Perspektive geben können.

Wir werden im Bereich der Energie eine Antwort darauf geben müssen, ob wir Wirtschaft und Umwelt miteinander in Einklang bringen und die Chancen, die in der Energiewende liegen, nutzen.

Wir werden eine Antwort darauf geben müssen, ob wir mit dem demografischen Wandel, den besonderen Herausforderungen insbesondere in den ländlichen Räumen gerecht werden und ob die Städte und Gemeinden so ausgestattet sind, dass sie dieser Herausforderung gerecht werden können.

Wir werden im Bereich der Sicherheit eine Antwort darauf geben müssen, ob das, was wir vorgeben, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger schützt und Perspektive gibt.

Letztlich werden wir natürlich auch eine Antwort darauf geben müssen, ob wir mit dem Geld, das uns durch Steuern anvertraut ist, wirtschaftlich umgehen und dem Verfassungsauftrag nach der Schuldenbremse gerecht werden, nämlich der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Gradmesser für diese Debatte. Ich will es gleich vorweg sagen: Diesen Zukunftsaufgaben wird diese Landesregierung abermals nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben keine Ziele, Sie haben keine Ideen, Sie haben keine Strategie, Sie haben keinen Plan.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aber wir haben Schäfer-Gümbel!)

Sie genügen sich nach zwölf Jahren Regierungszeit in Selbstgefälligkeit, weil Ihnen die Ideen für dieses Land ausgegangen sind, Herr Irmer. – Wo ist eigentlich der Ministerpräsident, wenn es um die Zukunftsthemen geht? Wo ist Volker Bouffier?

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Schäfer-Gümbels Märchenstunde! – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Irmer ruft gerade herein, dass der Ministerpräsident hier sitzen würde. – Herr Irmer, ich wollte nicht wissen, wo es sich der Ministerpräsident bequem gemacht hat, sondern ich will wissen, wo er bei den zentralen Themen ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Oh!)

Der Ministerpräsident gefällt sich in seinem Amt und klopft sich überall auf die Schultern. Aber glauben Sie ernsthaft, Herr Bouffier, dass dieses Land einen Moderator sucht,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist doch Ihre Erfindung!)

einen, der sich im Verwalten ergeht? Sie haben da etwas gründlich missverstanden – „Wetten, dass ..?“ sucht einen neuen Moderator. Wenn Sie das sein wollen, bewerben Sie sich bitte bei Herrn Schächter und dem ZDF. Was wir suchen, ist ein Regierungschef, der den Zukunftsaufgaben gerecht wird, sie annimmt und Lösungen anbietet – und die bleiben Sie konsequent schuldig.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich zu einigen sehr konkreten Punkten kommen. Zur Bildung. Wir haben es in den letzten zwei Plenardebatten als Thema gehabt: Perspektive an den Hochschulen. Sie haben hier G 8 eingeführt, Sie haben davon gesprochen, dass wir Schüler schneller durch die Schulen schicken müssen. Wir haben die Bundeswehrreform, und heute haben wir überfüllte Hochschulen. Was ist die Antwort der Wissenschaftsministerin, aber auch des Ministerpräsidenten? – Alles ist gut, es gibt keine Notwendigkeit, irgendetwas zu ändern.

Ich sage Ihnen: Es ist nicht akzeptabel, dass wir den Schülerinnen und Schülern auf der einen Seite sagen, sie sollen schneller durch die Schule gehen, und sie anschließend an den Hochschulen vor verschlossenen Türen stehen, weil die Kapazitäten nicht vorhanden sind.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Reine Erfindung!)

Das geht nicht, Herr Wagner. Da helfen auch die Drohungen in Richtung der Universitätsleitungen nicht. Sie werden sich der Wirklichkeit stellen und die Grundfinanzierung an den Hochschulen stärken müssen. Deswegen haben wir Ihnen einen Vorschlag gemacht: Gehen Sie mit uns den Weg eines Notprogramms, damit wenigstens die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, dass die Studierenden auch akzeptable Studienbedingungen an den hessischen Hochschulen vorfinden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im Sommer ein Schulgesetz beschlossen, das als Meilenstein beschrieben wurde.

(Florian Rentsch (FDP): Ja, wir, nicht Sie! – Gegen-
ruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Sie haben es mit der Mehrheit hier im Hessischen Landtag beschlossen. Wir nehmen dieses Gesetz nicht für uns in Anspruch, damit das auch völlig klar ist, Herr Rentsch. – Aber dieses Gesetz gibt keinerlei Antwort auf die großen Fragen von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will schon allein im Grundansatz sagen: Rainer Domisch hat uns als leiser Vertreter seiner Zunft immer wieder ins Stammbuch geschrieben, dass wir Kinder nicht beschämen dürfen. – Das ist der wesentliche Punkt, den er zu seiner Bildungsphilosophie gemacht hat. Ich finde, er hat recht. Wir müssen eine Schule schaffen, die Kinder nicht beschämt. Das heißt, wir müssen Kinder fördern, wir müssen Kindern Chancen und Perspektiven geben.

Wer im Schulgesetz allerdings den Begriff der „Durchlässigkeit“ streicht, der hat etwas anderes im Sinne: Sie bauen Bildungschancen für Kinder ab, wir aber wollen sie fördern.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist doch lächerlich!)

Deswegen fordern wir Sie erneut und immer wieder auf: Kehren Sie um und werden Sie den Anforderungen von Bildungsgerechtigkeit endlich gerecht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Christean
Wagner (Lahn-
tal) (CDU))

– Was haben Sie denn gemacht, Herr Wagner? Sie haben eine völlig vergeigte Schulzeitverkürzung durchgeführt. Sie haben G 8 mit aller Gewalt von oben durchgesetzt. Diese Reform ist vermurkst. Sie belastet die Kinder in ihrer schwierigsten Zeit, die sie haben – nämlich in der Zeit, in der sie von Kindern zu jungen Erwachsenen werden, der Pubertät.

Deswegen sagen wir Ihnen: Kehren Sie um, hören Sie mit diesem Unfug bei G 8 auf. Wir müssen eine andere Form der Schulzeitverkürzung organisieren, indem wir in der Oberstufe und der Schuleingangsform etwas tun, aber nicht in der schwierigsten Phase, in der Kinder groß werden sollen. Deswegen sagen wir Ihnen: G 8 in dieser Form muss abgeschafft werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen
(DIE LINKE))

Sie geben keine Antwort auf wirkliche Ganztagschulen. Das wird Ihnen von der kommunalen Seite durchgängig bescheinigt. Sie geben mit dem Schulgesetz keine Antwort auf das große Thema der Inklusion, im Gegenteil: Herr Irmer polemisiert gegen das Thema Inklusion in einer völlig unerträglichen Weise.

(Günter Rudolph (SPD): So ist er!)

wenn er dann auch noch erklärt, dass das Thema Inklusion jetzt missbraucht werden solle, um eine Einheitsschule einzuführen. Sie haben es nach wie vor nicht begriffen, Herr Irmer: Es geht darum, Kinder in die Schule zu integrieren. Es hat nichts mit Einheitssystemen zu tun. Deswegen wird Ihr Schulgesetz dem Anspruch von Inklusion nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Von dem Chaos beim Thema Referendariat und Referendare und Ihren anderen Konflikten will ich jetzt gar nichts erzählen. Aber wer glaubt, dass dieses Schulgesetz, das Sie vorgelegt haben, ernsthaft den Herausforderungen von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit gerecht wird, der irrt.

Deswegen – das will ich klar auch in Richtung der Schulen, der Lehrerinnen und Lehrer und der Eltern sagen –: Ja, die Schulen sind vieler Reformen überdrüssig. Das kann ich bei dem, was Sie in den letzten zwölf Jahren alles anrichtet haben, auch verstehen.

Ich kann den Schulen nicht versprechen, dass es unter einer rot-grünen Landesregierung keine Reformen mehr gibt,

(Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Rot-rot-
grün!)

weil wir viel zu richten haben, Herr Wagner. Wir haben viel zu richten. Aber ich sage Ihnen: Wir werden bei unseren Reformen Lehrerinnen und Lehrer wie auch die Eltern zu Bündnispartnern der Schulpolitik machen und sie nicht gegen ihre Widerstände durchsetzen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

– „Pure Ideologie“ – Herr Beuth gibt das richtige Stichwort. Ich bin Herrn Beuth dafür außerordentlich dankbar. Das haben wir gerade in den letzten Tagen auf dem

Bundesparteitag der CDU und mit der Reaktion aus der Hessen-Union erlebt. Ich bin Frau Schavan für ihre klaren Worte sehr dankbar, die in der „FAZ“ sagte: „Wir reagieren auf die Wirklichkeit.“ – Was ist gemeint?

(Petra Fuhrmann (SPD): Das unterscheidet sie von der Hessen-CDU!)

Gemeint ist die Debatte in der Union über die Frage, wie man zukünftig mit der Hauptschule umgeht. Volker Bouffier und andere in der Hessen-Union haben sich gleich hingestellt und gesagt: Mit uns gibt es keine Abschaffung der Hauptschule; das wollen wir nicht.

(Peter Beuth (CDU): So ist es!)

Was passiert auf dem Bundesparteitag? Sie sind doch kielgeholt worden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Der entscheidende Punkt ist, dass Frau Schavan doch recht hat. Sie müssen endlich in der Wirklichkeit ankommen. Das ist doch Ihr Problem in der Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es Ihnen in aller Klarheit: Es muss damit Schluss sein, dass Sie in Sonntagsreden weiter über die Ressourcen im Bildungsbereich reden und in Ihrem täglichen Handeln das genaue Gegenteil tun.

Frau Henzler, ich sage das in Ihre Richtung: Das, was Sie am Wochenende beim Thema Kooperationsverbot erreicht haben – gemeint ist die gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern –, wird ein richtiger Bumerang. Das ist ein Pyrrhussieg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sich auf dem Bundesparteitag der FDP hinzustellen und zu erklären: „Wir wollen das Kooperationsverbot, das dem Bund verbietet, finanzielle Mittel für die Bildungspolitik auf der Länderseite zur Verfügung zu stellen“, ist völlig absurd. Öffnen Sie sich den Debatten, wie sie in der SPD, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch innerhalb der Union geführt werden. Das Kooperationsverbot war falsch. Es muss weg. Wir brauchen eine gemeinsame Bildungs- und Finanzierungsverantwortung. Deswegen brauchen wir auch eine Grundgesetzänderung.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Peter Beuth (CDU): Sie wollen Sozialismus und Einheitsschule! Mehr fällt Ihnen nicht ein!)

Frau Henzler, das wird ein Pyrrhussieg. Das wird sich noch bitter rächen, weil das zu einer Bildungsbremse wird. Schauen Sie sich doch nur Ihre Zahlen bei der mittelfristigen Finanzplanung von Herrn Schäfer an, was wir an Problemen und schon jetzt für ein Theater mit Ihrem Etat hatten, was das auf der mittleren Linie heißt. Da gibt es wenige Spielräume.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist die nächste Erfindung, es ist eine Erfindung nach der anderen, reine Märchenstunde!)

Herr Wagner, das sind alles schwierige Fragen, die Sie selbst intellektuell redlich einmal in Ihren Reihen aufrufen müssten. Nehmen Sie die Verfassungsverantwortung und den Verfassungsauftrag zum Thema Einnahmeverantwortung endlich einmal ernst. Dazu werde ich später noch einmal kommen. Ich will Ihnen klar sagen, es gibt in

der Bildungspolitik in Ihrer Landesregierung keine Ziele mehr. Ich hatte das am Anfang schon gesagt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Eine Erfindung nach der anderen, nur Erfindungen! – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Eine der Herausforderungen, die wir beispielsweise haben – Herr Wagner, ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt –, ist, dass wir nach wie vor in Hessen 7 bis 8 % eines Jahrgangs haben, die ohne Schulabschluss von den Schulen gehen. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Wer Ziele definiert, muss sich daran auch messen lassen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen bis 2020 die Quote von Schülerinnen und Schülern, die ohne Schulabschluss abgehen, auf null setzen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Reine Märchenstunde!)

Wir wollen, dass bis 2020 kein Schüler mehr die Schule ohne Schulabschluss verlässt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Nur Nebelkerzen! Wir haben von Ihnen 20 % übernommen!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas weniger Lautstärke aus dem Plenarsaal bitten, damit der Redner von allen gut gehört werden kann. Bitte etwas mehr Ruhe.

(Marius Weiß (SPD): Kein Anstand!)

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Ich danke Ihnen. Ich habe aber gesagt, dass Herr Wagner noch Anlass bekommt, sich aufzuregen, weil wir über Wirklichkeit reden und das eben nicht zu dem passt, was die Regierung immer wieder vorträgt.

Zweites Thema: Arbeit. Der Ministerpräsident wird nicht müde, zu erklären, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Hessen ausgezeichnet ist

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Ja!)

und dass wir gut aus der Krise herausgekommen sind. Das ist auch richtig.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

– Genau, herzlichen Dank, Zustimmung von der Union. – Das ist auch richtig. Was der Ministerpräsident allerdings nie dazusagt, ist, dass das nur eine Seite der Medaille ist und es beim Thema Arbeit eine zweite Seite gibt, die Sie wiederum nicht bereit sind zu bearbeiten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Die niedrigste Arbeitslosigkeit!)

Diese zweite Seite ist, dass wir beispielsweise so gut aus der Krise herausgekommen sind, weil wir betriebliche Mitbestimmung und starke Betriebsräte in vielen Unternehmen hatten, wie bei Sell und bei Opel, ohne die es heute die Unternehmen nicht mehr geben würde, während Sie ständig an die betriebliche Mitbestimmung die Axt anlegen wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Wir hatten damals in der Verantwortung der Großen Koalition mit der Kurzarbeiterregelung ein hervorragendes Instrument, das uns über die Krise hinweggerettet hat, übrigens immer gegen den erbitterten Widerstand aus der FDP, die das nämlich alles gar nicht wollte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu gehört auch, und das führt uns zur Diskussion um den Einzelplan 01 zurück, dass wir heute bei arbeitenden Menschen eine Situation haben, die prekär ist.

Wenn wir feststellen, dass die Hälfte der unter 30-Jährigen im Niedriglohnsektor arbeitet, wenn wir feststellen, dass die Hälfte der unter 35-Jährigen noch nie in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis gearbeitet hat,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das stimmt ja gar nicht – die niedrigste Arbeitslosigkeit!)

wenn in Hessen jede dritte Frau im Niedriglohnsektor arbeitet, dann stimmt etwas nicht mehr.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Jemand, der vollschichtig arbeitet, muss von dieser vollschichtigen Arbeit auch anständig leben können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen streiten wir so engagiert für Mindestlöhne. Sie missachten mit Ihrer Position, eine Untergrenze einzuführen, die Leistung der Menschen, die von solchen Löhnen leben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist das Gebot der Stunde die Einführung von Mindestlöhnen. Ich fordere Sie noch einmal auf: Beenden Sie Ihre ideologische Blockade. Den Formelkompromiss auf dem Parteitag, den Sie geschaffen haben, hat der Ministerpräsident zu Recht zu einem Symbolthema erklärt, das aber eigentlich nichts bringe. Er argumentiert wie immer schön mit dem Hinweis darauf, dass man die ökonomischen Regeln nicht außer Kraft setzen könne.

(Peter Beuth (CDU): Solche Sachen interessieren Sie nicht!)

Ich will gern dazu ergänzen: Es wäre allerdings manchmal auch richtig, wenn man die ökonomischen Regeln anwenden würde. Dann könnte man nämlich gelegentlich auch zu einem Ergebnis kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen das mit einem beeindruckenden Beispiel, wie ich finde, illustrieren. Die 1.000 Callcenter in der Bundesrepublik Deutschland haben im Jahr 2008 einen Gewinn von 677 Millionen € erwirtschaftet.

(Florian Rentsch (FDP): Einen Gewinn?)

Das sind 14 % Rendite. So weit, so gut. Aber gleichzeitig haben die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den Beschäftigten der Callcenterbranche 32 Millionen € an Lohnkostenzuschüssen über Aufstockungsregelungen zahlen müssen. Das ist eine Sauerei. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Wortmeldung des Abg. Florian Rentsch.)

– Keine Zwischenfragen. Herr Rentsch hat genügend Zeit, anschließend ausführlich zu antworten.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

– Herr Rentsch, deswegen sage ich Ihnen sehr klar: Wir haben ein Ziel. Wir wollen bis zum Jahr 2020, dass kein Mensch, der vollschichtig arbeitet, noch von Lohnkostenzuschüssen leben muss, sondern dass das über die Lohntüte zurückkommt.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Arbeit ist der Ministerpräsident ohnehin sehr rar bzw. liegt häufig konsequent daneben.

(Günter Rudolph (SPD): Das kann er!)

Ich will das an wenigen Beispielen deutlich machen. Es gab ein sehr beeindruckendes Interview des Ministerpräsidenten im Frühjahr dieses Jahres angesichts der angekündigten Fusion der Deutschen Börse mit der NYSE. Sinngemäß erklärte er: Das ist doch toll, dass wir jetzt auch Global Player aus Frankfurt haben.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Können Sie das einmal vorlesen, wo das steht? Ich kenne das nicht!)

– Herr Ministerpräsident, das wundert mich jetzt auch wieder nicht. Aber ich suche es Ihnen gerne anschließend heraus.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Wo haben Sie das denn her?)

– Das habe ich aus der „FAZ“. Wir werden es Ihnen zukommen lassen, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von der CDU)

Der Ministerpräsident hat damals davon gesprochen, dass es da viele Chancen gibt, offensichtlich ohne sonderliche Kenntnis dessen, was im Hintergrund alles passiert.

(Günter Rudolph (SPD): Das stört ihn nicht!)

Auch das ist nicht so richtig neu.

Es gab dann die eine oder andere Debatte. Freundlicherweise hat der Wirtschaftsminister ein paar kritische Bemerkungen dazu gemacht oder zumindest Hinweise dazu gegeben, dass die Welt nicht ganz so einfach ist, wie sie sich in solchen Interviews beschreiben lässt.

Fakt ist aber, dass inzwischen selbst in Ihren Reihen die kritischen Stimmen zur Börsenfusion zunehmen, weil viele begreifen, dass das, was dort passiert, erhebliche Gefährdungen für den Finanzplatz Frankfurt insgesamt mit sich bringt und im Übrigen auch für die Möglichkeiten, eine Finanzmarktregulierung durchzusetzen, die zwingend notwendig ist, weil wir endlich Ordnung an den Finanzmärkten schaffen müssen, Konsequenzen hat. Deswegen ist die Perspektive bei solchen Fragen nicht, irgendwie ein bisschen Global Player zu sein, sondern dass wir am Ende Ordnung an den Finanzmärkten schaffen. Herr Ministerpräsident, das ist der Gradmesser.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für die Position zum Frankfurter Flughafen. Wir hatten Gelegenheit, das im Rahmen der Sondersitzung zu diskutieren. Deswegen kann ich das hier kurz machen. Aber auch das gehört in eine solche Generaldebatte,

weil das ein Thema ist, das uns noch viele Jahre beschäftigen wird. Das Mediationsergebnis war der gekonnte Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Frankfurter Flughafens und der Airlines auf der einen Seite und den Schutzinteressen der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite. Ich habe letzte Woche sowohl Lufthansa Cargo in all ihren Teildisziplinen, vom Vorstand über den Betriebsrat bis zum Vorfeld, als auch Flörsheim besucht. Denn ich habe versucht, beiden jeweils deutlich zu machen,

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

warum die hessische Sozialdemokratie nach wie vor zu diesem gefundenen Mediationsergebnis steht: weil es darum geht, diesen Ausgleich zu schaffen, eine Vertrauensgrundlage, dass diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die höher belastet sind, einen Ausgleich bekommen. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Chancen des Flughafens weiterentwickelt werden.

Herr Ministerpräsident, ich würde mir wünschen, dass Sie in gleicher Weise Ihrer Verantwortung gerecht würden, mit den Akteuren reden und für diesen Ausgleich werben und nicht länger gegen Ihr eigenes Versprechen vor dem Verwaltungsgericht in Leipzig klagen.

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf die Zeit will ich mir die Anmerkungen zu anderen Themen, wie Sanofi-Aventis, ersparen. Wir werden morgen Gelegenheit haben, auch über das Thema Bodenverkehrsdienste zu sprechen. Auch bei diesem Thema will ich sehen, dass Sie nicht nur in den Sonntagsreden und Grußworten die Unterstützung in Richtung der Beschäftigten geben, sondern auch hinsichtlich der Beschlüsse des Hessischen Landtags, und dass Sie vor allem in den Hintergrundgesprächen in Brüssel stabil bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bleibt es dabei: Wo sind Sie eigentlich bei all diesen Fragen? Es hilft nichts, nur ein bisschen Hü und Hott in Interviews zu vermitteln, mal hier und da ein bisschen was zu erzählen, vor Parteitag die Backen aufzublasen, es anschließend wieder einzuräumen. Beim Steuerthema haben Sie das in besonderer Weise gemacht, nach dem Motto: „Mit uns wird hier gar nichts passieren.“ Zwei Tage später erklären Sie: „Alles ein Superkompromiss.“ Herr Ministerpräsident, so kann man nicht arbeiten. Ein bisschen mehr Verlässlichkeit wäre schon geboten.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ausdrücklich ein, zwei Bemerkungen zum Thema soziale Gerechtigkeit machen. Ich habe das schon auf dem Landesparteitag der hessischen SPD gesagt:

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Damit wird es nicht besser!)

Es treibt mich um, in welcher Weise – Herr Wagner, auch in Ihrem Wahlkreis gibt es entsprechende Beispiele – in den letzten Jahren die Tafeln aus dem Boden gesprossen sind. Ich sage Ihnen: Jeder Besuch bei einer Tafel löst bei mir zwei Reaktionen aus. Die erste Reaktion ist nach wie vor, dass ich hohen Respekt vor der Leistung und dem Engagement der vielen Ehrenamtlichen habe, die Verantwortung übernehmen und Menschen helfen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage auch, dass jeder Besuch bei einer Tafel deutlich macht, dass wir viel zu richten haben. Armut gibt es

auch in Deutschland. Armut beschämt. Sie nimmt Menschen Kraft. Deswegen ist jede existierende Tafel ein Stachel im Fleisch des Sozialstaats.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Deswegen wiederhole ich: Ziele sind in Ihrem Landeshaushalt nicht erkennbar. Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass es bis 2020 keine Tafel mehr in Hessen gibt, weil die Menschen in Hessen darauf nicht mehr angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies bedeutet auch eine aktive Sozialpolitik. Da hilft es nichts, nur ein bisschen Lyrik zu verbreiten, sondern da muss man auch etwas tun. Wir erinnern uns nach wie vor an die „Operation düstere Zukunft“. Das, was Sie am Freitag vorgestellt haben, ist in diesem Zusammenhang wirklich grotesk: der Aktionsplan häusliche Gewalt. – Ich habe im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ mit einer Reihe von Frauenhäusern Kontakt gehabt, weil ich damals noch Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses war,

(Günter Rudolph (SPD): Die sie alle platt gemacht haben!)

die Sie im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ kaputt gemacht haben oder kaputt machen wollten.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Sich dann hierhin zu stellen und nach dem Jahr 2003 einen Aktionsplan häusliche Gewalt zu machen, und zwar ohne finanzielle Ausstattung, das ist wirklich perfide. Ich sage Ihnen: Wir werden die Frauenhäuser wieder so ausstatten, dass Frauen, die von Gewalt bedroht sind, einen sicheren Platz haben. Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist wirklich absurd.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Herr Wagner, wo bleibt Ihr Zwischenruf?)

Damit will ich zum Thema Energie kommen. Ich freue mich, dass es gelungen ist, im Rahmen des Hessischen Energiegipfels ein großes Fortbildungsprogramm für die Regierungsfractionen zu machen. Die wirklich schönste Situation im Energiegipfel war – Herr Wagner wird sich daran erinnern –, als ein führendes Mitglied der Regierungsfractionen die Frage an die Ministerin stellte, damit auch einmal eine Frage gestellt wird: Frau Ministerin, erklären Sie uns doch bitte einmal den Unterschied zwischen Solarthermie und Fotovoltaik.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fachvertreter auf dem Energiegipfel, und nicht nur die, sind unter den Tisch gekrochen. Das war die Abteilung Fremdschämen. – Herr Wagner, wir helfen Ihnen gerne.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Reine Erfindung! – Norbert Schmitt (SPD): Wenigstens interessiert!)

– Offensichtlich erinnern Sie sich daran.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie stellen einfach Behauptungen in die Welt!)

Ich will Ihnen Folgendes sagen: Es ist gut, dass wir auf diesem Energiegipfel Kompromisse, und zwar in der Sache, in wichtigen Einzelthemen, gefunden haben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Die sind Ihnen sehr schwergefallen! Sie werden von Ihnen zerredet!)

– Die sind vielen schwergefallen, das glaube auch ich. Ich sage Ihnen: Wir haben mit diesem Energiegipfel den Zipfel der Energiewende erreicht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das war nicht Ihr Verdienst!)

Wir bleiben aber dabei: Es geht schneller, und es geht effizienter.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden den Beweis antreten müssen, ob Sie es ernst meinen, mit uns gemeinsam Deutschland zur energie- und rohstoffeffizientesten Volkswirtschaft der Welt zu machen und daraus auch Chancen für Arbeit, Wertschöpfung und Einkommen zu generieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen aber auch in aller Klarheit, dass das nichts daran ändert – bei diesem komischen Scheinkompromiss waren das teilweise öffentliche Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP zum Thema Hessische Gemeindeordnung;

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist unglaublich! Warum haben Sie dann zugestimmt?)

Sie kennen unsere Protokollerklärung zum Thema Hessische Gemeindeordnung, Herr Wagner –, dass wir nicht akzeptieren werden, dass EdF, E.ON, RWE, Gazprom, und wie sie alle heißen, ein Vorkaufsrecht für kommunale Projekte auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien bekommen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Bei Gazprom ist doch Ihr Parteigenosse!)

– Das mag sein. Aber selbst wenn Parteigenossen unterwegs sind, Herr Wagner, sind wir in der Lage, das immer noch von der Sache zu trennen. Das unterscheidet uns von Ihnen und Ihren Politikstrukturen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Deswegen sage ich Ihnen: Es wird an dieser Stelle keinen Konsens geben, wenn Sie auf diesem fatalen Weg nicht umkehren. – Das haben wir auf dem Energiegipfel klar gesagt. Das ist in der Protokollerklärung eindeutig hinterlegt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Also, haben Sie zugestimmt, oder nicht? – Peter Beuth (CDU): Was ist jetzt?)

Es wird an dieser Stelle keinen Konsens geben können. So, wie das dokumentiert ist, Herr Wagner, so ist das. Deswegen haben wir zugestimmt, mit den Einschränkungen, die wir in Protokollerklärungen hinterlegt haben. Dafür sind sie da. Das hat Ihnen der Ministerpräsident in der Runde übrigens erklärt. Sie sollten vielleicht gelegentlich Ihrem Ministerpräsidenten zuhören.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kleinkariert allerdings war der Versuch,

(Peter Beuth (CDU): Jetzt redet er von sich!)

den Hinweis abzuwehren, wer das eigentlich erfunden hat.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Jetzt kommt der DGB-Chef!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben versucht, in der Präambel zu dokumentieren – Ehre, wem Ehre gebührt –, dass dieser Energiegipfel auf eine Initiative von Stefan Körzell, dem DGB-Landesvorsitzenden, zurückgeht. Dies wurde ausdrücklich mit dem Hinweis abgewiesen, Einladener sei der Ministerpräsident.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was für ein kleines Karo!)

Ich sage Ihnen: Das ist ganz kleines Karo, ein ganz kleines Karo.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Herr Dr. Wagner, ich finde schon, das ist eine Frage

(Petra Fuhrmann (SPD): Das hat etwas mit Stil zu tun!)

von Stil, letztlich von Stil,

(Beifall bei der SPD)

dass man diejenigen, die dort mitgewirkt, die Initiative ergriffen haben – und die ganz wesentlich dafür Verantwortung übernommen haben, dass wir zu diesem Konsens gekommen sind –, entsprechend würdigt. An dem Punkt müssen Sie Ihren Regierungsstil insgesamt noch einmal überdenken. Denn das ist kleinkariert. Das ist das genaue Gegenteil von neuem Stil.

Wenn Sie dann darauf hinweisen, dass das ein ganz einmaliger Prozess ist, den es in keinem anderen Bundesland gegeben hat,

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

dann ist das sogar richtig. Ja, diese Form von Konsensgespräch hat es nirgendwo gegeben. Deswegen haben sich auch alle daran beteiligt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Peter Beuth (CDU): Und Sie haben zugestimmt!)

Ich will es ausdrücklich sagen: Im Ergebnis war das auch gut. Herr Wagner, deswegen haben wir auch zugestimmt. Es bleibt dennoch richtig, diejenigen zu würdigen, die das in der Tat eingeführt haben. Wir werden auch nicht müde, daran zu erinnern: Es musste auch eine einmalige Aktion her, weil Hessen bei den Erneuerbaren einmalig rückständig war.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen sage ich Ihnen, es bleibt dabei: Unser Ziel ist es, deutlich mehr zu erreichen. Wir sind der Auffassung, dass wir bei der Stromversorgung bis zum Jahr 2030 100 % aus Erneuerbaren erreichen können. Wir sind mit Ihnen ein deutliches Stück vorangekommen. Wir finden: noch nicht weit genug. Aber es ist erst einmal gut.

Wir haben mit Haushaltsanträgen unterlegt, dass auch das Land seinen Beitrag dazu leisten kann.

Ich will einen vierten Punkt beschreiben, der sich mit den Zukunftsfragen beschäftigt. Das ist der demografische Wandel.

Wir wissen, dass wir im ländlichen Raum enorme Herausforderungen bei der Gesundheit, der Mobilität und der Daseinsvorsorge haben. Versorgungsfragen sind eine der

wesentlichen Herausforderungen, die wir in den nächsten Jahren in den ländlichen Räumen haben. Die Kommunen werden das nur schultern, wenn sie entsprechend ausgestattet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen in aller Klarheit: Wenn nur halbwegs das stimmt, was alles über den Rettungsschirm gemunkelt wird –

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Schon wieder Nebelkerzen!)

– Der wurde im letzten Jahr in einer Regierungserklärung angekündigt, inzwischen soll er erst 2013 kommen. Herr Wagner, wo ist er denn? – Es hilft doch nichts. Sie können es doch nicht im letzten Jahr ankündigen, und immer noch kommt er nicht zustande. Es hilft auch nichts, wenn Sie am Ende zu Situationen kommen, in denen Sie Vorgaben machen und beispielsweise Landkreisen pro Jahr das Vierfache an Kürzungsaufgaben geben, was die überhaupt noch an freiwilligen Leistungen haben – Herr Wagner, das ist doch absurd. Sie müssen bei dem, was noch geht, einmal in der Lebenswirklichkeit ankommen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bleibt es für uns – und das unterlegen wir mit einem Haushaltsantrag –, dass die Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 344 Millionen € zurückgenommen werden müssen, damit die Städte und Gemeinden auch in der Lage sind, den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Zum Thema Lebenswirklichkeit. Ich will es klar sagen, Herr Rentsch hat es neulich in einer Meldung formuliert – ich gebe es Ihnen gerne schriftlich, damit dann nicht wieder nachgefragt wird –: „Den Kommunen in Hessen geht es sehr, sehr gut.“

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich glaube, das verstehen viele Kommunen als blanken Hohn.

Ich will eine vorletzte Bemerkung machen, die sich mit der Sicherheitsfrage beschäftigt. Aus aktuellem Anlass wird die zweigeteilt sein.

Ja, wir können alle gemeinsam froh darüber sein, dass vor 16, 17 Jahren die Grundlagen mit dafür gelegt wurden, dass heute in Hessen gute Aufklärungsquoten existieren, dass die Polizei eine gute Arbeit macht. Herr Rhein, es bleibt aber auch dabei, dass die Arbeitsbelastung vieler Kolleginnen und Kollegen hoch ist, zu hoch. Dort haben wir einiges zu richten.

Aber wenn wir heute über Sicherheit reden, kommt man nicht umhin, auch über die aktuellen Ereignisse zu sprechen, die mit dem aus meiner Sicht zynischen Begriff „Dönermorde“ in diesen Tagen durch die Medien schwirren. Ich finde diesen Begriff, der in den Medien gebraucht wird, unangemessen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich spreche ganz sicher für alle Kolleginnen und Kollegen im Hessischen Landtag: Wir haben es hier mit einer der schlimmsten Gewaltserien im Nachkriegsdeutschland zu tun. Wir haben es mit eindeutig rassistisch motivierter Ge-

walt zu tun, mit Morden, die unerträglich sind und die von vielen Menschen, gerade mit Migrationshintergrund, als konkrete Bedrohung wahrgenommen werden.

Deswegen sage ich hier sehr klar: Wir dürfen nicht immer nur dann über den Rechtsterrorismus reden, wenn es einmal wieder einen konkreten Anlass gibt. Anlässe dazu hat es in den letzten Jahrzehnten leider immer und immer wieder gegeben. Es ist die Verantwortung des demokratischen Rechtsstaats und der ihn tragenden Parteien, dem Extremismus – egal, ob er rechts, links oder religiös begründet ist – entschieden und entschlossen entgegenzutreten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt aber auch, dass das eine ständige Aufgabe ist. Deswegen entstehen im Moment auch viele Fragen – Fragen, die deutlich über den Tag hinausreichen, auch in Hessen.

Es gibt doch ein offensichtliches Versagen der Dienste, wenn eine Zelle, die namentlich bekannt war, nach Bombenfunden untertaucht und sie in den fünf Jahren bei allen Versuchen, sie wieder aufzuspüren – in welchem Umfang auch immer –, nicht erwischt werden kann. Ich sage das sehr klar: Wenn sich auch nur ansatzweise das bestätigen sollte, was sich rund um diese Ereignisse in Kassel entwickelt, dann wäre das der größte Verfassungsschutzskandal in der Geschichte Hessens.

(Beifall bei der SPD)

Auch ich bin sehr dafür, dass wir keine voreiligen Bewertungen und Schlüsse vornehmen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ja, mit richtigem Rechtsempfinden! – Gegenrufe)

Herr Wagner, deswegen erinnere ich an den Satz des damaligen Innenministers Volker Bouffier, bezogen auf einen Verfassungsschützer, der in diesen Tagen wieder Gegenstand der öffentlichen Debatte und Berichterstattung ist, wörtlich: „Der und seine Familie, die sind jetzt fertig.“

Ich sage Ihnen sehr klar: Vorläufige Vorhaltungen sind unangemessen. – Aber ich sage Ihnen auch sehr klar: Wir erwarten die uneingeschränkte und vollständige Aufklärung aller Umstände der Ermittlungsergebnisse aus den Jahren 2006 und 2007. Wir werden uns nicht mit allgemeinen Hinweisen abspesen lassen, nach dem Motto, das sei damals so gesagt worden oder auch nicht. Das wird Konsequenzen über den Tag hinaus haben.

Unsererseits werden wir sehr genau beobachten, in welcher Art und Weise in den nächsten Tagen Informationspolitik betrieben wird. Und wenn auch nur der Hauch des Anscheins entsteht, dass hier Informationen zurückgehalten werden, werden wir alle parlamentarischen Initiativen nutzen, die uns zu Gebote stehen, um Licht ins Dunkel dieser Aktivitäten zu bringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) – Zurufe von der CDU)

Wir werden auch die Frage zu klären haben, ob es richtig ist, dass seit Jahren bekannt ist, dass unter dem Spitznamen „der kleine Adolf“ ein Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz agieren konnte. Wenn das in Kenntnis von Führungskräften geschah, wird das nicht ohne

Konsequenzen bleiben können. Deswegen sind Sie, Herr Innenminister, jetzt als Erster gefordert,

(Horst Klee (CDU): Der Innenausschuss hat sich gestern damit befasst!)

sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Ganz sicherlich werden Sie – das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten sehr intensiv behandeln –

(Horst Klee (CDU): Wir waren da völlig einig!)

diese Frage weiter aufrufen. Ich will Ihnen auch sagen, dass wir in der Konsequenz dessen, was hier schon geschehen ist, auch die Kontrollrechte des Landtags über das Landesamt für Verfassungsschutz konsequent weiterentwickeln und ausbauen müssen. Das gilt insbesondere für Akteneinsichtsrechte und das Recht auf Vernehmung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesamt für Verfassungsschutz.

(Beifall bei der SPD)

Ich will damit zum Thema der Finanzen kommen.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Hinweis, Herr Schäfer-Gümbel – –

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Ich weiß, ich brauche noch vier bis fünf Minuten.

Ich will zum Schluss zum Thema Finanzpolitik kommen. Ich will Ihnen noch einmal sehr deutlich sagen: Wir haben den Kompromiss zur Schuldenbremse in voller Überzeugung mitgetragen, weil es richtig ist, die Einnahmen- und Ausgabenverantwortung der Landesregierung und des Landtags in der Verfassung zu verankern. Das haben wir auch getan, weil Sie es geschafft haben, in Ihrer Regierungszeit die Staatsverschuldung in Hessen zu verdoppeln. Sie sind die Schuldenkönige Hessens.

(Beifall bei der SPD)

Es wird unsere Aufgabe sein, die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Wir wissen aus der Haushaltsstrukturkommission,

(René Rock (FDP): Sie machen nur Einsparvorschläge!)

dass Sie von Schwarz-Gelb die politische Führung aufgebläht haben – das kann man für die Staatskanzlei, für das Innenministerium und für viele andere Stellen dokumentieren – und dass Sie konsequent versuchen, Ihre Leute in politischer Führung zu verankern. Da gibt es viele Beispiele, auf die ich heute gar nicht weiter eingehen will, weil wir dazu noch genügend andere Anlässe haben werden. Sie müssen endlich die Konsequenzen aus der Haushaltsituation ziehen.

Wenn Sie sich anschauen, was im Vergleich zu anderen Haushalten national passiert – Kollege Norbert Schmitt war gerade bei der Sprecherkonferenz Bund/Länder der SPD –, werden Sie feststellen, außer Niedersachsen und Hessen gibt es kein anderes Land, das in dieser Weise Ausgabensteigerungen im Haushalt hat.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Nordrhein-Westfalen hat einen verfassungswidrigen Haushalt!)

Sie werden ganz offensichtlich Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Deswegen haben wir Haushaltsänderungsvorschläge vorgelegt, die erstens garantieren, dass Sie die Verfassungsgrenze durch Einsparungen einhalten können,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das machen wir ja!)

und die zweitens auch unangenehme Personalentscheidungen mit Stellenbesetzungssperren treffen, um endlich einen anderen Weg in der Landesverwaltung einzuschlagen, den Sie bisher nicht bereit sind zu gehen.

Ich sage Ihnen aber auch, dass es allein damit nicht funktionieren wird. Wir brauchen bei Infrastruktur, wir brauchen bei Bildung, wir brauchen bei sozialer Gerechtigkeit, wir brauchen bei Sicherheit mehr Mittel. Selbst Ihr Bonsai-Reförmchen, das Sie gerade in Berlin als Steuerreform zu verkaufen versuchen, kann da nicht helfen. Ich will daran erinnern: Nach einer aktuellen Statistik des Bundes der Steuerzahler bedeutet das, was Sie gerade machen, Mehrkosten in Milliardenhöhe für Bund und Länder, und gleichzeitig eine Nettoentlastung eines zu versteuernden Einkommens von 9.000 € im Jahr von nur 1,42 € pro Monat.

(Petra Fuhrmann (SPD): Doch so viel! – Günter Rudolph (SPD): Das reicht noch nicht einmal für einen Espresso!)

Bei einem Jahreseinkommen von 24.000 € bedeutet es eine Entlastung von 3,59 € pro Monat. Die höchste Entlastung haben Sie bei einem zu versteuerndem Jahreseinkommen von 54.000 € in Höhe von 9,66 € pro Monat. – So viel zu Ihrer Steuerreform auf Bundesebene. Sie macht uns trotzdem Probleme.

Dabei komme ich noch einmal zu den Aussagen des Ministerpräsidenten, der wortreich erklärt hat – Herr Bouffier, nur damit Sie es sehen, dieses Interview habe ich dabei –:

(Der Redner hält einen Pressespiegel hoch.)

„Das mache ich nicht mit“, und am Montag hieß es dann, das sei alles ein guter Kompromiss. – Ich sage Ihnen: Der Einnahmeverantwortung werden Sie mit solchen Maßnahmen nicht gerecht. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von dem, was Sie ihnen vorgelegt haben, veräppelt.

(Beifall bei der SPD)

Sie schaden gleichzeitig dem Land in den Einnahmen. Da helfen Ihnen auch Haushaltsänderungsanträge mit absurden Begründungen nicht weiter. Ich will nur einen kurz zitieren: Drucks. 18/4636. Da geht es um Wohnraumförderung, Städtebau und Wohnungsgeld. Da wird allen Ernstes, angesichts dessen, was uns die Wirtschaftsinstitute, die Europäische Kommission, die Bundesregierung an Konjunkturprognosen geben, in die Begründung eines Haushaltsänderungsantrags geschrieben, die Kostenreduzierung sei mit der „derzeitigen konjunkturellen Gesamtlage“ zu begründen. – Mit Blick auf die konjunkturelle Gesamtlage können Sie doch nicht mit Steuermehreinnahmen rechnen bzw. mit Minderausgaben beim Wohnungsgeld. Das genaue Gegenteil wird Sie im nächsten Jahr erwischen.

Hören Sie endlich auf mit Ihren Spielen, nehmen Sie sich ein Beispiel an anderen, wie z. B. dem niedersächsischen Justizminister Busemann, der gesagt hat – er ist kein Vertreter meiner Partei, sondern Christdemokrat –, dass der

oberste Maßstab für CDU-Politik Gerechtigkeit sein müsse und man deswegen 50 % Steuern als Spitzensteuersatz ab 250.000 € brauche und einen Mindestlohn von 8,50 €. – Meine Damen und Herren, ein sehr kluger Mann, offensichtlich in der falschen Partei.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): 60 %! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Wagner, kommen Sie zur Besinnung. Werden Sie der Wirklichkeit endlich gerecht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wagner würde ihn als Kommunist aus der Partei werfen!)

Es gibt in Ihren Reihen offensichtlich Kolleginnen und Kollegen, die das inzwischen verstehen. Wenn Herr Landau sich im Kreistag wortreich dagegen wehrt, wie er von der FDP kujoniert wird – ich zitiere das, es geht um die Straßenmeisterei –:

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch machte Dirk Landau, CDU-Kreisfch und Landtagsabgeordneter, keinen Hehl über seine Haltung zu der Zusammenarbeit mit der FDP. In Wiesbaden gebe es „eine Truppe, die meint, alles privatwirtschaftlich“ zu organisieren, sagte er. „Ich bin es leid, das auszubaden“, und dass dies auch immer wieder auf die CDU abstrahle.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

wenn Herr Landau heute nicht den Herrn Heinz macht, der in der Sondersitzung des Landtags gegen das gestimmt hat, was er am Abend zuvor im Kreistag beschlossen hat, zum Thema Fluglärm, dann hat er eine Chance, heute beim Haushalt einen anderen Weg einzuschlagen, indem er unseren Änderungsanträgen zustimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe versucht, an einigen sehr wenigen Beispielen deutlich zu machen, es geht um Zukunftsgestaltung bei Bildung, bei Arbeit, bei sozialer Gerechtigkeit, bei Energie, bei Sicherheit und bei den Städten und Gemeinden. Ich sage Ihnen ernsthaft: Steuern Sie um.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Kommen Sie mal zum Haushalt!)

Das, was Sie im Haushalt an Zukunftsperspektiven ausgewiesen haben, sind keine. Herr Wagner, Sie geben keinerlei Antworten. Da hilft es auch nichts, wenn Sie die Mehrheit im Haus benutzen, um laut zu schreien, um ständig Durcheinander zu machen. Es wird Ihnen nichts nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wagner, die Lebenswirklichkeit wird Sie einholen. Sie verspielen mit Ihrer konsequenten Weigerung, die Zukunftsaufgaben dieses Landes anzunehmen, die Zukunftschancen. Ich sage Ihnen sehr klar: Wir suchen keine Zuschauer, wir suchen Gestalter. Deswegen sucht Hessen auch weiterhin einen Regierungschef. Die Wiederbesetzung erfolgt leider erst im Januar 2014. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Ministerpräsident Bouffier.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Schäfer-Gümbel, der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat vor wenigen Wochen ein Vermögensbarometer für das Jahr 2011 herausgegeben. Die Bürgerinnen und Bürger sind gefragt worden, wie sie ihre Lage beurteilen. 50 % der Bürgerinnen und Bürger haben ihre Lage mit „gut“ oder mit „sehr gut“ bezeichnet. 80 % haben erklärt, sie erwarten, dass das so bleibt. Eine ganze Reihe hat sogar erklärt, dass es noch besser wird.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat einen Artikel vom 24. Oktober dieses Jahres – vergleichsweise sehr aktuell – wie folgt überschrieben: „Im Grunde läuft es gerade richtig gut“. Sie listet dann die beeindruckenden Erfolge Hessens auf: sinkende Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, spürbarer Wohlstand für die gesamte Bevölkerung. Der Artikel kommt zu folgendem Ergebnis – ich zitiere wörtlich –: „Besser kann es gar nicht laufen.“

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist natürlich legitim, dass eine Opposition aus ihrer Sicht ihre Schwerpunkte bewertet. Genauso legitim ist es, dass eine Regierung und die sie tragenden Fraktionen aus ihrer Sicht die Dinge bewerten. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wann in den zurückliegenden Jahren – und ich bin lange dabei – hat es jemals einen solchen Befund gegeben?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dieser Erfolg ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist der Erfolg der Menschen in Hessen. Aber es ist auch der Erfolg einer Politik, die diesen Menschen nützt, und es ist der Erfolg einer Politik, die getragen ist von der Koalition von CDU und FDP. Es ist der Erfolg, auf den wir gemeinsam stolz sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie denn dafür gemacht?)

– Das sage ich Ihnen gleich. Um das auch einmal abzuräumen, Herr Al-Wazir: Immer, wenn es eng wird, weicht ihr aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Läuft es schief, dann sind wir alleine schuld. Läuft es gut, haben wir gar nichts damit zu tun. Sie müssen sich einmal darauf einigen, was Sie eigentlich wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Dieser Schwarz-Weiß-Malerei, mit der Sie vielleicht Ihren Parteitag beeindrucken können, möchte ich Fakten entgegensetzen. Im ersten Halbjahr dieses Jahres hat Hessen ein Wirtschaftswachstum von 4,3 % gehabt. Das ist das höchste Wachstum seit mehr als 40 Jahren. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In Hessen gehen mehr als 2,2 Millionen Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach. Das ist der höchste Wert, den es jemals gab, seitdem es dieses Land

gibt. Deshalb sind wir stolz darauf, wenn so viele Menschen Arbeit haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben eine Arbeitslosenquote von 5,4 % und sind damit in der Spitzengruppe Deutschlands. Wir haben in Teilen unseres Landes erfreulicherweise sogar fast Vollbeschäftigung. So viel Arbeit und Beschäftigung wie jetzt gab es in Hessen seit Jahrzehnten nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Wirtschaft brummt, und diese Generation, die heute in Hessen lebt, ist die wohlhabendste, die jemals hier gelebt hat.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Meine Damen und Herren, was wir auch nicht außer Acht lassen sollten: Die Menschen leben gerne in Hessen. Das gilt sowohl für die, die schon immer hier gelebt haben, als auch für diejenigen, die aus allen möglichen Ländern zugewandert sind. Emnid hat vor relativ kurzer Zeit in einer Umfrage die Migranten gefragt, wie sie sich hier zu Hause und aufgehoben fühlen. Ich finde, man darf und muss es in einer Generalaussprache wiederholen, weil es auch ein Beleg für unsere, so hoffe ich, in diesem Punkt gemeinsame Politik ist: Über 90 % der Migranten in Hessen haben auf die Frage, ob sie sich bei uns wohlfühlen, Ja gesagt. 60 % haben sogar gesagt, sie fühlen sich sehr wohl.

Meine Damen und Herren, wir haben leidenschaftliche Debatten über die Frage geführt, wie man Integration so gestalten muss, dass diejenigen, die zu uns kommen, und diejenigen, die schon immer hier waren, eine gemeinsame, eine erfolgreiche Zukunft haben, einen guten Plan für eine gemeinsame Zukunft. Wer solche Zahlen hat, kann auf seine Politik stolz sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist Hessen: ein Land, das hervorragend dasteht, ein Erfolgsland, das von CDU und FDP regiert wird und auf das wir stolz sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir ruhen uns aber nicht auf den Erfolgen aus, sondern wir gestalten Politik für die Zukunft. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, genau das ist die Frage, um die wir ringen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau!)

Ich finde es richtig, wenn Sie Ihre Vorstellungen vortragen und wenn wir unsere vortragen. Dann können die Bürger entscheiden, was sie für überzeugender halten.

(Florian Rentsch (FDP): Genau so ist es!)

Wir wollen eine Zukunft in Sicherheit für die Menschen. Die von mir und Kollegen Hahn geführte Landesregierung hat in diesem Jahr und im Jahr davor eine ganze Reihe von Weichen gestellt, die genau diesem Ziel einer guten Zukunft dienen. Ich will drei davon in Erinnerung rufen.

Wir haben die Schuldenbremse eingeführt. Ich bin dankbar dafür, dass wir das nicht gegeneinander, sondern miteinander gemacht haben. Es war meine Entscheidung, zu versuchen, es miteinander zu machen. Das war der Beleg dafür, dass das, was ich in meiner Regierungserklärung angekündigt habe, ernst gemeint war: Lasst uns schauen, ob wir in großen Fragen Gemeinsamkeiten zusammenbekommen; es gibt noch genügend, über das wir uns streiten können.

Meine Damen und Herren, wenn 70 % der Bevölkerung sagen: „Jawohl, wir stimmen dieser Verfassungsänderung zu“, dann aus der Erkenntnis heraus, dass die Bürger in unserem Lande wissen, dass man nicht immer weiter Schulden machen kann. Wer immer weiter nur Schulden macht, verfrühstückt heute die Zukunft der nächsten Generation. Das wollten wir nicht, und das ist auch die Richtschnur für unsere Zukunft. Das ist auch die Richtschnur für das Handeln dieser Regierung.

(Marius Weiß (SPD): Wer hat denn die Schulden aufgebaut?)

Deshalb haben wir einen konsequenten Konsolidierungskurs eingeschlagen. Das bedeutet auch – das muss man klar sagen –: Wir können nicht alle Wünsche und Hoffnungen erfüllen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt!)

Wir müssen manchmal sogar schmerzliche Einschnitte vornehmen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie wäre es mit Kassel-Calden?)

Das ist etwas, was wir tun müssen, und der Bürger hat Anspruch darauf, dass wir ihm erklären, warum wir was tun, was wir abwägen und was am Schluss in einer Prioritätenentscheidung die größere Bedeutung für unsere Zukunft hat. Konsolidieren heißt, Prioritäten zu setzen, zu sagen, warum man für das eine jetzt ist und sich manches vielleicht später und anderes vielleicht gar nicht leisten kann.

Das Kriterium – wenn Sie so wollen: der Plan –, an dem wir entlanggehen, ist die Frage: Wo müssen wir investieren, damit Hessen zukunftsfähig bleibt? Das ist der Kern dessen, um das es gehen muss. Zukunftsfähig kann nur jemand sein, der auch finanziell handlungsfähig ist. Finanzielle Handlungsfähigkeit ist unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit eines Landes.

(Norbert Schmitt (SPD): Das wissen die Kommunen auch!)

Meine Damen und Herren, Kollege Schäfer-Gümbel hat sich am Schluss seiner Rede noch mit dem Haushalt beschäftigt.

(Zurufe von der CDU: Aber nur ganz kurz!)

Wenn Sie den Haushalt einmal zusammennehmen: Wir kommen mit diesem Haushalt unserem Ziel, im Jahre 2020 einen schuldenfreien Haushalt vorzulegen, mit dem wir nicht weiter neue Schulden machen, ein großes Stück näher.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön wärs!)

Wir sind doch, und das ist eine dramatische Zahl – –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So viel Ehrlichkeit sollten Sie schon haben! Die Zahlen können Sie gar nicht mehr halten nach der Steuerschätzung!)

– Passen Sie auf. – Ich habe Verständnis dafür, dass Sie das nicht erwähnt haben. Aber Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich sage: Wenn Sie in der Lage wären, einen Haushalt vorzulegen, der nach etlichen Jahren zum ersten Mal die Investitionen in die Zukunft höher ausweist als die neue Verschuldung, dann ist das ein Erfolgshaushalt, dann ist das etwas für die Zukunft.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch gar nicht so! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unglaublich! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie halten die Verfassung ein! Glückwunsch, Herr Ministerpräsident! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Lieber Herr Wagner, zu Ihnen komme ich noch. Beruhigen Sie sich, Sie kommen alle noch dran. Bleiben Sie entspannt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absolut!)

– Gut. Dann halten wir jetzt einmal für das Protokoll fest: Die grüne Fraktion stimmt mir ausdrücklich zu; das finde ich prima. An den anderen arbeite ich noch, aber immerhin, das ist schon ein gewisser Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich halte noch einmal fest: Wir haben in der Finanzpolitik einen klaren Kompass für die Zukunft, und wir können nachweisen, dass wir deutlich diesem Ziel entsprechen.

(Marius Weiß (SPD): Meine Güte! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch der Textbaustein von Frau Merkel!)

Meine Damen und Herren, mit Zwischenrufen können Sie Fakten nicht wegdiskutieren.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sprechblasen!)

Sie können höchstens sagen, was Sie vielleicht anders tun würden. Aber ich empfehle uns gemeinsam, nicht das, was jedermann nachlesen kann, was vernünftigerweise niemand bestreiten kann, hier wegzudiskutieren. Sagen Sie einfach, es ist so, und wenn Sie dran wären, würden Sie es noch schöner machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Es ist aber nicht so!)

Ich will nur darauf hinweisen: Dieser Plan, den Kollege Schäfer als Finanzminister Ihnen schon zigmal erläutert hat, das ist unsere Agenda für die Zukunft. Wer in diesem Haushalt die Neuverschuldung um ein Drittel senken kann – das bedeutet über 700 Millionen € Schulden weniger –, der muss sich von niemandem beschimpfen lassen, sondern kann froh und dankbar sein, dass wir das gemeinsam geschafft haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will auf einen zweiten Punkt eingehen, auf den auch Sie eingegangen sind. Ganz entscheidend für unsere Zukunftsfähigkeit ist der von mir einberufene Energiegipfel. Ich habe immer gesagt: Herr Körzell hat ihn vorgeschlagen. – Er war aber nicht der Einzige. Aber reden wir nicht drum herum: Zu dem Energiegipfel hat der Hessische Ministerpräsident eingeladen, sonst keiner. So lautet die einfache Antwort.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vielleicht muss man es einmal in Erinnerung rufen: Hier sitzt die kleinste SPD-Fraktion, die es in diesem Haus jemals gab, und dort sitzt die größte FDP-Fraktion, die es in diesem Haus jemals gab.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

CDU und FDP haben in diesem Hause eine so breite Mehrheit, dass wir wirklich nicht darauf angewiesen wären, die Konsequenzen aus der Energiewende mit der Hilfe der Opposition zu ziehen. Das hätten wir auch alleine entscheiden können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns bewusst anders entschieden. Das folgt dem, was ich in meiner ersten Regierungserklärung gesagt habe, weil ich – und dabei bleibe ich – zutiefst davon überzeugt bin, dass diese Energiewende nicht erfolgreich sein wird, wenn sie entlang der parteipolitischen Gräben durchgeführt wird. Die Bürger interessieren diese Gräben vergleichsweise wenig. Sie interessiert vielmehr, wie wir diese große Herausforderung, die uns über viele Jahre beschäftigen wird, möglichst intelligent lösen können.

Ich bin sehr stolz darauf, dass es gelungen ist, alle Fraktionen des Landtags, viele Organisationen – von Umweltschutzorganisationen bis hin zu den Kraftwerksbetreibern –, die Kommunen und die Wirtschaft an einen Tisch zu bringen. Das gab es nur in Hessen. Wenn wir also zu Recht immer wieder darüber reden, wie wir die Menschen mitnehmen, wie wir Akzeptanz gewinnen, dann sollten wir uns hier im politischen Klein-Klein doch nicht gegenseitig Vorwürfe machen, sondern wir sollten stolz darauf sein, dass die hessische Gesellschaft in der Lage ist, auf meine Einladung hin an einen Tisch zusammenzukommen, Sinnvolles miteinander zu beraten und – bei allen Gegensätzen in einzelnen Punkten – wichtige Gemeinsamkeiten zu finden. Das ist ein großer Erfolg. Den sollten wir auch bei Haushaltsdebatten nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was beschließen wir? – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist unser Plan? Unser Plan ist ganz klar. Wir stehen dafür ein – verehrter Kollege Al-Wazir, vielleicht muss man es Ihnen noch einmal langsam vortragen –, dass Ökonomie und Ökologie wieder in Einklang stehen müssen. Hessen ist einer der herausragenden Wirtschaftsstandorte Europas – auch mit energieintensiven Betrieben. Das sichert unsere Arbeitsplätze, und das sichert unseren Wohlstand. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wenn wir über die Zukunft reden, dann muss es doch unser Ziel sein, dass Hessen ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt. Ich vermute, da sind wir gar nicht auseinander.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Hessen muss auch in Zukunft ein attraktiver Leistungsstandort sein. Daher muss es uns gemeinsam darum gehen, die Ressourcen nachhaltig zu nutzen und die Chancen neuer Technologien zu ergreifen. Die Philosophie, unser Plan für die Zukunft, um im Bilde zu bleiben, heißt aber

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt es!)

– das ist doch klar, das habe ich Ihnen oft genug vorgetragen –: Es geht nicht darum, wer am schnellsten ruft. Es geht auch nicht um die schnellste Lösung, sondern es muss in Hessen um die klügste Lösung gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN: Oh!)

Wir werden Ihnen in den nächsten Wochen konkrete Vorschläge für einen Fahrplan zur Umsetzung unserer Beschlüsse vorlegen. Dann werden wir unser gemeinsam beschlossenes großes Ziel gemeinsam weiterentwickeln und die Menschen dabei mitnehmen. Die Landesregierung wird Ihnen dazu Vorschläge machen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen ein drittes Beispiel nennen. Herr Kollege Al-Wazir, wir reden über die Zukunft. Sie finden im Haushalt den „Zukunftsfonds Hessen“. Den wollen Sie streichen. Auch die SPD will ihn streichen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Weil da nur Unfug drin ist! In dieser Form ist er Unfug!)

– Damit es jeder hört: Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat gesagt, das, was wir dort vorhaben, sei nur Unfug.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): In dieser Form ist es Unfug!)

Was haben wir vor, wenn wir über die Zukunft reden? Wir wollen mit einem Betrag von 80 Millionen € ein Instrument schaffen

(Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher kommt das Geld?)

– das sage ich gleich –, mit dem wir Wissenschaft, Infrastruktur und Nachhaltigkeit finanzieren können.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was heißt das konkret? Wir wollen im Bereich der Infrastruktur den Landesstraßenbau fördern.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Spitzenforschung fördern, und wir wollen Maßnahmen –

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Bleiben Sie doch ruhig. Sie fragen mich, ich erläutere es Ihnen. Hören Sie doch wenigstens zu.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal, damit jeder Zuschauer hört, was wir mit dem Geld machen wollen: Wir wollen erstens eine gute Infrastruktur schaffen – Stichwort: Straßenbau. Wir wollen zweitens die Spitzenforschung fördern. Wir wollen drittens Maßnahmen zum Klimaschutz und zur CO₂-Reduzierung durchführen. Wenn Sie all das für Unsinn halten, dann ist das Ihre Bewertung. Ich halte das hingegen für klug, und deshalb werden wir es durchsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen damit einen neuen Wachstumsmotor starten. Wir sichern, erhalten und schaffen damit Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, Zukunft hat nur der, der zukunftsfähig ist; zukunftsfähig ist nur der, der in einer globalen Welt wettbewerbsfähig ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Gute Nacht, Hessen! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie da vorne eine Phrasendreschmaschine?)

In einem Land wie Hessen, das so vernetzt ist, müssen wir bei der Forschung und bei vielen anderen Dingen versuchen, immer an der Spitze zu bleiben, statt zurückzuschauen und Wolkenkuckucksheime zu bauen, damit wir unseren Wohlstand halten. Deshalb ist ein Zukunftsfonds, der sich genau dafür besonders engagiert, ein Stück Zukunftsfähigkeit, ein Stück Wettbewerbsfähigkeit und ein Stück Wohlstandserhaltung für Hessen in den nächsten Jahren. Das ist richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Politik soll dieses Land für die Zukunft fit machen und die Menschen befähigen, ihre Chancen zu ergreifen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die nächste Phrase!)

Das kann man nirgends besser zeigen als an dem schönen Thema Bildung und Ausbildung.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben heute die Bildungspolitik wieder zum Streitfall ausgerufen. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Hier haben wir offenkundig verschiedene Auffassungen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Herr Schäfer-Gümbel, unter Rot-Grün war die Bildungspolitik jahrzehntlang ein Spielball ideologischer Vorstellungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit haben wir Schluss gemacht. Ich sage es noch einmal, damit sich Herr Al-Wazir das aufschreiben und darauf eingehen kann: Es muss Schluss sein mit dem ideologischen Dauerbefeuern der Schulen. Das nützt weder den Schülerinnen noch den Schülern. Das hilft niemandem.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Demonstrativer Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Wenn jetzt das ganze Haus klatscht, dann ist das ja prima. Dann will ich aber fragen, was dahinter ist.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich habe ganz bewusst gesagt: Wir wollen Schulfrieden. Schulfrieden bedeutet eine Weiterentwicklung ohne ideologische Fixierung. Schulfrieden bedeutet auch – um es klar zu sagen –, das zu honorieren, was die Schulen in den letzten Jahren mit großen Anstrengungen hinbekommen haben. Ich nenne beispielhaft G 8 und G 9. Daher ist es aus meiner Sicht völlig verfehlt, die Schulen in ein Wechselbad zu schicken, wie Sie es vorhaben, und alles wieder umzudrehen. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben für die Schulpolitik wirklich hart gearbeitet. Schauen Sie sich einmal Folgendes an. Der Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat uns bescheinigt, dass wir in einem Vergleich der Bundesländer innerhalb eines Jahres bis auf Platz 7 nach vorne gekommen sind. Diese Vergleiche mag man gut oder schlecht finden. Ich bin seit 1982 im Hessischen Landtag. Ich kann

mich aus der Zeit, als Sie Verantwortung getragen haben, an kein einziges Jahr, an keinen einzigen Vergleich erinnern, wo die hessische Bildungspolitik auch nur im Mittelfeld aufgetaucht wäre. Hessische Bildungspolitik unter Ihrer Verantwortung war ein Grund dafür, dass nicht zuletzt prominente Sozialdemokraten ihre Kinder überallhin in die Schule geschickt haben, aber nicht nach Hessen. So sah die Wirklichkeit aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wenn Sie davon sprechen, dass 7 bis 8 % der Schüler ohne einen Schulabschluss sind, dann muss uns das nach wie vor kümmern und plagen. Da müssen wir besser werden. Ich darf aber auf Folgendes hinweisen. Als Sie regierten, war die Zahl dreimal so hoch; wir haben sie auf ein Drittel reduziert. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es sind noch einige anwesend, die Sie zu dieser fabelhaften Bilanz befragen können.

Deshalb komme ich nun zu den Fakten, die hoffentlich niemand bestreiten wird; denn ich kann sie detailliert belegen. Ich will mich aber aus Zeitgründen kurz fassen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zum ersten Mal!)

Wir haben über 50.000 Lehrerinnen und Lehrer. Damit arbeiten so viele Menschen für die Bildung und Ausbildung unserer Jugend wie niemals zuvor in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Noch nie wurde in Hessen so viel Unterricht erteilt, und noch nie fiel so wenig Unterricht aus. So viele Lehrer wie noch nie, so viel Unterricht wie noch nie und so wenig Unterrichtsausfall wie noch nie – das ist eine glänzende Bilanz. Wenn Sie eine solche Bilanz gehabt hätten, hätten Sie die Glocken läuten lassen. Wir sind stolz auf dieses Ergebnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vorletzte Woche konnten Sie in der „Welt am Sonntag“ einen großen Artikel mit der Überschrift „1.000.000 Stunden Ausfall in jeder Woche“ lesen. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Hessen können sie damit jedenfalls nicht gemeint haben. In Hessen ist das kein Thema mehr.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig! – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das in unserer Koalitionsvereinbarung versprochen. Herr Al-Wazir, damals waren Sie schon dabei. Deshalb wende ich mich jetzt an Sie ganz persönlich.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Passen Sie gut auf. Sie können ja sagen, ob es stimmt oder nicht. Ich mache jetzt deutlich, wo der Unterschied zwischen dieser Seite und der anderen Seite liegt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da sind wir aber gespannt!)

Wir haben in unserer Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 2009 versprochen, 2.500 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich einzustellen. Mit diesem Haushalt sind wir bei 2.300 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern angelangt, und die anderen werden wir auch noch einstellen. Das

Ganze machen wir, obwohl die Schülerzahl sinkt. Wir halten Wort.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann sehen wir uns an, wie es bei Ihnen war.

(Holger Bellino (CDU): Einen Gruß nach Rheinland-Pfalz!)

Wir schauen einmal über den Rhein nach Rheinland-Pfalz – dort regiert Rot-Grün –, oder wir richten unseren Blick auf Baden-Württemberg, wo Grün-Rot regiert.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich weiß noch sehr gut, dass sie alle vor der Wahl beschlossen und dem Volk versprochen haben, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Frau Kollegin Schulz-Asche, was ist passiert? Nachdem die Regierung in Rheinland-Pfalz vereidigt war, hat sie als Allererstes beschlossen, bis 2016 2.000 Lehrerstellen zu streichen. Vorher versprochen – nachher gestrichen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir getan haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Damit Sie nicht glauben, das sei nur andernorts so: Wir haben, wie versprochen, die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen bei sinkenden Schülerzahlen vereinbart. Als Rot-Grün von 1995 bis 1999 regierte – unter Ihrer Mitwirkung –, sind die Schülerzahlen gestiegen. Damit wir immer sachlich miteinander diskutieren können, sage ich Ihnen: Raten Sie einmal, was unter Ihrer Verantwortung geschehen ist. Unter Ihrer persönlichen Verantwortung sind 400 Lehrerstellen gestrichen worden, obwohl die Schülerzahlen gestiegen sind. Genau das unterscheidet uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ein anderes Beispiel nehmen, anhand dessen man zeigen kann, worin wir uns unterscheiden.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Zukunftsfähigkeit eines Landes hängt auch ganz entscheidend davon ab, ob wir seine Spitzenbegabungen entdecken und fördern. Damit bin ich bei dem schönen Thema Internat Hansenberg – ein Internat des Landes Hessen, in dem Spitzenschüler eine Förderung erhalten. Dafür wollen Sie beide – die LINKEN wahrscheinlich auch; ich habe es nicht gelesen, aber ich unterstelle es einmal – die Mittel streichen. Meine Damen und Herren, wer Spitzenbegabungen keine Chance zur Entfaltung einräumt, handelt gegenüber diesen Schülerinnen und Schülern verantwortungslos. Aber er zeigt vor allem, dass er eines nicht begriffen hat:

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau lesen!)

Die Zukunftsfähigkeit Hessens können wir nicht auf Dauer erhalten, indem wir uns auf das gewogene Mittelmaß beschränken. Wir dürfen die Begabten, die es hier gibt, nicht aus unserem Land vertreiben, indem wir ihnen kein Angebot machen, sondern wir müssen ihnen etwas bieten, damit sie sich hier entwickeln und hier erfolgreich sind. Dann hat auch dieses Land etwas von dem Erfolg. Auch deshalb machen wir das.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aus Zeitgründen muss ich meine Ausführungen etwas straffen.

(Holger Bellino (CDU): Schade!)

Aber, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, können Sie mir erklären, was Sie eigentlich geritten hat, als Sie beschlossen haben, die Mittel für die Osterferiencamps zu streichen? Das muss mir einmal einer erklären.

(Norbert Schmitt (SPD): Weil sie schlecht sind!)

Diese Camps dienen der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, die in den Osterferien eine zusätzliche Betreuung erfahren sollen. Ich kann überhaupt nicht begreifen, was man dagegen haben kann.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wir erklären es Ihnen gleich, keine Sorge!)

Das wollen Sie streichen. Ich sage Ihnen: Wer etwas streicht, was gerade den schwächeren Schülern nützt, handelt weder gerecht noch im Sinne der Zukunftsfähigkeit, sondern er handelt aus meiner Sicht kurzfristig oder auch – von mir aus – ideologisch verblendet. Auf jeden Fall handelt er falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

So ähnlich ist das auch mit Ihren Streichungsvorschlägen bei den Mitteln für das Schulvorbereitungsjahr. 5 Millionen € wollen wir dort investieren. Warum wollen Sie diese Mittel streichen? Es ist doch vernünftig, dass wir dort etwas beginnen.

(Zurufe von der SPD)

Mir fehlt bei Ihren Vorstellungen ein Zusammenhang. Man kann die Welt anders entwickeln wollen. Aber man kann eine Kerze nicht an beiden Enden anzünden und sich anschließend wundern, dass sie nicht richtig brennt. Sie wollen bei denen, die schwach sind und denen wir helfen wollen, die Mittel streichen und ebenso bei denen, die stark sind und die wir fördern wollen. Was wollen Sie eigentlich, abgesehen davon, dass Sie immer dagegen sind, weil das, was wir machen, aus Ihrer Sicht falsch ist?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Holger Bellino (CDU): Das wissen sie nicht!)

Herr Schäfer-Gümbel, um auf ein anderes Thema einzugehen: Sie haben zu Recht die großen Herausforderungen durch die demografische Entwicklung angesprochen. Das ist ein Thema, das uns alle fordert. Stichwortartig will ich nur erwähnen, dass sich diese Regierung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stark macht: für die Familien, für die Älteren und für die Jüngeren.

Schauen Sie sich einmal die Familienzentren an, die wir jetzt Stück für Stück ausbauen: Das sind Knotenpunkte, das sind Netzwerke der Kooperation und der Information. Aus meiner Sicht ist das sehr vernünftig und gut so; denn sie unterstützen den Menschen in der Familienarbeit und auch in der Erziehungsarbeit. Deshalb finde ich, Sie könnten ruhig sagen, dass das ein gutes Konzept ist.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Darüber sollten wir nicht streiten. Deshalb sage ich: Wir sind dort, was die Zukunftsfähigkeit angeht, nicht auf irgendwen angewiesen. Wir machen das.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen. Das finde ich ebenfalls ganz bemerkenswert. Wir haben im letzten Jahr eine Familienkarte eingeführt. Diese Familienkarte nützt den Familien ganz unmittelbar; denn sie bekommen dadurch Vergünstigungen, und die Eltern können mit ihren Kindern kostenlos oder mit verbilligtem Eintritt viele Einrichtungen des Landes und privater Organisationen nut-

zen. Sie können sich mit ihrer Hilfe informieren, z. B. darüber, wo Babysitter zu finden sind. Wir haben mit diesem Projekt 97.000 Familien erreicht. Das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt sage ich Ihnen: Wer wie Sie solche Reden zum familiären Zusammenhang hält und anschließend ausgerechnet die Mittel für die Familienkarte streichen will,

(Holger Bellino (CDU): Das ist komisch!)

hat entweder nicht verstanden, worum es da geht, oder es ist notwendig, dass wir ihm noch einmal ausdrücklich sagen, dass, wer diese Gesellschaft zusammenhalten will, dabei nicht nur, aber zumindest ganz besonders auf die Familien mit Kindern achten muss. Das ist das, was wir machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Grüttner hat – wenn ich mich richtig erinnere – in der vergangenen Woche mit den Vertretern der Krankenkassen und der Ärzteverbände –

(Zuruf von der CDU – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Herr Kollege, Sie sind gerade daran gehindert, zuzuhören. Das sollten Sie aber tun. Wir brauchen uns doch nicht aufzuregen; wir können uns austauschen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich versuche nur, der Intervention gerecht zu werden!)

– Entschuldigung, ich hatte mich mit Ihnen beschäftigt. Aber jetzt können Sie zuhören. – Ich finde, es war eine gute Sache und wichtig für die Zukunft, dass Herr Kollege Grüttner in der vergangenen Woche mit den Vertretern der Krankenkassen und der Ärzteverbände einen Pakt zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung abschließen konnte. Es ist vernünftig und zugleich ein Stück Zukunftssicherung; denn auf diese Weise wollen wir aktiv der ärztlichen Unterversorgung gerade im ländlichen Raum entgegenwirken. Das ist doch vernünftig, und das könnten Sie gelegentlich einmal positiv würdigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nehmen Sie einen anderen Punkt. Wir haben zu Beginn des Monats eine Fachkräftekommission gebildet. Diese steht unter dem Vorsitz des Regionalchefs der Bundesagentur für Arbeit und ist mit Experten besetzt. Sie soll, auf Hessen bezogen – es gibt bundesweit ähnliche Dinge –, Modelle entwickeln, die zeigen, wie wir uns in Zukunft auf unserem Arbeitsmarkt vorbereiten müssen, damit unser Wohlstand am Ende nicht durch fehlende Fachkräfte gefährdet wird. Parallel zu dieser Kommission haben wir eine Steuerungsgruppe der Landesregierung einberufen, die diese Ergebnisse, die die Fachleute dort erarbeiten, in praktische Politik umsetzen will.

Meine Damen und Herren, ich hatte an anderer Stelle darüber berichtet und sage es heute nur nachrichtlich: Ich bin überzeugt, wenn es um das Miteinander der Generationen geht, werden wir mit der Landesstiftung, die in Kürze ihre Arbeit beginnen wird, erheblich helfen können, dieses Miteinander in Hessen weiterzuentwickeln. Da kann und darf es nicht darum gehen, dass wir bürgerschaftliches Engagement an die Stelle staatlichen Handelns setzen. Aber es muss darum gehen, die Bereitschaft, dieses Engagement der Bürger zu unterstützen.

Zukunft und Zusammenhalt dieser Gesellschaft gehören immer zusammen. Wenn wir über Zukunft reden, will ich heute die Gelegenheit nehmen, über ein Stichwort zu sprechen, das Sie gar nicht erwähnt haben.

Meine Damen und Herren, Zukunft hat und zukunftsfähig ist auch nur der, der über das Know-how, die Kenntnisse verfügt und Innovationskraft hat. Da bin ich dann bei Wissenschaft und Forschung. Forschung und Wissenschaftsförderung ist und bleibt einer der Schwerpunkte. Er muss aus meiner Sicht auch für jedes Land ein Schwerpunkt sein. Dazu will ich nur drei oder vier Stichworte sagen:

1,4 Milliarden € für unsere zwölf Hochschulen. Der Hochschulpakt wurde in der großen Finanzkrise der Jahre 2008/2009 beschlossen. Das schafft Sicherheit in der Planung. Ich will ausdrücklich sagen: Ich habe Respekt vor dem, was die Hochschulen jetzt bei dem hohen Andrang der Studentinnen und Studenten geleistet haben. Das muss man würdigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber wir sollten auch keine Zerrbilder malen. Wenn zu diesem Hochschulpakt aufgrund der guten Steuerentwicklung jetzt noch einmal 20 Millionen € und aufgrund der Bund-Länder-Vereinbarung noch einmal 47 Millionen € hinzukommen, wird sie das nicht in Saus und Braus bringen, aber es belegt etwas: Entgegen früheren Zeiten, als ich auch schon die Ehre hatte, diesem Hause anzugehören, als sozialdemokratische Wissenschaftsministerinnen hier heulend hinausgelaufen sind und man sich anschließend wechselweise gefragt hat, wer denn diesen Trauerjob übernehmen will – für diejenigen, die es näher haben wollen, kann ich das nach meiner Redezeit detailliert erklären –, haben unter dieser Regierung und den sie tragenden Fraktionen Wissenschaft und Forschung einen zentralen Stellenwert, weil die Wissenschaft und die Forschung von heute die Arbeitsplätze von morgen sichern.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Fällt Ihnen nichts Besseres ein?)

Mit über 410 Millionen € haben wir als einziges Land Deutschlands – bezogen auf diese Legislaturperiode – ein eigenständiges Wissenschaftsförderungsprogramm LOEWE, und es ist nicht unsere Bewertung, sondern die der Gutachter, die alle von außerhalb Hessens kommen, dass unser Ansatz, Forscher, forschende Industrie und investierende Unternehmen zusammenzubringen, also die berühmte Clusterbildung, mittlerweile ein großes Erfolgsmodell ist. Das können Sie sich anschauen.

Meine Damen und Herren, deshalb bleibt es dabei: Investitionen in diesem Bereich sind richtig und wichtig; und Zukunft machen wir z. B. in diesem Haushalt dadurch, dass wir dabei nicht stehen bleiben, sondern jetzt noch einmal 141 Millionen € in die Hand nehmen wollen – Stichwort: Zukunftsfonds –, womit wir vier neue Forschungsförderzentren nach Hessen holen wollen. Das reicht von der Hirnforschung zur Bekämpfung der Alzheimerkrankheit bis zur Materialforschung für Bau- und Kunststoffe.

Wenn diese Forschungseinrichtungen zu uns kommen wollen, dann doch nicht deshalb, weil sie glauben, dass sie hier schlechte Bedingungen vorfinden, sondern weil sie davon überzeugt sind, dass ihre höchstrangige Forschung von uns angemessen unterstützt wird. Dann gibt es einen doppelten Nutzen. Ich sage es noch einmal: Solche An-

strengungen hätte ich mir früher einmal gewünscht. Wenn Sie sich die Landkarte Deutschlands ansehen – Fraunhofer-Institut und was auch immer –, stellen Sie fest: zu Ihrer Regierungszeit ein absolutes Stiefkind. Wir haben hier drastisch aufgeholt, und wir werden für die Zukunftsfähigkeit des Landes auf diesem Weg entschlossen weitergehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Zukunft bedeutet auch immer Zukunft in Sicherheit. Die Menschen haben gerade in Situationen, in denen sie bedrückt sind, ob aus ökonomischen oder anderen Gründen, ein großes Verlangen nach dieser Sicherheit. Das geht weit über den Bereich der inneren Sicherheit hinaus. Wir wollen, dass Menschen in Sicherheit leben können und in Notsituationen schnellstmögliche Hilfe erteilt wird. Wenn wir über eine Generalaussprache zu unserer Politik sprechen, will ich Ihnen sagen: Wenn wir in diesem Jahr eines der modernsten Rettungsdienstgesetze auf den Weg gebracht haben, dann ist das auch Ausdruck des Respekts und der Anerkennung der hervorragenden Arbeit, die die Rettungsdienste, die Hilfsorganisationen und die Feuerwehren leisten. Das ist der Grund, warum wir sie in Hessen in einer Weise ausstatten und fördern, die in Deutschland mit an der Spitze ist, wenn es nicht eine Spitzenförderung ist.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

Die, die diese Arbeit leisten, haben diese Unterstützung verdient. Dass wir sie politisch so umsetzen, ist unsere feste Absicht, und ich wäre dankbar, wir könnten wenigstens darüber Gemeinsamkeit erzielen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sicherheit meint natürlich auch besonders innere Sicherheit. Gerade dieses Thema ist und bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Die schlichten Fakten:

Hessen ist so sicher wie nie. Wir gehören zu den vier sichersten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Das war nicht immer so, sondern es ist das Ergebnis einer klaren und erfolgreichen Innenpolitik, die die hessische Polizei zur modernst ausgestatteten und modernst ausgerüsteten Polizei Deutschlands gemacht hat. Die Fakten sprechen dafür –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich würde mich an Ihrer Stelle sehr zurückhalten!)

– Provozieren Sie mich nicht; ich könnte Ihnen dies detailliert vorlegen. Ich habe Herrn Al-Wazir immer gesagt: Darüber können wir zu jeder Zeit, an jedem Ort und an jedem Punkt diskutieren. Ich kann Ihnen detailliert erklären, was wir gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Als wir die Verantwortung übernommen haben, war Hessen in der Aufklärungsquote hinten bei den roten Laternen.

(Beifall bei der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig, „bei den roten Laternen“!)

Wir haben die Aufklärungsquote zwölf Jahre lang kontinuierlich auf über 58 % gesteigert. Das waren für Sie unerreichtbare Traumnoten.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Meine Damen und Herren, wenn die Kriminalstatistik im Jahre 2010 den niedrigsten Stand an Straftaten seit 30 Jah-

ren ausweist, dann ist das ein Erfolg, den man nicht kleinreden darf. Es ist zunächst einmal ein Erfolg hervorragender polizeilicher Arbeit. Es ist aber auch ein Erfolg der Regierung und der Politik, die die Polizei in den Stand versetzt, eine so erfolgreiche Arbeit zu leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden an anderer Stelle noch über manches zu sprechen haben. Aus gegebenem Anlass will ich auf das eingehen, was Sie, Herr Schäfer-Gümbel, gesagt haben. – Ja, Erschrecken, Entsetzen muss uns doch befallen, wenn wir jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, dass rechtsextremistische Täter offenkundig sogar vor abscheulichsten Morden nicht zurückgeschreckt haben.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das hätten wir Ihnen auch früher sagen können!)

Wenn das nicht alles eine hohle Phrase sein soll – ich unterstelle das jetzt einmal niemandem –, dann muss doch klar sein, dass wir alle gemeinsam nicht nur diesen Verbrechen, sondern auch der Geisteshaltung, die dahintersteht, ein entschiedenes Handeln entgegensetzen müssen, um diesen von Grund auf den Boden zu entziehen, soweit das der Staat überhaupt kann. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung nimmt die Gefahren von links und rechts, und wo sie auch immer herkommen, seit Jahren sehr ernst. Mit einem beeindruckenden Bündel von Maßnahmen wird in Hessen seit Jahren gegen den Rechtsextremismus vorgegangen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, ja!)

– Herr Schäfer-Gümbel, nicht einmal Ihre Fraktion hat das bisher bestritten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt nicht; wir sehen das kritisch!)

Dann sollten wir das gemeinsam auch einmal so festhalten. Deshalb haben wir unter anderem den Verfassungsschutz – nachdem Rot-Grün ihn praktisch bis 1999 zur Unfähigkeit gebracht hat – Stück für Stück ausgebaut.

(Zuruf von der CDU: So ist es; das ist die Wahrheit!)

Damit auch das einmal klar ist, sage ich Folgendes: Herr Schäfer-Gümbel, es bedarf weder finsterner Drohungen noch dunkler Andeutungen. – Ich sage das jetzt ganz klar zum Mitschreiben: Diese Regierung hat nichts zu verbergen. Wir selbst haben das allergrößte Interesse, alle Fakten auf den Tisch zu legen, sobald wir sie haben.

(Günter Rudolph (SPD): Dann klären Sie einmal auf!)

– Herr Kollege Rudolph, Sie dürfen das aufklären, Sie waren nämlich damals dabei. – Dann werden wir vielleicht auch einmal darauf zurückkommen, dass dieser besagte Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes meiner Kenntnis nach 1993 oder 1994 nach einer intensiven Sicherheitsüberprüfung eingestellt wurde, dass er zwölf Jahre lang beim Verfassungsschutz gearbeitet hat und dass offenkundig keiner vorher auf die Idee gekommen ist, dass es da gegebenenfalls Verbindungen geben könnte.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Ich wollte das aber wenigstens einmal vorgetragen haben. – Herr Al-Wazir, wieso schütteln Sie den Kopf?

(Zuruf von der CDU: Er schüttelt immer den Kopf!)

Wieso schütteln Sie den Kopf? Ist das falsch?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, dass das zu parteipolitisch ist! – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte alle Kollegen um Nachsicht, weil das von der Redezeit der anderen abgeht. – Herr Al-Wazir, das soll zu parteipolitisch gewesen sein? – Ich habe keine einzige Partei benannt. Ich habe zwei Fakten mitgeteilt.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Peinlich, peinlich!)

Dass Sie so reagieren, verstehe ich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Der Innenminister hat darauf hingewiesen, dass er, soweit ihm das möglich ist, Ihnen alles entsprechend vortragen wird.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles, was Sie nicht vorgetragen haben!)

Daran sind wir gemeinsam sehr interessiert.

Ich habe Ihnen seinerzeit alle Beweggründe für meine Entscheidung dargelegt. Die Protokolle gibt es noch. Das war im Jahr 2006.

Herr Schäfer-Gümbel hat heute schwerstes Ungemach für diese Regierung angedroht, wenn nicht Bestimmtes geschehe. Sie werden doch dem Regierungschef dieses Landes erlauben, auf diese Androhung eine Antwort zu geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nicht mehr und nicht weniger habe ich getan.

Ich lese das überall. Ich habe es mitgeschrieben. Dabei geht es um die Frage, ob man das nicht vorher hätte wissen müssen oder können. Genau zu diesem Sachverhalt habe ich eine Bemerkung gemacht, ohne eine einzige Partei zu benennen.

Ich finde, wir sollten das nicht mit kleiner Münze behandeln. Die Herausforderung ist beachtlich.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bravo, gut erkannt!)

Ich finde, dass wir keinerlei Grund haben, uns wechselseitig zu verdächtigen, wir seien nicht bestrebt, den Dingen auf den Grund zu gehen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die alte Methode, sich besorgt zu geben und so zu tun, als wolle irgendjemand etwas verschleiern, hilft der Sache nicht. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Das nützt nur denjenigen, gegen die wir gemeinsam anzutreten haben.

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben sich am Schluss Ihrer Rede noch mit dem Haushaltsentwurf beschäftigt.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber nur sehr sporadisch!)

Aufgrund der Kürze der Redezeit muss ich das jetzt mit wenigen Strichen machen. Sie haben die Rolle der Kommunen angesprochen. Ja, mit diesem Haushalt wird der Kommunale Finanzausgleich so hoch wie noch niemals in der Geschichte des Landes Hessen sein. Das ist konkrete Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Auch das ist falsch!)

Herr Kollege Schmitt, in keinem anderen Bereich des Haushalts wird das finanzielle Aufkommen so wie beim Kommunalen Finanzausgleich steigen. Das ist auch gut so.

Herr Schäfer-Gümbel, ich will noch eines drauflegen. Ich habe einen kommunalen Schutzschirm angeboten. Aber es ist doch nicht das Problem der Landesregierung, dass die kommunalen Verbände über ein Jahr lang aus Gründen, die ich nachvollziehen kann, darum ringen, wie dieses Geld verteilt werden soll.

Ich kann Ihnen sagen: Machen Sie den Leuten nichts vor. Die Landesregierung steht zu ihrem Wort. Ich hoffe, dass sich die kommunalen Verbände mit ihren Mitgliedern möglichst noch in diesem Jahr darüber einigen, wie dieses Hilfsangebot des Landes umgesetzt werden soll. Da geht es nicht um Ansprüche der Kommunen. Da geht es um eine freiwillige Hilfeleistung des Landes, zu der wir stehen. Das wollen wir hier nicht kleinreden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie uns zum Schluss meiner Rede noch einen kleinen Blick auf Ihre Änderungsanträge werfen. Was unterscheidet uns?

(Heike Habermann (SPD): Eine ganze Menge!)

Anders als wir setzen Sie auf Erhöhung der Steuern und Abgaben. Sie wollen den Bürgern in Hessen 305 Millionen € mehr abnehmen. 200 Millionen € wollen die GRÜNEN den Bürgern mehr abnehmen. Interessanterweise haben die GRÜNEN noch weitere 304 Millionen € Steuererhöhungen im Gepäck, die aber der Bund beschließen muss. Dafür sind wir hier nicht zuständig. Das darf man der Öffentlichkeit vielleicht einmal mitteilen.

Anders als wir wollen Sie sich dem zukunftsgerichteten Ausbau der hessischen Infrastruktur verweigern. Meine Damen und Herren der GRÜNEN, das hat uns nicht wirklich überrascht. Immer wenn irgendwo etwas zum Straßenbau steht, kommt ein Kürzungsantrag der GRÜNEN. Wahrscheinlich werden Sie nie akzeptieren – vielleicht wollen Sie das auch nicht –, dass eine vernünftige Straßeninfrastruktur ein Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit eines Landes ist. Deshalb ist es richtig, dass wir den Etat dafür erhöhen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Übrigen empfehle ich Ihnen: Gehen Sie doch einmal in all die Gemeinden, in denen man dringend auf den Bau einer Ortsumgehung wartet. Da wird vor Begeisterung über Ihre Änderungsanträge geklatscht werden.

Sie wollen den Wassercent einführen. Das nützt der Umwelt nichts, belastet aber die Bürger.

Die SPD-Fraktion will, dass der Zukunftsfonds gestrichen wird. Das haben wir jetzt gehört. Herr Schäfer-Gümbel, ich frage Sie jetzt allen Ernstes: Was kann man denn dagegen haben, dass wir Geld ausgeben wollen, um den CO₂-Ausstoß in der Landesverwaltung zu vermindern? Was kann man denn dagegen haben, dass wir die Fraunhofer-Wissenschaftsinstitute fördern wollen? Was kann

man denn dagegen haben, dass wir das Landesstraßenbauprogramm auf hohem Niveau stabilisieren wollen?

Eine Ihrer Kolleginnen – ich weiß jetzt nicht mehr, wer – hat dann gefragt, wie wir das finanzieren wollen. Das will ich Ihnen sagen: Das wollen wir mit dem Verkauf von Immobilien finanzieren, die wir nicht mehr im Besitz des Landes brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie bringen uns nichts. Der Gegenwert kann anderweitig besser eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, da unterscheiden wir uns: Wir möchten nicht, dass diese Erlöse in den allgemeinen Haushalt, also quer über alles, eingestellt werden. Wir wollen sie vielmehr konzentrieren. Das ist Politik, die Sie offenkundig nicht zu leisten imstande sind. Wir wollen sie für die Zukunftsaufgaben einsetzen.

(Norbert Schmitt (SPD): Konsumieren wollen Sie sie!)

Sie haben das Wort Zukunft in den Mittelpunkt gestellt. Diese Lösung ist eine für eine gute Zukunft, weil die Mittel nicht in den allgemeinen Verwendungen untergehen. Vielmehr wird damit die Zukunft entsprechend gestaltet werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich jetzt zwei wirklich abschließende Bemerkungen machen. Sie wollen 535 Millionen € mehr ausgeben, also etwa eine halbe Milliarde Euro. Interessanterweise haben Sie weitgehend darauf verzichtet, zu begründen, woher Sie das Geld holen wollen.

(Holger Bellino (CDU): Das ist immer so!)

Ich möchte das einmal vorlesen. Sie haben 160 Millionen € mehr an Steuereinnahmen vorgesehen. Sie haben diesen Änderungsantrag drei Tage nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der Steuerschätzung des Novembers 2011 gestellt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das sind die Zahlen des Herrn Schäfer! Das sind die Zahlen Ihres Ministers!)

Sie müssten doch eigentlich erkennen, dass das nicht geht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Bouffier, das sind die Zahlen Ihres Ministers!)

Sie haben dann bei den Zinsen, bei den Einnahmen aus der Umsatzsteuer und überall sonst Wunschzahlen eingesetzt.

Herr Kollege, ich will Ihnen Folgendes sagen: Wir werden schauen, wie das nächste Jahr läuft. Die großen weltwirtschaftlichen Herausforderungen und die Eintrübung der Konjunktur muss man sehen. Wir machen eine andere Politik als Sie. Wenn wir im nächsten Jahr mehr Steuereinnahmen haben sollten, dann werden wir sie vorrangig zur Reduzierung der Schulden einsetzen. Wir verplanen diese Mittel nicht heute schon für Ausgaben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Bürger muss wissen, wofür die einen und wofür die anderen stehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie stehen für verfassungswidrige Haushalte!)

Herr Kollege Schmitt – –

(Zurufe von der CDU: Oh! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das sind Unwahrheiten!)

Wir sollten Herrn Kollegen Schmitt nicht stören. Denn immer, wenn er etwas vorträgt, ist das außerordentlich beeindruckend.

(Heiterkeit des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Das ist dann außerordentlich beeindruckend. – Herr Kollege Schmitt, Sie sind der haushaltspolitische Sprecher. Ihr Fraktionsvorsitzender ist darauf nicht eingegangen. Ich will einmal auf Folgendes eingehen. Dabei geht es um Änderungsanträge, die meiner Ansicht nach mehr als alles andere Ihre Geisteshaltung widerspiegeln.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt wird es interessant!)

Schauen Sie sich einmal Folgendes an. Ich dachte eigentlich, dass das für uns alle gilt. Für diese Landesregierung ist das Bekenntnis zur deutschen Geschichte eine Selbstverständlichkeit, und zwar sowohl hinsichtlich der hellen als auch der dunklen Kapitel.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie müssen sich mit der Verfassungswidrigkeit auseinandersetzen!)

Das sollte für uns alle eine Selbstverständlichkeit sein. Deshalb unterstützen diese Landesregierung und die sie tragende Mehrheit auch die Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes.

Und ich dachte, ich traue meinen Augen nicht, meine Damen und Herren: Die SPD fordert in ihrem Änderungsantrag doch allen Ernstes, die Summe von 30.000 € für das Forschungsprojekt „Opfer des DDR-Regimes“ zu streichen.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

100.000 € wollen Sie für das Zentrum für Vertreibung streichen.

Meine Damen und Herren, unabhängig von all dem, was wir tagespolitisch miteinander diskutieren: Wer sich so verhält, führt einen Schlag ins Gesicht aller Opfer der DDR-Diktatur und der Millionen Heimatvertriebenen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, bei einem Etat von zig Milliarden kann es bei 130.000 € doch nicht ums Geld gehen – hier geht es entweder um blanke Ideologie

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau!)

oder um erschreckende Geschichtslosigkeit. Beides ist schlimm.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen gerade von der SPD: Die Opfer der Zwangsvereinigung von SPD und KPD hätten es sich sicher nie träumen lassen, wie die hessische SPD im Jahre 2011 mit ihrem Schicksal umgehen will.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das ist wirklich unter Ihrem Niveau!)

Wer so etwas macht, offenbart eine Denkweise. Mit dieser Denkweise fällen Sie das Urteil über Ihre Politik selbst, meine Damen und Herren. Eine Partei, die so etwas beschließt,

(Zuruf des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

ist nicht regierungsfähig. Eine Partei, die so etwas beschließt, ist unfähig, ein Land zu führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Sie wollten doch etwas zum Haushalt sagen! – Gegenruf von der CDU: Ah, der Ypsilanti-Lautsprecher!)

Ihre Politik ist ideologisch fixiert, Sie verwechseln häufig persönliche Beleidigungen mit Politik, und Sie spalten die Gesellschaft.

Sie haben mir mehr oder weniger vorgeworfen, ich könnte mich als Nachfolger von Gottschalk bei „Wetten, dass ..?“ bewerben. Seien Sie versichert: Ich kenne meine Fähigkeiten, und die werden auch einen anderen finden. Aber dahinter stand der Gedanke, ich müsste irgendwie das Volk oder wen auch immer ständig treiben, nerven, oder was auch immer Sie meinten.

Deshalb will ich Ihnen etwas sagen: Das ist nicht unsere Politik. Wir setzen auf praktische Vernunft. Wir setzen auf Augenmaß. Wir setzen auf eine Politik, die den Menschen konkret nützt, auf eine Politik, die den Spitzenplatz Hessens verteidigt und ausbaut. Wir setzen auf eine Politik, dass die Menschen gern in unserem Land leben; darauf sind wir stolz.

Ich empfehle Ihnen von der Opposition: Machen Sie so weiter. Bleiben Sie bei Ihrer Prioritätenliste – viel Ideologie, viel Partei, und erst dann kommt der Mensch.

Meine Damen und Herren, bei uns ist es genau umgekehrt: Praktische Vernunft, das heißt für mich als Ministerpräsident wie auch für alle Kolleginnen und Kollegen in dieser Regierung: Erst kommt der Mensch, dann das Land, und dann kommt die Partei. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, ich erteile nun dem Herrn Abg. Rudolph das Wort zu einer Kurzintervention.

(Zuruf von der CDU: Die Opposition tritt zurück!)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie waren am Donnerstag bei der Verleihung des „Bambi“ anwesend. Wenn es einen für Scheinheiligkeit gäbe, wären Sie mit dem, was Sie eben gesagt haben, ein heißer Anwärter, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!)

Wer über Schulden im hessischen Haushalt redet und anderen vorwirft, sie könnten nicht mit Geld umgehen, der möge sich an die eigene Nase fassen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie haben die Schulden in den letzten fast 13 Jahren von 22 Milliarden € auf 40 Milliarden € nahezu verdoppelt. Fangen Sie erst einmal mit dem Sparen an, bevor Sie anderen Vorhaltungen machen. Das ist an Heuchelei nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Das Zweite. Die hessischen Städte und Gemeinden wie auch die Bürgerinnen und Bürger, die in diesen hessischen Städten und Gemeinden wohnen, sind keine Bittsteller. So, wie Sie eben aufgetreten sind, müssen die Kommunen dankbar sein, dass sie überhaupt noch einen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich bekommen.

(Zuruf von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen Sie sich doch einmal die Situation an: Alle 21 Landkreise in Hessen sind hoch verschuldet und defizitär. Von den 426 Kommunen sind 95 % verschuldet und defizitär. Eine Ursache ist Ihre falsche Finanz- und Fiskalpolitik auf Bundes- und Landesebene. – Das ist die Realität in Hessen, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD – Judith Lannert (CDU): Was hat das mit einer Kurzintervention zu tun?)

Herr ehemaliger Innenminister und amtierender Ministerpräsident, ich wäre da auch einmal ganz entspannt; denn Gott sei Dank entscheiden nicht Sie, sondern die Wählerinnen und Wähler, wer der nächste Ministerpräsident wird.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben sie auch beim letzten Mal getan!)

Wir sind da sehr zuversichtlich, dass auch solche Politiker wie Herr Wagner dazu beitragen werden, dass es nicht mehr Bouffier ist, sondern Schäfer-Gümbel.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Damit können wir gut leben. Aber, Herr Ministerpräsident, Sie haben es genau gemerkt – Ihre Reaktion zeigt es ja –: Auch zu den aktuellen Ereignissen, den schrecklichen Morden und allem, was sich darum rankt – ja, es wird natürlich auch um Ihre Rolle als ehemaliger Innenminister gehen. Das haben Sie völlig zu Recht erkannt.

Sie haben damals von einer Medienschelte geredet, dieser Beamte sei unerträglich verfolgt worden. Der damalige Oppositionsführer, Herr Hahn, wird zitiert, es habe erhebliche Kommunikationspannen gegeben.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, denken Sie an die zwei Minuten.

(Zuruf von der CDU: Wir sind in einer Haushaltsdebatte!)

Günter Rudolph (SPD):

Deswegen wollen wir Aufklärung, Herr Ministerpräsident: Welche Rolle haben Sie damals gespielt? Was waren die Informationen? – Wir werden, es bleibt dabei, alle Möglichkeiten finden, dass Sie zu diesem Thema Aussagen machen können. Ein Wegtauchen wird es bei dem Thema nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Hat auch niemand vor!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Aussprache zum Einzelplan 02 fort. Das Wort hat Herr Abg. Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von der CDU: Wahrscheinlich der wirkliche Oppositionsführer!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich in die Haushaltsdebatte einsteige, will ich noch ein Wort zu dem sagen, was seit letztem Freitag ans Licht gekommen ist; denn was seit letztem Freitag ans Licht gekommen ist, ist ungeheuerlich.

Wir haben es bei dieser Mordserie mit der schlimmsten rassistischen Mordserie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zu tun.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Ich will vielleicht noch einmal sagen, dass ich glaube, dass wir darauf nicht parteipolitisch reagieren sollten. Zuerst einmal sollten wir uns auch in diesem Landtag darüber klar sein, dass es momentan bei vielen zugewanderten Menschen in dieser Republik eine Verunsicherung gibt. Es stellt sich nicht nur die Frage, wieso so etwas geschehen konnte und nicht früher aufgedeckt wurde. Es geht jetzt auch um die Frage, wie der Staat darauf reagiert, dass Neonazis kaltblütig mordend durch die Gegend ziehen und insgesamt zehn Menschen erschießen.

Ich glaube, dass wir auch den Opfern im wahrsten Sinne des Wortes Namen geben müssen. Diese Opferserie fing mit Enver Simsek an, der übrigens aus Schlüchtern im Main-Kinzig-Kreis stammte und dessen Familie dort noch lebt, und sie endete mit Michèle Kiesewetter in Heilbronn. Das vorletzte Opfer war Halit Yozgat aus Kassel.

Jenseits der Frage der Aufklärung, die mich ganz persönlich interessiert, so wie sie hier alle interessiert, muss ich Ihnen diesen Satz aber schon sagen, Herr Ministerpräsident: Wenn mir 2006 einer gesagt hätte, dass bei irgendjemandem zu Hause Auszüge aus „Mein Kampf“ gefunden wurden und er in seinem Dorf als „kleiner Adolf“ bezeichnet wurde, dann können Sie sicher sein, dass ich die Frage gestellt hätte, was der Mann eigentlich beim Verfassungsschutz macht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich sage ausdrücklich, wir werden noch einmal auf alle Fraktionen zugehen und einen Textvorschlag machen, damit völlig klar ist, dass dieses Parlament – hoffentlich sehr einmütig und klar – sagt, dass ein Angriff auf jedes Mitglied dieser Gesellschaft ein Angriff auf die Gesellschaft insgesamt und auf die Grundwerte dieser Gesellschaft ist.

(Allgemeiner Beifall)

Was in der Frage der Aufklärung folgt, das interessiert uns sicherlich alle, hoffe ich. Dann können wir uns im Zweifel auch wieder streiten. Aber zumindest bei dem Davor sollten wir uns nicht streiten.

So schwer es zur diesjährigen Generaldebatte, zur Haushaltsdebatte fällt: Herr Ministerpräsident, Sie sind nun fast 15 Monate im Amt. Das ist Ihr erster Haushalt, den Sie in kompletter Eigenverantwortung mit von Ihnen ausgesuchtem Finanzminister und ganzem Kabinett zu verantworten haben. Wir können jetzt nicht nur vorausschauen aufs nächste Jahr, sondern wir können auch auf ein Jahr Ihrer Amtszeit seit der letzten Generaldebatte zurückschauen. Sprichwörtlich wohnt ja jedem Anfang ein Zauber inne.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Das finde ich schön, Hermann Hesse ist immer gut!)

– Herr Bouffier, aber ich glaube, Sie selbst würden kaum sagen, dass diesem Anfang im letzten Jahr ein Zauber innewohnt hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: So weit würde ich nicht gehen!)

Die Erklärung dafür ist relativ einfach. Es war ja auch kein Neuanfang, sondern es ist ein schlichtes „Weiter so“.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Na ja!)

Dass Sie wesentliche Teile Ihrer Haushaltsrede darauf verwenden, Geschichten vom Amtsübergang von Evelies Mayer auf Christine Hohmann-Dennhardt zu erzählen, ist ein Beweis dafür, dass Sie selbst überhaupt nicht wissen, was Sie in der Zukunft machen wollen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Ah! – Ministerpräsident Volker Bouffier: Och!)

Sie sind als Landesregierung, Sie sind als Koalition ratlos.

(Lachen des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Sie sind mutlos. Sie haben keine Perspektive für das Land. Das gilt für die Landesregierung, und das gilt für Schwarz und Gelb.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist sehr pauschal!)

– Herr Wagner, schauen Sie nicht so überrascht. Man merkt Ihrer Fraktion und Ihnen ganz persönlich an,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aus Ihrem Munde bin ich so etwas gewöhnt!)

dass Sie 2008 eigentlich schon einmal abgewählt waren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber das ist doch drei Jahre her!)

– Das macht es nicht besser,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wo leben Sie denn?)

weil Sie in diesen drei Jahren weiterhin keinerlei Perspektive und Ideen entwickelt haben, warum Sie eigentlich regieren. Das ist auf die Dauer ein Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Die pure Not der Opposition!)

Der FDP merkt man an, dass sie inzwischen um die parlamentarische Existenz fürchtet

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

und sich so verhält, wie sich Ertrinkende eben verhalten. Das ist aus persönlicher Perspektive nachvollziehbar, aber eben nicht rational. Beides tut der Landespolitik nicht gut. Beides ist schlecht für Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich muss Ihnen sagen, ich habe gerade 2008 angesprochen. Damals ging hier die Ausschleißeritis um, Herr Wagner.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Rot-Rot-Grün!)

Ich bin immer dagegen, dass die Ausschleißeritis – Herr Wagner, selbst wenn ich Sie anschau, bin ich immer noch dagegen – fröhliche Urständ feiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Herr Ministerpräsident, aber die Ausschleißeritis, die jetzt in Hessen hoffentlich weg ist,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Mit mir nicht!)

darf nicht durch die Sprechbläseritis ersetzt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das Unwort des Jahres!)

– Das war nicht das Unwort des Jahres. Wenn Sie das noch einmal nachlesen und sich überlegen, was denn eigentlich die Perspektive des Hessischen Ministerpräsidenten für das nächste Jahr und die Zukunft des Landes Hessen ist, dann schreiben Sie das bitte aus dem heraus, was der Ministerpräsident hier gesagt hat.

(Clemens Reif (CDU): Das hat er Ihnen doch eben gesagt!)

Es wird die kürzeste Geschichte, die es in der hessischen Landespolitik jemals gegeben hat.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist Ihre Hoffnung!)

Herr Ministerpräsident, nein, aus unserer Sicht ist es anders. Als Bundesland Hessen verlieren wir in vielen Bereichen gerade den Anschluss an andere Bundesländer. Wir verspielen Chancen für ein lebenswerteres, für ein sozialeres Hessen und übrigens auch für zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Herr Ministerpräsident, zu Ihren Zahlen. Sie rühmen sich dafür, dass wir im ersten Halbjahr dieses Jahres das höchste Wachstum in der Geschichte des Landes Hessen hatten. Der spannende Punkt ist aber, dass jedes Bundesland im ersten Halbjahr dieses Jahres das höchste Wachstum in der jeweiligen Geschichte hatte, weil wir nämlich im Jahre 2009/10 eine Wirtschaftskrise und eine Rezession hatten, wie es sie noch nie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt gegeben hatte. Insofern ist der Vergleich am Ende das Spannende.

Sie rühmen sich eines Beschäftigungsrekords. Auch da ist die spannende Frage, wie das in den anderen Bundesländern aussieht. Wir stellen fest, die Bundesrepublik Deutschland hat insgesamt so viele sozialversicherungsspflichtige Beschäftigte wie noch nie in ihrer Geschichte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber freuen wir uns miteinander. Nur ist die spannende Frage, wie es eigentlich im Vergleich ist. Ich muss Ihnen sagen: Bayern und Baden-Württemberg, wo wir früher immer darum gekämpft haben, wer unter diesen dreien der Beste ist, sind inzwischen bei der Arbeitslosenquote meilenweit voraus. Rheinland-Pfalz, das immer hin-

ter uns war, hat uns inzwischen auf Dauer überholt. Dort ist die Situation sehr viel besser. Das hat es früher nicht gegeben, Herr Ministerpräsident.

Zur Arbeitslosenquote will ich noch einen Punkt nennen. Wir freuen uns darüber, wenn die Quote niedrig ist. Aber was uns umtreibt, ist, dass in dieser Arbeitslosenquote nicht die ganze Wahrheit steckt. Wir haben nämlich inzwischen viele, viele Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die erwerbstätig sind, die teilweise Vollzeit arbeiten und die trotzdem Geld vom Amt bekommen.

Da müsste sich doch eigentlich eine Hessische Landesregierung – Sie haben so viel von der Vergangenheit geredet – einmal die Frage stellen, was sie dazu beitragen kann, dass diese Situation besser wird. Ich kann mich erinnern, dass Roland Koch einmal hier stand und das Optionsmodell gepriesen hat. Er hat gesagt, dass sich gerade im Bereich der Langzeitarbeitslosen hier in Hessen jemand etwas vorgenommen hat. Die spannende Frage ist doch, wo wir jetzt stehen. Was ist eigentlich Ihre Antwort auf diesen Punkt? Ich habe dazu nichts gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch an diesem Punkt die Frage, was in der Realität passiert und was eigentlich Ihre Antwort ist. Sie haben den Energiegipfel angesprochen. Ich stelle fest, Hessen hat bei der Energiewende zwölf Jahre verloren. Weil wir nicht wollen, dass Hessen noch weitere Jahre verliert, sind wir bereit, in der Sache inhaltlich mitzuarbeiten, damit wir diesen Rückstand, in den wir dank Ihrer Politik geraten sind, jetzt nicht noch größer werden lassen, sondern aufholen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So viel Vernunft?)

Herr Ministerpräsident, aber die spannende Frage haben Sie nicht beantwortet, ob nämlich noch zwei weitere Jahre verloren gehen oder ob Sie sich jetzt einmal durchsetzen und das, worauf sich der Energiegipfel geeinigt hat, dass nämlich die Kommunen eine Rolle bei dieser Energiewende übernehmen, auch seine Entsprechung in der realen Umsetzung der hessischen Landespolitik findet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ich werde Sie erinnern!)

– Herr Wagner, gestern hat im Innenausschuss der Kollege Greilich in der ihm eigenen Bescheidenheit gesagt, man könne keine Anhörung machen, weil nichts vorliege.

Ich bin gespannt darauf, was Schwarz-Gelb nach sieben Monaten Diskussion, nach zwölf verlorenen Jahren in dieser Frage auf die Reihe bringt. Herr Ministerpräsident, dann kommt es wirklich darauf an, nicht mehr nur Sprechblasen abzusondern, sondern sich vielleicht einmal gegenüber einem Koalitionspartner durchzusetzen, der nur noch im Angstbeißen gut ist, der sich verhält wie ein Ertrinkender und nichts mehr hinbekommt, was am Ende dazu führt, dass diese Energiewende endlich auch in Hessen stattfinden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Denn wir wollen, dass die Wertschöpfung in diesem Land stattfindet, wir wollen, dass die Arbeitsplätze in diesem Land existieren, und wir wollen auch unseren Beitrag zur Energiesicherheit in diesem Land leisten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben über zukunftsfähige Wirtschaftspolitik geredet. Da will ich sagen: Ihr Zukunftsfonds macht uns ein bisschen Sorgen. Denn das Erste, was Ihnen dazu immer einfällt, ist der Landesstraßenbau. Da können Sie einen Schwarzen und einen Gelben in Hessen wecken und sagen: zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. – Dann sagt er: Beton ausgießen in der Landschaft hilft. – Herr Wagner, das ist keine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Vor 20 Jahren! Das ist uralt! Phrasen der Achtzigerjahre!)

– Nein, das ist nicht uralt. Ich will Ihnen sagen, was uralt ist. Uralt ist Ihr Verständnis von Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wenn das – das war der einzige Bereich, wo Sie über Zukunft geredet haben –, was Sie in diesem Haushalt an Zukunft haben, allein am Zukunftsfonds hängt, haben wir ein Problem. Denn was machen Sie, wenn die Einnahmen nicht kommen? Ich kenne das alte Polizeipräsidium Frankfurt ziemlich genau. Denn das haben wir zu unserer Regierungszeit – das ist nun leider wirklich schon lange her – dreimal im Haushalt verkauft. Das Problem ist: Es hat leider nie stattgefunden. Die spannende Frage ist doch: Herr Ministerpräsident, was machen Sie, wenn dieser Verkauf nicht stattfindet, wenn alles, was Sie über Zukunft erzählt haben, nur an diesem einen Immobilienverkauf hängt? Darauf hätten wir gerne eine Antwort gehabt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: LOEWE-Programm!)

– Ich kann gerne das LOEWE-Programm nehmen. Aber wenn die ganze Finanzierung von dem, was Sie für Zukunft halten, daran hängt, dass ein Immobiliengeschäft klappt, dann haben wir ein Problem in diesem Bundesland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik. Herr Wagner hat gerade dazwischengerufen: „uralt“. Wir haben hier vor zehn Jahren angefangen, uns den Mund fusselig zu reden, dass die Breitbandinfrastruktur und die Datenaustobahnen die Autobahnen der Zukunft sind. Sie haben das damals für Unsinn gehalten. Sie haben uns sogar in Person und Gestalt von Alois Rhiel die Sprechblasen vorgesetzt, die wir heute noch von der FDP hören, nach dem Motto: „Alles privat vor Staat“. Das Problem ist nur: Wir haben im ländlichen Raum ein Marktversagen, weil die Privaten nur dahin gehen, wo es sich lohnt. Jetzt stellen wir uns vor, wir hätten vor zehn Jahren, sagen wir, 10 % des Geldes, das Sie völlig ohne Sinn und Verstand in Kassel-Calden verbuddeln, für die Breitbandinfrastruktur in diesem Land ausgegeben. Wir wären heute das Flächenland mit der besten Breitbandvernetzung in der Bundesrepublik Deutschland – wenn man damals das Richtige getan hätte. Deswegen erzählen Sie uns bitte nicht, was zukunftsfähige Infrastrukturpolitik ist, sondern lösen Sie sich von Ihren Glaubenssätzen aus den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben viel über die Bildungspolitik gehört. Herr Ministerpräsident, da haben Sie gesagt, ich solle sagen, wie das damals war – Ihre Geschichten aus dem Kartoffel-

krieg – mit den Stellenstreichungen usw. Das kann ich Ihnen relativ deutlich sagen: Wir haben die Schulabteilung beim RP aufgelöst und haben gesagt, es würde reichen, Stellen in diesem Bereich aus der Verwaltung herauszunehmen. Ich habe schon vor zehn Jahren gesagt: „Das war ein Fehler.“ Wir waren in der Lage, diesen Fehler im Nachhinein einzugestehen. Jetzt ist die spannende Frage: Herr Ministerpräsident, sind Sie in der Lage, Ihre Fehler einzugestehen?

(Peter Beuth (CDU): 2.000 Lehrer mehr bei den Schülerzahlen!)

Herr Generalsekretär der Hessen-CDU, die Bundes-CDU hat gestern einen historischen Beschluss gefasst.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Sie hat sich im Kern für ein Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium auf der einen Seite und einer Oberschule auf der anderen Seite entschieden. Bei allen Unterschieden im Detail: Wir fühlen uns ein wenig an eine Grundidee der hessischen GRÜNEN erinnert,

(Florian Rentsch (FDP): Natürlich!)

hier Gymnasium, dort die neue Schule. Das hat Herr Irmer noch als die Vorstufe des Kommunismus bezeichnet. Jetzt vertritt es Angela Merkel.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Für den ist das fast das Gleiche!)

Wir könnten jetzt also theoretisch zu dem kommen, was um uns herum passiert, was in Nordrhein-Westfalen passiert, was in Bremen passiert, was im Saarland passiert: dass wir jetzt nämlich zu einem Schulfrieden kommen könnten, der diesen jahrzehntelangen Schulkampf beendet, der endlich dafür sorgt, dass wir uns um die inhaltlichen Probleme im Bildungswesen kümmern und keine ideologischen Schlachten von vorgestern mehr schlagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Möglichkeit bestünde jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir nicht in Hessen wären.

(Peter Beuth (CDU): Das ist so dummes Zeug!)

Denn in Hessen sitzen in der CDU-Fraktion leider die letzten versprengten Haufen der sich in Auflösung befindlichen Armeen des Schulkampfes. Die sitzen da immer noch in ihren Schützengräben und singen: „Dem Alfred Dregger, dem haben wir es geschworen.“

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr Problem ist, dass Sie damit keines der Probleme von heute lösen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Beuth (CDU): Substanzlose und dummliche Polemik!)

Die Kühlerfigur auf dem Rolls-Royce heißt Emily. Die Kühlerfigur auf Hans-Jürgen Irmers rostigem Bollerwagen heißt Doris. Das Ergebnis von zweieinhalb Jahren schwarz-gelber Bildungspolitik ist: Sie machen die schwarze Verweigerungshaltung für jede Zukunftsfrage in der Bildungspolitik mit, und Sie geben nur noch die Kühlerfigur für das ab, was Hans-Jürgen Irmer mit seinem rostigen Bollerwagen an bildungspolitischen Schulkämpfen der Vergangenheit weiterführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das hat ein großer Staatsmann in einem anderen Zusammenhang gesagt. Das Leben wird Sie nicht bestrafen. Aber die Wählerinnen und Wähler werden Sie bestrafen. Das Problem ist nur: In der Zwischenzeit bestrafen Sie Hessen. Das ist das Traurige an der gegenwärtigen Agonie schwarz-gelber Landespolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben keine Perspektiven für das Land. Sie haben nichts erreicht, und Sie haben offensichtlich auch nichts mehr vor.

(Peter Beuth (CDU): Das sind nur Phrasen! Das ist noch schlimmer als Schäfer-Gümbel! Das ist furchtbar!)

– Herr Kollege Beuth, da hilft es Ihnen auch nichts, die ständigen Beschwörungen vermeintlicher Erfolge der Vergangenheit weiter zu betreiben. Da haben Sie es inzwischen – um ein Lieblingswort von Roland Koch zu benutzen – eher mit einstürzenden Leuchttürmen zu tun.

Wir blicken einmal zurück. Ich nenne jetzt alles, was Sie nicht angesprochen haben.

(Peter Beuth (CDU): Wir wollen uns mit Zukunft befassen! Es geht um den Haushalt des nächsten Jahres!)

Uniklinik Gießen-Marburg: Alles sollte großartig werden, verfassungswidrige Überleitung des Personals, groß angekündigte Partikeltherapie – Leuchtturm eingestürzt.

Die European Business School, ein typischer Koch-Leuchtturm: große Klappe, am Ende ein Skandal nach dem anderen, inklusive Zweckentfremdung von Landesgeld – Leuchtturm eingestürzt.

Kassel-Calden: der verrückteste Flughafen, seit es Regionalflughäfen gibt, kein Betreiber, keine Flüge, kein Konzept, aber am Ende fast 300 Millionen € sinnlos vergeben.

Ferienanlage Beberbeck: Europas größtes Luftschloss – Leuchtturm eingestürzt.

Zur Finanzpolitik insgesamt. Schauen wir einmal in den Haushalt des Jahres 2012. Sie haben in zwölf Jahren kein einziges Mal den Haushalt ausgeglichen. Sie haben stattdessen in schlechten Jahren Rekordneuverschuldungen gemacht und in guten Jahren hohe Neuverschuldungen. Der Gesamtschuldenstand ist von 22 auf jetzt 40 Milliarden € angestiegen.

Herr Ministerpräsident, ich fand es geradezu abenteuerlich, dass Sie sich gerade hierhin gestellt und gesagt haben: Freut euch doch einmal. Wir haben die Neuverschuldung reduziert. – Denn Sie haben in einer Situation, in der Sie selbst gesagt haben: „Wir haben fast 5 % Wirtschaftswachstum“, es noch nicht einmal geschafft, im Entwurf des Haushalts 2012 die hessische Verfassungsgrenze einzuhalten, wie sie immer galt, nämlich weniger Neuverschuldung als landeseigene Investitionen. Dafür kann man sich doch nicht allen Ernstes feiern lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Übrigens ein weiterer Leuchtturm: neue Verwaltungssteuerung. Alles sollte besser werden, alles sollte günstiger werden. Inzwischen haben wir da wahrscheinlich 1 Milliarde € versenkt – und große Teile der Verwaltung sind

jetzt damit beschäftigt, aufzuschreiben, was sie gearbeitet haben, statt zu arbeiten.

Herr Ministerpräsident, dass Sie als ehemaliger Innenminister sich ernsthaft trauen, hier die Innenpolitik zu loben, das ist ein besonders starkes Stück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn noch nie in der Geschichte des Landes Hessen gab es eine solche Anhäufung von Polizeiskandalen, von Mobbingvorwürfen, von Entlassungen höchstangiger Beamten – vom Landespolizeipräsidenten über die LKA-Chefin –, von Zuständen, wie wir sie in den vergangenen Jahren niemals erlebt haben. Sich dann hierhin zu stellen und zu sagen: „Alles toll, alles prima“ – dafür muss man schon ein gehöriges Maß an Realitätsverweigerung haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Reden wir doch einmal darüber, was man in diesem Haushalt machen könnte. Wir haben Ihnen zusätzliche Einsparungen von über 300 Millionen € vorgeschlagen. Wir haben Ihnen Rücklagenauflösungen von 250 Millionen € vorgeschlagen. Wir haben Ihnen – das gehört zur Ehrlichkeit dazu – ausdrücklich Mehreinnahmen von über 200 Millionen € vorgeschlagen, und wir haben auch gesagt, in Sachen Bildung, Umwelt, Soziales, Kinderbetreuung und zukunftsfähige Infrastrukturpolitik brauchen wir Mehrausgaben von über 200 Millionen €. Zieht man darunter einmal einen Strich, dann wird Ihnen meine Fraktion zwischen der zweiten und der dritten Lesung des Haushalts Vorschläge machen, die es ermöglichen, eine in der Sache bessere Politik zu machen und gleichzeitig die Nettoneuverschuldung um 500 Millionen € zu senken und damit die Verfassungsgrenze wirklich einzuhalten.

Die spannende Frage, die Sie dann beantworten müssen, ist: Warum lehnen Sie eigentlich diese Anträge immer alle ab – selbst dann, wenn Ihre eigenen Fachleute sagen, so doof sind die gar nicht? Auch dies ist eine der Fragen, die Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Rede nicht beantwortet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir reden über die Zukunft. Herr Finanzminister, Sie sind jetzt 15 Monate im Amt.

(Florian Rentsch (FDP): Das ist doch schön!)

– Schön für ihn. Die spannende Frage ist aber doch: Was hat Hessen davon?

Herr Rentsch, wissen Sie, Sie haben lange nicht mehr über den Länderfinanzausgleich geklagt.

(Florian Rentsch (FDP): Dazu komme ich gleich!)

– Sie kommen gleich dazu? Sehen Sie, Sie sind so ausrechenbar.

(Florian Rentsch (FDP): Nein!)

Sie sollten sich überlegen, ob das auf die Dauer hilft. Ich wollte heute Herrn Güllner nicht zitieren – aber Sie wissen, was ich meine.

Herr Finanzminister, Sie müssen sich überlegen, wo eigentlich Ihr Zukunftskonzept für die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs bleibt. Immer nur zu sagen: „So geht es nicht weiter, im Notfall klagen wir“, aber keinen einzigen eigenen Vorschlag zu machen, das funktioniert auf die Dauer nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir schon über fehlende Konzepte reden: Wo ist eigentlich Ihr Vorschlag für eine Verbesserung der desolaten Lage der hessischen Kommunen? An den Rettungsschirm glaube ich erst dann, wenn er wirklich da ist. Die spannende Frage ist doch eigentlich, ob die Neuverschuldung, die die Kommunen auf ihre alten Schulden aufgetürmt haben, bis er da ist, nicht sogar das Volumen dieses Rettungsschirms übersteigt.

Bis heute haben Sie keinerlei Antwort auf die Frage, was wir eigentlich tun, damit das nicht zunehmend auseinanderdriftet. Auf der einen Seite von Frankfurt existiert eine Gemeinde – das habe ich neulich in der Zeitung gelesen –, die 170 Millionen € oder sogar 270 Millionen € liquide Mittel auf dem Konto hat; auf der anderen Seite von Frankfurt existiert eine Gemeinde, die jedes Jahr 80 Millionen € Defizit macht. Darauf haben Sie keine Antwort. Aber Sie müssen dringend eine geben – denn so, wie es jetzt ist, kann es auf die Dauer nicht weitergehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Schäfer, wir haben einen Vorschlag gemacht. Wenn Sie den falsch finden – was Ihr gutes Recht ist –, dann erwarten wir aber, dass es endlich einmal einen Gegenvorschlag gibt, statt immer nur diese komische Arbeitsteilung: Die Opposition legt Konzepte auf den Tisch, die Regierung mäkelte daran herum, macht aber selbst nichts. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, das funktioniert nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das stimmt doch alles gar nicht! Es wird ganz konkret verhandelt! Reine Erfindung! Es gibt konkrete Verhandlungen mit den Kommunalen Spitzenverbänden! Reine Erfindung!)

– Herr Wagner, es ist eben keine reine Erfindung. Aber da Sie gerade dazwischenrufen, liefern Sie mir mein nächstes Stichwort.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie weichen aus!)

Es kommt noch eines hinzu: Die politische Kultur in diesem Land ist auf den Hund gekommen. Sie ist wirklich auf den Hund gekommen. Diese Regierung löst keines ihrer Wahlversprechen ein.

(Widerspruch des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Es ist ihr sogar völlig egal, was sie in der Vergangenheit versprochen hat. Nach dem guten alten Adenauer-Motto: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern?“, wird hier Landespolitik betrieben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben Sie auch schon vor zehn Jahren gesagt! – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Damals war das auch schon richtig!)

– Herr Wagner, ich will Ihnen das an bestimmten Punkten verdeutlichen.

Sie stellen sich hin und versprechen ein Nachtflugverbot. Wie oft haben wir das diskutiert: Ist ein Ausbau vertretbar? Was kommt als Gegenleistung? Kommt diese Gegenleistung – mit allem was dazugehört? Wir haben dazu unterschiedliche Positionen. Es ist aber unbestreitbar, dass es dieses Versprechen gab.

Jetzt sind Sie in der Situation, dass Sie Ihr Versprechen halten können. Was aber tun Sie? Sie klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht dafür, dass Sie Ihr eigenes Versprechen nicht halten müssen. Die politische Kultur in diesem Land ist auf den Hund gekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das hat er auch schon 20-mal gesagt!)

– Herr Wagner, jetzt können Sie sagen: Das alles haben wir schon vor zwei Wochen in einer Sondersitzung besprochen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben Sie hier schon 20-mal vorgetragen!)

Herr Wagner, ich sage Ihnen einmal, was gestern passiert ist: Die Lufthansa Cargo hat gesagt, dass sie den nächsten Flugplan ohne Nachtflüge plant.

(Florian Rentsch (FDP): Was soll sie denn sonst machen?)

– Jetzt fragen Sie: „Was denn sonst?“ Ich begrüße es außerordentlich, dass die Lufthansa Cargo ihren nächsten Flugplan ohne Nachtflüge aufstellt. Völlig richtig.

(Florian Rentsch (FDP): Wenn sie das anders gemacht hätte, hätten Sie gesagt: Das ist eine Verhöhnung des Landtags und der Rechtsprechung! Das ist lächerlich!)

– Regen Sie sich gar nicht auf. Ich wollte die Lufthansa Cargo heute ausnahmsweise gar nicht kritisieren. Ich finde es gut, dass sie den nächsten Flugplan ohne Nachtflüge aufstellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Aber ich finde, Sie sollten sich einmal überlegen, warum Sie eigentlich Ihr Versprechen gebrochen haben – wegen eines angeblich unabweisbaren Bedarfs für Nachtflüge –

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das stimmt ja nicht!)

und gesagt haben, wenn es die nicht gibt, dann bricht hier alles zusammen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Reine Polemik!)

Jetzt kommen wir in eine Situation, in der es innerhalb von zehn Tagen möglich war, auf die Nachtflüge zu verzichten und sogar für das nächste Sommerhalbjahr eine ordentliche Planung zu machen.

Offensichtlich braucht es diese Nachtflüge nicht. Deswegen sage ich an dieser Stelle – und werde es in jeder Sitzung wiederholen, bis zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts –: Ziehen Sie endlich Ihre Revision zurück, Ihre Klage gegen Ihr eigenes Versprechen, und akzeptieren Sie wenigstens die jetzige Situation.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Damit kommen wir zum nächsten Bereich. Im Jahr 2000 und seitdem immer wieder haben Sie einen Anti-Lärm-Pakt gegen den Fluglärm versprochen. In der letzten Woche tagte zum ersten Mal diese Arbeitsgruppe. Wie immer, wenn man wenig zu sagen hat, aber viel Wind machen muss, nennt man die dann „Taskforce“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie sich betrachten, was da passiert, wenn Sie einmal ein bisschen in die Region um den Flughafen hineinhorchen, dann müssten Sie sehen, dass das, was wir hier debattieren, nicht vorbei ist, sondern dass es gerade wieder neu anfängt – und zwar in einer Art und Weise, die Sie sich gar nicht vorstellen können. Wenn Sie weiterhin denken, Sie könnten den Anwohnerinnen und Anwohnern des Frankfurter Flughafens mit Sprechblasen kommen, dann wird sich das rächen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wird sich für Sie rächen. Es wird sich aber auch für das Ansehen der Politik insgesamt rächen. Deswegen sage ich Ihnen, Herr Ministerpräsident: Schluss mit den Sprechblasen und endlich reale Handlungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Reihenweise vergeben Sie Aufträge in rechtswidriger Art und Weise. Komischerweise profitieren davon oft Leute, die Ihnen politisch nahestehen. Unrechtsbewusstsein? Fehlanzeige. Konsequenzen? Leider auch Fehlanzeige.

(Holger Bellino (CDU): Vorsicht! Das ist gar nicht wahr, was Sie da erzählen!)

– Das ist nicht wahr? Herr Bellino, diese Aufträge waren alle rechtskonform? Profitiert haben nicht Leute, die Ihnen politisch nahestehen? – Das ist ja interessant, was Sie da erzählen. Ich finde das alles sehr interessant. Danke, dass Sie bestätigen, dass es bis heute bei Ihnen kein Unrechtsbewusstsein gibt. Vielen Dank für diese Bestätigung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Das ist nicht wahr! Sie sind ein Spalter! – Heiterkeit bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Das klingt wie die Linkspartei! – Holger Bellino (CDU): Das ist wider besseres Wissen! Sie sind ein Spalter!)

– Sehr gut. Ich bin nicht sprachlos. Ich wundere mich, dass Sie als parlamentarischer Geschäftsführer und bekannter Versöhner andere Leute „Spalter“ nennen. Aber bitte sehr, geschenkt.

Wenn wir schon bei der Frage sind, was da auf den Hund gekommen ist und wie wir miteinander umgehen, kann man nur sagen: Natürlich gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Regierung und Opposition. – Machen Sie sich eigentlich Gedanken darüber, wie die Aufarbeitung Ihrer Skandale vorankommt und wie Sie sogar in der Aufarbeitung dieser Skandale versuchen, diese Aufarbeitung zu behindern?

Wir sind bei der Frage des Steuerfahnder-Untersuchungsausschusses vor den Staatsgerichtshof gegangen. Wir werden heute Mittag wieder vor dem Staatsgerichtshof sein. Kann es eigentlich auf Dauer richtig sein, dass eine Mehrheit mit allen Mitteln versucht, die Aufklärung zu behindern, und dabei sogar die Rechte der Minderheit einschränkt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Schon wieder eine Erfindung!)

– Herr Wagner, alles eigene Erfindung. Ich weiß, die Hessen-CDU in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf. – So funktioniert es leider nicht.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie wiederholen sich!)

Die Menschen sind klüger, als Sie denken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich über den Zustand der Koalition Gedanken macht, kommt man zu der Feststellung, es hat lange keiner mehr gesagt – Herr Kollege Rentsch, das war lange Ihr Standardsatz neben dem Länderfinanzausgleich –, dass Schwarz-Gelb in Berlin nicht so gut regiert, aber dass Schwarz-Gelb in Hessen umso sachgerechter und einiger regieren würde. – Das hat schon lange keiner mehr behauptet.

Wir müssen uns jetzt für die nächsten zwei Jahre – denn diese Agonie wird noch die nächsten zwei Jahre andauern – Gedanken darüber machen, wie wir zu sachgerechten Lösungen in diesem Land kommen. Diese Frage stellt sich bei der Gemeindeordnung, beim Energiegipfel, diese Frage stellt sich in der Bildungspolitik, diese Frage stellt sich in der Wirtschaftspolitik, diese Frage stellt sich in der Umweltpolitik insgesamt, und diese Frage stellt sich in der Sozialpolitik.

Die Frage ist, ob der Zustand der FDP es noch möglich macht, in diesem Land zu sachgerechten Lösungen zu kommen, oder ob die FDP in ihrer Existenzangst dazu führt, dass in diesem Bundesland gar nichts mehr geschieht. Diese Frage wird sehr spannend sein. Diese Frage wird die CDU beantworten müssen, die einen Koalitionspartner in einem solchen Zustand hat.

In einem der wichtigsten Themenfelder der Landespolitik, wenn nicht dem wichtigsten Themenfeld, nämlich in der Bildungspolitik, haben Sie sich in den letzten Wochen und Monaten ein Schauspiel und die Demontage der Kultusministerin geliefert. Ich habe es in diesem Land noch nie erlebt, dass eine Kultusministerin nur noch als Kühlerfigur im Schaufenster steht, hinten ein Aufpasser ist, der von der Sache nicht viel Ahnung hat, und ansonsten die inhaltliche Politik keinen Millimeter weiterkommt. Das ist schlicht Verweigerung vor den Aufgaben, die auf der Tagesordnung stehen. Das können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt für eine Oppositionsfraktion zwei Möglichkeiten, mit diesem Zustand einer Koalition umzugehen. Man kann es sich gemütlich machen, zuschauen, wie die Regierung vor sich hinwurstelt, sich dabei die Hände reiben und auf die nächste Landtagswahl warten. Das ist die eine Möglichkeit. Die zweite Möglichkeit, das ist die bessere Möglichkeit, ist, immer und immer wieder auf die Tagesordnung zu bringen, wie es in der Sache gehen könnte. Man muss jeden Tag zeigen, was die Alternativen sind.

Deswegen sage ich sehr deutlich: Wir könnten in diesem Bundesland eine andere Bildungspolitik machen, wenn endlich, endlich die Ideologie über Bord ginge und die sachgerechte Lösung im Vordergrund stünde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir könnten mehr Chancengerechtigkeit bekommen. Wir könnten uns endlich um die Risikogruppe kümmern, die seit PISA nicht deutlich kleiner geworden ist. Wir könnten uns endlich um die Zahl der Schulabbrecher kümmern, um die wir uns wirklich kümmern müssten. Wir könnten uns mit der Sache beschäftigen. Meine sehr ver-

ehrten Damen und Herren, wir tun es leider nicht. Das ist falsch.

Wir könnten uns in diesem Land mit einer anderen Umwelt- und Energiepolitik auseinandersetzen. Wir könnten sie umsetzen, wenn Sie in der Sache wirklich Interesse daran hätten. Herr Ministerpräsident, in den nächsten Wochen wird auf Sie eine sehr spannende Frage zukommen: Sind Sie in der Lage, sich in der Sache gegen die Ideologen von der FDP durchzusetzen? – An dieser Frage wird sich das Wohl der Energiepolitik in diesem Land entscheiden. Wir wünschen uns sehr, dass Sie sich durchsetzen und die Sache in den Vordergrund stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir könnten eine andere Sozialpolitik machen. Ich fand es sehr spannend, was Sie in Ihrer Rede mit der Familienkarte angesprochen haben. Manche Leute freuen sich, wenn sie Rabatt im Supermarkt bekommen. Andere Leute freuen sich auch, wenn sie bei der Toilettenbenutzung an einer Autobahnraststätte nicht so viel zahlen müssen. Die spannende Frage ist, ob es das ist, was Familien in diesem Bundesland brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die spannende Frage ist, ob wir nicht z. B. bei der Betreuung der unter Dreijährigen in diesem Bundesland angesichts eines Rechtsanspruchs, der ab 2013 gilt, genug tun, um die Kapazitäten auszubauen, ob wir als Land Hessen genug tun, um die Kommunen dabei zu unterstützen, zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen, und genug tun, um zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher auszubilden oder sie im Job zu halten. Auf diese Fragen haben Sie keine Antwort. Herr Ministerpräsident, da hilft Ihnen auch eine Rabattkarte nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir könnten in diesem Bundesland eine andere Sozialpolitik machen. Sie müssten eine Antwort auf die Frage geben, wie viele Menschen in diesem Land arbeiten, aber von dieser Arbeit nicht mehr leben können. Ich fand es sehr spannend, dass Sie in einem Interview zum Beschluss des CDU-Bundesparteitags gesagt haben, in der Sache werde sich nichts ändern, das sei nur, um ein Symbolthema abzuräumen. – Herr Ministerpräsident, das ist keine Antwort.

Das, was momentan im unteren Drittel der Gesellschaft passiert, ist ein Angriff auf die soziale Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft und die alte Bundesrepublik haben immer von einem Leitsatz gelebt, den Sie eigentlich teilen müssten: Leistung muss sich lohnen. – Wenn Menschen den ganzen Tag arbeiten und am Ende des Monats zum Amt gehen müssen, weil sich ihre Leistung nicht lohnt, dann legen Sie die Axt an die soziale Marktwirtschaft. Das müsste doch eine CDU umtreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir könnten eine andere Wirtschaftspolitik machen. Dazu gehört, dass wir endlich Schluss machen mit der Vorstellung, das sinnlose Ausgießen von möglichst viel Beton sei schon eine gute Infrastrukturpolitik.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben Sie schon mehrfach gesagt, es muss jetzt mal was Neues kommen!)

– Ja, ich habe es schon mehrfach gesagt. Ich werde es auch noch öfter sagen. Ich werde es so lange sagen, solange Sie eine Wirtschaftspolitik machen, die immer noch aus der Perspektive von Georg Leber – um jetzt einmal einen Sozialdemokraten zu nennen – ausgeht, nach dem Motto: kein Bürger, der nicht in zehn Minuten am nächsten Autobahnanschluss ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Herr Wagner, ich glaube, dass das im Jahr 2011 keine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik ist. Solange Sie diese falsche Wirtschaftspolitik betreiben, werde ich es immer wieder sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Betonprüfungen!)

– Danke für den Zwischenruf. Wir haben doch vor zwei Jahren ein Konjunkturprogramm gehabt. Ein großer Teil dieses Konjunkturprogramms war Straßenbau.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Zum Glück, das war notwendig!)

Ich kann mich erinnern, dass damals Karlheinz Weimar als zuständiger Finanzminister vor dem Parlament gesagt hat, dass das, was jetzt gemacht werde, ein Vorziehen von Investitionen sei, die später nicht mehr gemacht würden, ansonsten würden die Zusatzausgaben nicht mehr reingeholt.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Jetzt frage ich mich, warum Sie eigentlich jetzt schon in der Situation sind, dass Sie jedes Jahr wieder sagen: hurra, ein Rekordetat. – Wir hätten nichts dagegen, wenn Sie die existierenden Straßenschäden sanieren würden, damit wir keinen Wertverlust haben und damit es nicht immer teurer wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, möglichst viel Beton in der Landschaft auszukippen, ist noch keine Wirtschaftspolitik. Es wird auch keine sinnvolle Wirtschaftspolitik werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssten uns Gedanken über die Qualifizierung auf dem Arbeitsmarkt machen. Ich finde es ja gut, dass der Sozialminister wieder Sozialminister heißt. Das heißt aber nicht, weil das Ministerium jetzt nicht mehr Ministerium für Arbeit heißt, dass man überhaupt keine Arbeitsmarktpolitik mehr macht.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Man müsste sich Gedanken um die Städte machen, in denen die Langzeitarbeitslosen 80 % der Arbeitslosen ausmachen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe dazu nichts gehört.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, ich darf Sie an Ihre fraktionsinterne Redezeit erinnern.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich weiß, ich war auch bei meinem letzten Punkt. Vielen Dank für den Hinweis.

(Florian Rentsch (FDP): Das gibt Hoffnung!)

Ich glaube, dass am Ende das Warten darauf, dass in Berlin ein Wunder geschieht, und ansonsten das Warten darauf, dass man abgewählt wird, keine hinreichende Grundlage für erfolgreiche Landespolitik sind. Wir glauben, dass Hessen eine bessere Politik machen könnte. Wir glauben, dass Hessen eine bessere Politik verdient hat, und wir wollen, dass Hessen endlich mehr aus seinen Chancen macht.

Deswegen sagen wir: Wir wollen nicht einfach nur darauf warten, dass Sie endlich abgewählt werden, sondern wir wollen, dass die Politik in Hessen auch schon im nächsten Jahr besser wird. Deswegen hoffen wir darauf, dass Sie sich in den nächsten Monaten darauf besinnen, dass Sie hier einen Auftrag haben, der mehr ist, als sich selbst für vermeintliche Großtaten in der Vergangenheit zu loben

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

und ansonsten darauf zu warten, dass man abgewählt wird. Ich hoffe, dass diese Debatte dazu etwas beiträgt. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Abg. van Ooyen.

(Zurufe)

– Von den gelben Zetteln her ist das die Reihenfolge. Aber wenn die Absprache anders ist, dann gebe ich das Wort Herrn Abg. Rentsch von der FDP.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Präsident ist wie immer zu Recht streng mit uns, aber die Rednerreihenfolge war vereinbart.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir hier in die Debatte über den Haushalt und darüber kommen, wie das Land dasteht, will ich wie der Kollege Al-Wazir gerne den Themenbereich vorwegnehmen, der uns in den letzten Tagen sehr bewegt und beschäftigt: die voraussichtlich rechtsterroristische Anschlagserie mit Morden im ganzen Land, aber auch in Hessen. Ich glaube, dass das nicht in den parteipolitischen Streit gehört.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass jeden einzelnen Bürger in diesem Land, aber auch jeden Politiker, der für dieses Land Verantwortung trägt, solche Ereignisse zutiefst erschrecken, weil sie auf der einen Seite zeigen, mit welcher Brutalität dort vorgegangen wird. Auf der anderen Seite lassen sie Fragen offen, inwieweit staatliche Behörden involviert sind.

Ich sage ganz offen, und der Ministerpräsident hat es völlig zu Recht in dieser Klarheit gesagt: Eine Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen und, ich glaube, an der Stelle auch die Opposition werden alles dafür tun, einen solchen Sachverhalt aufzuklären, um zu wissen, was genau dort los war, um solche Schlüsse daraus zu ziehen,

dass wir sicherstellen können, dass das in Zukunft nicht mehr oder – das weiß man nicht – nur unter erschwerten Bedingungen passiert.

Beim Rechtsstaat gibt es keinen Kredit. Das gibt es mit der FDP nicht, das gibt es mit der CDU nicht, und, ich hoffe, das gibt es auch mit den anderen demokratischen Fraktionen in diesem Haus nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Al-Wazir, ich sage ganz offen, weil Sie es ein bisschen vor die Klammer gerückt haben, weil es nicht zu parteipolitischem Streit genutzt werden soll: Am Sonntagabend war ich, als ich nach längeren Monaten wieder einmal eine Fernsehtalkshow, mit Herrn Jauch, gesehen habe,

(Gerhard Merz (SPD): Das soll man auch nicht gucken!)

fassungslos über das, was Herr Özdemir in dieser Sendung behauptet hat. Herr Özdemir hat zu Recht seine Sorge um die Menschen mit Migrationshintergrund geäußert, die zurzeit Angst haben – da hat er völlig recht, da bin ich bei ihm –, weil das, was dort passiert ist, natürlich Migranten Angst macht. Es macht auch uns Angst. Es muss der ganzen Gesellschaft Angst machen.

Aber dann den Vorwurf zu erheben, die Justiz und die Behörden seien auf dem rechten Auge blind,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Thüringen waren sie es!)

das hat mich wirklich schockiert. Wenn wir keinen Glauben mehr in diesen Rechtsstaat haben, in diese Demokratie, an was haben wir dann noch überhaupt einen Glauben?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich bitte Sie wirklich. Wir sind bei Ihnen, wenn es darum geht, diese Sachverhalte aufzuklären. Wir sind bei Ihnen, wenn wir auf der linken wie auf der rechten Seite dafür kämpfen, dass Terroristen diese Gesellschaft nicht bedrohen. Aber wir sollten aufhören, Politik und Institutionen dieses Staates aus parteipolitischer Motivation heraus zu diskreditieren. Das kann nicht Grundlage dieser Diskussion sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist die Stunde des Parlaments, wenn es darum geht, zu zeigen, wo das Land steht. Im Handbuch der Opposition steht, dass man genau eine solche Rede halten muss, wie es der Oppositionsführer, Kollege Schäfer-Gümbel, getan hat, die Regierung sei kraftlos, mutlos, zukunftslos. Ich glaube, es wird immer dann schwierig, wenn man sich mit der Realität beschäftigt, weil sie ein Stückchen anders aussieht.

Kollege Al-Wazir, Sie haben heute eine Rede gehalten, die mich erstaunt hat. Ich habe gerade mit Herrn Kollegen Wagner darüber gesprochen. Sie haben schon den Ruf, ein guter Redner zu sein, was Sie definitiv auch sind. Heute hat es mich ein bisschen an die Neujahrsempfangsrede von Helmut Kohl erinnert. Es war schon relativ viel da. Sie haben auch mehrfach Helmut Kohl und dann Adenauer zitiert. Ich weiß nicht, ob das die Reihe ist, Adenauer, Kohl, Al-Wazir. Das kann ich nicht beurteilen. Aber was Sie heute hier geboten haben, war mutlos, kraftlos und zukunftslos.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt müssen sich die Bürger überlegen: Stimmt das, was Sie über uns sagen? Das kann man so sehen. Aber glauben Sie ernsthaft, dass man eine Opposition zur Regierung wählt, die mutlos, kraftlos und zukunftslos ist? Wir können über die Themen streiten, und das tun wir heute auch in einer ordentlichen Art und Weise, wie es sich gehört, über den richtigen Weg, über die Punkte, wo wir die Sachen anders sehen. Aber glauben Sie ernsthaft, dass man nicht merkt, dass Sie alle das Gefühl haben, dass Ihr Hoch und unser Tief zu früh kommen?

Es ist unbestritten, dass wir zurzeit Umfrageprobleme haben. Es ist unbestritten, dass wir nicht erfreut darüber sind, dass das in Berlin so passiert. Aber es ist auch zu merken, dass Sie einzig und allein darüber nachdenken, wie Sie Ihre Umfragewerte retten können bis zur Landtagswahl.

Ganz offen gesagt: Ich freue mich auf diese Landtagswahlauseinandersetzung wie auf nichts anderes. Denn wenn es wieder in den direkten Vergleich geht und wir zeigen können, was wir für dieses Land gemacht haben, wenn wir zeigen können, was Rot-Grün und Grün-Rot in anderen Bundesländern gemacht haben, dann wird es eine sehr lustige, anspruchsvolle und zum Schluss bestimmt für CDU und FDP erfolgreiche Auseinandersetzung werden. Ich freue mich darauf.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb würde ich an Ihrer Stelle das Handbuch der Oppositionsarbeit weglegen und nicht immer die gleichen Sachen sagen. Sie sollten schauen, was wir gemeinsam gemacht haben. Wir haben doch gute Sachen zusammen gemacht. Wir haben Sie aus bestimmten Gründen eingeladen, weil wir geglaubt haben und es immer noch für richtig halten, dass man eine Schuldbremse nur mit großer parlamentarischer Mehrheit in die Verfassung bringen sollte. Sie haben mitgemacht, und das war gut so.

Wir haben unter der Leitung des Ministerpräsidenten einen Energiegipfel in diesem Land gehabt, der – das haben Sie richtig gesagt – von der Genese her für uns schwieriger war als wahrscheinlich für Sie, weil wir in meiner Fraktion eine Diskussion hatten, die wir sehr lebhaft geführt haben, zum Schluss aber konsensual, was die Union in einer sehr lebhaften Art und Weise bewegt hat. Aber wir haben dann gesagt: Es macht doch Sinn, wenn es eine Entscheidung gibt, aus der Atomkraft deutlich schneller herauszugehen, als wir das eigentlich vorgehabt haben – Atom gehörte zu unserem Energiemix in den nächsten Jahren und Jahrzehnten –, dass man dann sagt: Was können wir gemeinsam machen, damit Hessen als Industrieland, als eine der wichtigsten Volkswirtschaften in diesem Land überhaupt, Energieproduktion sicherstellen kann?

Dass dieser runde Tisch ein wirklich großer Erfolg war, dass die Art und Weise, wie Volker Bouffier unterschiedliche Gruppen zusammengeholt hat, dass die Art und Weise, wie die Regierungsfaktionen gemeinsam mit den Oppositionsfaktionen es letztendlich gemacht haben, für unser Land neben allem parteipolitischen Streit eine gute Variante war, wie man auch große Themen lösen kann – daran werden wir weitermachen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb ist es so, dass wir auf die großen Zukunftsfelder dieses Landes Antworten geben. Ja, wir geben Antworten. Wir haben eine klare Richtung, was wir bis 2020 mit Hessen erreichen wollen, wo Hessen 2020 stehen soll.

Wir drücken uns auch nicht um die schwierigen Fragen herum. Das war eben so ein Thema. Natürlich ist die Energiepolitik ein schwieriges Feld; denn das, was wir beschlossen haben – ich werde gleich noch dazu kommen –, wird natürlich Auswirkungen bei den Bürgerinnen und Bürgern haben, bis hin zur Frage: Steigen die Energiepreise? Das sind alles wichtige Themen, nicht nur für die Privathaushalte, sondern natürlich auch für die Unternehmen, die wir in unserem Land haben.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Al-Wazir, Kollegen von der Opposition, ich glaube, man kann uns viel vorwerfen. Aber man muss das, was schwarz auf weiß steht, beispielsweise wie sich Hessen in den letzten zehn Jahren wirtschaftlich entwickelt hat, zur Kenntnis nehmen.

Dass diese wirtschaftliche Entwicklung hinsichtlich des Bruttosozialprodukts die erfolgreichste im Vergleich der 16 Bundesländer in Deutschland war, sollte man doch einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb kann ich es nicht mehr hören, wenn Sie sagen, Sie seien die „New School“, und wir seien die „Old School“ – nach dem Motto: „Wir nehmen Beton und bauen Straßen irgendwo im Wald“. Das machen wir, weil wir wollen, dass sich Unternehmen in Hessen nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern auch im ländlichen Raum ansiedeln, dass diese Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, Innovation schaffen und Steuern zahlen, damit das Geld, das dort gezahlt wird, hier wieder ausgegeben werden kann. So herum funktioniert nämlich die Reihenfolge.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb bin ich immer wieder erstaunt, wenn Sie das Schreckgespenst des § 121 HGO an die Wand malen nach dem Motto, das sei alles Ideologie. Unter dieser Ideologie ist Hessen das erfolgreichste Wirtschaftsland in Deutschland geworden. Diese Ideologie scheint also doch nicht ganz unsinnig zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Vizepräsidentin Sarah Sorge übernimmt den Vorsitz.)

Was macht Hessen in seiner wirtschaftlichen Entwicklung so stark? Hessen macht das so stark, was wir im Vergleich zu anderen Bundesländern haben: einen der stärksten Ballungsräume in ganz Europa, das Rhein-Main-Gebiet, und eine starke Stellung der Wissenschaft, die wir – der Herr Ministerpräsident hat es gesagt – stetig und sukzessive mit Spitzeninstituten, wie dem Fraunhofer-Institut und dem Max-Planck-Institut, weiter ausbauen. Wir haben hier einen riesigen Nachholbedarf, weil in Hessen – vor allen Dingen unter sozialdemokratischer Führung – in den letzten 30 Jahren viel zu wenig passiert ist. Außerdem haben wir es mit klugen Investitionen in die Infrastruktur geschafft, die Wirtschaft auch in Regionen zu bringen, wo vorher keine Unternehmen waren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir binden das Ganze mit einem wirtschaftlichen Gesamtgerüst ab, das Existenzgründungen fördert. Wir haben in Hessen die zweithöchste Existenzgründungsquote. Existenzgründer fühlen sich in unserem Bundesland deshalb so wohl, weil sie wissen, dass sie sich, wenn es darum

geht, Investitionen nach Hessen zu holen, auf die staatliche Unterstützung nicht nur des Wirtschaftsministers, sondern der ganzen Landesregierung und ihrer Institutionen verlassen können.

Möglicherweise ist das auch ein Grund dafür, warum wir mit einem Wirtschaftswachstum von 4,3 % im ersten Halbjahr dieses Jahres so gut dastehen. 4,3 % – meine Damen und Herren, das ist ein Spitzenwert. Ich will das erklären. Hessen hat in den Jahren der Krise im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht so stark verloren, weil wir in vielen Bereichen eine sehr diversifizierte Situation in der Wirtschaft haben. Wir haben neben der industriellen Produktion eben auch viele Dienstleister in Hessen. Wir haben gemerkt, dass sich die wirtschaftliche Situation in diesem Bereich nicht so sehr verschlechterte. Deshalb ist das Wachstum jetzt aber auch nicht extrem groß. Das erklärt aber, warum dieses Wachstum ein Spitzenwert ist. Diesen Spitzenwert haben wir dem Rhein-Main-Gebiet zu verdanken. Wir haben ihn auch dem Frankfurter Flughafen zu verdanken. Ich glaube, da besteht Übereinstimmung mit den Kollegen der SPD.

Meine Damen und Herren, wir haben dieses Wachstum aber auch den Menschen in Nordhessen zu verdanken. Die Region Nordhessen hat sich mittlerweile, nachdem sie von Rot-Grün jahrzehntelang unter Naturschutz gestellt worden war, zu einer der wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen in Deutschland entwickelt. Das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich kann Ihnen ganz persönlich sagen: Ich bin in Nordhessen aufgewachsen, habe dort Abitur gemacht. Als ich zum Studium nach Frankfurt gehen durfte – so will ich es einmal formulieren –, habe ich die Erfahrung gemacht, dass die Menschen, die in Nordhessen leben, aus der Sicht des Rhein-Main-Gebietes in unserem Bundesland eine ziemlich unwichtige Rolle spielen – nach dem Motto: „Warum brauchen wir eigentlich diesen Teil des Bundeslandes, die haben ja mehr mit Thüringen zu tun?“ Geschichtlich gesehen ist das richtig. Wozu brauchen wir die Nordhessen – neben der Tatsache, dass sie von ihrer ganzen Art her der liebenswerteste Menschenschlag sind, den wir in Hessen überhaupt haben?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten)

– Sie können sehen, dass bei der Union zurzeit wenige Nordhessen sind, sonst hätten sie an dieser Stelle geklatscht.

(Heiterkeit)

Für die Nordhessen war es jahrelang eine persönliche Schande, dass sich der Fleiß, den sie aufgebracht haben, nicht gelohnt hat, weil die Politik Rahmenbedingungen setzte, die es nicht ermöglicht haben, dass sich diese Region eigenständig wirtschaftlich gut entwickelt. Ich habe darunter – das gebe ich zu – nicht gelitten, aber ich habe nicht verstanden, warum das so ist. Ich habe nicht verstanden, warum von der SPD, die damals nach einer, wie ich glaube, sehr erfolgreichen schwarz-gelben Regierung 1991 ins Amt gekommen ist, beispielsweise der Baustopp für die A 44 als politischer Preis dafür bezahlt worden ist, dass man mit den GRÜNEN gemeinsam regieren durfte. Ich habe das damals für einen einmaligen Vorgang in der Geschichte gehalten. Ich dachte, es ist für Nordhessen, für die dortige Wirtschaft und die Menschen, die dort leben, unglaublich ärgerlich, dass die GRÜNEN diese Autobahn

geopfert haben und die SPD das mitgemacht hat; aber ich habe auch gedacht, das kommt bestimmt nicht noch einmal vor. Ich gebe zu: Ich habe nicht mit Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gerechnet, ich habe nicht damit gerechnet, dass wir dort im Jahr 2011 genau das erleben, was im Jahr 1991 in Nordhessen passiert ist. Das ist die gleiche Geschichte.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie uns ideologisches Handeln vorwerfen, was sagen Sie denn dann abends zu sich selbst, wenn Sie mit sich alleine sind? Wenn Sie das Wort „Straße“ hören, dann scheint das für Sie noch schlimmer zu sein, als wenn Sie das Wort „Liberale“ in den Mund nehmen müssen. Herr Al-Wazir, die Straße ist für Sie sozusagen der Feind des Baumes. Kollege Rösler hat auf unserem Parteitag gesagt: Sie sind die Mensch gewordene Tempo-30-Zone. – Das finde ich fast noch ein Lob, denn Sie sind nicht nur langsam, sondern Sie sind mit dieser Position auch weit zurück, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Alle erfolgreichen Volkswirtschaften investieren in ihre Infrastruktur. Dazu gehört die IT-Infrastruktur genauso wie die Straßen-Infrastruktur. Möglicherweise hat es einen Grund, warum die A 38 von Göttingen nach Halle an einem Gebiet vorbeiführt, das in den letzten 50 Jahren wirtschaftlich überhaupt keine Rolle gespielt hat, nämlich die Region Eichsfeld. Möglicherweise hat es einen Grund, dass das Eichsfeld jetzt eine der Boomregionen in Thüringen ist. Dieses Gebiet ist nämlich erschlossen. Man kommt da mit dem Auto hin, nicht nur mit dem Hubschrauber, Herr Kollege Al-Wazir.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben vorhin auf die Straßen geschimpft, auf denen man von A nach B kommt. Ich weiß nicht, ob es stimmt – ich habe das nur gehört –, aber vielleicht ist es wirklich so, dass das Thema Auto für Sie keine Rolle mehr spielt, dass Sie sich von den Straßen vollkommen verabschiedet haben, seit Herr Kretschmann mit dem Hubschrauber zur Ministerpräsidentenkonferenz nach Kiel geflogen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Das mag so sein. Aber gestehen Sie es wenigstens den Bürgern und Unternehmen zu, dass sie Autos und Straßen brauchen und haben wollen. Wir und Dieter Posch als unser Verkehrs- und Wirtschaftsminister werden weiterhin in die wirtschaftliche Infrastruktur unseres Landes investieren, weil wir wollen, dass sich die Unternehmen entwickeln, dass sie Arbeitsplätze schaffen, dass sie Steuern zahlen und den Menschen die Möglichkeit geben, in ihrer Region erfolgreich zu sein. Das unterscheidet uns.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Uns unterscheidet die Grundphilosophie, wie man dieses Land lenkt. Der Unterschied ist – ich erinnere an die Debatte um Opel –, dass wir eine völlig andere Grundphilosophie haben. Ich glaube, dass es kein besseres Instrument gibt, um einem Unternehmen zu zeigen, ob es erfolgreich oder nicht erfolgreich ist, als dass man einfach den Markt entscheiden lässt, ob die Menschen das Produkt dieses

Unternehmens kaufen oder nicht. Herr Kollege Hoff war vorhin hier im Hause und hat sich die Debatte angeschaut. Ich würde mir nicht zutrauen, der Firma Opel zu sagen, ob ihre Autos ökologisch genug sind, ob sie sportlich genug sind – oder was auch immer. Sie als kluger Autobauer der grünen Landtagsfraktion und Landesvorsitzender haben damals gesagt: Opel ist deshalb in der Krise, weil die Autos nicht ökologisch genug sind. – Herr Al-Wazir, wenn Sie so viel Ahnung haben, dann sollten Sie der neue Entwicklungschef bei Opel werden. Ich denke, das ist Ihre eigentliche Bestimmung für dieses Land. Und dieser Job ist mit Sicherheit auch besser bezahlt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben eine unterschiedliche Grundphilosophie. Wir werden den Menschen keine Vorschriften machen nach dem Motto: „Straßen dürfen nicht sein, wir richten alle politischen Aktivitäten darauf aus“, sondern wir wollen, dass sich die Wirtschaft und die Menschen so entwickeln, wie sie können, nach den Fähigkeiten, die sie haben, und wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür. Das ist unsere Philosophie. Diese Philosophie zieht sich durch alle Bereiche.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Diese Philosophie erkennen Sie auch in unserer Bildungspolitik. Ich glaube, dass wir in der Bildungs- und in der Wirtschaftspolitik – das sind für uns die wichtigsten Politikbereiche – gezeigt haben, wo der Unterschied zu Ihrer Politik liegt. Was haben wir in diesem Land nicht alles schon erlebt. Herr Schäfer-Gümbel hat vorhin eine mutige Rede über die Bildungspolitik gehalten. Da habe ich gedacht: Er hat ja unter dem gleichen Kultusminister wie ich Abitur gemacht – ich glaube, das gilt auch für den Herrn Kollegen Wagner –, nämlich unter Hartmut Holzappel. Ich glaube, wir können uns freundschaftlich darauf einigen, dass es schlimmer nicht mehr ging. Das sollten wir einfach einmal gemeinsam feststellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mich ja nie über Freistunden und Stundenausfall beschwert. Das muss ich zugeben. Aber ganz ehrlich, dass das ein Beispiel für eine gute Bildungspolitik gewesen ist, das sollten wir uns nicht antun. So viel Ehrlichkeit muss untereinander sein.

(Lothar Quanz (SPD): Was ist aus ihm geworden?)

– Was aus ihm geworden ist?

(Lothar Quanz (SPD): Aus euch beiden ist doch etwas geworden!)

– Da habe ich von Ihren Kolleginnen und Kollegen auch schon anders gehört.

(Heiterkeit – Wolfgang Greilich (FDP): Und das trotz dieser Schule!)

Ich glaube, dass wir mittlerweile in einer Luxusituation sind. Wir sind in einer Luxusituation; denn die Bildungspolitik in unserem Bundesland wird mittlerweile auf einem solch hohen Niveau betrieben, dass sich die Menschen daran gewöhnen, dass das so ist. Für viele ist es anscheinend völlig normal, dass wir im Jahr 1998 43.800 Lehrerstellen hatten – es waren natürlich mehr Lehrer als Lehrerstellen, deshalb nenne ich die richtige Zahl –, wäh-

rend es im Jahr 2011 bereits 50.261 sind. Das sind knapp 7.000 Stellen mehr.

Jetzt könnte man sagen: Na ja, vielleicht ist auch die Zahl der Schüler so stark gestiegen. – Genau das Gegenteil ist der Fall. Während die Zahl der Schüler von 846.000 im Jahr 1999 auf 801.000 in diesem Jahr zurückgegangen ist – damals waren es also fast 50.000 Schüler mehr –, ist die Zahl der Lehrerstellen in diesem Land um beinahe 7.000 gestiegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Diese Investition ist kein Beweis dafür, dass wir eine gute Bildungspolitik machen; aber sie ist der Beweis dafür, dass das für uns keine Phrase ist, sondern dass wir es sehr ernst meinen, wenn wir dort investieren. Das unterscheidet uns.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Al-Wazir, ich sage Ihnen, wie der Wahlkampf ablaufen wird. Ich bitte Sie, jetzt schon einmal in Rheinland-Pfalz anzurufen. Wir werden Ihnen nämlich jeden Tag aufs Butterbrot schmieren, dass die großen Erfinder der besten Bildungspolitik, nämlich Grün und Rot, im Nachbarland Rheinland-Pfalz – in 7 km Entfernung auf der anderen Seite des Rheins – 2.000 Lehrerstellen abbauen werden, während wir in dieser Legislaturperiode 2.500 Lehrer einstellen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein fundamentaler Unterschied. Wir werden weiter investieren, weil es unsere Priorität ist, weil wir Bildung für wichtig halten und weil wir wollen, dass die jungen Menschen die Chance bekommen, das Beste aus ihrem Leben zu machen. Dann werfen Sie uns vor, dass sie nicht gut genug.

Ihre Parteifreunde, die dieselbe Philosophie vertreten und die gleichen Wahlkampfreden halten wie die, die wir heute von Ihnen gehört haben, machen dort drüben das Gegenteil, seitdem sie an die Macht gekommen sind. Das werden wir den Hessinnen und Hessen sagen müssen. Diese Verantwortung haben wir dem Land gegenüber.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, dass die Philosophie, zu investieren und zu beweisen, dass wir es ernst meinen, Hessen stark macht. Es macht Hessen stark, dass wir die Schule so entwickeln wollen, dass wir bis zum Jahr 2020 auf einem Spitzenplatz stehen, was die Bildungspolitik betrifft. Wir hatten dort viel aufzuholen, und wir haben viel investiert.

Aber jetzt möchte ich auf die Frage zu sprechen kommen, was eigentlich zur Bildung gehört. Sie haben gesagt, wir sollten nicht mehr über das Ob, sondern nur noch über das Wie reden, z. B. über den Schulfrieden. Ich glaube, in der Bildungspolitik ist es ausschlaggebend, dass nicht der Staat und seine politischen Organe die Entscheidung darüber treffen, mit welcher Schulform es die Menschen letztendlich zu tun haben. Das ist das, was Kultusministerin Henzler mit einer – aus meiner Sicht – liberalen bürgerlichen Philosophie versehen hat.

Im Unterschied zu dem, was in Hamburg beabsichtigt war, und zu Andrea Ypsilanti mit ihrer geplanten Einheitsschule sagen wir: Wir wollen zwei gute Schulsysteme nebeneinander haben. Wir wollen ein gegliedertes Schulsystem, das wir mit der Mittelstufenschule weiterentwid-

ckeln. Dabei werden Haupt- und Realschule zu einer Mittelstufenschule zusammengeführt.

Auf der einen Seite wollen wir also die Gymnasien und auf der anderen Seite ein starkes Gesamtschulsystem, das wir Liberale Mitte der Siebzigerjahre selbst mit eingeführt haben. Der Unterschied ist, dass wir den Menschen nicht erklären wollen, was besser für sie ist, sondern dass wir sie frei darüber entscheiden lassen möchten, in welche Schule sie ihre Kinder schicken. So macht man Bildungspolitik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auch an dem Punkt machen Sie in allen Ländern, in denen Sie die Möglichkeit dazu bekommen, das glatte Gegenteil. Sie zeigen immer wieder diese arrogante Attitüde, den Menschen erklären zu wollen, welches Leben sie zu leben haben. Ich sage – das kann ich nur wiederholen –: Ich werde, solange ich politisch die Möglichkeit dazu habe, dagegen kämpfen, dass wir in diesem Land wie in einer staatlichen Besserungsanstalt leben, die von Tarek Al-Wazir geleitet wird. Das ist nicht mein Land.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will – Herr Kollege Al-Wazir, da sind wir wahrscheinlich völlig unterschiedlicher Auffassung –, dass sich die Leute auch falsch entscheiden können, so, wie es mir nicht gefällt. Ich will, dass die Leute im Supermarkt auch Sachen kaufen können, die gar nicht gesund sind. Ich will nicht, dass dann Tarek Al-Wazir um die Ecke springt und mir die Gummibärchen oder die Schokolade aus dem Einkaufswagen nimmt. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, das möchte ich nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dass ich zurzeit zu viel Gewicht auf die Waage bringe – ich will nicht bestreiten, dass ich mich über 3 kg weniger freuen würde –, ist meine Privatangelegenheit. Lieber Kollege Al-Wazir, wir stellen uns nicht ab morgen gemeinsam auf die Waage. Ich kann Ihnen versichern, das werden wir nicht tun.

(Beifall bei der FDP)

Meine Fraktion wird überall dort rebellieren – das trifft für die Christdemokraten genauso zu –, wo der ideologische Ansatz zum Ausdruck kommt, dass man Entscheidungen für die Menschen trifft, die sie eigentlich selbst zu treffen haben. Dann werden wir rebellieren; das ist völlig richtig. Ich gebe zu, zurzeit macht das auch Spaß; denn überall dort, wo Sie Verantwortung tragen, machen Sie genau das.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gummibärchen klauen?)

– Nein, das glaube ich nicht. – Sie machen mit Ihrer Politik aus dem Land eine staatliche Besserungsanstalt, in der man versucht, das, was heute moralisch up to date ist, in Gesetze und staatliches Handeln umzusetzen.

Gelegentlich wird die Vorstellung vertreten, die GRÜNEN seien eine liberale Partei. Meine Damen und Herren, Direktionismus und moralinsaures Handeln sind sicherlich keine liberalen Grundsätze, die in Politik umgesetzt werden müssen. Das sollten Sie weitermachen; aber Sie sind weiß Gott nicht überragend.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, dass wir, wenn wir uns die Schulpolitik anschauen und über Bildung reden, definitiv feststellen können: Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir in den letzten Jahren keine großen Probleme in diesem Bereich angegangen wären. Wir haben investiert – das habe ich gesagt –, und wir haben eine Philosophie installiert, die das gleichberechtigte Nebeneinander von zwei Ideen von Schule ermöglicht. Wir haben beide Formen so ausgestattet, dass sie lebensfähig sind. Wir kümmern uns zudem um aktuelle Probleme, die wir konsequent, aber auch mit gesundem Menschenverstand angehen.

Ich nehme das Thema Inklusion als Beispiel. Die Inklusion ist ein Thema, bei dem die Auseinandersetzung in diesem Landtag sehr stark zu einem Glaubenskampf mutiert ist. Ich persönlich bin der Auffassung, dass wir, so, wie es die UN-Konvention vorsieht, Kindern, die die Chance dazu haben, Möglichkeiten bieten müssen – das sage ich nicht nur wegen der Verpflichtung, sondern auch aufgrund meiner tiefen Überzeugung –, indem wir die Regelschulen für sie öffnen und dafür sorgen, dass sie dort ihren Fleiß beweisen und ihre Leistungen zeigen können.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Rentsch, gestatten Sie mir, Sie darauf hinzuweisen, dass die vereinbarte Redezeit für Ihre Fraktion abgelaufen ist.

Florian Rentsch (FDP):

Vielen Dank für diesen charmanten Hinweis. Ich muss meiner Fraktion noch ein paar Minuten Redezeit abnehmen; das ist etwas zu kurz. – Ich bin der Auffassung, dass das ein Thema ist, das uns alle bewegt und bei dem es vom Grundsatz her gar keine unterschiedlichen Einstellungen gibt. Ich glaube, dass wir ein gutes Regelschulsystem haben, das wir öffnen können, und ich glaube, dass wir ein gutes Sonderschulsystem haben, innerhalb dessen Lehrerinnen und Lehrer mit hoher Kompetenz arbeiten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das heißt „Förderschulsystem“! Aber das ist eine Sonderschule!)

Aber, Frau Kollegin, ich glaube nicht, dass man aus rein ideologischen Gründen sagen darf, nur das eine System sei das richtige. Auch dort gilt es wieder, zwei Systeme zu bewahren und die eine Seite zu öffnen – aber ohne Ideologie und Scheuklappen.

Ich höre manchmal, mit welchen Angriffen sich die Frau Kultusministerin auseinandersetzen muss. Dazu kann ich für uns sagen: Wir diskutieren über alles, und wir akzeptieren Kritik, wenn sie berechtigt ist. Aber, meine Damen und Herren, man sollte gelegentlich daran denken, dass diese Kultusministerin erstens viel für das Land geleistet hat, dass sie zweitens das Kultusministerium in einer sehr schwierigen Zeit leitet und dass sie drittens dafür ein bisschen Respekt verdient – auch von Ihnen, Herr Kollege Wagner. Ich wünschte mir, dass dem so wäre.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb haben wir an allen Stellen unsere Marksteine gesetzt, ob es sich nun um die Inklusion handelt, ob es die Frage ist, wie wir die Lehrer so fortbilden können, dass sie

den schwierigen Führungsaufgaben in einer Schule gerecht werden, oder ob es um das große Ziel der selbstständigen Schule geht. Das Schulgesetz – das vielleicht auch für die Zuschauer –, das wir in Hessen nach langer Diskussion und intensivem, konstruktivem Kampf zwischen CDU und FDP – –

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja, so ist das. Herr Wagner, ich wusste, dass der Satz kommt. Bei dem Wort „Kampf“ werden Sie wieder lebhaft. Ja, wir diskutieren. Ich kann das für Herrn Irmer und für mich behaupten. Herr Irmer und ich sowie die Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen, wir alle haben in den letzten Monaten intensiv über die Frage diskutiert,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und gekämpft!)

welcher Weg der richtige ist.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Ich weiß nicht, ob Sie immer nur mit der SPD gekuschelt haben. Wir jedenfalls kämpfen auch rhetorisch miteinander. Das will ich nicht bestreiten; das ist so.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Hans Eichel und Joschka Fischer – nein, ich nehme das zurück und entschuldige mich an der Stelle.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da waren die Verhältnisse noch anders!)

Wir kämpfen in einer konstruktiven Art und Weise um den richtigen Weg. Deswegen sage ich: Ja, es gibt einen Unterschied zu Berlin; denn das, worüber wir hier diskutiert haben, hätten Sie, wenn diese Debatten in Berlin stattgefunden hätten, jeden Tag live in irgendeinem Ticker nachlesen können. Aber wir diskutieren hinter verschlossenen Türen darüber, so, wie eine Koalition das machen muss, deren Partner sich gut verstehen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ja, das ist so. Deshalb ist jetzt auch ein so gutes Produkt dabei herausgekommen. Dieses Produkt ist das Schulgesetz, das es den Schulen ermöglicht, sich so zu entwickeln, dass sie in den nächsten Jahren frei über ihr Personal, ihre inhaltlichen Schwerpunkte und ihre Ausgestaltung entscheiden können. Für mich als Liberaler ist es das Größte, wenn wir das wirklich bis zum Ende durchsetzen können, dass es auch so funktioniert, was wir vom Menschenbild her erreichen können, dass es eine Schule gibt, in der nicht mehr das Argument zählt: „Wir würden gern, aber wir dürfen nicht“. In Zukunft dürfen die Schulen in Hessen alles, was in einem Rahmen erlaubt ist; sie müssen es dann aber auch machen. Das ist die Philosophie, die uns nach vorne treibt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Da hat sich ganz schön etwas verändert. Da haben wir gemeinsam, CDU und FDP, in den letzten Jahren nicht nur investiert, wir haben kluge Entscheidungen getroffen, und wir entwickeln diese Schullandschaft weiter.

Jetzt will ich einmal sagen, was passieren würde, wenn das alles im Jahr 2014 enden würde.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit haben Sie sich intensiv beschäftigt!)

Einmal angenommen, Herr Al-Wazir hätte einen so guten Tag, dass er nach 14 Jahren Oppositionsführerschaft als strahlender Sieger aus der Landtagswahl herausginge. Herr Al-Wazir, ich glaube, Sie machen das so gut als Oppositionsführer, Sie sollten es einfach weitermachen. Aber das ist meine persönliche Meinung.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Man soll das machen, was man am besten kann!)

Stellen Sie sich einmal vor, Sie müssten in Hessen das machen, was Ihre ganze Truppe von Ihnen erwartet. Das ist sicherlich nicht ganz einfach, da muss man manchmal auch Sachen machen, die man nicht will. Aber stellen Sie sich vor, Sie dürften das machen. Glauben Sie denn allen Ernstes, dass die Menschen in Hessen darauf gewartet haben, dass 2014 das Schreckgespenst Einheitsschule wieder um die Ecke kommt, dass all das, was wir jetzt an Freiheit ermöglicht haben, zurückgedreht wird, dass der Schulkampf von Neuem beginnt? Nein, darauf haben die Menschen in Hessen nicht gewartet.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf euch wartet hier keiner mehr!)

Man muss auch immer zeigen, was passieren würde. Es würde sich dann grundlegend etwas ändern, es ginge wieder zurück in die andere Richtung.

(Wolfgang Greilich (FDP): Unterrichtsausfall!)

Ich gebe zu, wir werden dafür kämpfen, dass es nicht zurückgeht, sondern dass es weiterhin eine Situation gibt, in der Schulfrieden herrscht, in der Verlässlichkeit herrscht und in der hohe Bildungskompetenz auf beiden Seiten existiert, dass Hessen im Jahr 2020 an der Spitze der Länder steht, wenn es um Bildungspolitik geht. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will noch zwei Punkte aufgreifen, die mir besonders wichtig sind. Ich glaube, dass wir in Hessen als Flächenland, das eine nicht einfache demografische Entwicklung hat, verpflichtet sind, unsere soziale Infrastruktur so weiterzuentwickeln, dass die Menschen nicht nur im Ballungsraum gut leben können. Ich sage das einmal selbst, weil ich auf dem Land groß geworden bin. Die ländliche Struktur hat in vielen Fragen große Vorteile, sie hat an vielen Stellen mehr Lebensqualität; aber sie hat auch das Problem, dass sie von den Menschen mehr erfordert: längere Wege, Einschränkungen. Wir sind aufgefordert, alles dazu beizutragen, dass diese Infrastruktur weiterhin aufrechterhalten wird.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung eine Idee verkündet, wie man das machen kann: den Stiftungsgedanken ins Land zu tragen, Bürgerbeteiligung auch dort zu forcieren. Der Sozialminister macht das an vielen Stellen mit seinem Engagement genauso, nämlich zu versuchen, über staatliche Rahmenbedingungen soziale Infrastruktur lukrativ zu machen – so will ich es einmal nennen. Denn eines ist doch klar: Kein Arzt, kein Pfleger usw., egal welcher Beruf, wird in eine Region gehen, wenn es sich zum Schluss nicht rechnet.

Wir reagieren genau auf diese Frage. Wir haben uns Ideen einfallen lassen, wie man das Älterwerden der Hessen an

vielen Stellen so unterstützen kann, dass Menschen auch im Alter weiterhin in ihren Häusern leben können und nicht in den Ballungsraum flüchten müssen. Da würde ich mir auch einmal wünschen, dass nicht immer nur die Aussage kommt: „Ihr macht zu wenig“, sondern ich glaube, wir haben in den letzten Jahren sehr kluge Ideen entwickelt, die wir jetzt sukzessive umsetzen. Auch da zeigen wir, wir kümmern uns um die großen Zukunftsfelder dieses Landes.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ein letzter Punkt. Ich gebe ehrlich zu – das habe ich bei Ihnen nicht so richtig wahrgenommen –, ich bin recht stolz auf das, was wir hier als Haushalt vorgelegt haben. Das kann man schon sagen. Wenn man die Nettoneuverschuldung um knapp 30 % senkt, ist das keine Aktion, die in irgendeiner Form wenig Kraft erfordert hat, sondern das hat viele Gespräche, viel Kompromisswillen bei allen Beteiligten erfordert. Das hat den Finanzminister genauso gefordert wie die Fraktionsvorsitzenden und alle Minister. Aber dass wir jetzt mit einer Nettoneuverschuldung von knapp 1,5 Milliarden € in diesen Haushalt gehen, ist ein großer Erfolg. Es wäre noch schöner, wenn da gar nichts stünde.

Warum können wir das? Wir können es aus zwei Gründen. Wir haben gespart, und zwar nicht dumm gespart, wie es manchmal heißt, also einfach nur irgendetwas weggestrichen, sondern wir haben an Stellen Geld weggenommen, wo wir wissen, dass wir Strukturveränderungen benötigen, die dafür Sorge tragen, dass dieses Land besser aufgestellt ist. Das ist der Gedanke, der hinter unserer Finanzphilosophie steht. Wir wollen Hessen an allen Stellen strukturell besser aufstellen. Dieser Staat muss sich, wenn er das Geld der Bürger verwendet, an jeder Stelle fragen, ob er es richtig macht. Wir überprüfen diese Institutionen. Wir stellen sie nach Jahren an vielen Stellen neu und effizienter auf, sodass der Bürger gleiche Leistungen für effizienteren Mitteleinsatz bekommt. Meine Damen und Herren, was daran schlecht sein soll, würde ich gern von Ihnen einmal wissen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir tun etwas Zweites. Wir investieren in Bereichen, wo wir uns erhoffen – und die letzten Jahre haben es gezeigt –, dass wir einen Return on Investment bekommen. Ja, den bekommen wir. Unser Konjunkturpaket, das, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, hat dazu beigetragen, dass wir letztendlich ein Wirtschaftswachstum haben, wie es in kaum einem anderen Land vorhanden ist. Diese Mehreinnahmen zum Teil in weitere Strukturverbesserungen zu reinvestieren ist der richtige Weg, wenn man das erreichen will, was wir erreichen wollen: ein wirtschaftlich starkes Hessen mit hohen Steuereinnahmen auf der einen Seite und einem effizienten Staatsapparat, der seine Hausaufgaben macht, auf der anderen Seite.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Sind Sie für Steuererhöhungen? Das ist etwas Neues!)

Herr Schaus, jetzt will ich einmal eine Anmerkung zu dem ungeheuerlichen Vorgang machen, den Sie heute Morgen abgezogen haben. Sie haben sich hierhin gestellt und haben die Struktur des Landtags kritisiert, obwohl wir dazu einen klaren Common Sense haben, der aber anscheinend für gesellschaftliche Gruppen wie die Linkspartei nicht gilt, dass man so etwas im Präsidium des Hessischen Landtags diskutiert. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich

wäre entsetzt, wenn der Landtag in seiner Verwaltungsstruktur nichts dazu beitragen würde, dass das Steuergeld der Bürger, das uns anvertraut ist, auch sorgsam und effizient ausgegeben wird. Was für ein Staatsverständnis haben Sie eigentlich?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist „privat vor Staat“!)

L'état c'est moi – das ist Ihr Problem. Sie glauben, Sie sind der Staat, und es ist Ihr Geld. Es ist nicht Ihr Geld. Dieses Geld ist uns treuhänderisch anvertraut worden, wir haben damit sorgsam umzugehen. Wenn eine Menschengruppe meint, dass Sie diesem Land guttun, dann lohnt sich wirklich ein Blick in andere Situationen Europas und in die Geschichte dieses Landes, was passiert, wenn Sie die Möglichkeit haben, die Menschen zu steuern und dieses Land quasi herunterzuwirtschaften. Das darf uns nicht passieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Es ist ein fataler Gedankenüberbau, den Sie haben. Sie haben einen intellektuellen Überbau, der wirklich zeigt, dass Sie nicht nur den Staat mit der Politik vereinen wollen. Ich will jetzt gar nicht Frau Wagenknecht erwähnen, die sich jetzt noch über Frau Löttsch hinweggesetzt hat. Auf der anderen Seite, wenn es konkret wird, sind Sie einfach die Geldausgeber, und das wollen wir nicht.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Da wissen Sie aber mehr als wir! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über Frau Müller hinweggesetzt, nicht über Frau Löttsch! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie einen niveaulosen Gag ausgelassen haben, ist schon schade!)

– Das ist auch nicht falsch, aber dazu darf ich hier nichts sagen. Die persönlichen Angelegenheiten von Herrn Lafontaine gehören in die „Bild“-Zeitung und auf den Parteitag der Linkspartei. Da will ich mich zurückhalten.

Mein letzter Punkt: Länderfinanzausgleich. Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben es auch angesprochen. Wir haben dazu als Koalition eine klare Beschlusslage. Wir wollten dort im vergangenen Jahr eigentlich einen ganzen Schritt weiterkommen. Wir hatten vor, mit den drei Geberländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen beim Thema Länderfinanzausgleich endlich zu Ergebnissen zu kommen. Wenn man mit Bundesländern etwas vereinbart, ist man auch der Hoffnung, dass „Pacta sunt servanda“ nicht nur eine Floskel ist. Wir konnten nicht damit rechnen, dass Herr Kretschmann, der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, einen Tag, nachdem er sein Amtszimmer bezogen und seinen Dienstwagen übernommen hatte, sofort kalte Füße bekommen hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Diese Ablenkungsmanöver, die jetzt aus Baden-Württemberg kommen, was man alles vorher machen müsste, bis es zu konkreten Verhandlungen und sogar bis zu einer Klage kommt, sind doch offensichtlich. Sie wollen es letztendlich verzögern, sie wollen keine Entscheidung. Deshalb bin ich dankbar, dass Volker Bouffier genauso wie Thomas Schäfer, unsere Protagonisten, die dieses Land nach außen vertreten, auch mit den anderen Bundesländern dieses Jahr zur Klärung nutzen werden. Dieses Jahr

muss es eine Klärung geben. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wenn Baden-Württemberg leider aussteigt – die Äußerungen sind eindeutig, Baden-Württemberg ist faktisch ausgestiegen –, müssen wir es ohne Baden-Württemberg machen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Uns geht es um die hessischen Bürgerinnen und Bürger. Wir haben für die hessischen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung wahrzunehmen und nicht für die Menschen in Baden-Württemberg oder Bayern. Wir sind mit der größte Nettozahler, 2 Milliarden € im Schnitt zahlen wir an andere Bundesländer. Wer dieses Thema weiterführen möchte, sollte sich an Herrn Kretschmann wenden. Wer es beenden möchte, sollte sich an uns wenden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Das Wort hat nun Herr Kollege van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Moral von der Geschichte: mehr Gummibärchen!)

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Gut. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich will zunächst auf die Vorgänge der letzten Tage eingehen und die Erkenntnisse aus den rechtsradikalen Morden hier zum Thema machen. Ich glaube, man kann nicht einfach darüber hinweggehen.

Es ist jetzt notwendig, tatsächlich eine komplette Aufklärung ins Visier zu nehmen, und zwar eine Aufklärung, die nicht in irgendwelchen Geheimstuben passiert, sondern die Öffentlichkeit muss breit über die Vorgänge informiert werden. Denn Sie wissen, nach Art. 139 des Grundgesetzes sind wir alle gefordert, im Kampf gegen den Faschismus Farbe zu bekennen. Ich gehe davon aus, dass es Aufgabe aller ist, den Faschismus zu verhindern. Deshalb werden wir auch weiterhin in diesem Zusammenhang aktiv bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Es darf meines Erachtens kein Wegducken und kein Ausweichen der Skandale geben, sondern hier gehört Öffentlichkeit hin. Mein Kollege Herr Schaus wird nachher noch genauer darauf eingehen. Im Zusammenhang mit dem Haushalt ist natürlich auch wichtig, dass es uns darauf ankommt, die Kürzungen zurückzunehmen, die bei den Programmen gegen die Rechtsextremen angegangen werden. Die Rücknahme der jüngst eingeführten Extremismusklausel steht hier sicherlich auch zur Debatte. Von daher gehe ich davon aus, dass diese Bildungsarbeit ausgebaut werden muss; und das ist auch eine Aufgabe, die im Haushalt erledigt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wenn man den Ausführungen folgt, die der Herr Ministerpräsident und jetzt auch die FDP hier getan haben, so könnte man sich geradezu in einem Paradies wähen: prima Haushaltsentwurf, prima Konjunktur; Schulden sind eigentlich gar keine da, und

ansonsten können wir auch noch einige Millionen an Steuergeldern verschenken.

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 geht davon aus, dass Hessen nächstes Jahr mit Einnahmen von etwa 20,5 Milliarden € rechnen kann. Dem stehen 22 Milliarden € an Ausgaben gegenüber. Bei Anwendung der Grundrechenarten kommen wir zu dem Schluss: Sie wollen weniger einnehmen, als Sie ausgeben. Aber auch hier vermelden Sie nur Erfolge, weil Sie weniger Schulden machen als im Vorjahr. Wenn ein Politiker der LINKEN einen derartigen Quatsch erzählte, dann würden Sie ihm den Verstand absprechen.

Jetzt erwarten Sie neue Einnahmen unter dem Motto: „Alles wird gut“. Nichts wird gut bei den Finanzen, sage ich. Der Sachverständigenrat sagt in seinem aktuellen Gutachten, dass das Bruttoinlandsprodukt 2011, in diesem Jahr also, um 3 % zunehmen wird, im nächsten Jahr aber nur noch um 0,9 %. Die EU schätzt diesen Zuwachs nur noch auf schmale 0,5 %. Wohlgedenkt: für den Fall, dass nichts Dramatisches passiert, dass wir nicht dennoch wieder die eine oder andere Bank retten müssen, damit die Boni wieder fließen können. Das müsste dann von den Bürgern finanziert werden. – So viel zu dem Stichwort „privat vor Staat“.

Weniger Schulden als noch 2011 sind nicht das Verdienst der Landesregierung; es ist das Verdienst einer positiven Konjunktur, also das Verdienst der Menschen, die sich immer noch nicht darauf verlassen können, dass sie einen gesetzlichen Mindestlohn für ihre Arbeit erhalten.

(Holger Bellino (CDU): Und der politischen Rahmenbedingungen!)

Sie wollen jetzt der FDP mit kleinen Geschenken wieder in Richtung 5-%-Hürde helfen und reden lieber wieder einmal über Steuergeschenke. Herr Rentsch, ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung versichern: Mit 5,4 % bekommt man sechs Sitze. Das waren so unsere Erfahrungen.

(Florian Rentsch (FDP): Mit 5,0 % auch, sage ich nur!)

Jetzt wissen Sie, dass es bei den großen Haushaltsposten nichts mehr zu kürzen gibt. Aber die Konflikte sind auch jetzt schon innerhalb der Regierungskoalition kaum überschaubar. Beim Thema Referendare warten wir noch immer darauf, ob die Kultusministerin ihr Amt aufgeben muss oder ob in Hessen wieder einmal bei der Bildung gekürzt wird.

Gleichzeitig verweigern Sie sich aber auch Vorschlägen für Einnahmeverbesserungen. Wir haben Ihnen bereits in den Vorjahren und besonders 2010 vorgeschlagen, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen – fast die einzige Steuer, deren Höhe das Land selbst bestimmen kann. Hier in Hessen tut sich Schwarz-Gelb aber deutlich schwerer als beispielsweise in Schleswig-Holstein, wo die Grunderwerbsteuer schon höher ist als in Hessen. Warum Sie die Erhöhung der Grunderwerbsteuer hier in Hessen ablehnen und warum dies in Schleswig-Holstein in Ordnung gefunden wird, hätten wir gern einmal von Ihnen gehört.

Vielleicht wäre bei einer höheren Grunderwerbsteuer auch verhindert worden, dass beispielsweise in Frankfurt die Quadratmeterzahl des Leerstandes laut „Frankfurter Rundschau“ auf 2,1 Millionen m² angewachsen wäre; man hätte dort wahrscheinlich etwas rationaler agiert. Diese 2,1 Millionen m² Leerstand bedeuten etwa, dass wir dort 70.000 Studenten auf jeweils 30 m² unterbringen könnten.

Noch ein wichtiger Akzent dabei ist: Wir bräuchten nicht einmal Miete zu nehmen, weil das schon alles über die Abschreibungen finanziert ist. Das wäre ein guter Hinweis, wie man aus diesem Leerstand trotzdem noch Kapital schlagen kann.

(Jürgen Lenders (FDP): Das aus Ihrem Munde!)

– Natürlich, Herr Lenders.

Bei Ihren aktuellen Steuersenkungsplänen darf es doch nicht sein, dass hier vor allem niedrige und mittlere Einkommen entlasten werden, sondern pauschal alle Steuerzahler, also auch Menschen mit sehr hohen Einkommen. Stattdessen gehört die Einkommensteuer eigentlich vom Kopf wieder auf die Füße gestellt – sprich: Sie können gern den Grundfreibetrag erhöhen, wenn Sie für eine Gegenfinanzierung durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes sorgen würden. Nichts dergleichen passiert, Ihnen geht es um Steuersenkung als Prinzip.

Es ist klar, dass diese Landesregierung mit der Schuldenbremse ein Instrument in der Hand hält, mit dem bald jegliche Kürzung gerechtfertigt werden soll. Anders kann ich die mittelfristige Finanzplanung kaum verstehen, in der ein Abbaupfad für die Neuverschuldung steht, der ohne zusätzliche Einnahmen auskommen soll. Ja, werte Kollegen von SPD und GRÜNEN, dieses Instrument haben auch Sie der Landesregierung in die Hand gegeben, und Sie müssen sich jetzt nicht wundern, dass es doch zu Steuersenkungen kommt. Wir haben gesagt, und dabei bleibe ich: Wir brauchen eine Steuersenkungsbremse und keine Schuldenbremse.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn mit einer Schuldenbremse wird letztlich nur Sozialabbau begründet und künftig begründet werden. Zu sehen ist das in der mittelfristigen Finanzplanung. Was Sie dabei vorhaben, ist geradezu aberwitzig. Sie kündigen an, dass Sie die konsumtiven Ausgaben um durchschnittlich 0,5 % steigen lassen wollen, und auch für die Personalausgaben kündigen Sie Ähnliches an. Im Klartext bedeutet das nichts anderes, als dass es zu deutlichen Kürzungen kommen wird; denn Ausgabenanstiege unterhalb der Inflationsrate sind Kürzungen.

Beim Personal planen Sie dabei aber noch deutlich rabiat: Hierzu steht in der mittelfristigen Finanzplanung gleich die Ankündigung, dass Tarifsteigerungen durch „strukturelle Maßnahmen“, also Stellenabbau, erwirtschaftet werden müssen. Im Klartext: Wenn die Bediensteten des Landes zukünftig Besoldungsanpassungen wollen, müssen sie sich auf Mehrarbeit einstellen.

Ob es kurzfristig oder einfach nur interessengesteuert ist, bleibt eigentlich gleich. Tatsache ist, dass Sie Schwerpunkte für diejenigen gesellschaftlichen Gruppen setzen, denen Sie sich besonders verpflichtet fühlen. So wundert es nicht, dass sich Hessen weiter eine European Business School leistet, aber gleichzeitig an der Ausbildung von Referendaren kürzen will. Wir sind immer noch gespannt auf die konkreten Änderungen.

(Holger Bellino (CDU): Das haben wir doch alles verkündet!)

Im Moment muss man aber feststellen: Sie wollen kürzen bei der Bildung für alle und weiter nicht sparen an Elitehochschulen.

(Holger Bellino (CDU): Waren Sie in Urlaub? Haben Sie nicht mitbekommen, dass sich das geändert hat?)

– Wir kommen noch darauf zurück. Sie werden sicherlich noch einmal vorrechnen, im Haushaltsausschuss und in anderen Zusammenhängen, was Sie denn mit den Referendaren und dem Stellenabbau vorhaben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Über die EBS reden wir heute auch noch!)

– Über die EBS reden wir sicherlich später noch einmal, das kommt in den Einzelhaushalten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das wollen sie nicht hören!)

Ein besonderes Kuriosum in Tagen des Energiegipfels ist aber die Kürzung des Etats für die Verkehrsverbände. Da staunt man nicht schlecht, dass Sie Hessen als Land der Elektromobilität bezeichnen und auf der anderen Seite das Verkehrsmittel der Elektromobilität überhaupt, nämlich die Bahn, zusammenstreichen wollen. Ganz nebenbei: Viel mehr als beim ÖPNV hätte man beim Verkehrsflughafen Calden sparen können. Das wäre ein sinnvoller Vorschlag gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber für Fluglärm hat Schwarz-Gelb offenbar eine besondere Leidenschaft.

Die unverständlichste Maßnahme dieses Landeshaushaltes ist aber: Sie kürzen bei der Schwangerschaftskonfliktberatung in dem Wissen, dass dies für einige Träger, und zwar gerade solche, die einer Partei mit dem C im Namen eigentlich näher stehen als uns, das Aus bedeutet. Ich bin gespannt, wie Sie das in der Öffentlichkeit verkaufen wollen, wenn es in Hessen bald keine katholische Schwangerschaftskonfliktberatung mehr gibt. Diese Maßnahme ist nicht nur falsch, sie ist brutal, weil es um Menschen geht, die sich in extremen persönlichen Konflikten befinden. Hier zu kürzen, um eine Summe von 1,25 Millionen € zu sparen, ist zynisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber es hat System, dass diese Landesregierung Politik auf dem Rücken derjenigen macht, von denen sie glaubt, dass sie sich nicht wehren werden. Sie sehen auch bei den Kommunen alles in bester Ordnung. Die Kommunen selbst sehen das allerdings anders. In einer Stellungnahme des Hessischen Städtetages zum KFA können Sie etwa Folgendes lesen – ich zitiere –:

Seit Juni 2011 verbreitet Finanzminister Dr. Schäfer ein außerordentlich positives Stimmungsbild für die kommunalen Finanzen. Problematisch ist die Rolle, in die sich der Finanzminister angesichts seiner großen Meinungsmacht begibt: Er verbreitet Optimismus, statt seiner Sorge über das fortbestehende Finanzierungsdilemma aller hessischen Kommunen Ausdruck zu geben.

Statt also den Kommunen in einer schwierigen Lage zu helfen, sind sie es, die gegenwärtig den Kürzungszwang der Schuldenbremse am stärksten zu spüren bekommen: 344 Millionen € hat das Land den Kommunen für dieses Jahr schon genommen, um anschließend anzukündigen, dass es irgendwann einen sogenannten Schutzschirm geben soll – vermutlich aber auch nach dem griechischen Modell: Geld nur gegen Sozialabbau. Interessant ist schon die Vokabel vom Schutzschirm. Denn wovor will diese Landesregierung eigentlich die Kommunen schützen – außer vor ihr selbst?

Interessant ist auch, dass es für die Kommunen einen Schutzschirm geben soll, obwohl das Kind schon in den Brunnen gefallen ist und viele Kommunen in Hessen auf längere Sicht ihre Haushalte nicht werden ausgleichen können. Ein Rettungsschirm wäre da angebrachter – eigentlich ein Rettungsschirm, den es schnell gibt. Aber er ist erst für 2013 vorgesehen. Die Kommunen in Hessen sind für diese Landesregierung offenbar nicht systemrelevant, und deshalb bleiben schnelle unbürokratische Rettungsmaßnahmen nur Banken vorbehalten.

Was aber Neoliberale und Konservative dabei gerade aus dem Blick verlieren, ist, dass es immer mehr Menschen gibt, die merken, dass Banken und Kasinos, diese als Finanzmarkt getarnten Zockerbuden, zwar systemrelevant sind, aber dass diese Menschen selbst als immer weniger wichtig für dieses System wahrgenommen werden – von Politikern, die unwillig sind, Politik für die Menschen zu machen.

Das Problem dabei ist, dass diese Politik gegen die Menschen gerade dabei ist, grandios zu scheitern. Denn es wird nicht gelingen, die Situation Griechenlands oder Italiens zu stabilisieren, wenn man diesen Ländern Roskuren verordnet, die die Konjunktur endgültig abwürgen. Das wird möglicherweise gravierende Auswirkungen auch für Hessen haben. Denn wenn sich die Finanzmarktkrise zu einer erneuten weltweiten Rezession ausweitet – was wir alle nicht hoffen –, dann wird auch dieser Landeshaushalt Makulatur sein. Dann sind selbst die erhofften Steuermehreinnahmen dahin, und ich fürchte, dann wird diese Landesregierung nicht noch einmal die Kraft aufbringen, mit Konjunkturprogrammen gegenzusteuern – zumal dann auch das Ziel, den Haushalt bis 2020 auf eine Nettoneuverschuldung von null zusammenzustreichen, dahin ist.

Statt die Zukunft zusammenzustreichen, wäre es richtig, jetzt zu beginnen mit einem Umbau Hessens zu einem Land, das handlungsfähig und in die Zukunft ausgerichtet ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür brauchen wir nicht weniger Referendare, sondern mehr Lehrerinnen und Lehrer – und zwar deutlich. Wir brauchen bessere Bildung und Investitionen in erneuerbare Energien. Weil wir eine echte Energiewende brauchen, konnten wir auch dem Papier auf dem Energiegipfel nicht zustimmen. Janine Wissler wird gleich noch etwas dazu sagen.

Wir brauchen Investitionen in die Zukunft nachfolgender Generationen und keine Schuldenbremse, die begründet, warum an der Bildung gespart werden muss. Damit das alles zu finanzieren ist, brauchen wir aber keine Zukunftsfonds, bei denen Landeseigentum verschleudert wird, sondern wir brauchen eine Vermögensteuer. Es ist ja nicht so, dass Hessen arm wäre. Die öffentlichen Kassen sind nur leer, weil eine neoliberale Politsekte immer dann, wenn der Haushalt sich dem Ausgleich nähert, nach Steuersenkungen für Reiche schreit.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Damit muss aber Schluss sein, und ich bin optimistisch, dass damit bald Schluss sein wird; denn die Menschen begreifen, dass der Sozialstaat nicht gekürzt wird, weil die Griechen oder gar sie und ihre politische Klasse, die sie vertreten, selbst über ihre Verhältnisse gelebt haben, sondern dass es immer nur weniger Geld gibt, weil einige we-

nige über unsere Verhältnisse gelebt haben, als sie glaubten, man könnte Renditen von 25 % realisieren.

Ich habe am Wochenende an der Umzingelung des Frankfurter Bankenviertels teilgenommen und dabei prächtige Menschen kennengelernt,

(Jürgen Lenders (FDP): Das wundert mich jetzt nicht!)

Menschen, die aufgebrochen sind, die Verhältnisse, die uns alle bedrücken, zu verändern. Da gibt es sehr viele unterschiedliche Meinungen, aber Übereinstimmung darin, dass unsere Gesellschaft gerechter werden muss. Vielleicht sollten wir diese Haushaltsberatungen auch dazu nutzen, an diesem Ziel zu arbeiten. Wir als LINKE sehen uns dazu verpflichtet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Wissler, ebenfalls für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um noch ein paar Bemerkungen zu dem Energiegipfel zu machen, der letzte Woche seine abschließende Sitzung hatte.

Ich muss zugeben, nach der Debatte eben und nach den Presseberichten der letzten Tage bin ich heilfroh, dass DIE LINKE dem Abschlussbericht dieses Energiegipfels nicht zugestimmt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn der sogenannte Konsens, der beim Energiegipfel gefunden schien, hielt nicht einmal 24 Stunden. Das finde ich auch wenig überraschend; denn an den entscheidenden Stellen ist eben kein Konsens gefunden worden. Deshalb haben wir dem Abschlussbericht nicht zugestimmt. Ich halte es für sinnvoller, von vornherein zu sagen, wir stimmen dem nicht zu, als erst Ja zu sagen und das hinterher zu zerpflücken.

Zwar hat der Energiegipfel dazu beigetragen, das will ich gern zugeben, dass CDU und FDP in Hessen die energiepolitische Steinzeit allmählich verlassen. In der Gegenwart sind sie aber noch lange nicht angekommen; von Zukunftsweisendem will ich an der Stelle gar nicht reden. Der Ministerpräsident hat gesagt, politische Zukunft habe nur der, der zukunftsfähig sei. Herr Ministerpräsident, wenn das stimmt, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass Sie sich bald wieder mit voller Kraft Ihrer Anwaltskanzlei widmen können. Ich glaube, dass wir dann auch einen Großteil Ihrer Fraktion verabschieden können. Denn zukunftsfähig ist das sicher nicht, was Sie uns hier als Haushalt vorlegen.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Rührend! – Dr. Walter Arnold (CDU): Warten wir einmal ab!)

Der Abschlussbericht enthält Punkte, die in die richtige Richtung weisen. DIE LINKE unterstützt auch einige Ergebnisse dieses Energiegipfels, beispielsweise das Ziel, 2 % der Landesfläche als Windvorranggebiete auszuweisen. Wir begrüßen es außerordentlich, wenn CDU und FDP ihren Kampf gegen angebliche „Windkraftmonster“

endlich einstellen. Die Windenergie ist die Energie der Zukunft; das weiß jeder vernünftige Mensch. Aber für die FDP, die vor einem halben Jahr noch eine Wahlwerbekampagne gegen Windkraftträder gemacht hat, ist diese Erkenntnis sicherlich beachtlich.

Meine Damen und Herren, es gibt in Hessen einen wirklichen Fortschritt, zu dem hat nur leider die Landesregierung herzlich wenig beigetragen. Der größte Fortschritt in der hessischen Energiepolitik des letzten Jahrzehnts ist, dass die Schrottmeiler in Biblis nie wieder ans Netz gehen werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

CDU und FDP haben die Risiken der Atomkraft und die Störanfälligkeit der Reaktoren in Biblis jahrelang verharmlost und beschönigt. Es muss nicht nur mit der Atomkraft Schluss sein, sondern auch mit der Verbandelung zwischen Politik und Energiekonzernen. Meine Partei bekommt keine Spenden von RWE und E.ON, und das ist auch gut so, weil wir uns nicht zum Handlanger von Konzernen machen lassen.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Hallo, das machen wir auch nicht! Das ist eine unerhörte Unterstellung!)

– Herr Bellino, ich habe nicht gesagt, dass Sie sich zum Handlanger machen; aber wenn Sie sich angesprochen fühlen, dann spricht das für sich. Ich habe Sie nicht angesprochen.

(Holger Bellino (CDU): Sie haben das Geld der SED auf Ihren Konten!)

Meine Damen und Herren, unverantwortlich ist aber, dass andere Atomkraftwerke noch bis 2022 weiterlaufen dürfen. Deshalb unterstützen wir natürlich auch in diesem Jahr die Proteste im Wendland und überall an der Castor-Strecke. Denn die Frage der Atomkraft hat sich nicht erledigt. Solange noch AKWs am Netz sind, Forschungsreaktoren und die Urananreicherungsanlage in Betrieb sind und zivile und militärische Nutzung der Atomkraft noch möglich ist, so lange braucht es auch eine Anti-AKW-Bewegung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Abschlussbericht des Energiegipfels bleibt weit hinter dem zurück, was für eine Energiewende in Hessen dringend nötig wäre. Andere Bundesländer – Herr Ministerpräsident, das muss man auch einmal sagen – sind auch ohne einen Energiegipfel deutlich weiter als Hessen. Mit heißer Luft wurde noch kein Problem gelöst. Es waren nun gerade CDU und FDP, die diesen Ausbau der erneuerbaren Energien jahrelang systematisch blockiert haben.

Herr Ministerpräsident, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wären die Umweltverbände und Stadtwerke nicht einmal mit am Tisch gewesen. Das muss man auch einmal sagen, wenn Sie jetzt betonen, welche breiten gesellschaftlichen Gruppen Sie da an einen Tisch geholt haben. Die waren zur ersten Runde des Energiegipfels gar nicht eingeladen. Es hat schon einigen Druck gegeben, damit Sie diese Entscheidung dann korrigiert haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht mittragen kann DIE LINKE die Positionierung zur Kohlekraft. Kohlekraftwerke sind weder effizient noch flexibel genug, um die Schwankungen bei Sonnen- und Windenergie auszugleichen. Durch den Neubau von Koh-

lekraftwerken würde über Jahrzehnte eine veraltete Technologie zementiert. Wir haben immer gesagt, dass wir einem Ergebnis, das den Bau von Block 6 im Kraftwerk Staudinger oder den Neubau von Kohlekraftwerken beinhaltet, nicht zustimmen würden; denn wir stehen an der Seite derer, die dieser Dinosauriertechnologie den Kampf angesagt haben, und das ist in diesem Fall die Bürgerinitiative „Stopp Staudinger“. Die haben recht, an deren Seite stehen auch wir.

Wir lehnen die fortgesetzte Beschränkung der kommunalwirtschaftlichen Betätigung ab, denn ohne eine aktive Rolle der Kommunen ist eine Energiewende in Hessen nicht möglich. Deswegen müssen die hessischen Kommunen wie die Kommunen in anderen Bundesländern zumindest das Recht zur energiewirtschaftlichen Betätigung erhalten. Was Sie jetzt vorschlagen, ist nicht nur ein bürokratisches Monster und zwingt die Kommunen zu aufwendigen und langwierigen Markterkundungsverfahren, sondern verschlechtert faktisch die jetzige Situation. Sie öffnen RWE, E.ON, aber auch anderen Konzernen Tür und Tor zum weiteren Aufkauf kommunaler Infrastruktur. Deshalb ist es auch kein Wunder, wenn RWE und E.ON Ihrem sogenannten Kompromiss zugestimmt haben. Allein das ist schon ein Indiz dafür, wie zahnlos dieses Ergebnis ist; denn eine echte Energiewende lässt sich nicht im Konsens mit RWE und E.ON durchsetzen, sondern nur gegen diese Konzerne.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir können der Losung „privat vor Staat“, wie im Abschlussbericht formuliert, nicht zustimmen; denn wir sind eine Partei, die gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums kämpft und sich für die Rekommunalisierung einsetzt. Energieversorgung ist für unsere Gesellschaft existenziell, und deswegen gehört sie in die öffentliche Hand. Wir müssen natürlich nicht nur die Eigentumsverhältnisse ändern, sondern auch das Geschäftsmodell. Die Energiewirtschaft muss an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet werden, und sie darf nicht der Bereicherung von Vorständen und Aktionären dienen.

Ohne einen Umbau der Energiewirtschaft und eine Entmachtung der großen Konzerne wird sich eine vollständige Energiewende nicht durchsetzen lassen. Ein erster kleiner Schritt dahin wäre zumindest eine Stärkung der Stadtwerke, der Kommunen. Deshalb ist dieses Papier für uns eben kein Konsens; denn durch die vielen Protokollnotizen und abweichenden Voten wird deutlich, dass es eher ein löchriger Käse ist. In den letzten Tagen hat sich auch gezeigt, dass es offenbar nicht einmal innerhalb der Regierungskoalition Einigkeit gibt, weil sich die FDP in ihrer ganzen ideologischen Verböhrtheit gegen die Stadtwerke stemmt. Die wenigen dürftigen Ergebnisse, die der Energiegipfel hervorgebracht hat, werden dann noch von der Betonkopfpolitik in den eigenen Reihen ausgebremst.

Deshalb fand ich es ehrlicher, dieses Ergebnis nicht mitzutragen. Für uns waren die Fragen der Kohlekraft und der kommunalwirtschaftlichen Betätigung die beiden zentralen Punkte. In beiden Fragen wurde keine Einigung erzielt, und daher gibt es für uns keine Grundlage für eine Zustimmung.

(Beifall bei der LINKEN)

Zudem bleibt der Abschlussbericht an vielen Punkten vage und unverbindlich. Dem Bekenntnis zu dezentraler Energieversorgung, das so formuliert ist, folgt überhaupt

keine Konkretisierung. Im Gegenteil: Sie wollen weiterhin Offshorewindenergie fördern, und das, obwohl es doppelt so teuer ist wie die Windenergiegewinnung an Land und obwohl davon einfach nur die großen Energiekonzerne profitieren, weil alle anderen diese Investitionskosten gar nicht aufbringen können.

(Zuruf von der CDU)

So werden zentralistische Markt- und Erzeugungsstrukturen zementiert, und dem Steuerzahler und dem Stromkunden werden dafür die Kosten auferlegt, weil die die Förderung bezahlen werden, nur damit die großen Vier den Übergang zu den erneuerbaren Energien möglichst versilbert bekommen.

Meine Damen und Herren, neuerdings – dazu gab es eine ganze Arbeitsgruppe – beschäftigen sich CDU und FDP auch mit der Frage nach der gesellschaftlichen Akzeptanz. Bei Atom- und Kohlekraftwerken war Ihnen diese Frage noch ziemlich wurst. Da wurde die Akzeptanz schon mal mit dem Schlagstock und massivsten Polizeieinsätzen durchgesetzt. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie, was Ihre eigene Klientel angeht, da offenbar etwas pfleglicher sind und mit Skeptikern etwas anders umgehen, als Sie an vielen Stellen mit der Antiatombewegung umgegangen sind.

Die Akzeptanz erreicht man letztlich nur dadurch, dass man die Menschen beteiligt und einbezieht, durch transparente Verfahren und dadurch, dass z. B. auch die Gewinne aus Windkraftanlagen nicht in ferne Konzernzentralen fließen, sondern vor Ort bleiben und den Menschen zugutekommen. Wenn nämlich die Gewinne aus der Stromerzeugung auch den Menschen zugutekommen, in lokale Sport- und Bildungsangebote fließen, vor Ort Arbeitsplätze entstehen und das lokale Handwerk von der Auftragsvergabe profitiert, dann steigt auch die Akzeptanz. Das ist es, worauf wir setzen: Akzeptanz zu schaffen durch eine Demokratisierung der Energiewirtschaft.

Sie machen keine Aussagen zur Frage, von wem die Kosten der Energiewende getragen werden sollen. – Wir sind der Meinung: Die Kosten dürfen nicht einfach auf die privaten Haushalte abgewälzt werden. Deshalb müssen die Profiteure der bisherigen Energiepolitik auch an diesen Kosten beteiligt werden. Eine sozial gerechte und ökologische Energiepolitik muss gerade an den Strompreisen ansetzen, und sie muss beispielsweise durch ein Verbot von Abschaltungen der steigenden Energiearmut in Deutschland entgegenwirken.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zentrale Thema der Energieeinsparung findet in dem Papier fast gar nicht statt. Gerade im Bereich der Industrie gibt es enorme Potenziale für Einsparungen. Aber die werden natürlich so lange nicht gehoben, solange beim Strompreis gilt: „Verbrauch mehr, zahl weniger“. Es kann einfach nicht sein, dass die Preise immer weiter steigen, weil die privaten Haushalte die Großkunden der Industrie subventionieren. Deshalb müssen auch die Privilegien der Industrie beseitigt werden.

Meine Damen und Herren, beim Hessischen Energiegipfel ist ein Bereich völlig außen vor geblieben. Das war der Verkehrsbereich. Dabei macht allein der Frankfurter Flughafen etwa ein Fünftel des hessischen Energieverbrauchs aus. Wenn es keine Ansätze für eine Verkehrswende gibt, dann wird sich die Energiewende so nicht umsetzen lassen, und dann müssen wir vor allem auch über die Frage der Verkehrsvermeidung reden.

Was der Energiegipfel letztlich bewirkt, entscheidet sich in den nächsten Wochen. Dann wird sich zeigen, ob Sie wenigstens die vagen Vereinbarungen, die getroffen wurden, in Landesrecht umsetzen oder ob der Energiegipfel eine Showveranstaltung bleibt. Es heißt so schön: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen“, deshalb erwartet DIE LINKE, dass CDU und FDP in den nächsten Wochen konkrete Gesetzesinitiativen in den Landtag einbringen. DIE LINKE kann zusagen: Wir werden alle Schritte hin zu einer wirklichen Energiewende in Hessen unterstützen. Da auf Sie in dieser Frage aber leider kein Verlass ist, werden wir selbstverständlich auch eigene Vorschläge machen, wie wir schnellstmöglich zu einer Energiewende kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das Wort hat nun Herr Kollege Dr. Wagner für die CDU-Fraktion.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes sind selten Unterhaltungslektüre. Darin sind wir uns sicherlich einig. Wer sich allerdings die Überschriften der Berichte aus den letzten Wochen anschaut, erlebt alles andere als Langeweile. Eine positive Nachricht folgt der anderen.

(Beifall bei der CDU – Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Ich will nur einige für diejenigen aus der Opposition vortragen, die das nicht hören wollen, die sich mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit in unserem Land nicht konfrontieren lassen wollen. Sie lauten: „Baugewerbe bleibt in Schwung“, „Private bleiben in Kauflaune“, „Wachstum für Staat wie lange nicht“, „Hessens Bruttoinlandsprodukt um 4,3 % gewachsen“, „Wachstum in Hessen über dem Bundesdurchschnitt“, „Hessisches Bauhauptgewerbe im September – anhaltend positive Signale“ und „Armutgefährdung der Hessen geringer als im Bundesdurchschnitt“. Das ist amtlich verbürgt. Ich würde mich freuen, wenn die Opposition das endlich einmal zur Kenntnis nehmen würde.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Aber das passt natürlich nicht in die Welt hinein, die Sie sich selbst zimmern.

Damit ist belegt, dass Hessen eines der erfolgreichsten Länder Deutschlands ist. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hessen steht erfolgreich und mustergültig da. Wir haben das höchste Wirtschaftswachstum der letzten 40 Jahre. Die Beschäftigungsverhältnisse befinden sich sogar auf dem höchsten Stand seit dem Bestehen unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das bedeutet: Es hatten noch niemals so viele Menschen in Hessen wie jetzt im Jahr 2011 unter der Regierung von Volker Bouffier und Jörg-Uwe Hahn, unter der Regierung aus CDU und FDP Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hessen ist eines der wirtschaftsstärksten Länder. Ich möchte das mit einem Zitat aus der „Frankfurter Allge-

meinen Zeitung“ von vor wenigen Tagen sagen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ stellte wörtlich fest:

Die Wirtschaft Hessens läuft auf Hochtouren, der Schuldenkrise zum Trotz. ...

Denn bereits im Abschwung war es diesem Bundesland besser ergangen als anderen. Geringerer Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Krise, stärkeres Wachstum im Aufschwung: ... Besser kann es gar nicht laufen.

Das sagt niemand aus der CDU, das sagt niemand aus der FDP, das steht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich wiederhole es: Sie sagt das im Verein mit dem Hessischen Statistischen Landesamt.

Unsere Politik hat schon vor der Wirtschaftskrise die Grundlage für diesen Erfolg gelegt. Deshalb sind wir auch schneller als andere aus der Krise herausgekommen. Ich werde immer wieder darauf hinweisen, dass diese christlich-liberale Regierung ein eindrucksvolles Konjunkturprogramm aufgelegt hat, das zum Wohlstandsgenerator geworden ist. Mit diesem Konjunkturprogramm haben wir über 5.000 Investitionsprojekte in den Schulen, den Krankenhäusern, den Schwimmbädern und auf den Straßen auf den Weg gebracht. Wir haben die stärkste Rezession in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes erfolgreich überwunden.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): So ein Quatsch!)

Es ist unsere Politik, die Hessen zu dem gemacht hat, was es ist, ein Wohlstandsland.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bei der Nennung dieser Fakten, die nun wirklich nicht mehr bestritten werden können, hat einer der beiden Sprecher der Fraktion DIE LINKE dazwischengerufen: „So ein Quatsch!“ – Meine Damen und Herren, wir leben hier in einer sozialen Marktwirtschaft. Sie müssen sich vielleicht ein bisschen daran gewöhnen, dass das andere Verhältnisse als die sind, die Sie immer noch propagieren, nämlich eine sozialistische Wirtschaft. Das ist nicht unser Weg, das ist Ihr Weg. Deshalb werden Sie auch keine Mehrheit in der Bevölkerung erhalten.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das warten wir einmal ab!)

Wohlstand und Wachstum sind keine Selbstverständlichkeit. Kluge Mittelstandspolitik, antizyklisches Haushalten, der Ausbau der Verkehrswege und der Infrastruktur sind die Voraussetzungen für diese Erfolge.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist sehr richtig!)

Ich sehe ihn mir gerade gegenüber sitzen. Ich will das auch ausdrücklich an die Adresse des hessischen Wirtschaftsministers, Dieter Posch, sagen: Verehrter Herr Kollege Posch, Sie vertreten hier eine hervorragende Wirtschaftspolitik, die Sie zum Nutzen unseres Landes und seiner Bevölkerung machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der in Hessen gewachsene Wohlstand ist Wohlstand für alle. Das ist z. B. Wohlstand für unsere Familien. Wir haben für die Kinder im Alter von über drei Jahren bei den Kindergärten eine Versorgung von 100 %. Bei den Kindern unter drei Jahren sind wir auf einem hervorragenden Weg.

Wir haben bereits einen Versorgungsgrad von über 28 % und werden das angestrebte Ziel von 35 % in naher Zukunft auch erreichen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Lesen Sie Zeitung?)

Herr Ministerpräsident Volker Bouffier hat das bereits in seiner Rede angesprochen. Die Familienkarte hat bei Zehntausenden hessischer Familien große Akzeptanz. Sie kommen in den Genuss von Vergünstigungen bei Serviceleistungen, Beratungsangeboten, beim Versicherungsschutz und vielem anderen mehr.

Das ist Wohlstand für unsere älteren Bürger: Das Hessische Betreuungs- und Pflegegesetz ist eine wichtige Grundlage, mit der wir auf die Herausforderungen der Demografie antworten.

Es gibt zusätzliche Plätze an den Altenpflegeschulen. Da wurde von 3.500 Plätzen auf 4.000 erhöht.

Lassen Sie mich, da ich gerade bei diesem Thema bin, etwas sehr grundsätzlich feststellen: Einer der wesentlichen Punkte des politisch verantwortlichen Handelns besteht darin, dass wir uns ständig bemühen, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb bleibt es wahr: Sozial ist, was Arbeit schafft. – Das ist ein zentraler Punkt politischen Handelns und politischer Verantwortung. Deshalb sind wir stolz darauf und auch froh darüber. Eigentlich könnte diese Freude, die wir haben, auch von den Mitgliedern der Opposition geteilt werden. Die Arbeitslosenquote in Hessen ist erneut gesunken. Sie liegt nur noch bei 5,6 %.

Die Zahl der Beschäftigten stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 %. Die Zahl der offenen Stellen in Hessen stieg binnen einer Jahresfrist um 17,1 %. Derzeit gibt es nur noch etwa 17.000 Menschen unter 25 Jahren, die arbeitslos gemeldet sind. Das sind 10 % weniger als im September 2010.

Die Arbeitslosigkeit ist die geringste seit 20 Jahren. Bei der Vermittlung von Arbeit ist Hessen vorbildlich. Wir geben Hilfe aus einer Hand. Ich verweise darauf, dass das Land Hessen die meisten Optionskommunen in ganz Deutschland hat. Auch das ist eine Ursache für den Erfolg und die Zahlen, die ich hier vorgetragen habe.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Ich will mich jetzt an die Mitglieder der Opposition wenden. Fairerweise will ich sagen, dass sich Herr Schäfer-Gümbel mit unserer ausdrücklichen Zustimmung bei der Verhandlung des Staatsgerichtshofs aufhält. Er hat sich deshalb entschuldigt. Das ist also keine Missachtung des Auftretens des Sprechers der CDU-Landtagsfraktion.

Ich will ihn ansprechen. Ich habe ihm gesagt, dass ich es ihm auch trotz seiner Abwesenheit nicht ersparen kann, einige klare Worte an seine Partei und seine Fraktion zu richten.

Die SPD will die Handwerker und die Unternehmer mit einer bürokratischen Ausbildungsplatzabgabe gängeln. Auf dem Parteitag der SPD Hessen Anfang Oktober dieses Jahres hat die SPD Bergstraße – das ist der Verband des Kollegen Norbert Schmitt – einen Antrag zum Thema Recht auf Ausbildung gestellt. Darin wird wortwörtlich gefordert:

Eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage ... muss ein Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik bleiben. ... Der SPD-Landesparteitag setzt sich für eine verbindliche Meldepflicht von zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen in den Unternehmen ein.

Ich habe das deshalb noch einmal so pointiert zitiert, weil Herr Schäfer-Gümbel in seinem Vortrag und seine Partei ein völlig anderes Gemälde von unserem Land gezeichnet haben.

(Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

Sie haben so getan, als ob wir uns in Armut, im Niedergang, wirtschaftspolitisch gesehen, in einer Baisse befinden würden. Dieser Antrag und andere machen deutlich, dass die Sozialdemokraten in diesem Land nicht in der Lebenswirklichkeit angekommen sind. Sie ignorieren das weiterhin. Denn diese Zahlen gefallen ihnen nicht. Das passt nicht in das Weltbild der Opposition.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer in diesen Tagen die Meldungen über die Ausbildungsplatzsituation in Hessen liest und sich solche Anträge vor Augen hält – aus einem davon habe ich gerade eben zitiert –, der muss doch sehen: Die Politik der SPD passt einfach nicht in diese Zeit. Sie passt auch nicht zu Hessen.

Zur wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte unseres Landes gehört auch eine erfolgreiche Infrastrukturpolitik. Die hessische Wirtschaft lobt das erfolgreiche Wirken dieser christlich-liberalen Landesregierung. Vor Kurzem hat sie wortwörtlich gesagt:

Diese Regierung hat eine kluge Infrastrukturpolitik betrieben und die richtigen Weichen für den Mobilitäts- und Investitionsstandort gestellt.

Meine Damen und Herren, das werden wir fortsetzen. Das werden wir entgegen allen Sprüchen und allen Auftritten der GRÜNEN fortsetzen.

Ich muss auch ganz offen sagen: Wenn ich die Rede von Herrn Al-Wazir Revue passieren lasse – das sind die Sprüche der Achtziger- und Neunzigerjahre. Da wird von „Betonpisten“ gesprochen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe die Befürchtung, dass Herr Al-Wazir nicht mit dem Fahrrad nach Berlin fährt und schon gar nicht zu Fuß geht. Ich habe die Befürchtung, dass er natürlich – wie alle normalen Bürger auch – das Flugzeug nutzt. Ich habe die Befürchtung, dass er zumindest mit seinem Dienstwagen, der uns Fraktionsvorsitzenden freundlicherweise zur Verfügung gestellt wird, nach Berlin und andernorts fährt – unter Nutzung der von ihm bekämpften Straßen, meine Damen und Herren. Wo lebt Herr Al-Wazir eigentlich? Wo leben die GRÜNEN in unserer heutigen Zeit?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb ist es uns so wichtig, dass in diesem Haushaltsplan 2012 115 Millionen € für diese Infrastruktur, nämlich für Straßenbau und Straßenausbesserung, zur Verfügung gestellt werden. Zur Infrastruktur – das ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt unserer politischen Arbeit – gehört längst auch der Ausbau von schnellen Datenleitungen.

Meine Damen und Herren, ich komme aus dem ländlichen Raum, der Umgebung von Marburg. Gerade für die

mittelständischen Gewerbetreibenden ist es wichtig, dass sie auch von dort aus mit einer entsprechenden Breitbandversorgung ihren Geschäften erfolgreich nachgehen können. Das schafft zusätzliche Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu einer wohlstandsfördernden Infrastruktur gehört auch der Luftverkehr. Deshalb bleiben wir dabei, dass Kassel-Calden notwendig ist und umgesetzt wird. Rot-Grün wollte – unter besonderer Assistenz der LINKEN – Kassel-Calden beenden. – Meine Damen und Herren, wir lassen die Nordhessen nicht im Stich, weil auch dort Arbeitsplätze notwendig sind und auch dort die Menschen leben wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dasselbe gilt auch für den Frankfurter Flughafen mit seinen zusätzlichen 40.000 Arbeitsplätzen. Die GRÜNEN haben die Startbahn West bekämpft, die GRÜNEN haben jetzt die Landebahn Nordwest bekämpft, die GRÜNEN sind die Dagegen-Partei, die Aussteiger. Wenn wir all das tun würden, was Sie verhindern wollten, hätten wir kein Wirtschaftswachstum, sondern ein Minuswachstum. Dann würden die Arbeitslosenzahlen hier in die Millionen gehen. Das muss man sich als Konsequenz klar und deutlich vor Augen führen. Die GRÜNEN sind häufig populistisch gegen irgendetwas, häufig widersprechen sie sich dabei auch.

Ich will aber auch in aller Ruhe nochmals darauf hinweisen: Bei aller Notwendigkeit auch des Frankfurter Flughafens ist die CDU-Landtagsfraktion in hohem Maße sensibel im Hinblick auf die zusätzliche Fluglärmbelastung, auch tagsüber. Dieses Themas müssen wir uns in den nächsten Wochen mit großer Einfühlung, großem Verantwortungsbewusstsein und auch mit viel Ideenreichtum annehmen. Das wissen wir, und auch hier werden wir handeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die GRÜNEN – ich sagte es bereits – sind gegen alles. Das mag häufig der bequemere, auch der populistische Weg sein; aber verantwortungsvoll ist es nicht: gegen Speicherwerke, gegen neue Stromtrassen, gegen neue Kraftwerke, gegen Autobahnen – zum Schluss gegen 3,4 km A 100 in Berlin –, gegen moderne Bahnhöfe, gegen alles. Meine Damen und Herren, das geht mit uns nicht – zum Glück für die hessische Bevölkerung.

(Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden aktiv gestalten, wir werden auch dort Verantwortung übernehmen, wo es teilweise unpopulär ist, im Sinne der Gestaltung der Zukunft unseres Landes Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich noch einige wenige Sätze zum Energiegipfel verlieren. In keinem anderen Bundesland hat es einen Energiegipfel gegeben.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da finde ich es geradezu lächerlich, sich zu streiten, wer denn alles Ideen oder Vorschläge zu dem Energiegipfel beigetragen hat. Entscheidend ist doch, dass der Hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, zu diesem Thema

gehandelt, entschieden und Sie alle eingeladen hat, teilzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das hat der SPD nicht so gut gefallen, weil sie natürlich befürchtet hat, dass ein solches Werk, das aus der Staatskanzlei in Wiesbaden hervorging, auch ein gutes Licht auf unseren Landesvater wirft. Das hat Ihnen nicht gefallen. Sie haben mit in der Tasche geballter Faust mitgemacht und fangen jetzt schon wieder an, zu nörgeln, anstatt nun gemeinsam mit uns konstruktiv die Ergebnisse dieses Energiegipfels umzusetzen – das wäre Verantwortung gegenüber den Bürgern und der Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir gestalten die Energiewende. Ich will gerne ausdrücklich zubilligen, dass die geistige Autorenschaft zu diesem Thema den GRÜNEN gehört.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Es wäre gut, wenn Sie sich umgekehrt auch einmal genauso offen zu unseren Erfolgen äußern würden. Das fehlt bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hier haben Sie recht behalten. Aber ich will hinzufügen – und darauf bin ich als Vorsitzender meiner Fraktion stolz –, dass wir uns im Gegensatz zu Ihnen, die sagten: „Aussteigen, der Strom kommt aus der Steckdose“, ganz konkret Gedanken machen, wie wir die möglicherweise entstehenden Risiken – die Frage der Stromkosten oder einer ordentlichen Versorgung – zum Schluss regeln.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön wärs!)

Wir gestalten die Energiewende. Sie haben sie herbeigeführt, ohne nachzudenken, was danach kommt. Wir aber gestalten, was danach kommt. Deshalb sind wir sehr stolz auf unsere Programme.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einen Satz hinzufügen, weil es am heutigen Tage immer wieder von der Opposition angesprochen worden ist: Wir haben uns auf dem Energiegipfel darauf verständigt, dass sich die Kommunen in Hessen im Rahmen der Produktion von erneuerbaren Energien auch wirtschaftlich betätigen können. Das haben wir miteinander verabredet, und ich will für meine Fraktion klar und deutlich sagen, dass wir das auch umsetzen werden. Hierzu war heute schon Nörgelei auch aus Reihen der SPD und der GRÜNEN zu hören. Wir werden eine entsprechende Formulierung im Zusammenhang mit der Novelle der Hessischen Gemeindeordnung vorlegen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Folgendes hinzufügen: Wenn ich an die Energiewende denke, muss ich immer wieder den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion fragen: Wie halten Sie es nun eigentlich mit Kohlekraftwerken? Haben Sie sich endlich entschieden, ob Sie dafür oder dagegen sind? Auf Bundesebene brüsten Sie sich, dort eine gewisse Mitsprache in einem Arbeitskreis der SPD zu haben, und sind für Kohlekraftwerke, gemeinsam mit Ihrem Bundesvorsitzenden Gabriel. Wenn es um Hessen geht, sind Sie opportunistisch dagegen. – Das

schafft in der Bevölkerung kein Vertrauen, meine Damen und Herren. Die Leute wollen von uns Politikern wissen: Ja oder Nein, aber nicht Entweder oder oder Jein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich füge hinzu: Noch nie hat Herr Schäfer-Gümbel in diesem Land ernsthaft Verantwortung für irgendetwas übernommen. Ich erinnere daran, dass er als Spitzenkandidat der SPD für das schlechteste Landtagswahlergebnis nach dem Zweiten Weltkrieg Verantwortung trägt, ebenso wie für eines der schlechtesten Kommunalwahlergebnisse im März dieses Jahres.

Ich will noch Folgendes hinzufügen: Herr Schäfer-Gümbel schreitet hier durch die Lande – auch durch dieses Haus – wie ein Ersatz-MP. Aber wenn ich mir diese Wahlergebnisse ansehe, kommt er mir vor wie ein König ohne Land, er merkt es nur noch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das größte Verdienst von Herrn Schäfer-Gümbel besteht darin, den rechten Flügel seiner Truppe ruhig zu stellen und sich bei den Linken seiner Partei als williger Vollstrecker zu geben.

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

Am 5. Oktober 2011 – das werde ich Ihnen jetzt genau vortragen – erschien ein Papier des Instituts Solidarische Moderne. Eine der Vorstandssprecherinnen ist Ihre Kollegin, Herr Rudolph, nämlich Frau Ypsilanti. Der Schatzmeister dieses Instituts ist auch ein Mitglied Ihrer Fraktion, nämlich Reinhard Kahl.

Der Titel des Papiers, das dieses Institut vor Kurzem veröffentlicht hat, heißt: „Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne“. Lassen Sie mich zwei Zitate herausgreifen:

Zum emanzipatorischen Transformationsprojekt der kommenden Jahrzehnte kann ein Green New Deal allerdings nur dann werden, wenn es durch Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse gelingt, einen emanzipatorisch-sozialökologischen Umbau der Wirtschaft mit der Erneuerung der Demokratie zu einem alternativen Gesellschaftsprojekt zu verbinden, ...

Sie haben es verstanden? Ich habe es zweimal lesen müssen, bevor ich es verstanden habe.

(Holger Bellino (CDU): Hallo!)

Oder ein anderes Zitat: „Eine so verstandene gerechte und solidarische Umverteilung stößt notwendig an die Grenzen“ – jetzt hören Sie bitte zu – „der gegebenen Eigentums- und Verfügungsverhältnisse, ...“ – Meine Damen und Herren, ich sage, das ist LINKE pur. Die sind nicht weit voneinander entfernt, dieses Institut und diese LINKE.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das geschieht unter aktiver und federführender Mitwirkung der Mitglieder dieser SPD-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Florian Rentsch (FDP): Wo sind sie denn?)

Ich würde ganz gerne wissen, was Herr Schäfer-Gümbel dazu sagt. Distanziert er sich, oder macht er subkutan mit? Dazu hat er sich bisher öffentlich nicht geäußert. Die SPD

Hessen ist der linke Landesverband in Deutschland. Das wissen wir inzwischen.

(Florian Rentsch (FDP): Nein!)

Die SPD Hessen plädiert für 60 % Einkommensteuer, stößt auf den heftigen Widerstand ihrer eigenen Generalsekretärin Nahles. Sie will ein verfassungswidriges Ausländerwahlrecht für Bundestag und Landtage. Ich sage: Wir brauchen keine Parteien, die eigene Ideologie über die Verantwortung vor dem Staat und vor der Bevölkerung stellen.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir brauchen eine Politik, die sich durch den Willen auszeichnet, zu gestalten, und nicht über Systemveränderung fabuliert. Meine Damen und Herren, mit unserer Haushaltspolitik weisen wir unsere Entschlossenheit nach, dieses Land weiter voranzubringen und zu gestalten. Deshalb ist ein ganz wichtiger Schritt dieses Haushalts die schrittweise Zurückführung der Nettoneuverschuldung.

Herr Finanzminister, ich möchte Ihnen mein Kompliment machen. Es ist Ihnen mit dem Haushaltsjahr 2011 gelungen, die Nettoneuverschuldung um ein Drittel zurückzufahren. Im Vergleich zu 2010 ist es sogar fast eine Halbierung. Das kostet viel Nerven und Arbeit, natürlich auch Diskussionen mit Ressortvertretern und Diskussionen mit gesellschaftspolitisch relevanten Gruppierungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will gern hinzufügen, dass wir neben unserem entschlossenen Sparwillen

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

von den gegenwärtig gut sprudelnden Steuereinnahmen profitieren. Auch das gehört zur gesamten Wahrheit. Ich wäre wirklich dankbar, wenn die Opposition ein Stückchen in der Bewertung von Regierungsarbeit abwägt und einmal die moralische und menschliche Größe hat, anzuerkennen, wo es objektive Erfolge gibt. Das würde sie übrigens glaubwürdiger machen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, wir gehen diesen Abbaupfad weiter, und wir sind stolz darauf, dass der Haushaltsplan 2012 verfassungsgemäß ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie sich in der Öffentlichkeit nicht irremachen von dem, was hier an Nebel verbreitet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Schuldenbremse haben wir bereits angesprochen. Ich bedauere nach wie vor, dass Herr Schäfer-Gümbel und die SPD nur mit gebremster Energie mitgemacht haben. Herr Schäfer-Gümbel ist ja auch in einer schwierigen Situation. Auf der einen Seite hat er den linken Flügel der Partei zu bedienen und gleichzeitig auch den DGB, der gegen die Schuldenbremse war. Auf der anderen Seite wusste er, dass die Bevölkerung eine Schuldenbremse will. Aber man merkt natürlich an Ihrem ganzen Handeln heute, dass Ihnen das Thema nicht gefällt und dass Sie mit diesem Thema nicht umgehen können. Deshalb können wir auch nicht darauf vertrauen, dass Sie bei der Umsetzung der Schuldenbremse eine verantwortungsbewusste und konstruktiv handelnde Opposition sein werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich aus den Anträgen der SPD zu diesem Haushalt einiges wenigens sagen. Der Ministerpräsident hatte bereits darauf hingewiesen, dass wieder dieser Wassercent drin ist,

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich vermute einmal, in Gemeinschaftsarbeit mit den GRÜNEN. Was soll denn das? Dass wir hier Millionen von kleinen Haushalten zusätzlich belasten, ist unsozial. Es ist auch nicht gerechtfertigt. Bitte haben Sie endlich einmal neue Ideen, und holen Sie sich nicht die alten Ländenhüter der Neunzigerjahre aus Ihrer früheren rot-grünen Vergangenheit heraus.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben bei Ihren großartigen innovativen Einfällen vorgeschlagen, eine Kühlwasserabgabe einzuführen.

(Demonstrativer Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Beifall, wunderbar, sehr schön. – Ich finde das schon bemerkenswert. Biblis ist jetzt abgeschaltet. Biblis hätte wohl den allergrößten Anteil an Kühlwasserabgabe leisten müssen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe das Gefühl, Sie haben gar nicht bemerkt, dass Biblis schon nicht mehr arbeitet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wollen eine Kuh melken, die schon längst geschlachtet worden ist. Auch das ist ein Stückchen Realitätsferne, die wir bei Grün und Rot feststellen müssen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unfug!)

Meine Damen und Herren, verantwortungsvolles Haushalten ist nicht Ihr Ding. Das war es noch nie, und ich befürchte, das wird es auch nie sein. Ich habe weitere Beispiele außerhalb Hessens. Ich denke an Nordrhein-Westfalen, wo Rot-Grün durch ein Verfassungsgericht gestoppt werden musste. Ich erinnere an Rheinland-Pfalz. Die spendieren auf Kosten hessischer Bürger gebührenfreie Kindergartenjahre und verheizen den Rest ihres Geldes am Nürburgring. Ich erinnere an die Partystadt Berlin. Da würden nachts die Lichter ausgehen, wenn es kein Geld aus Hessen – etwas polemisch, gern eingeräumt – gäbe. Oder ich denke auch an Grün-Rot in Baden-Württemberg, wo das mühsam gesparte Geld jetzt mit vollen Händen ausgegeben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Die haben einen ausgeglichenen Haushalt!)

Meine Damen und Herren, vom Sparen reden, aber Ausgaben erhöhen – das ist einfalllose Opposition. Das ist keine Option für diese verantwortungsbewusste und verantwortungsvoll handelnde Landesregierung Volker Bouffier und Jörg-Uwe Hahn.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will noch ein Wort zur inneren Sicherheit sagen. Es ist bereits von dem Herrn Ministerpräsidenten zu Recht festgestellt worden, Hessen ist unter dieser Regierung und unter dem vormals im Amt befindlichen Innenminister Volker Bouffier zu einem der sichersten Bundesländer in

Deutschland geworden. Darauf sind wir stolz. Daran kommen auch Sie nicht vorbei. Hier gibt es klare Zahlen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will hinzufügen: Mehr Sicherheit bedeutet auch ein Stückchen mehr Freiheit, dass sich der Bürger freier bewegen kann, auch in Nachtstunden und an Plätzen, die einsam sind – ein wichtiger Beitrag zum Sicherheitsgefühl und zur Freiheit unserer Bürger.

Wenn ich bei der inneren Sicherheit bin, will ich etwas weiteres Aktuelles hinzufügen. Wir sind uns hier im Landtag alle einig – es ist erfreulich, dass es solche Punkte auch noch gibt –, dass die unerträgliche Mordserie, die aus rechtsradikalem Untergrund gekommen ist, aufgeklärt werden muss, und zwar nicht nur die einzelnen Taten, sondern die Hintergründe. Da gibt es kein Vertun, auch für die CDU-Landtagsfraktion nicht. Das will ich klar und deutlich sagen. Ich möchte allerdings auch darum bitten, dass wir aufklären und nicht verdächtigen. Wir wollen jetzt in aller Ruhe ganz solide aufklären und wissen, was Faktum ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist Ausdruck des Gestaltungswillens dieser Regierung Bouffier/Hahn. Die Opposition opponiert, die Regierung handelt. So ist es immer. Das will ich jetzt gar nicht beklagen. Ich bin nur zufrieden, wenn es weiterhin so ist, dass diese beiden Fraktionen FDP und CDU die Regierung stellen und nicht Rot-Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Das entscheidet der Wähler und nicht Sie!)

Die Opposition – das ist mir besonders an den Beiträgen von Herrn Al-Wazir und Herrn Schäfer-Gümbel bewusst geworden – malt ein Bild von unserem Lande, das mit der Realität nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Wir halten uns an die Fakten, und wir schaffen auch Fakten. Wenn ich die Reden der beiden Fraktionsvorsitzenden von SPD und GRÜNEN höre, haben wir irgendwie den Eindruck, dass der Oppositionsfrust über zwölf Jahre mehr und mehr wächst. Da kommt keine Innovation und nichts Neues mehr. Diese Reden habe ich schon vor fünf, sechs, sieben Jahren gehört. Meine Damen und Herren von der Opposition, Frust ist ein schlechter Motivator und vor allem ein ganz schlechter Ratgeber.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

FDP und CDU sind entschlossen, für das Land und für seine Menschen weiterhin Verantwortung zu tragen

(Günter Rudolph (SPD): Das nehmen wir als Drohung auf!)

– mit Augenmaß, mit Verlässlichkeit und immer wieder auch mit neuen Ideen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Das Wort hat der Kollege Norbert Schmitt zu einer Kurzintervention.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Dr. Wagner, ich kann in dieser Kurzintervention leider nur drei Punkte ansprechen. Erster Punkt. Ich stelle die Frage: Ist dieser Haushalt verfassungsgemäß, oder ist er verfassungswidrig?

(Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wir haben die Regelung in Art. 141 der geltenden Verfassung, der vorschreibt, dass Ausnahmen nur bei besonderem Bedarf und nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken stattfinden dürfen. Es ist klar, dass diese Ausgaben Investitionen sind. Dies ist 40, 45 Jahre lang in Hessen praktiziert worden, nämlich dass eine Nettokreditaufnahme nur in der Höhe stattfinden kann, wie Landesinvestitionen dagegen stehen. Es ist eindeutig: Der Haushaltsentwurf übersteigt diese Grenze um 358 Millionen €. Meine Damen und Herren, er ist damit verfassungswidrig. Sie stellen sich hierhin und behaupten das Gegenteil. Es ist eben nicht so.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Herr Milde, auch Sie wissen das. Das wäre ein ganz harter Angriff gegen uns, wenn wir einen solchen Haushalt vorgelegt hätten. Herr Dr. Wagner sagte eben in einer Nebenbemerkung, Baden-Württemberg, jetzt Grün-Rot, sei nicht sehr solide. Meine Damen und Herren, das Land Hessen plant für das Jahr 2012 1,536 Milliarden € neue Schulden. Wissen Sie, wie der Haushaltsentwurf in Baden-Württemberg mit einem sozialdemokratischen Finanz- und Wirtschaftsminister aussieht? – Null Verschuldung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da führen Sie hier einen solch lächerlichen Angriff. Das zeigt Ihre Ahnungslosigkeit. Bei Ihnen sind Daten und Zahlen durcheinandergelassen. Dass jemand, der wie Sie als Justizminister auch für die Hessische Verfassung gestanden hat, sich nicht einmal mit den Begriffen der Hessischen Verfassung auseinandersetzt, das ist ein peinliches Beispiel.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Dritter Punkt. Wassercent. Wir haben im letzten Jahr 130 Millionen € beantragt – jetzt, weil Biblis ausgelaufen ist, nur 80 Millionen €. Auch an diesem Punkt nur diese Richtigstellung. Auch da liegen Sie falsch.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, es gibt zum Einzelplan 02 keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist der Einzelplan 02 gelesen.

Ich darf zwischendurch noch aufrufen: Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Abg. Habermann, Gnadl, Hofmeyer, Merz, Dr. Reuter (SPD) und Fraktion betreffend Weiterbildung stärken, Drucks. 18/4709. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Tages-

ordnungspunkt 63 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 52 zu diesem Thema aufgerufen werden. Machen wir das so? – Okay. Vielen Dank.

Dann rufe ich den

Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –

auf. Ich erteile dem Kollegen Rudolph das Wort.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die, die es noch nicht wissen: Es ist ein guter Tag. Der Hessische Staatsgerichtshof hat entschieden, dass der wiederholte Rechtsbruch von CDU und FDP sowie der Landesregierung nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei drei Punkten wurde der Opposition zweimal recht gegeben: bei der erneuten Vernehmung des Zeugen Ritter, einem der wichtigsten Zeugen, und bei einem Sachverständigengutachten. Bei dem anderen Punkt hat sie nur deshalb nicht recht bekommen, weil sich die Rechtsprechung geändert hat. Es ist erstaunlich, aber gleichzeitig auch bedauerlich, dass CDU und FDP immer wieder auf den Boden des Rechtsstaats zurückgeholt werden müssen, wenn es darum geht, Minderheitenrechte zu akzeptieren. Das ist der eigentliche Skandal an diesem Tag.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Deswegen freuen wir uns über die unabhängige Rechtsprechung in Hessen.

Herr Innenminister, Sie haben es nicht einfach. Das ist durchaus nicht nur rhetorisch gemeint. Sie haben von Herrn Bouffier eine Erbschaft übernommen. Er hinterlässt Ihnen viele Baustellen. Sie waren als Staatssekretär zwar an der einen oder anderen Baustelle beteiligt, aber unstrittig – das gehört zur Wahrheit; deswegen sage ich es auch – sind Sie nicht der Hauptverantwortliche. Aber das spielt keine Rolle. Sie müssen es ausbaden.

Das, was Sie vorfinden, an Skandalen, an falschen Personalentscheidungen, lähmt insbesondere die hessische Polizei. Ich nenne z. B. die Namen Nedela und Thurau. Die hessische Polizei muss in Ruhe arbeiten können. Sie braucht eine Führungskultur, in der auch kritische Worte von hessischen Polizeibeamten erlaubt sind und demonstrierende Polizeibeamte nicht als Krawallmacher tituliert werden. Wir brauchen eine andere Führungskultur.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, Sie haben vieles angekündigt. Sie sind ohnehin eher ein Ankündigungsminister als ein entschlossener Innenminister. Wir sind sehr gespannt, ob Sie z. B. aufgreifen, was die Frau Bundeskanzlerin in Leipzig auf dem Parteitag gesagt hat, ein neues NPD-Verbotsverfahren zu prüfen. Ja, sie hat recht, das sollten wir tun, auch wenn Ihr Koalitionspartner in Person von Herrn Hahn gesagt hat, das sei alles nicht nötig. Aber mit 2 % will ich mich an der Stelle auch nicht weiter beschäftigen.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Eieiei!)

Ich komme nun zum konkreten Haushalt. Die SPD-Fraktion hat angekündigt – wir werden das zur dritten Lesung

machen –, Änderungsanträge einzubringen. Wir wollen, dass in Hessen weiterhin 550 Polizeianwärter ausgebildet werden. Die von Ihnen vorgesehene Kürzung auf 400 Polizeianwärter ist falsch. Denn auch in den nächsten Jahren werden mehr als 400 Polizeibeamte durch Krankheit, durch Alter, aus persönlichen Gründen ausscheiden. Wir brauchen einen ausreichend großen Polizeikörper. Polizei muss vor Ort sein. Eine Voraussetzung dafür, dass Polizei sichtbar ist, ist genügend ausgebildetes Personal. Herr Innenminister, deswegen müssen im Jahr 2012 550 Polizeianwärter eingestellt werden. Das ist die klare Forderung der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Änderungsantrag wird aufgrund der Aktualität der letzten Tage vorsehen, dass die Mittel für die beim Hessischen Landeskriminalamt eingerichtete Geschäftsstelle Netzwerk gegen Gewalt um 136.000 € aufgestockt werden. Ich glaube, angesichts der Diskussion dieser Tage ist das dringend notwendig. Dieses Netzwerk arbeitet gut mit vielen anderen Institutionen und Behörden zusammen. Dieses Netzwerk dient vor allem der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Deswegen müssen wir auch Geld in die Hand nehmen, um das auszubauen, jenseits der tagesaktuellen Problematik. Wir müssen gegen alle extremistischen Bestrebungen vorgehen. Deswegen müssen wir auch diese Stelle mit entsprechenden Finanzmitteln ausstatten. Wir sind gespannt, wie Sie sich zu unserem Änderungsantrag verhalten werden. Das ist die Nagelprobe, ob Sie Sonntagsreden halten oder ob Sie weiter konkrete Maßnahmen ergreifen wollen. Wir brauchen eine finanzielle Verstärkung beim Netzwerk gegen Gewalt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Innenminister, Sie haben die ganze Palette zu behandeln. Sie sind auch Kommunalminister. Wann äußern Sie sich zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, gerade auch bezüglich der Umsetzung des Energiegipfels? Sie sind aber auch derjenige, der mit für die Kommunalfinanzen verantwortlich ist. Die Kommunen brauchen zusätzliche Einnahmequellen – ich sage das deutlich –, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, etwa bei der Kinderbetreuung und anderem. Herr Innenminister, deswegen können Sie da nicht wegtreten.

Wann kommt endlich der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Spielsucht? Seit Monaten, seit März kündigen Sie an, dass ein Gesetzentwurf auf dem Weg ist. Das ist eine Frage, die wir auch im Rahmen des Glücksspielstaatsvertrags zu diskutieren haben. Herr Innenminister, Sie sagen immer, er sei in Vorbereitung. Wann legen Sie denn den Gesetzentwurf für ein Thema vor, das gesellschaftspolitisch so wichtig ist, wenn es darum geht, die Folgen der Spielsucht zu bekämpfen?

Herr Innenminister Rhein, ich kann verstehen, dass Sie Ihr Amt vielleicht gar nicht mehr so gerne ausüben, weil Ihnen der damalige Innenminister viele Baustellen hinterlassen hat. Aber handeln Sie. Legen Sie Gesetzentwürfe vor, wie es die Aufgabe der Regierung ist, und übergeben Sie das nicht an die Koalitionsfraktionen, damit Sie die regierung-internen Anhörungsfristen nicht einhalten müssen. Handeln Sie. Das ist Ihr Job. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Rudolph. – Das Wort hat der Abg. Bauer, CDU-Fraktion.

Alexander Bauer (CDU):

Hochverehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Haushalt bringt zweierlei zum Ausdruck: Diese Koalition will sparen, und sie will gestalten. Dazu nenne ich Ihnen zwei Summen. Die eine Summe: 1,5 Milliarden € weniger Nettoneuverschuldung im Gesamthaushalt. Das sind gegenüber dem Vorjahr ein Drittel weniger Schulden. Ein Drittel weniger an neuen Schulden bedeuten ein Drittel mehr Zukunftschancen für die nachwachsenden Generationen.

Diese Koalition will nicht nur sparen, sie will auch gestalten. Daher nenne ich Ihnen die zweite Summe. Das sind rund 100 Millionen € Mehrausgaben allein im Haushalt des Ministeriums des Innern und für Sport. Diese Summe beweist: Wir werden auch künftig dafür sorgen, dass Hessen eines der sichersten Länder unserer Republik ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, nur ein sicheres Hessen kann auch ein erfolgreiches Hessen sein. Unser Hessenland ist beides: sicher und erfolgreich.

Im Laufe der letzten Jahre haben wir die Ausgaben für Sachmittel der Polizei auf über 300 Millionen € gesteigert. Nur ein gut ausgerüsteter Polizist kann auch ein guter Polizist sein – das ist uns ein wichtiges Anliegen nicht nur für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Nach Recht und Gesetz!)

Deshalb gehört unsere hessische Polizei schon heute zu den bestausgerüsteten Polizeien in Deutschland und auch zu den bestbezahlten. Das ist die Wahrheit, das sind die Fakten.

Meine Damen und Herren, weil wir diesen Weg konsequent weitergehen wollen, werden wir im nächsten Jahr auch beim Digitalfunk einen Schritt vorankommen.

(Günter Rudolph (SPD): Seit 2006 soll der eingeführt sein! Das ist doch lächerlich!)

Ja, wir kommen voran. Sie hätten das auch nicht schneller geschafft, da bin ich mir ganz sicher. Die Kosten für die Endgeräte belaufen sich auf insgesamt 27 Millionen €. Die erste Rate von 5 Millionen € für die Digitalfunkendgeräte der Feuerwehren sowie Verpflichtungsermächtigungen stehen jetzt endlich bereit, sind etatisiert, sodass die Endgeräte jetzt auch plangemäß ausgeliefert werden können.

Meine Damen und Herren, neben einer Ausstattung ist es auch sehr wichtig, dass die Personalsituation so gut ist wie nie zuvor. Sie von der SPD hatten zwar im Haushalt Planstellen, aber wir haben Polizisten auf der Straße. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (FDP))

Seit 2009 haben wir insgesamt 1.650 neue Polizeianwärter eingestellt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Diesen hohen Stand an Polizeikräften, den wir erreicht haben, werden wir beibehalten und auch sichern. Deshalb werden wir erneut die Zahl der ausscheidenden Polizeibeamten der nächsten fünf Jahre im Durchschnitt ersetzen. Nach den jetzigen Berechnungen sind das rund 400 Kommissaranwärterstellen, die wir dafür brauchen. Das werden wir stemmen. Das ist finanziell eine keineswegs leichte Aufgabe, aber der Erfolg gibt uns recht. Das ist gut investiertes Geld. Noch nie war die hessische Polizei so erfolgreich wie derzeit. Noch nie war die Aufklärungsquote so hoch. Deshalb ist unsere hessische Polizei eine der besten Polizeien in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, seitdem Rot-Grün nicht mehr für die Sicherheit in Hessen verantwortlich ist, ist die Aufklärung von Straftaten um 10,8 % gestiegen. Hingegen ist die Zahl der begangenen Straftaten so gering wie noch nie zuvor. Ministerpräsident Bouffier sagte, seit 30 Jahren gab es noch nie so wenige Straftaten in Hessen wie im letzten Jahr.

Für viele sind das vielleicht nur abstrakte Zahlen. Aber für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bedeuten weniger Straftaten mehr Sicherheit.

Deshalb darf ich an dieser Stelle all den Personen, die in diesem Bereich tätig sind – das sind immerhin 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter –, auch einmal sagen, dass sie unter erheblichen Gefährdungsrisiken, unter großen Belastungen und auch großen Entbehrungen – ich denke z. B. an die Familien – einen hervorragenden Dienst tun. Hier ist die Gelegenheit, dafür auch einmal Danke zu sagen. Denn sie leisten diese hervorragenden Ergebnisse. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, aber die gute Arbeit leistet die hessische Polizei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, im Übrigen gilt das auch für den Verfassungsschutz. Hier sollte eine sorgfältige Prüfung der jüngsten Vorfälle unabdingbar sein.

Selbstverständlich darf es nicht sein, dass Mörder über viele Jahre unbehelligt bleiben. Hier werden wir äußerst sorgfältig aufklären müssen.

Es werden auch Strukturen zu hinterfragen sein. Aber die Komplexität der Sachverhalte verbietet es hier, allzu schnelle Lösungen gleich für die besten zu halten. Hier heißt es: Erst müssen die richtigen Fragen gestellt werden, dann folgen die richtigen Antworten – nicht umgekehrt.

Auch wir wollen diesen braunen Sumpf trockenlegen. Aber die gegenwärtig aufgeheizte Stimmung eignet sich wahrlich nicht für parteipolitische Empörungsrituale.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn der braune Mob erstarkt, kann die Schlussfolgerung doch nicht lauten: schwächt den Verfassungsschutz, oder gar: schafft ihn ab.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wer hat denn die Braunen so stark gemacht?)

Selbstverständlich gehören Missstände aufgedeckt und beseitigt. Einige aber scheinen zu vergessen, trotz der aktuellen Unklarheiten: Das Problem ist nicht so sehr der Verfassungsschutz,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Doch!)

das Problem ist der Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir gerade nicht, wie es die Linkspartei immer wieder for-

dert, den Verfassungsschutz abschaffen. Wir wollen den Rechtsextremismus abschaffen. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deshalb ist es durchaus sinnvoll, über ein NPD-Verbot noch einmal nachzudenken und es zu prüfen. Ich darf daran erinnern: Erst vor wenigen Wochen haben wir einen Antrag hierzu im Plenum eingebracht, mit dem wir uns für ein solches Vorgehen ausgesprochen haben. Bei der Gelegenheit will ich erwähnen: Er wurde nicht von allen unterstützt. Damals wie heute gilt für uns als Union: Eine Partei, die verfassungswidrig ist, gehört verboten. Da gibt es überhaupt kein Deuteln. Damals wie heute gilt aber auch: Das ist nur sinnvoll, wenn ein solches Verbot Aussicht auf Erfolg hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wenn der Verfassungsschutz aufgelöst wird!)

Deshalb darf ich sagen: Eine Skandalisierung hilft uns nicht weiter. Schon gar nicht hilft es hier, pauschal davon zu reden, dass manche wohl auf dem rechten Auge blind seien. Ich weise deshalb darauf hin, dass es in Hessen heute mehr Programme gegen rechte Feinde der Demokratie gibt als jemals zu rot-grünen Zeiten zuvor. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nur beispielhaft nenne ich hier das Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus KOREX; ich verweise auf die Ausstiegshilfen bei Rechtsextremismus unter dem Titel IKARus oder auf das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in dem ressortübergreifenden Beratungsnetzwerk. Seit 2007 gibt es hier Möglichkeiten, Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen.

Dass hier jemand auf dem rechten Auge blind sei, ist eine schnelle Erklärung, mit der es sich gut davon ablenken lässt, dass es beim Extremismus nicht nur um rechte Gewalt geht, sondern genauso gut um Linksextremismus und um islamistischen Terrorismus. Das gehört auch dazu, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Unser Credo ist: Jeder, der die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedroht, muss mit einem wehrhaften Staat rechnen.

Deshalb werden wir laut Haushaltsplan den Verfassungsschutz personell stärken.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das sehen wir gerade!)

Wir werden zehn neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen. Hier werden wir investieren, denn die Feinde des Staates werden wir nicht mit Sparschweinen bekämpfen, sondern nur mit starken Sicherheitsbehörden. Das ist meine Überzeugung.

Dieser Haushalt belegt das in jeder Hinsicht. Trotz Einsparungen gilt: An der Sicherheit wird in Hessen nicht gespart. Diese Koalition gestaltet die Zukunft: mit Sicherheit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Bauer. – Das Wort hat Frau Abg. Öztürk, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Bauer, Ihre Forderung, den Rechtsextremismus abzuschaffen, findet bestimmt in unserer Fraktion – und, ich glaube, auch in anderen Fraktionen – vollste Unterstützung. Die Diskussion über die innere Sicherheit ist eine Diskussion, die durchaus geführt werden muss.

Aufgrund der aktuellen Situation bitte ich aber auch darum, die Ängste der Familien der Opfer ernst zu nehmen und die Fragen, die gestellt werden, nicht als eine hitzige Debatte abzutun. Wenn wir eine transparente Diskussion über den Verfassungsschutz und die Rolle des Verfassungsschutzes in diesen aktuellen Fällen führen wollen, dann müssen wir auch die Frage nach den V-Männern sowie nach der Struktur des Verfassungsschutzes stellen, ohne dadurch die Arbeit insgesamt diskreditieren zu wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, es geht um den Haushalt. Aber an dieser Stelle möchte ich nochmals klarmachen, dass wir über das Ausmaß an menschenverachtender Gewalt, das seit Jahren in unserem Land von rechtsextremen Gruppen, von diesem nationalsozialistischen Untergrund, ausgeübt worden ist, sehr entsetzt sind. In dieser Stunde sind wir hier alle gemeinsam aufgefordert, uns die richtigen Fragen zu stellen und mit den Antworten nicht voreilig zu sein – aber auch nicht die Gefahr zu verharmlosen.

Den Familien der Opfer möchte ich an dieser Stelle unser Mitgefühl aussprechen. Ich möchte, dass von diesem Haus ein ganz klares Signal gesendet wird, dass die aufklärerische Arbeit ohne Zweifel bis ins letzte Detail gemacht wird und wir hier keine verkürzten parteipolitischen Debatten führen.

Aber wir werfen auch nicht alle extremistischen Gefahren in einen Topf. Hier gibt es aktuell die Diskussion über die rechtsextremistische Gefahr. Ich bitte, da zu differenzieren und sauber zu trennen. Wenn es Gefahren aus der islamistischen oder linken Szene gibt, dann möchte ich auch das einzeln und schonungslos diskutieren. In diesem Moment aber müssen wir innehalten und uns auf die Gefahr aus der rechten Ecke konzentrieren. Wir dürfen die nicht verharmlosen und verallgemeinern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Genau das ist falsch!)

Aber eigentlich wollen wir zum Haushalt reden. Der Haushalt des Innenministers enthält ganz viele Vorschläge, viele verschiedene Ideen. Eines aber möchte ich zur Struktur festhalten: Ich habe es so verstanden, dass es immer transparenter wird, wenn wir zur Doppik übergehen; es wird etwas klarer werden, welches denn die Ausgaben sein sollen.

Ich stelle aber fest: Durch die Schaffung neuer Produkte und neue Beschreibungen fällt der Vergleich zu den Ausgaben der letzten Jahre sehr schwer. Daher bitte ich hier einfach noch einmal, den Aufbau des Haushalts etwas transparenter zu gestalten – damit wir normalsterblichen

Abgeordneten auch nachvollziehen können, wo denn das Land seinen Schwerpunkt setzen will.

Wir als GRÜNE haben Ihnen drei konkrete Vorschläge unterbreitet, wo wir der Meinung sind, dass mehr investiert werden muss. Der eine Bereich ist der Extremismus. Wir haben einen Antrag gestellt, 100.000 € einzustellen. Das hört sich nicht nach sehr viel an. Ich glaube auch, mit Geld allein ist dieses Problem nicht zu lösen. Das Signal, hier einen Schwerpunkt zu setzen, ist wichtig. Von daher hoffen wir, dass dieser Antrag vonseiten der Regierungsfaktionen eine Mehrheit findet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein weiterer Punkt, der heute noch gar nicht erwähnt worden ist, den ich aber kurz ansprechen möchte, ist die Härtefallkommission. Der Innenminister ist auch zuständig für ausländerrechtliche Angelegenheiten und auch dafür, wenn Personen auf legalem Wege keinen Aufenthaltstitel bekommen können. Die Härtefallkommission überprüft ihre spezielle persönliche Einzelfallsituation und die Möglichkeit, ob diese Personen hier bleiben können. Mitglieder der Härtefallkommission wissen, dass wir oft mit Härtefällen und Einzelfällen zu tun haben, wo die Personen nach dem Gefühl berechtigt sind, hier zu bleiben, aber aufgrund der Voraussetzung eigenständiger finanzieller Versorgung keinen Aufenthalt gewährt bekommen können. Aus diesem Grund haben wir GRÜNE den Vorschlag unterbreitet, einen Härtefallfonds, der über 200.000 € verfügt, einzurichten. Damit könnte garantiert werden, dass die schwierigsten dieser Einzelfälle nicht aufgrund ihrer finanziellen Situation daran scheitern, einen Aufenthaltstitel zu bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher fände ich es wichtig, dass sich der Innenminister auch dazu äußert. Er war Gast in der Härtefallkommission und hat auch die Diskussionen dort mitbekommen. Ein Signal im Haushalt 2012 ist wichtig. Sie können diesen Betrag auch gerne weiter aufstocken.

Ein weiterer Vorschlag ist das immerwährende Thema der Angleichung der Wochenarbeitszeit von Beamtinnen und Beamten und Tarifangestellten. Sie wissen, dass wir langfristig diese zwei verschiedenen Linien nicht weiter fortsetzen können. Die Beamten haben ein Anrecht darauf, dass ihre Wochenarbeitszeit an die der Angestellten im öffentlichen Dienst angeglichen wird. Dafür haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Wir würden uns sehr freuen, wenn der Innenminister in dieser Frage tätig werden und Signale senden würde. Die Beamten wünschen sich berechtigterweise eine Angleichung. Die Politik macht oft viele Versprechungen, handelt aber nicht. Das wäre in diesem Bereich auch ein gutes Signal vonseiten des Innenministers.

Ansonsten bin ich gespannt, wie wir in den nächsten Jahren die Skandale im Innenbereich minimieren. Wir als Oppositionsfraktion sind zur aufklärerischen und transparenten Arbeit gerne bereit.

(Alexander Bauer (CDU): Noch mehr Mittel einstellen!)

Herr Innenminister, die Arbeit müssen Sie schon machen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Öztürk. – Das Wort hat Herr Dr. Blechschmidt, FDP-Fraktion.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wenn man den Einzelplan 03 am heutigen Tag diskutiert, muss man auf die Aktualität, sprich: auf den Verfassungsschutz, eingehen. Aufklärung: Ja. – Herr Minister Rhein, wir haben gestern im Innenausschuss schon die Diskussion geführt. Ich begrüße außerordentlich, dass das Thema breit und umfassend aufgeklärt wird. Das Prozedere, das einzuhalten ist, liegt auf der Hand, aufgrund der Sensibilität des Themas.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Herr Schaus, auch auf Ihre Argumente ist im Innenausschuss eingegangen worden. Wir werden dieses Thema dort wieder aufrufen, auch nach dem gestrigen Abend. Meine Fraktion ist daran interessiert, dieses Thema umfassend und vollumfänglich aufzuklären. Es ist ein sensibles Thema, das uns alle angeht. Ich schließe mich den Ausführungen der Vorredner an und betone das ausdrücklich. Gleichwohl warne ich ausdrücklich vor Schnellschüssen, nicht nur vor den Schnellschüssen in der Bewertung, sondern auch vor den Schnellschüssen, die wieder die Rufe nach einem NPD-Verbot aufgreifen. Das ist der falsche Weg. Das ist meine persönliche Auffassung, das ist aber auch die Auffassung meiner Fraktion, dass wir hier wohlüberlegt handeln müssen und mit einem plakativen NPD-Verbot der Diskussion nicht helfen, sondern eher schaden. Wir müssen Fragen zur Effizienz der Arbeit der Sicherheitsbehörden stellen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir müssen überprüfen, ob die Strukturen der Zusammenarbeit der Behörden untereinander und mit den Länderbehörden der anderen Länder und des Bundes verbessert werden müssen. Es kann nicht hingenommen werden, dass Mörder mit extremistischen Motiven jahrelang unentdeckt bleiben. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Da ist Aufklärung dringend geboten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Gerade deshalb, und damit zurück zum Haushalt, wird die innere Sicherheit von uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin auf hohem Niveau gewährleistet werden. Wir haben in der Vergangenheit die Polizei und die Sicherheitsbehörden zukunftsfähig aufgestellt und erhalten ihre Leistungsfähigkeit auch in den kommenden Jahren. Deswegen sind weitgehende Bereiche von Einsparungen ausgenommen worden. Herr Kollege Bauer hat es erwähnt.

Ich möchte hier exemplarisch nur zwei Bereiche anführen: die Hochschule für Polizei und Verwaltung und die Landesfeuerwehrschule. Ich halte das für ein wichtiges Moment, das auch betont werden muss. Das macht deutlich, was im Einzelplan 03 beinhaltet ist und warum wir das so hochhalten müssen.

Das hohe Niveau der Ausstattung von Polizei und Feuerwehr wird ebenfalls weiter ausgebaut. Die Ausstattung mit Geräten für den Digitalfunk läuft endlich an. Nach der Ausschreibung ist nun der Zuschlag erteilt worden. Rund 27 Millionen € Gesamtvolumen sind dafür geplant.

Das klingt viel, relativiert sich aber bei Betrachtung der Gesamtaufgabe.

Am Beispiel der Gerätezahlen wird das deutlich: Es sind 8.904 Handgeräte für die hessische Polizei, 4.459 mobile Geräte für Fahrzeuge und 717 fest eingebaute Geräte. Bei der Feuerwehr werden es 25.452 Handgeräte sein, 10.754 mobile Geräte und 12.086 fest eingebaute Geräte. Auch hieran wird deutlich, was das für eine Aufgabe ist. Dem tragen wir auch Rechnung.

Die Polizei wird auch weiterhin ihren Personalbedarf aus eigenen Anwärterzahlen decken können. Herr Kollege Bauer hat es schon erwähnt, ich wiederhole es ausdrücklich – es ist auch für meine Fraktion wichtig –: Der Personalbestand bleibt somit absehbar stabil. 400 Anwärter pro Jahr decken den Ersatzbedarf der Polizei ab. Das ist das höchste Niveau, das wir je hatten.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist falsch!)

– Herr Rudolph, das werden wir sehen, das ist der Unterschied im Zungenschlag. Das ist der Unterschied zwischen Regierungshandeln und Oppositionshandeln.

(Günter Rudolph (SPD): Die Fakten sind auch für Sie die gleichen!)

Die Opposition sagt immer, es sei falsch. Wir werden es sehen. Herr Kollege Rudolph, festzustellen ist doch, dass wir im Gegensatz zu rot-grüner Rosstäuscherei vergangener Zeiten nun Polizisten aus Fleisch und Blut haben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, dass sei falsch, muss man Sie auch an die Vergangenheit erinnern. Sie haben in den letzten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung Rosstäuscherei betrieben. Bei uns sind es Polizeibeamte aus Fleisch und Blut, Herr Kollege Bauer hat es hervorgehoben. Wer ruft, das sei falsch, muss auch die Antwort vertragen können. Und er muss sich erinnern, was er in der Vergangenheit geleistet hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend noch ein Hinweis auf ein benachbartes Bundesland und derart, was es sich weiter leistet. Im Gegensatz zu Rot-Grün in Rheinland-Pfalz, die die Zweckbindung der Brandschutzsteuer aufheben und die Polizei kaputt kürzen wollen, sichern wir die Finanzausstattung der Feuerwehren und den Polizeipersonalbestand, anstatt auf Kosten der Sicherheit an die Substanz zu gehen. Dem werden wir weiter Rechnung tragen. Das ist die Handschrift der Koalition. Das zeichnet den Einzelplan 03 aus. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Blechschmidt. – Das Wort hat der Abg. Hermann Schaus, DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsplanentwurf zum Einzelplan 03 ist unzureichend. Er setzt völlig falsche Prioritäten, indem er einerseits dort die Mittel kürzt, wo sie heute schon fehlen, und andererseits sinnlos Steuergelder verschleudert, wo es der CDU und der FDP ideologisch in den Kram passt.

Verantwortliche Haushaltspolitik ist etwas anderes. Verantwortliche Politik gegenüber den Kommunen, den Beschäftigten und den Bürgern ist erst recht etwas anderes. Ich werde gleich noch auf die jüngsten Entwicklungen im rechten Terrorismus, das komplette Versagen des Verfassungsschutzes und die unrühmliche Rolle der Landesregierung eingehen.

Herr Minister Rhein, Sie müssen sich hierzu hier und heute äußern. Wegducken und in Geheimgremien abtauchen, das geht jetzt nicht mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich beginne mit der derzeit wahrscheinlich größten Problematik, der finanzfeindlichen Politik der Landesregierung. Viele Kommunen sind in einer finanziell verzweifelt Lage. Sie könnten, selbst wenn sie alle Beschäftigten von heute auf morgen entlassen würden, keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, geschweige denn, Schulden abbauen. Genau das verlangt die Landesregierung aber von den Kommunen.

Das Problem ist doch: Den Kommunen wurden über Jahre hinweg viel zu viele Aufgaben übertragen, aber das Geld für diese Aufgaben hat man ihnen nicht in ausreichendem Maße gegeben. Hinzu kamen zehn Jahre Steuerenkungen, außerdem sinkende Löhne und damit Verlust an Einnahmen und Kaufkraft vor Ort.

(Vizepräsident Heinrich Heidel übernimmt den Vorsitz.)

Seit 2008 kamen nie da gewesene Einnahmeausfälle durch die Finanz- und Wirtschaftskrise noch hinzu. Die Probleme haben die Kommunen nicht zu verantworten, und sie können es politisch auch nicht ändern. Aber die Landesregierung hat viel davon zu verantworten, und sie könnte etwas ändern. Aber sie tut es nicht.

Hessische Kommunen und Landkreise mit einem ausgeglichenen Haushalt können wir zwischenzeitlich an einer Hand abzählen. Die Gebühren für die Menschen steigen, aber die Schulden steigen auch. Denn bei CDU und FDP gilt nach wie vor: privat vor Staat. Das tragen Sie weiter wie eine Monstranz vor sich her. Sie bedienen weiter fröhlich die Interessen der Privatwirtschaft und lassen die öffentlichen Interessen nicht ausreichend gelten.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur DIE LINKE, die Ihnen deshalb aufs Dach steigt. Im letzten Jahr hatten wir in Wiesbaden vor dem Landtag eine Demonstration von 200 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Diesen September sind die Kommunalen Spitzenverbände geschlossen an die Presse getreten, um das Sparcredo von Finanzminister Schäfer ins Märchenland zu verweisen. Jetzt wird das Land Hessen von den Landkreisen verklagt. Wo hat es so etwas jemals gegeben, dass die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker das Vertrauen in die Landespolitiker der eigenen Partei verloren haben?

Die Kommunen brauchen dringend eine andere Politik und die Ablösung dieser Landesregierung. Sie brauchen ausreichende und planungssichere Einnahmen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt, statt sie immer weiter abzubauen.

Wie wollen Sie eine Energiewende vor Ort machen ohne die Kommunen? Wie soll das gehen ohne höhere Einnahmen? Wie soll die immer nötigere Pflege alter Menschen vor Ort organisiert und geleistet werden ohne Einnah-

men? Wie soll in Integration und Bildung investiert werden ohne Einnahmen?

Der sogenannte Entschuldungsfonds wurde vor einem Jahr passend zu Beginn des Kommunalwahlkampfes vom Ministerpräsidenten großspurig angekündigt. Gehört haben wir seither nicht mehr viel davon. Stattdessen wurden seit diesem Jahr den Kommunen die Mittel im Finanzausgleich sogar in der schlimmsten Krise um 344 Millionen € pro Jahr gekürzt.

Ähnlich sieht es bei den Beschäftigten des Landes Hessen aus. Der Finanzminister hat beim Jahresabschluss stolz darauf hingewiesen, dass die Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Beamten aufgrund des Renteneintrittsalters von 67 Jahren eine buchhalterische Entlastung von 1 Milliarde € bedeute. Die Einsparung bei den Minibesoldungserhöhungen von knapp 150 Millionen € in diesem Jahr sprechen die gleiche Sprache. Das heißt: weiter sparen auf dem Rücken der Beschäftigten und der öffentlichen Infrastruktur.

Das ist nicht unsere Vorstellung von einem modernen Dienstrecht, von echter Mitbestimmung. Wir denken, dass die Landesbeschäftigten ein Anrecht darauf haben, gegen diese verfehlte Personalpolitik nicht nur auf die Straße zu gehen, sondern ihre Forderungen konkret einzubringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beschäftigten des Landes Hessen, seien es Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten oder Richterinnen und Richter, haben die längsten Arbeitszeiten in ganz Deutschland. Herr Minister, echte Wertschätzung, wie sie hier immer vorgetragen wird, sieht weiß Gott anders aus.

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlass zum Thema Verfassungsschutz kommen. Ich möchte aus einem Artikel der „Frankfurter Rundschau“ von heute zitieren mit der Überschrift: „Wie soll ich mich sicher fühlen?“

Mohammed Zerouali spricht von einem „großen Skandal“, während er in seinem Laden im Frankfurter Bahnhofsviertel einer Kundin ihre Einkäufe in die Hand drückt. Seiner Meinung nach wussten die Behörden Bescheid, dass hinter der Mordserie an Migranten Rechtsextreme steckten. „Ich zweifle nicht am Können der Behörden. Das war Absicht“, sagt Zerouali. Nun hat der junge Mann Angst. „Wie soll ich mich sicher fühlen, wenn die Sicherheitsbehörden selbst in so was verwickelt sind?“, fragt er. Wie die Mordopfer arbeitet er in einem Ladengeschäft. „Das kann jederzeit wieder passieren“, sagt er. „Das sind ja nicht die Einzigen, die so denken. Da steckt eine Organisation dahinter.“

Herr Minister, ich denke, mit diesem Auszug – der Artikel enthält noch weitere Zitate – ist weit mehr kaputtgegangen als nur der Ruf des Verfassungsschutzes, insbesondere des hessischen Verfassungsschutzes. Deshalb ist es nach wie vor dringend angeraten, hier entsprechend tätig zu werden, öffentliche Aussagen zu machen. Wir haben als LINKE heute einen Dringlichen Antrag eingebracht. Unseren jahrelangen Forderungen – Ausbau statt Kürzung der Programme gegen Rechtsextremismus und öffentliche statt geheimdienstliche Demokratieförderung – sollte angesichts der Ereignisse in den letzten Tagen jeder zustimmen können. Das wäre überfällig.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir kritisieren seit Jahren, dass der Verfassungsschutz in Hessen immer weiter aufgebläht wird. Während alle anderen unter Sparzwängen leiden, wird der hessische Geheimdienst auch in diesem Jahr erneut mit zehn zusätzlichen Stellen verhätschelt. Wir kritisieren seit Jahren, dass der Verfassungsschutz nicht in der Lage ist, dem Problem des zunehmenden Rechtsextremismus wirksam zu begegnen. Deshalb schlagen wir erneut vor, dass verstärkt zivile Vereine und Projekte gegen Rechtsaußen und Neonazis massiv gefördert und auch deren Bildungsarbeit finanziell besser unterstützt werden. Deren Arbeit muss gefördert und darf nicht weiter diffamiert oder gar kriminalisiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Verfassungsschutz ist nicht demokratisch zu kontrollieren, schon gar nicht von einer Handvoll Abgeordneter. Das ist die Lehre aus den aktuellen Ereignissen. Es stellt sich hier immer wieder die Frage: Wen schützt eigentlich der Verfassungsschutz?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Jedenfalls nicht die Verfassung!)

Lassen Sie mich aus diesem Anlass – wir sind hier nicht alleine – einen Experten zitieren. Rolf Gössner, Rechtsanwalt, Geheimdienstexperte und Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, hat in der „tz München“ gestern ein Interview gegeben. Die Frage war:

Der Verfassungsschutz wird durch einzelne Abgeordnete der Parlamente kontrolliert. Reicht das aus?

Gössner: Die Kontrollgremien haben noch nie selbst Skandale aufgedeckt, sondern in aller Regel die Medien oder Insider. Geheimdienste widersprechen dem demokratischen Prinzip der Transparenz und Kontrollierbarkeit. Abgeordnete können allenfalls hinterher versuchen, ein wenig Licht ins Dunkel zu bekommen.

Genau das ist unsere Auffassung, die wir seit Jahren hier vertreten und die sich bedauerlicherweise jetzt zu bestätigen scheint. Herr Minister, ich fordere Sie erneut auf, hier und heute zu den öffentlichen Vorwürfen, ein ehemaliger Beschäftigter des hessischen Verfassungsschutzes sei in die schrecklichen Morde involviert, öffentlich Stellung zu nehmen.

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Kollege Schaus, ich will Sie nur darauf hinweisen –

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Danke schön, Herr Präsident. – Es kann unmöglich sein, dass Informationen aus Hessen, wie gestern geschehen, im Bundestag gegeben werden, aber nicht im Hessischen Landtag. Sie müssen doch wissen, was man in Berlin über Hessen weiß. War der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ein bekennender Rechtsextremer? War er ein Waffennarr? Vor allen Dingen: War er an weiteren Tatorten, wie im Bundestag gestern vorgetragen wurde?

(Alexander Bauer (CDU): Ist das eine Haushaltsrede? Was machen Sie eigentlich?)

– Ich weiß, dass Sie das stört. Aber auch Sie haben sich zum Verfassungsschutz geäußert, Herr Bauer. Ich werde das ebenfalls tun.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Wir haben doch darüber gesprochen, Herr Schaus!)

Herr Innenminister, räumen Sie die öffentlich geäußerten Vorwürfe auch öffentlich aus – nicht in Geheimgremien. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Wir haben auch in diesem Jahr einige Änderungsanträge zum Einzelplan 03 eingereicht, mit denen wir einen anderen Politikansatz deutlich machen wollen. Wir wollen eine angemessene Bezahlung und mehr Personal für den öffentlichen Dienst. Wir wollen die Kommunen an der Energiewende beteiligen, die kommunale Selbstverwaltung stärken und zu einem partnerschaftlichen Umgang mit den Kommunen zurückfinden. Im Bereich der Polizei setzen wir uns weiterhin für die Erhöhung der Zahl der Polizeianwärterinnen und -anwärter auf jährlich 600 ein und lehnen gleichzeitig den freiwilligen Polizeidienst ab.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Oh!)

Wir sehen uns in unseren schlimmsten Befürchtungen bestätigt, wonach der Verfassungsschutz nicht in der Lage ist, den Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen. Deshalb fordern wir erneut, die Mittel für das Landesamt für Verfassungsschutz auf das Niveau von 2006 zurückzuführen und die dadurch frei werdenden Gelder zur Unterstützung ziviler Projekte, Vereine und Organisationen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus umzuwidmen. Im Gegensatz zum Landesamt für Verfassungsschutz ist nämlich die Arbeit in zivilen Projekten, Vereinen und Organisationen transparent, erfolgreich und nachweislich frei von rechten Strukturen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Schaus. – Das Wort hat der Herr Innenminister. Bitte schön, Herr Minister.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, eines steht fest: Hessen ist, seitdem CDU und FDP in diesem Land regieren, ein sicheres Land geworden. Es ist eines der sichersten Bundesländer. Der Herr Ministerpräsident hat schon heute Morgen zu Recht darauf hingewiesen. Wir haben mittlerweile in allen Bereichen des Inneren ein Niveau erreicht, das in vielfacher Hinsicht beispielgebend ist und um das uns andere Bundesländer – insbesondere Bundesländer, die gar nicht weit von uns entfernt sind – enorm beneiden.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt für die Polizei, das gilt für den Brand- und Katastrophenschutz, und das gilt natürlich auch für den Sport. Trotz der allgemeinen Sparvorgabe ist es uns mit dem Entwurf dieses Einzelplans für das Haushaltsjahr 2012 wieder gelungen, nicht nur das Erreichte zu bewahren, sondern auch positive Schwerpunkte zu setzen.

Ich will jetzt nur auf das eingehen, was Günter Rudolph angesprochen hat. Zunächst will ich auch hier klarstellen, dass wir die Einstellungsoffensive für den Polizeinachwuchs fortführen. Vier Jahre lang haben wir weit über den jährlichen Ersatzbedarf hinaus ausgebildet.

(Günter Rudolph (SPD): Sie haben doch vorher 1.000 Stellen abgebaut! Das ist unglaublich!)

Im Jahr 2011 haben wir mit 550 Kommissaranwärtern 150 Bedienstete über das Soll hinaus eingestellt. Wenn sie im Jahr 2014 ihre Ausbildung beendet haben, werden wir über 13.760 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Hessen haben. Das sind über 1.000 mehr, als es unter Rot-Grün im Jahr 1999 gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wir werden dieses Niveau natürlich ausbauen. Wir werden dieses Niveau sichern. Ich will klipp und klar sagen, weil die Presseerklärungen der SPD-Fraktion diesbezüglich sehr verwirrend gewesen sind: In Hessen wird bei der Polizei keine einzige Stelle gestrichen. Das ist ein großer Unterschied zu dem, was Herr Lewentz im rot-grün regierten Rheinland-Pfalz tut. Das ist nämlich das, was Sozialdemokraten tun, wenn sie die innere Sicherheit zu vertreten haben. Bei uns geschieht dies definitiv nicht.

Ich denke, wir können mit den Haushaltsansätzen sehr zufrieden sein. Wir können rundum zufrieden sein. Das gilt für das, was ich eben gesagt habe. Das gilt für die Stellen und für das Plus bei Personal- und Sachausgaben, beim Verfassungsschutz, für die garantierten 30 Millionen € für den Brandschutz. Das gilt für die Sportförderung, die wir in den vergangenen Jahren mehr als verdreifacht haben. All das zeigt, dass wir hervorragend aufgestellt sind.

Ich will mir, weil wir am Donnerstag eine sehr intensive Auseinandersetzung haben werden – darauf freue ich mich sehr –, erlauben, zum Abschluss auf die aktuellen Vorgänge einzugehen. Sie wissen, dass der Herr Generalbundesanwalt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung die Ermittlungen übernommen hat. Diese Ermittlungen betreffen auch den feigen und abscheulichen Mord am 6. April 2006 in Kassel. Wir Hessen werden ihn dabei mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. In diesem Zusammenhang hilft es aber überhaupt nicht, wenn man reflexhaft aus der Tiefe des politischen Raumes nach einem Verbot der NPD ruft und sich dann auch noch mit fragwürdigen Vergleichen – mit welcher Terrorgruppe auch immer – überbietet.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Was wir tun müssen – ich versichere Ihnen an dieser Stelle, dass wir es tun –, ist erstens, die Hintergründe dieser abscheulichen Taten restlos aufzuklären. Das werden wir für Hessen transparent machen. Das werden wir für Hessen akribisch und mit Hochdruck betreiben. Ich werde das heute Abend in der PKV tun, und ich werde das natürlich im Innenausschuss des Hessischen Landtags fortsetzen, Herr Abg. Schaus. Ich sage Ihnen auch, dass ich ein ureigenes Interesse daran habe, dass der Sachverhalt lückenlos aufgeklärt wird. Weil wir nicht nur lückenlos aufklären, sondern dies auch mit Hochdruck tun wollen, sichere ich Ihnen an dieser Stelle zu, dass Sie über diesen Prozess kontinuierlich informiert werden und dass wir Ihnen, sobald das möglich ist, einen entsprechenden Bericht vorlegen werden.

Herr Schaus, ich will aber ganz besonders in Ihre Richtung sagen: Ich bitte auch um Verständnis dafür, dass wir bei aller Transparenz immer auch darauf achten müssen, dass wir die Ermittlungen des Generalbundesanwalts nicht gefährden. Es ist in unserem eigenen Interesse, dass wir die Ermittlungen des Generalbundesanwalts nicht gefährden, weil wir sonst nämlich den Opfern nicht den Respekt entgegenbringen können, den sie verdienen. Die Opfer verdienen es, dass die Fälle aufgeklärt werden. Des-

halb ist unser Bestreben, dass wir die Fälle aufklären. Deswegen muss man hier sehr vorsichtig sein. Herr Schaus, ich bitte um Verständnis dafür, dass ich nicht jeder Zeitungsentente und auch nicht jedem Gerücht, das irgendeiner streut oder kolportiert, hinterherrennen werde und auch nicht hinterherrennen kann.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das wurde im Bundestag gesagt!)

– Ja, aber die unterhalten sich über Artikel in der Zeitung mit den ganz großen Buchstaben. Daran will ich mich nicht beteiligen.

(Günter Rudolph (SPD): Zu denen haben Sie doch auch einen guten Kontakt! Seien Sie nicht so bescheiden!)

Das werden wir in den entsprechenden Gremien besprechen.

Zweitens. Ich will eines sehr deutlich sagen. Wir haben uns bei den Hinterbliebenen der Opfer ausdrücklich für das zu entschuldigen, was hier geschehen ist.

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben uns auch deswegen bei ihnen zu entschuldigen, weil in der Ermittlungssituation teilweise der Verdacht geäußert worden ist, dass die Opfer in kriminelle Geschäfte verwickelt gewesen seien. Das kam für die Angehörigen zu all dem Schmerz hinzu. Ich finde es beschämend, dass eine solche Diskussion aufgekommen ist. Noch beschämender finde ich, wenn über „Dönermorde“ geredet wird. Auch das ist heute Morgen schon angeklungen. Allein schon diese Wortwahl muss dazu führen, dass wir uns zu entschuldigen haben, weil es alles andere als „Dönermorde“ sind.

(Allgemeiner Beifall)

Drittens. Ich will sehr deutlich unterstreichen, dass rechts-extreme Gewalt nicht unter den Teppich gekehrt werden darf. Darin sind wir uns in diesem Landtag alle einig. Wir müssen diesen braunen Spuk, diese rechtsextreme Gewalt mit aller Kraft bekämpfen. Wir tun das in Hessen. Ich denke, dass die Zahlen beweisen, dass wir das in Hessen sogar sehr ordentlich tun. Wir sind das Land, das in diesem Bereich die besten Erfolge vorzeigen kann.

Ich erinnere an unser IKARUS-Aussteigerprogramm, das wir seit 2002 fahren. Dieses Aussteigerprogramm hat dazu geführt, dass wir 52 Personen aus der rechtsextremen Szene herausholen konnten. Ich erinnere an das Beratungsnetzwerk Hessen, mit dem wir der Verfestigung rechtsextremer Strukturen in den vergangenen Jahren, seit 2007, intensiv entgegengewirkt haben. Ich nenne das hessische Modellprojekt „Rote Linie“. Ich nenne das hessische Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung rechtsmotivierter Kriminalität.

Ich nenne auch einen ganz aktuellen Fall, über den wir oft diskutiert haben. Ich erinnere an die enormen polizeilichen Anstrengungen, die wir im Schwalm-Eder-Kreis wegen der sogenannten Freien Kräfte Schwalm-Eder unternommen haben. Sie haben vor Ort zu einer Vielzahl von Verurteilungen geführt. Wenn die Polizei vor Ort mit einer besonderen Aufbauorganisation nicht so konsequent und entschlossen zugegriffen hätte, wie sie das getan hat, gäbe es heute eine ganz andere Situation im Bereich rechtsmotivierter Gewalt. Das war das genau richtige Handeln. Dazu stehen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es war mir wichtig, auch an der Stelle noch einmal deutlich zu machen, dass wir alles tun, um diesen Fall aufzuklären. Wir haben nichts zu verschweigen, und es wird hier auch nichts verschwiegen. Es wird vor den zuständigen Ausschüssen des Hessischen Landtags Rechenschaft abgelegt, um diesen Fall aufzuklären.

Ich wollte das sagen, weil ich deutlich machen will, dass wir auch in Zukunft entschlossen und entschieden gegen den Rechtsextremismus kämpfen werden; denn ich bin der festen Überzeugung – das soll mein letzter Satz sein –, dass der Rechtsextremismus keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. – Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Holger Bellino (CDU): So geht man mit dem Thema um!)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Innenminister. – Damit sind wir am Ende der Beratungen über den Einzelplan 03 angelangt.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium –

auf. Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Habermann das Wort. Bitte schön.

Heike Habermann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Haushaltsplanentwurf bildet die inhaltlichen Vorgaben einer Regierung ab, und es werden in ihm die finanziellen Mittel für deren Umsetzung hinterlegt. Gemessen an diesen Kriterien ist der uns vorliegende Haushaltsplanentwurf, gelinde gesagt, unzureichend. Er kommt planlos daher, und man scheint damit ebenso auf der Flucht vor klaren Aussagen zu sein wie diese Kultusministerin. Es hat keinen Sinn, in Reden gerechte Bildungschancen, frühe Förderung, Ganztagschulen und individuelle Förderung zu thematisieren, wenn sich in dem hierzu vorgelegten Haushaltsplanentwurf überhaupt keine Entsprechung findet.

(Beifall bei der SPD)

Das Bemerkenswerteste an diesem Einzelplan ist eigentlich, dass Sie inzwischen das Niveau der ehemaligen Kultusministerin Wolff erreicht haben, was die Einsparmaßnahmen in diesem Haushalt betrifft. Nach den 45 Millionen € im letzten Jahr sind wir jetzt bei 68 Millionen € angelangt. Wenn ich mich an die „Operation düstere Zukunft“ mit den 1.000 gestrichenen Stellen und den Kürzungen im Einzelplan in Höhe von 4,3 Millionen € erinnere, muss ich sagen: Frau Kultusministerin, Ihre Einsparungen haben diese Höhe inzwischen erreicht. Sie haben die Axt an die hessische Bildungspolitik angelegt.

Bemerkenswert ist auch, wie diese Kürzungen umgesetzt worden sind. Es genügt nicht, dass der Finanzminister zum Schluss noch einmal 5 Millionen € draufgelegt hat, um diese Kultusministerin im Amt zu halten. Die Umsetzung der Einsparungen mit einem geplanten Kahlschlag bei der Bildungsverwaltung und der Lehrerbildung kann man nur noch als dilettantisch und hilflos bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Als die Einsparsumme bekannt geworden war, folgte eine schier endlose Reihe von Dementis, Ausweichmanövern und Ankündigungen in der Öffentlichkeit. Meistens hatten die Aussagen aus dem Kultusministerium wegen der Proteste von allen Seiten und vor allem wegen der Proteste vonseiten des eigenen Koalitionspartners nur eine kurze Halbwertszeit. Ob sechs Schulämter, neun Schulämter oder 15 Schulämter, ob 5.300 Referendare, 4.800 Referendare oder 4.300 Referendare: Frau Kultusministerin, es ist deutlich geworden, dass es nicht Ihre Reformkonzepte und auch nicht Ihre Bedarfsprognosen waren, die zu diesen Vorschlägen führten, sondern dass es lediglich der vom Finanzminister diktierte Einsparrahmen war.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diesem wurde die Realität schlicht und einfach angepasst, und das, Frau Kultusministerin, ist weder eine vorausschauende noch eine verantwortungsvolle Bildungspolitik. So etwas nennt man nicht „regieren“, sondern „reagieren“. Wenn man es allen Seiten recht machen will, werden die Reaktionen oft irrational. Versprechen wurden gebrochen, Zusagen wurden geleugnet, und die Realität wurde verzerrt. Das kennzeichnet Ihre Amtsführung immer mehr.

Frau Kultusministerin, wer noch eines Beweises dafür bedurft hätte, dem wäre die Teilnahme an der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses zu empfehlen gewesen, in der ein Berichts Antrag der SPD-Fraktion zur Lehrerbildung behandelt wurde. Die Beantwortung dieses Antrags war eine Farce. Sie konnten nicht erklären, wie der jährliche Bedarf von ca. 2.300 Neueinstellungen als Folge von Pensionierungen abgedeckt werden kann – auch in den Mangelfächern –, wenn die Zahl der Referendare so stark gesenkt wird, wie es im Koalitionsantrag steht.

Noch schlimmer ist: Sie konnten nicht erklären, ob die Kürzung bei den Ausbilderstellen zurückgenommen wird bzw. zurückgenommen wurde, nachdem es eine Aufstockung bei den Lehrerstellen gegeben hatte. Sie konnten auch nicht erklären, ob dies im Antrag der Regierungsfractionen bereits mit berechnet wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende dieser Sitzung waren die Mitglieder des Ausschusses fast genauso verwirrt, wie diese Ministerin argumentiert hatte. Viel mehr Klarheit haben wir inzwischen nicht.

Frau Ministerin, schlimm ist, dass das alles auf dem Rücken von Lehramtsstudierenden geschieht, denen noch vor zwei Jahren Mut gemacht wurde, dieses Studium zu beginnen. Für die Mangelfächer wurde geworben, Quereinsteigerprogramme wurden aufgelegt, und das Lehrerbildungsgesetz wurde dafür geändert. Das wird jetzt gerade zurückgenommen. Die Rolle rückwärts ist komplett. Eine vorausschauende und verantwortungsvolle Bildungspolitik – Frau Kultusministerin, das sage ich noch einmal – sieht in der Tat anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Blieben wir bei der Lehrerbildung. Wir haben in diesem Haus gemeinsam eine erste Änderung des Lehrerbildungsgesetzes verabschiedet, bei der es um das Referendariat ging. Ich war damals sehr skeptisch, was die Zusage betraf, dass die Einsparungen aufgrund der Verkürzung des Referendariats im System bleiben und die Mittel daher der Ausbildung zugutekommen würden. Herr Dr. Herr, der damals für die Fraktion der CDU Stellung nahm, hat darauf geantwortet. Ich möchte ihn zitieren. Er sagte in der Debatte am 1. Februar:

Jetzt komme ich auf eine Frage zu sprechen, die Sie gestellt haben. Ich stelle ausdrücklich fest, dass die frei werdenden 8,7 Millionen € im System bleiben sollen. Sie sollen anderweitig genutzt werden, z. B. zur Entlastung der Mentoren. Wenn Sie die Vorlage aufmerksam gelesen haben sollten,

– er redet vom Entwurf der Landesregierung –

würden Sie merken, dass das dort auch steht.

So Herr Dr. Herr. Ich habe schon damals aufmerksam gelesen, und ich habe tatsächlich den Satz in Ihrem Gesetzentwurf gefunden:

Die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes führt dazu, dass die eingesparte Vergütung für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in Höhe von ca. 8,7 Millionen € anderweitig zur Ausbildung genutzt werden kann.

Meine Damen und Herren, es scheint so, als ob die Frau Kultusministerin ihre eigene Vorlage nicht ganz so aufmerksam gelesen hätte, oder – das ist wahrscheinlicher – der gute Wille war da, und es mangelte einmal mehr an der Durchsetzungsfähigkeit, um diese Position auch gegenüber dem Finanzminister zu vertreten. Auch die 8,7 Millionen € sind nämlich auf der Sparliste von Frau Henzler aufgeführt.

Über allem schwebt das Versprechen, es werde nicht beim Unterricht gekürzt. Auch dieses Versprechen ist mit der Vorlage des Haushaltsplanentwurfs wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Das zeigt ein Blick auf weitere Positionen der Kürzungsliste. Ich will einige davon erwähnen.

Es gibt 5,5 Millionen € weniger für die Religionsstunden in der Teilzeitberufsschule. Die Berufsschulen erhalten eine Stunde weniger zugeteilt, weil sie keine Religionslehrer finden. Das ist genauso, als ob eine Schule keine Mathematiklehrer fände und man ihr dann die Mathematikstunden kürzen würde. Frau Henzler, ist das etwa keine Kürzung beim Unterricht?

Beim Lehrerruweisungsbeschluss gebe es Einsparpotenziale in Höhe von 3,134 Millionen €. Was sich hinter dieser ominösen Formulierung verbirgt, können Sie uns vielleicht noch erklären. Aber, Frau Henzler, ich frage Sie: Ist eine Kürzung beim Lehrerruweisungsbeschluss keine Kürzung beim Unterricht?

Minus 5,2 Millionen € durch die Erhöhung der Unterrichtsanzahl bei den Referendaren auf acht Stunden: Ist es etwa keine Kürzung beim Unterricht? Wenn der Zuweisungsfaktor für die ausgebildeten Lehrkräfte gesenkt und bei den Referendaren eine größere Anzahl von Stunden angerechnet wird, ist das faktisch eine Kürzung beim Unterricht.

Ich möchte noch eine kleinere Position nennen, die ich aber auch für bemerkenswert halte: minus 465.000 € durch die Absenkung der Lehrerruweisung an den Schulen für Kranke.

Das ist das Resultat dieses Haushalts. Das ist das Resultat Ihrer Sparbemühungen. Sie sollten nicht mehr mit der Behauptung an die Öffentlichkeit gehen, dass in Hessen nicht am Unterricht gespart wird.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, die Weiterbildungslandschaft wird ausgetrocknet. Seit 2001 führt der Stillstand faktisch

zu Kürzungen, und nicht einmal die 100.000 € für innovative Projekte blieben davon verschont.

Frau Henzler, jetzt kommen wir zu dem, was nicht drin ist, und das finde ich in der Tat skandalös. Es gibt keinen einzigen zusätzlichen Euro für die Umsetzung von Inklusion in hessischen Schulen. Wer im Schulgesetz die Ressourcenfrage erst als Hürde definiert und gleichzeitig dafür sorgt, dass diese Hürde nicht niedriger wird, ist nicht glaubwürdig. Es gibt keine Mittel für zusätzliche Lehrstellen. Es gibt keine Mittel für die Fortbildung der Lehrkräfte im Umgang mit Inklusion. Sie lassen die Schulen allein und programmieren damit das Scheitern der inklusiven Schule in Hessen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Frau Kollegin, ich will Sie nur darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

Heike Habermann (SPD):

Ich komme sofort zum Schluss. – Frau Henzler, Ihre Bildungspolitik verschlechtert die Bedingungen an den Schulen, verbaut die Spielräume für individuelle Förderung und führt zu Mangelverwaltung. Sie ist unambitioniert und hilflos. Ich wiederhole: Im Bildungsbereich gibt es keine Spielräume, um zu sparen. Um Ganztagschulen, frühe und individuelle Förderung und Inklusion zu stärken, müssen im Gegenteil zusätzliche Investitionen in den Bildungsbereich fließen. Dazu brauchen wir perspektivisch zusätzliche Einnahmen. Aber auch in diesem Haushalt ist es möglich, in die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems zu investieren, und das haben wir mit unseren Haushaltsanträgen belegt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Frau Kollegin Habermann. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt mir im Moment keine Wortmeldung vor.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Irmer!)

– Die CDU-Fraktion? – Es war im Präsidium eine Reihenfolge – SPD, CDU – vereinbart worden. Es gilt dennoch, dass sich der betroffene Abgeordnete mit einem Wortmeldezettel hier vorne anmelden muss.

Herr Kollege Irmer, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Zuruf von der SPD: Sie können ja schnipsen, Herr Irmer!)

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Nein, ich habe schon versucht, den Schülern diese Untugend, im Unterricht zu schnipsen, abzugewöhnen. Deshalb habe ich es hier auch nicht gemacht. Aber wenn noch ein gelber Zettel übrig ist, dann gebe ich den ordnungsgemäß auch noch ab. Das ist auch kein Problem.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in der gebotenen

Kürze auf das Thema Haushalt eingehen und stelle zunächst einleitend fest, dass mich doch eines erstaunt. Wenn man sich die Regierungserklärungen bzw. die Antworten auf Regierungserklärungen oder Haushaltsdebatten Ihrerseits der letzten Jahre anschaut, dann haben wir festzustellen: Sie haben uns in der Vergangenheit vorgehalten, es falle zu viel Unterricht aus. – Das ist heute kein Thema mehr. Sie haben uns vorgehalten, es fehlten Lehrer. – Das ist heute kein Thema mehr. Sie haben uns vorgehalten, es gebe zu große Klassen. – Das ist heute kein Thema mehr; davon ist auch in Ihren Redebeiträgen der letzten Wochen und Monate keine Rede mehr. Das heißt: Es muss sich schon ein bisschen getan haben. Dieses „bisschen“ kann man natürlich wunderbar in Zahlen ausdrücken.

(Heike Habermann (SPD): „Ein bisschen“, sehr gut!)

Ich will nur einmal darauf hinweisen: Das hat es noch nie gegeben, dass seit über zehn Jahren jeder altersbedingt ausgeschiedene Kollege auf jeder dadurch frei gewordenen Stelle 1 : 1 ersetzt wird. Das hat es noch nie gegeben, seit über zehn Jahren.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch! 2004 nicht!)

– Das ist auch falsch, Herr Kollege Wagner. – Hinzu kommen aktuell, zum 1. August des kommenden Schuljahres, 150 neue Lehrerstellen, sodass wir bis dahin neben dem 1:-1-Ersetzen 5.800 zusätzliche Lehrerstellen investiert haben werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist auch die Antwort darauf, weshalb Sie natürlich all das, was Sie ursprünglich einmal beklagt haben, nicht mehr beklagen können. Ihnen ist damit – das sage ich in Anführungszeichen – Ihr Spielzeug weggenommen, und dann versuchen Sie sich in Nebenkriegsschauplätzen.

Ganztagsangebote. Das ist bei Ihnen übrigens nur noch begrenzt ein Angriffspunkt. Wir haben an den hessischen Schulen mittlerweile über 800 Angebote unterschiedlicher Form. Das macht allein dafür im Haushalt – annähernd, grobe Richtung – 70 Millionen €. Wir haben die gleiche Zahl der Referendare wie auch in der Vergangenheit. Dazu hat es unterschiedliche Auffassungen gegeben, darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Aber das war ein Haushaltsentwurf, und es ist doch das legitime Recht von Fraktionen, über einen Entwurf intern zu diskutieren und dann möglicherweise zu einem anderen Ergebnis zu kommen als das, was hineingegangen ist. Es kommt eben etwas anders heraus.

Ich kann mich daran erinnern, dass das bei Ihnen in der Vergangenheit auch so war. Das ist das Normalste der Welt, und deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass wir wieder die Anzahl an Referendarstellen zur Verfügung haben wie auch in den letzten Jahren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Liebe Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, das sind rund 2.000 Stellen mehr, als Sie Ihrerseits zur Verfügung gestellt haben. Von daher kann man wirklich sagen: Das ist eine gute Bilanz, die wir in der Summe zu präsentieren haben. Nicht umsonst ist der gesamte Bildungsetat heute über 1 Milliarde € pro Jahr höher, als das unter Ihrer Regierungsverantwortung der Fall war.

Ich erinnere nur einmal am Rande daran: Die Sternchenregelung ist auch noch ein Produkt unserer Arbeit, sodass

wir aus meiner Sicht in letzter Konsequenz eine sehr zufriedenstellende Bilanz ziehen können. Es bleibt noch ein klein wenig zu tun, wenn ich noch einmal aufgreife, was Frau Kollegin Habermann zu den Ausbildern bzw. Ausbildungsbeauftragten gesagt hat. Die Ministerin hat in der öffentlichen Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses erklärt, dass hier nachgesteuert wird. Da müssen wir in der Tat auch noch ein klein wenig nachsteuern. Das sagen auch wir als CDU, denn wenn wir die gleiche Anzahl von Referendarstellen haben, müssen wir auch annähernd die gleiche Anzahl von Ausbildern und Ausbildungsbeauftragten haben. Hier gibt es noch einen Handlungsbedarf, aber auch das hat die Ministerin in der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses öffentlich erklärt.

Wenn ich diese Zahlen also in der Summe sehe, komme ich zu dem Ergebnis, dass wir eine hervorragende Bilanz vorzulegen haben, und dies drückt sich in dem Haushaltsplanentwurf für 2012 ohne Wenn und Aber positiv aus. Vor diesem positiven Hintergrund verstehe ich Ihre Anträge, um nur zwei zu nennen, überhaupt nicht. Der Ministerpräsident hat vorhin in einem Punkt seiner wirklich großartigen Rede schon darauf hingewiesen. Es ist schon fast zynisch, dass Sie uns vorgeworfen haben, wir hätten noch 7 bis 8 % der Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Das ist richtig. Ich glaube, wir sind uns einig, wenn ich sage: Jeder einzelne, der die Schule ohne Abschluss verlässt, ist einer zu viel. Das ist völlig unstrittig. Aber auch da muss man bitte einmal die Frage stellen: Wo kommen wir eigentlich her? Was haben wir denn vorgefunden? – Wenn wir 1999 22, 23 % vorgefunden haben, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen haben, und wir heute 7, 8 % haben, ist das eine hervorragende Leistung dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann stellt sich doch spätestens hier die Frage: Was haben Sie denn in Ihrer eigenen Regierungsverantwortung konkret gemacht, um dieses Problem zu lösen? – Offensichtlich herzlich wenig.

(Stefan Grüttner (CDU): Peinlich, peinlich!)

Jetzt haben wir beispielsweise das Osterferiencamp eingeführt, das wir uns vor wenigen Jahren im Übrigen in Bremen, einem rot geführten Bundesland, angeschaut haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch gut!)

– Das haben wir doch gesagt; es ist gut. Es ist nicht alles schlecht, was von den Sozialdemokraten kommt, aber umgekehrt gilt das Gleiche, lieber Herr Kollege Wagner.

Wir haben uns das angeschaut; und das ist eine gute Geschichte. Wir haben beschlossen: Jawohl, das machen wir. – Warum wollen wir es machen? Weil wir letzten Endes denjenigen helfen wollen, die gefährdet sind, ihren Hauptschulabschluss nicht zu bekommen, und weil der Erfolg der Osterferiencamps auf der Hand liegt. 90 % derjenigen –

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Danke für den Beifall. Fürs Protokoll: Die GRÜNEN stimmen zu. Das ist auch positiv.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon immer!)

– Das halte ich jetzt auch einmal im Protokoll fest.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur beim Osterferriencamp!)

– Ach so, jetzt kommt die Einschränkung. Das gilt wieder nur beim Osterferriencamp. Ich dachte, Sie haben endlich einen Erkenntnisgewinn verzeichnet. Gut, sei es drum.

Jedenfalls beantragen die Sozialdemokraten beim Osterferriencamp die Streichung der Mittel. Sie beantragen gerade bei denen die Streichung der Mittel, die in besonderer Weise Förderung nötig haben. Gleichzeitig halten Sie uns vor, wir würden zu wenig für die machen, die gefährdet sind, weil sie keinen Hauptschulabschluss bekommen. Das ist schon perfide. Das ist nicht seriös. Ich habe das jetzt sehr zurückhaltend gesagt.

Ich möchte einen letzten Punkt nennen. Denn meine Rede soll kurz sein. Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat in seiner Rede ausgeführt, Schule brauche Ruhe. Ja, wer würde dem ernsthaft widersprechen wollen?

Wenn ich sehe, was auf Ihrer politischen Agenda steht, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass die Schulen die Ruhe bekommen, die sie wünschenswerterweise haben sollten und eigentlich benötigen würden. Ich will nur darauf hinweisen, dass Sie G 8 abschaffen wollen. Was das in letzter Konsequenz an Unruhe an allen Schulen auslösen würde, kann ich hier nicht vertiefend darstellen. Ich glaube aber, dass das jedem klar wird.

Das Zweite ist Folgendes. Sie sagen: Wir wollen in Richtung einer Art Einheitsschule und Gemeinschaftsschule gehen. – In einem ersten Schritt wollen Sie die Haupt- und Realschulen auflösen und die Förderschulen hinzufügen. Was das für ein Aufruhr und ein Veränderungsprozess wäre, brauche ich, glaube ich, auch nicht vertiefend zu sagen.

Von daher ist das, was Sie uns hier vorhalten, im Grunde genommen durch Sie selbst widerlegt. Denn die Ruhe wird durch das, was Sie planen, auch nicht ansatzweise erreicht werden.

Im Übrigen bin ich zutiefst davon überzeugt, dass wir in der hessischen Bildungspolitik und mit der hessischen Bildungslandschaft hervorragend aufgestellt sind. Wir haben doch für alle hervorragende Angebote. Wir haben für die, die es wollen, die Haupt- und Realschulen. Wir haben die Förderschulen, die integrierten Gesamtschulen, die kooperativen Gesamtschulen, die Mittelstufenschulen und die Gymnasien. Das heißt, jeder Bürger kann sich entsprechend der Befähigung, der Neigung und der Kenntnis seiner Kinder in aller Regel die Schule auswählen, die aus seiner Sicht am besten für sein Kind ist.

Ich würde mir wünschen, dass wir diese Ruhe auch in Zukunft beibehalten und keine Schulstrukturdebatte führen müssen, mit der Sie letzten Endes angefangen haben, indem Sie erklären: Wir brauchen in Hessen längeres gemeinsames Lernen, wir brauchen die Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10. – Wer die Gemeinschaftsschulen bis zur Klasse 10 haben will, muss die Hauptschulen und Realschulen auflösen, der muss die Mittelstufen der Gymnasien und die Förderschulen auflösen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Da ist etwas dran!)

Das ist mit Ruhe nicht vereinbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Kollege, ich will nur darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Ich bin überzeugt davon, dass wir mit Stolz auf die gesamte Schullandschaft blicken können, die wir in Hessen haben. Bei ihr gilt Freiwilligkeit. Sie bietet ein Höchstmaß an individuellen Entscheidungsmöglichkeiten. Die Schulen sind in Hessen hervorragend ausgestattet und ausgestattet, nicht zuletzt auch durch die Unterstützung des Landes. Das Stichwort dazu lautet: Konjunkturprogramm.

Wenn ich mir die Gesamtbilanz anschau, unter das alles also einen Strich ziehe, komme ich zu dem Ergebnis, dass wir gut aufgestellt sind. Ich verhehle nicht, dass es natürlich immer noch Wünsche nach ein bisschen mehr gibt. Das ist auch nachvollziehbar. Aber im Leben ist vieles halt kein Wunschkonzert. Das ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Wir haben in der Vergangenheit sehr bewusst in Bildung investiert, weil Bildung Priorität hat. Dies wird auch so bleiben. Dieser Haushaltsentwurf ist Ausdruck dieser politischen Priorisierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Irmer, schönen Dank. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält jetzt Herr Wagner das Wort. Herr Wagner, bitte schön.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gebe gerne zu, dass es dieses Jahr für die Opposition beim Einzelplan 04 nicht einfach ist. Es ist nicht einfach. Das ist nicht so, weil die Regierung so gut wäre, sondern weil es noch nie so viel Opposition gegen einen Haushaltsplanentwurf der Kultusministerin wie in diesem Jahr gegeben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

Kaum hatte die Kultusministerin ihren Entwurf vorgelegt, hatte schon die CDU-Fraktion erklärt: Das kommt mit uns so nicht.

Das ging dann wochenlang mit immer wilderen Spekulationen so weiter. Irgendwann trug Herr Greilich für die FDP-Fraktion vor, was die Kultusministerin eigentlich machen soll. Danach haben wir in den Zeitungen gelesen, dass die FDP-Fraktion wild darüber diskutiert, ob sie den Staatssekretär und die Ministerin ablöst, nur den Staatssekretär oder doch beide. Herr Kollege Irmer, Ruhe und Verlässlichkeit ist das, was diese Koalition hinsichtlich der Bildung bietet, nun wirklich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

So viel Opposition gegen das Kultusministerium hat es nie in diesem Haus gegeben. Wir begrüßen ausdrücklich die CDU-Fraktion in der Reihe der Oppositionsfraktionen gegen Kultusministerin Henzler. Da sind Sie in guter Ge-

sellschaft. Sie haben auch recht, dass Sie gegen diese Politik Opposition erheben.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du musst auch noch die FDP-Fraktion begrüßen!)

– Die Mitglieder der FDP-Fraktion sind sich noch ein wenig unschlüssig. Nachdem die Ablösung der Ministerin gescheitert und nur die Demontage der Ministerin geblieben ist, wissen die Mitglieder der FDP-Fraktion jetzt noch nicht, wo sie so genau stehen. Sie können das aber noch ein bisschen diskutieren.

Wir haben also Irmer gegen Henzler. Wir haben da Herrn Greilich in seiner bekannten Bescheidenheit, der sich für den besseren Minister hält. Auch er ist gegen Henzler. Wir haben die Bundes-CDU gegen Schwarz-Gelb in Hessen insgesamt. Denn was hat die Bundes-CDU am letzten Wochenende hinsichtlich der Bildungspolitik beschlossen?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt könnten Sie einmal etwas zum Haushalt sagen!)

– Das werde ich gleich tun. Herr Kollege Irmer, man muss in der Haushaltsdebatte aber auch eine Einordnung hinsichtlich der Frage machen: Ist der Kurs richtig, den Sie da fahren? – Darum geht es in der Haushaltsdebatte.

Sie haben erkannt, dass der Kurs dieser Ministerin nicht der richtige ist. Frau Schavan, Ihre Bundesbildungsministerin, hat erkannt, dass das, was Sie in Hessen nahezu als Einzige im gesamten Bundesgebiet vertreten, nämlich das strikte Festhalten an einem gegliederten Schulsystem, keine Zukunft mehr hat. Ihre Partei hat das auch beschlossen. So viel Opposition gegen die Bildungspolitik dieser Landesregierung gab es noch nie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Bis heute ist völlig unklar, was bei der Lehrerausbildung geschehen soll. Das ist der wichtigste Bereich für gute Schule. Denn ohne gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer kann man keine guten Schulen haben.

Da veranstaltet die Koalition bis zum heutigen Tag ein völliges Chaos. Frau Kollegin Habermann hat schon darauf hingewiesen: Es gibt ständig neue Zahlen. – Jetzt hat Herr Irmer wieder gesagt, das letzte Wort sei da immer noch nicht gesprochen.

Ich glaube, so können wir doch mit dem wichtigsten Bereich für gute Schulen nicht umgehen. Da entsteht ein völliges Chaos. Bis zum heutigen Tag ist für die Ausbilder und für die angehenden Lehrerinnen und Lehrer nicht klar, wohin die Reise geht. Frau Ministerin, das zeigt doch: Ihre Bildungspolitik und Ihr Ansatz, bei der Bildung zu sparen, sind komplett gescheitert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dann haben Sie versprochen, es sollten 8,7 Millionen € für die Verbesserung der Situation der Mentorinnen und Mentoren an unseren Schulen verwendet werden. Wir stellen fest: versprochen, gebrochen, das Wort dieser Kultusministerin gilt nichts.

Sie haben eine Lehrerversorgung in Höhe von 105 % versprochen. Auch in diesem Haushaltsentwurf finden wir keine Lehrerversorgung in Höhe von 105 %. Wir finden gerade einmal 100,25 %. Auch hier ist es wieder so: Das

Wort dieser Kultusministerin gilt nichts. Die Schulen in unserem Land können sich nicht mehr auf ihre oberste Dienstherrin verlassen. Das ist ein untragbarer Zustand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Henzler, Sie stürzen über diesen Haushalt. Sie wurden von Ihren eigenen Leuten gestürzt. Sie sind zwar noch im Amt, aber Sie sind nicht mehr an der Macht. Jeder in diesem Land weiß das. Das ist ein unmöglicher Zustand für unsere Schulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Irmer hat beschrieben, was in den vergangenen zwölf Jahren alles gemacht wurde. Wenn es irgendjemandem in der bildungspolitischen Debatte weiterhilft, sage ich: Ja, in den vergangenen zwölf Jahren war nicht alles, bildungspolitisch gesehen, schlecht. Es wäre auch komisch, wenn man alles falsch machen würde.

Wenn es irgendwie weiterhilft, sage ich: Ich gebe zu, dass unter Hartmut Holzapfel und rot-grüner Verantwortung Fehler gemacht wurden. Herr Kollege Irmer, ich frage aber: Hilft uns das bei der Lösung der aktuellen Probleme unserer Schulen, dass wir immer wieder diese alten Sachen diskutieren? Hilft uns das irgendwie?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aus der Geschichte lernen!)

Wäre es nicht sinnvoll, zu fragen – das will ich tun –, ob Sie mit diesem Haushaltsplan wirklich die Probleme unserer Schulen lösen können? Glauben Sie ernsthaft, dass Sie mit diesem Haushaltsplan eine angemessene Antwort darauf geben, dass wir alle in diesem Haus die frühkindliche Bildung stärken wollen? Glauben Sie das ernsthaft?

Wie wollen Sie denn mit diesem Haushaltsplan bei dem dringend notwendigen Ausbau der vorschulischen Bildung weiterkommen? Die Stichworte dazu lauten: U 3, Kindergarten.

Wie wollen Sie mit diesen Haushaltsplänen bei der Vernetzung der Grundschule und der Kindergärten weiterkommen? Sie führen die Debatte über ein Schulvorbereitungsjahr. Früher war das bei der FDP einmal die Kinderschule. Da passiert überhaupt nichts. Dabei gibt es ein funktionierendes Konzept, das 97 Schulen in unserem Land schon haben, nämlich den flexiblen Schulanfang.

Der richtige Ansatz ist nicht, die Kinderschule der FDP künstlich am Leben zu erhalten. Vielmehr wäre der richtige Ansatz, alle Anstrengungen in den Ausbau des flexiblen Schulanfangs zu stecken, so wie wir das mit unseren Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf vorschlagen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Glauben Sie ernsthaft, dass Sie eine adäquate Antwort darauf geben, wie wir die 20 % Schülerinnen und Schüler fördern können, die zur sogenannten Risikogruppe zählen und unsere Schulen mit voraussichtlich höchsten Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und höchsten Schwierigkeiten in der individuellen Lebensgestaltung verlassen? Glauben Sie, dass Sie darauf eine Antwort geben? Darauf wäre die Antwort: mehr Förderung, mehr Zeit für Förderung, mehr individuelle Förderung. Das würde einen deutlich schnelleren Ausbau des Ganztagschulprogramms bedeuten, als Sie ihn vorschlagen.

Glauben Sie, dass Sie der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht werden? Glauben Sie, dass Sie mit diesem

Haushalt ein inklusives Schulwesen auf den Weg bringen? – Wir glauben das nicht, meine Damen und Herren.

An die Frau Kultusministerin und die Koalition: Glauben Sie, dass Sie dem Wunsch der Eltern nach einem einfacheren Bildungssystem, nach einem Bildungssystem, das man versteht, nach einem Bildungssystem, bei dem man sich nicht völlig neu orientieren muss, wenn man das Bundesland wechselt, wirklich Rechnung tragen? Glauben Sie, dass Sie mit der Einführung einer neuen Schulform, der Mittelstufenschule, unser Bildungssystem übersichtlicher machen? Oder wäre es nicht sinnvoller, auch in Hessen das zu machen, was die Bundesbildungsministerin Frau Schavan vorschlägt, nämlich ein zweisäuliges Schulmodell, das das Bildungssystem wirklich einfacher machen würde und wie wir GRÜNEN es beantragen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Ich will Sie nur auf die Zeit hinweisen, Herr Kollege Wagner.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich komme zum Schluss. Dieser Haushaltsplan der Kultusministerin ist erneut von dem Irrglauben geprägt, man könne an Bildung kürzen. Frau Ministerin, wir werden noch auf lange Zeit hin nicht an Bildung kürzen können. Wir sind mit unserem Bildungssystem noch nicht so gut, als dass wir da kürzen könnten. Wir brauchen weitere Investitionen.

Dieser Haushaltsplan hat gezeigt, dass Sie nicht mehr Herrin des Verfahrens im Kultusministerium sind. Sie wurden von Ihren eigenen Leuten gestürzt. Sie sind im Amt, aber nicht mehr an der Macht. Das ist ein trauriger Zustand für unsere Schulen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Wagner. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Döweling. Bitte.

Mario Döweling (FDP):

Herr Präsident! Lieber Kollege Wagner, ich glaube, der einzige traurige Zustand, den Sie hier immer wieder beklagen, ist der, dass Sie noch immer auf der Oppositionsbank sitzen und nicht auf der Regierungsbank. Das scheint mir doch die Quintessenz Ihrer Rede gewesen zu sein, wenn ich das einmal so zusammenfassen darf.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich reden wir hier über den Einzelplan 04, den Geschäftsbereich des Kultusministeriums, und nicht etwa über den Sozialbereich, weil Sie hier auch sehr viel über U-3-Betreuung und sonstige Geschichten schwadroniert haben. Da scheinen Sie sich doch etwas vergaloppiert zu haben.

Ich will Ihnen aber sagen, was die beiden grundlegenden Prämissen für den Einzelplan 04 in diesem Jahr waren, ähnlich, wie das schon im letzten Jahr war. Zum einen ist

das die Priorität, die die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen weiterhin darauf setzen, dass Bildung eines der wichtigsten Ziele für die nächsten Jahre ist. Das ist eine ganz klare Priorität, und die musste in diesem Einzelplan abgebildet werden.

Gleichzeitig – auch das will ich Ihnen sagen – ging es darum, einen Einsparbeitrag zu erbringen. Das erfordert das Ziel, das vier Fraktionen dieses Hauses gemeinsam beschlossen haben –

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

nämlich die Schuldenbremse – und das auch in einer Volksabstimmung bestätigt worden ist, Frau Kollegin Habermann. Es erfordert auch die Solidarität unter den einzelnen Ressorts, dass auch der Kultusbereich einen – wenn auch einen nicht so großen wie die anderen – Einsparbeitrag bringt. Ich sage Ihnen ganz klar: Diese beiden Prämissen sind gelungen. Sie sind mit der Vorlage dieses Einzelplans umgesetzt.

Es hat sicherlich ein gutes Stück an Beratungen gekostet – Kollege Irmer hat darauf hingewiesen –, und wir sind damit ja auch noch nicht ganz am Ende. Es gibt noch eine dritte Lesung für diesen Haushalt. Aber ich denke, wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Warten Sie es ab, bis wir am Ende angekommen sind, dann können wir vielleicht noch einmal darüber reden.

Worüber reden wir jetzt konkret beim Einzelplan 04? Ich will es auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer noch einmal verdeutlichen: Wir reden über einen Etat von 4,365 Milliarden €, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Wenn wir das mit dem letzten Jahr vergleichen, haben wir hier einen Aufwuchs von 149 Millionen € in diesem Etat. Wenn man sich das ansieht, kann man schon fast sagen, dass die Prämisse gelungen sein muss: Der Etat ist wieder aufgestockt worden – also eine ganz klare Priorität für Bildung bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Wie erklärt sich dieser Aufwuchs? Er erklärt sich zum einen durch die Besoldungs- und Tariferhöhung von 67,8 Millionen €, also nicht nur ein „Erhöhungchen“ oder so etwas Ähnliches, wie der Kollege Schaus – er ist leider gerade nicht da – gesagt hat. Das ist schon eine sehr erquickliche Summe.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir haben die Ausgaben für die Altersteilzeit – 40 Millionen € – erneut on top in diesem Etat. Auch das ist kein Pappenstiel. Wir haben 6 Millionen € zusätzlich für die Ersatzschulfinanzierung und – ein sehr wichtiger Punkt – zusätzliche Lehrerstellen. Ich sage deutlich „zusätzliche“ Lehrerstellen, also nicht die Lehrer, die in Pension gehen, sondern Lehrerstellen on top.

Da haben wir zum einen die noch fällige Ausfinanzierung der 500 zusätzlichen Lehrerstellen, die wir bereits im letzten Haushaltsjahr für das Schuljahr 2011/2012 veranschlagt haben – das macht 13,6 Millionen €. Und dann – man höre und staune – gibt es 150 neue, zusätzliche Stellen für das nächste Schuljahr: 2,9 Millionen €.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, was mein Fraktionsvorsitzender heute Morgen gesagt hat – man kann es gar nicht oft genug erwähnen –: Wir hatten in Hessen noch nie so viele Lehrer und noch nie so wenige Schüler. Das sage ich ganz klar.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Sinken der Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung ist natürlich ein Umstand, den wir bedauern. Wir können ihn in dieser Runde hier leider nicht ändern; das wäre schön. Aber das Erstere, nämlich die Unterrichtsversorgung und die Relation zwischen Schülern und Lehrern, ist absolut zu begrüßen, das hat es in diesem Bundesland so noch nie gegeben – und das gibt es nur mit CDU und FDP, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In Hessen fällt heute so gut wie kein Unterricht mehr aus. Wir haben eine Unterrichtsabdeckung über die gesamte Stundentafel. Wir haben eine Lehrerzuweisung von über 100 %: 100,25 % an den allgemeinen Schulen, an einigen beruflichen sogar schon 101 %. Wenn Sie schauen, was das bei einer Schule mit über 100 Lehrerstellen ausmacht, ist das bei 1 % on top eine ganze Lehrerstelle im Umfang von 55.000 €. In Geld, was die Schulen auch haben können, macht das eine ganze Menge, was eine Schule damit anfangen kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind auf einem sehr guten Weg, Herr Kollege Wagner. Hören Sie nur zu. Wir sind auf dem Weg, die 105-prozentige Lehrerversorgung, die wir bis Ende der Legislaturperiode versprochen haben, auch zu erreichen – und das, obwohl wir ebenfalls die Klassengrößen gesenkt haben, und zwar signifikant.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auch das haben wir als CDU und FDP versprochen. Wir liefern in Hessen, meine Damen und Herren. Das sage ich Ihnen hier ganz klar.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben erneut 118 zusätzliche Stellen zum Ausbau der Ganztagsangebote in diesem Haushaltsplan. Wir haben insgesamt 1.386 Lehrerstellen – das entspricht 83 Millionen € für den Ganztagsbereich – im Einzelplan 04. 48 % aller Schulen – das sind in Hessen 788 Stück – verfügen über Ganztagsangebote. Und da sei der Vergleich doch einmal erlaubt: Das sind dreimal so viele wie 1999, als noch die andere Couleure auf dieser Seite des Hauses regiert hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben natürlich auch über die Konjunkturprogramme erheblich dazu beigetragen, dass dringend benötigte Schulbauten in diesem Land geschaffen wurden. Natürlich kann man immer rufen: „Schneller, schneller!“, wie Sie von der Opposition das gerne tun. Nur frage ich da auch einmal: Wie passt das zur Schuldenbremse und zu dem, was Ihre haushaltspolitischen Sprecher – Kollege Schmitt ist gerade auch nicht da – immer erklären, nämlich dass wir den Haushalt noch schneller konsolidieren und die Neuverschuldung abbauen müssten?

Ich sage es Ihnen: Bei Ihnen passt es vorne und hinten nicht, bei uns aber passt es zusammen – das ist der Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das ist der Unterschied, Herr van Ooyen. Es ist ja auch nicht so, dass wir nicht konsolidieren würden. Ich habe es am Anfang angesprochen. Im Ministerium wird im Bereich der politischen Führung um 5 % gekürzt, das sind

1,74 Millionen €. Wir optimieren den Personaleinsatz im Schulbereich sowie die Zuweisung an tatsächlichem Unterrichtsstunden- und Stellenbedarf, das macht 2,67 Millionen € bzw. noch einmal 3,13 Millionen € aus.

Ich sage dazu ganz klar: Wenn wir den Schulen in diesem Land erstmals in der Geschichte pauschal so viele Mittel zuweisen wie nie zuvor, über die sie wirklich frei verfügen können, schauen wir natürlich auch an anderer Stelle genau hin, ob da nicht vielleicht noch irgendwo Wasserbüchse aufgebläht sind, beispielsweise für Vertretungsreserven, die nicht mehr benötigt werden. Und dann nehmen wir diese zum Konsolidieren, um sie wieder neu zu investieren – das ist der Unterschied bei unserer Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage auch, dass es den einen oder anderen Punkt gibt, an dem wir uns erst einmal viele Gedanken machen müssten. Ein heikler Punkt ist beispielsweise, dass wir bei der Lernmittelfreiheit dieses Jahr auch 5 Millionen € Konsolidierungsbeitrag bringen. Wir hatten im Koalitionsvertrag vorgesehen, das auf 40 Millionen € zu steigern. Das haben wir in den letzten Jahren auch getan, weil wir das berechnete Ziel hatten, dass Schülerinnen und Schüler beispielsweise Erdkunde nicht mehr aus Atlanten lernen, in denen noch DDR und UdSSR verzeichnet sind – auch wenn es der Kollege van Ooyen vielleicht gern hätte.

Wenn man sich das aber genauer anschaut, muss man sagen, dass wir im Rahmen der G-8-Umstellung sehr viel investiert haben. Zum anderen müssen wir auch den demografischen Wandel im Auge behalten – nur so kam man auf diesen Wert von 40 Millionen €, weil errechnet wurde, so könne man alle Schulbücher in einem gewissen Turnus austauschen.

Wir haben uns die neuen Zahlen angeschaut und stellen fest, das können wir auch mit dem Betrag, den wir jetzt eingestellt haben. Schließlich sollen die Bücher im Schrank nicht verstauben. Das ist Politik mit Augenmaß und an der Sache orientiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zu nennen ist noch der Bereich der Bildungsverwaltung. Wenn Sie in den Einzelplan 04 sehen, werden Sie eine Einsparung vorfinden – vielleicht nicht so hoch, wie man ursprünglich hat meinen können. Ich will Ihnen sagen, warum. Uns leitet nämlich bei der Umstrukturierung der Bildungsverwaltung, über die wir in diesem Haus sicherlich noch in aller Tiefe reden werden, nicht eine Einsparung, sondern die Erkenntnis, dass eine selbstständige Schule auch eine veränderte Schulaufsichtsstruktur braucht. Wir wollen auch mehr Effizienz im Bereich der nachgeordneten Behörden. Das ist ein wichtiges und richtiges Ziel. Wenn dabei am Ende ein zusätzlicher Einsparbetrag herauskommt, ist das auch sehr gut, und das ist absolut von uns gewünscht.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich will als Letztes noch das Thema Lehrerbildung ansprechen. Zu Referendaren wurde schon viel gesagt. Dazu sage ich einmal: Wenn man in die Tiefen des Haushaltes geht, war es doch eines der letzten Mysterien in der Menschheitsgeschichte. Das ist wirklich ein strukturelles Problem, wenn Sie sich das einmal genau anschauen. Zum einen hat es etwas damit zu tun, dass das Schuljahr auf der einen Seite und das Haushaltsjahr auf der anderen Seite logischerweise immer getrennt Enden haben. Das macht

es schon mit den Lehrerstellen immer schwer. Man hatte immer einen gewissen Überhang. Zum anderen kommt dieses Jahr noch ganz besonders hinzu, dass wir das Referendariat um drei Monate verkürzt haben. Das hat das ganze Haus hier auch so gewollt. Es kann also keiner sagen, er hätte es nicht gewusst.

(Beifall bei der FDP – Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

– Genau, Kollege Rentsch. – Dann kommen die ebenfalls geänderten Einstellungstermine hinzu. Das erklärt nicht ausschließlich, aber natürlich zu einem guten Teil die gelegentliche Verwirrung, die dann herrschte, ob die eine Zahl an Referendaren im System jetzt richtig ist oder die andere. Ganz klar – da werden wir noch nachsteuern.

Ich stelle ausdrücklich und nach intensivster Beratung unserer Fraktion klar: Wir werden im Schnitt so viele Referendare ausbilden wie in den Jahren zuvor, nämlich 4.800 Stück pro anno, im Schnitt 1.190 pro Einstellungstermin. Des Weiteren werden wir auch den Stellenplan anpassen, dass wir nur noch die Stellen an Referendaren im Plan haben, die wir tatsächlich im System haben. Das gehört zur Haushaltsgerechtigkeit und zur Objektivität dazu, und das werden wir tun. Selbstverständlich stellen wir dafür auch genügend Ausbilderstellen zur Verfügung. Kollege Wagner, das will ich gleich sagen, weil Sie hier merkwürdige Dinge erzählen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Kollege, ich will Sie nur darauf hinweisen – –

Mario Döweling (FDP):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Wir werden deshalb dazu gegebenenfalls noch einen Haushaltsänderungsantrag vorlegen, wenn wir das endgültig durchgerechnet haben.

Ich will zusammenfassen. Dieser Haushalt ist aus meiner Sicht eine historische Zäsur. Wir geben so viel Geld wie nie zuvor für Bildung in diesem Bundesland aus. Wir haben in Hessen so viele Lehrer wie nie zuvor. Ich habe schon gesagt, gleichzeitig machen wir Hessens Schulen fit für die Zukunft, indem wir weiterhin genug Lehrer ausbilden, die wir in diesem Land auch brauchen, weiterhin zusätzliche Lehrer einstellen, die Schulverwaltung an die selbstständige Schule anpassen und weiterhin eine pragmatische und sachorientierte Politik machen. Das ist einfach nur gut. Das werden wir fortführen, auch wenn Sie von der Opposition es nicht wahrhaben wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Döweling. – Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Cárdenas das Wort.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur diesjährigen Haushaltsdebatte möchte ich mit einer Bemerkung meines Kollegen Mathias Wagner von der Pressekonferenz am 2. November zum Thema Zustand der Bildungs-

politik der Regierung einsteigen. Es ging darum, dass alle Landtagsfraktionen Forderungen an die Kultusministerin hätten. Über uns sagte er: Und die LINKE fordert so wieso alles und noch 100 % mehr.

Lieber Mathias, du hast damit absolut recht. Wir fordern wieder einmal alles, eine umfassende Reform der Bildungspolitik in allen Bereichen. Aber wir fordern auch, endlich Versprechen einzulösen, z. B. 7 % des BIP für die Bildung. Die versprochenen 7 % – wir erreichen in Hessen nicht einmal die Hälfte – und die Umsetzung der verschiedenen längst ratifizierten UN-Konventionen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Schuldenbremse ist schuld!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dann wären wir doch schon fast zufrieden, wenn es so wäre. Aber die Situation ist eine andere. Wir sprechen über ein trotz aller bisherigen Anstrengungen weiterhin marodes, ungerechtes und diskriminierendes Schulsystem, für das nun auch die Lehrerinnen und Lehrer nicht besser, sondern noch schlechter ausgebildet werden sollen. Da sollen wir unsere Forderungen begrenzen. Warum?

Weil – so die erwähnte Presseerklärung der GRÜNEN – auch die CDU darunter leidet, dass ihre Politik schlecht umgesetzt wird. Mathias, ein kürzlich verstorbener linker Künstler hätte gesagt, dass so eine Aussage bei den GRÜNEN nur von einem Wildledermantelmann kommen kann. Wir LINKE fragen uns nun, was erst passiert, wenn die bildungspolitischen Ziele der Hessen-CDU gut umgesetzt werden. Gibt es dann gar keine Inklusionsbemühungen mehr? Wird Hans-Jürgen Irmers gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was soll denn das jetzt? Frechheit! Was erlauben Sie sich eigentlich hier? Eine Frechheit!)

– ich spreche von seinen unsäglichen muslimfeindlichen Auslassungen z. B. im „Wetzlar Kurier“ – dann auch für unsere Schulen zum verborgenen oder gar offenen Curriculum gehören? Erwartet uns dann vielleicht auch das hessische Ein-Dutzend-Säulen-Modell, um die soziale Selektion feinstens ausdifferenziert, ordentlich und bürokratisch korrekt umsetzen zu können? Die hessische schwarz-gelbe Bildungspolitik würde sich damit wieder einmal als der Dinosaurier in der deutschen Bildungspolitik erweisen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Wir denken dagegen, dass zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl doch langsam der Karren herumgerissen werden muss. Bildungspolitik als die entscheidende Einflussphäre – es sprachen heute schon viele davon – eines jeden Bundeslandes muss sich auch in Hessen auf die in allen Ländern gegebenen großen Herausforderungen einstellen, von denen ich hier nur drei nennen will.

Erstens. Die seit PISA allseits anerkannte Bildungsbenachteiligung, die vor allem Kinder und Jugendliche aus Familien mit Einwanderungsgeschichte oder aus finanziell schwachen Familien betrifft, die auch zu den vielen Schulentlassenen ohne Schulabschluss führt, diese Bildungsbeteiligung muss unbedingt abgebaut werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das geht nicht ohne umfassende Investitionen in echte Ganztagschulen, in denen Lernfortschritt unabhängig vom Elternhaus oder teuren Nachhilfeinstitutionen reali-

siert werden kann, und zwar von Anfang an. Darauf müssen Sie sich auch fiskalisch einstellen, Frau Ministerin.

(Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Da müssen die Schüler aber auch etwas dafür tun!)

Die zweite große Herausforderung ist der Ausbau der frühkindlichen Bildung, der natürlich auch andere Einzelpläne betrifft. Hier geht es nicht nur um einen Ausbau der Plätze, der eine Stange Geld kostet, sondern auch um eine qualitative Verbesserung. Ja, will man eine tatsächliche Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes von null bis zehn Jahren, wie sie auch Herr Fthenakis im Sinne hatte, dann braucht es viel mehr gut ausgebildete Fachkräfte in Krippen und Kitas.

Und die dritte große Herausforderung? – Sie ahnen es sicher: Das ist die von uns immer wieder angemahnte Umsetzung der übernommenen Verpflichtung, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen, was für uns heißt, die Sonderschulen in Regelschulen zu überführen. Herr Rentsch, Sie haben ja recht. – Wo ist er denn?

(Florian Rentsch (FDP), an der Regierungsbank stehend: Hier steht er! – Allgemeine Heiterkeit)

– Okay, wunderbar, er hört zu oder versucht es jedenfalls. Wahrscheinlich hat er auf seinen Namen reagiert. Aber vielleicht kann er noch einmal ein bisschen zuhören.

Wir haben tatsächlich ein Sonderschulsystem, wie Sie es benannt haben, das eigentlich bei der FDP immer Förderschulsystem genannt wird. Sogar Herr Hüppe, Behinderntenbeauftragter der Bundesregierung, sagte einmal sinngemäß: Jede Förderschule ist erst einmal eine aussondernde Schule. – Ich denke, da hat er genau recht. Davon müssen wir wegkommen. Ein erster Schritt dahin ist z. B. die Einrichtung von unabhängigen Elternberatungsstellen, wofür wir Mittel beantragen werden.

Zumindest für die Übergangsphase vom jetzigen System zu einem inklusiven System muss man viel Geld in die Hand nehmen. Aber das wissen Sie ja, und das ist Ihr Dilemma.

Deshalb werfen Sie auf der rechten Seite dieses Saales Nebelkerzen und versuchen immer wieder vergebens, die Gemeinschaftsschule oder die eine Schule für alle, die lediglich eine andere Umschreibung der inklusiven Schule ist, zu diskreditieren, indem Sie sie Einheitsschule nennen. Sie hoffen, damit bestimmte Assoziationen zu wecken und die Menschen von ihrem Streben nach gleichen Rechten abzuhalten. Sie werden damit nicht durchkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Chefin Angela Merkel ist nicht so dumm. Sie hat die Zeichen der Zeit erkannt

(Petra Fuhrmann (SPD): Im Gegensatz zu Herrn Irmer!)

und versucht, zu retten, was zu retten ist – zu retten, worauf es ihr ankommt. In der Schulstruktur ist das das Gymnasium, das immer noch die Schulform für die Besitzenden ist. Also opfert sie die Hauptschule. Sie hält ihre schützende rechte Hand über das kleine, elitäre Gymnasium. Und das tun Sie ja auch, Herr Al-Wazir – wo ist er denn? –, wie er uns heute wieder bestätigt hat. Und sie rührt alle anderen Schulformen zusammen und baut daraus eine zweite große Säule.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie wollen die Einheitsschule, das wissen wir doch!)

– Genau. Aber seien Sie beruhigt, Herr Irmer. Zusammen mit dem Förderschulwesen, das Sie ja ebenfalls nicht antasten wollen, haben Sie zumindest Ihre gewohnten drei Säulen oder Säulensysteme, wie Herr Rentsch gesagt hat. Da fühlen Sie sich doch sicherlich gleich wieder zu Hause.

Zurück zum Thema Haushalt. Zur Bewältigung dieser drei großen Herausforderungen müssen wir viel Geld in die Hand nehmen – Geld, das Sie lieber für anderes verwenden möchten, z. B. für Banken oder Steuergeschenke.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Oh Gott! Wirtschaftspolitische Kompetenz hoch drei! – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Irmer, ganz einfach: nur die Einnahmen erhöhen!)

Wir fordern Sie dagegen auf, angesichts dieser drei Herausforderungen reale Bedingungen zu schaffen, um sie zu bewältigen. Herr Rentsch, wir sind leider nicht in der von Ihnen beschriebenen Luxussituation. Wir sind weit davon entfernt. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Mario Döweling, der hier noch einmal daran erinnert hat, dass die Schuldenbremse von allen vier Fraktionen außer von uns unterstützt wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Was brauchen wir für ein gerechtes Bildungssystem? – Vor allem einen Haushalt, der den genannten Forderungen gerecht wird. Dies ist nichts Neues. Wir fordern schon seit Jahren mehr Lehrerstellen, wirkliche Schulmittelfreiheit, ausreichend Schulsozialarbeit und Schulpsychologen sowie angemessene Vorkehrungen für ein barrierefreies Lernen im umfassenden Sinn. Wir fordern, dass nicht an der Bildung gekürzt wird, sondern in diese investiert wird. Wir fordern, dass endlich ausreichende Mittel für die Dinge zur Verfügung gestellt werden, die tatsächlich gebraucht werden. Man kann diese Forderungen auch in einer zusammenfassen. Dann lautet sie: Die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Von daher hätte ich jetzt gerne noch ein Wort an unseren Ministerpräsidenten gerichtet. Ich meine, wir brauchen nämlich schon ein Dauerbefeuern. Denn ohne ausreichenden Nachschub an Kohle geht der Ofen in der Bildung genauso aus. Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier kommen wir in Dimensionen, die tatsächlich aufhorchen lassen. Die GEW schätzt, dass ca. 3 Milliarden € mit sofortiger Wirkung in das hessische Bildungssystem fließen müssten. Nachgebessert werden muss dieser Haushalt jedenfalls an verschiedenen Stellen. Unser Hauptanliegen sind die Lehrerinnen und Lehrer. Unterrichtsausfall ist nach wie vor ein großes Thema an unseren Schulen. Da nützt es auch nichts, dass wir vorgegaukelt bekommen, wir hätten bereits eine 100,25-prozentige Lehrerabdeckung, wenn de facto nach GEW-Angaben nur etwa 95 % abgedeckt sind. Der Unterrichtsausfall und die vielen Klagen über zu hohe Belastungen vonseiten der Lehrerschaft stützen diese Aussage. Wir bräuchten hierfür allein mindestens 2.000 weitere Lehrerstellen.

Wo wir schon beim Unterricht sind: Laut neuer Verordnung können Schulen nur im Einzelfall selbst die Klassenmindestgrößen aufheben. Das ist aus unserer Sicht wirklich ein Unding. Hier wird das Versagen der Landesregierung, die immer noch nicht begreift, wie sinnvoll und wichtig kleine Klassen sind, auf die Schulen abgeschoben.

Diese müssen die viel zu großen Klassen nun selbst verantworten. Daher fordern wir weitere 1.000 Lehrerstellen, um endlich kleine und somit lernpädagogisch wertvolle Klassengrößen flächendeckend zu verankern und damit auch eine grundlegende Voraussetzung für die Inklusion zu schaffen. – Die Forderung nach kleinen Klassen ist übrigens auch eine Forderung des morgigen Bildungstreiks, den wir natürlich in jeder Hinsicht unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ja, DIE LINKE fordert viel. In der Tat sind wir an dieser Stelle noch nicht einmal am Ende. Eine Arbeitszeitverkürzung sowie bessere Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer und damit weitere 1.000 Stellen sind erforderlich. Das bedeutet etwa 300 Millionen €. Einen entsprechenden Antrag werden wir einbringen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Macht noch eine Null dran!)

Natürlich wollen wir Ihnen die Kürzung der Stellen im Vorbereitungsdienst nicht durchgehen lassen. Die Kürzungen allein sind schon unverständlich. Aber noch unverständlicher ist, dass in den letzten zwei Jahren viel weniger Stellen besetzt wurden, als zur Verfügung standen – und dies, obwohl 1.700 Lehramtsstudierende, teilweise mit einem Einser-Durchschnitt, auf einen Platz warten. Frau Henzler, erklären Sie uns das bitte einmal.

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Frau Kollegin, ich will Sie nur darauf hinweisen, dass die von Ihrer Fraktion vorgesehene Redezeit beendet ist.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Mein letzter Satz. – Alles in allem zielt auch dieser Haushalt nicht auf grundlegende Veränderungen ab – Veränderungen, die notwendig wären, um eine gerechte Bildungspolitik in Hessen durchzusetzen. Deshalb: Frau Ministerin, reißen Sie das Steuer herum. Reißen Sie es herum, solange Sie es noch in Händen haben. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Frau Kollegin Cárdenas. – Das Wort hat die Kultusministerin, Frau Henzler. Bitte schön.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Wagner, ich habe es Ihnen schon im Ausschuss erklärt: Sie können sich der CDU noch so sehr an den Hals werfen, und Sie können sich ihr noch so sehr anbiedern, wie Sie das jetzt wieder tun, indem Sie Frau Schavan dafür loben, dass sie ein Zwei-Säulen-Modell befürwortet – es hilft nichts.

(Zurufe der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Jawohl, Herr Kollege Irmer, es hilft nichts.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Besser Irmer am Hals als an der Gur-

gel, Frau Ministerin! – Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie werden das gute, konstruktive Verhältnis zwischen CDU und FDP auch auf dem Gebiet der Bildung nicht stören. Sie werden auch das gute Verhältnis von Herrn Irmer zu mir in keinster Weise stören.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ui!)

Frau Kollegin Cárdenas, ich finde es schon etwas grenzwertig, wenn Sie hier vorne einen Abgeordneten des Hessischen Landtags als Menschenfeind bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Barbara Cárdenas (DIE LINKE): Das habe ich nicht gesagt!)

– Das haben Sie gesagt. Doch.

Ich möchte eingangs vier Tatsachen festhalten. Für diese Landesregierung hat Bildung höchste Priorität, nicht nur im Reden, sondern in Taten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Tatsache Nummer zwei. Der Haushalt des Kultusministeriums wächst auch im Jahr 2012, und zwar um 94 Millionen € auf 3,4 Milliarden €. So hoch war er noch nie zuvor.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dritte Tatsache. Das Land Hessen hat so viele Lehrerstellen und so viele Lehrerköpfe wie in seiner ganzen Geschichte noch niemals zuvor.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Schulen in Hessen sind so gut versorgt wie noch nie – bei sinkenden Schülerzahlen. Sie haben so viele Freiheiten wie niemals zuvor. Von daher gesehen, sage ich ganz klar und deutlich: Die Hessische Landesregierung hat ihre Versprechen erfüllt, und das bereits bei gerade etwas mehr als der Hälfte der Legislaturperiode.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich jetzt auf das eingehen, was Herr Schäfer-Gümbel heute Morgen in seiner großen Rede gesagt hat.

(Wolfgang Greilich (FDP): Langen Rede!)

– In seiner langen Rede. Okay, „groß“ nehme ich zurück. – Er hat das Schulfreiheitsgesetz kritisiert, und er hat auch das Verhalten der FDP Hessen auf dem Bundesparteitag kritisiert. Ich sage sehr deutlich: Ja, ich habe für die Beibehaltung des Einmischungsverbots gekämpft. Ich habe sehr erfolgreich gekämpft. Herr Kollege Wagner, um meine Durchsetzungsfähigkeit würde ich mir an Ihrer Stelle keine Gedanken machen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der eigenen Partei! Es ist prachtvoll, Herrn Rösler zu überzeugen! Da ist der Herr Irmer schon ein anderes Kaliber!)

Die Grundlage dieses Schulfreiheitsgesetzes ist die selbstständige Schule. Das Prinzip der selbstständigen Schule heißt: Wir legen alle Entscheidungen dorthin, wo die Auswirkungen zu spüren sind, nämlich nach unten, ohne Bürokratie von oben. Das Gleiche gilt für den Föderalismus. Verantwortung für Finanzen und Verantwortung für In-

halte müssen dahin kommen, wo die Gestaltungsmacht ist. Das ist in den Ländern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Seitdem das Kooperationsverbot im Grundgesetz steht, haben sich die Bildungsleistungen in den einzelnen Ländern deutlich verbessert, wie PISA uns bewiesen hat. Seitdem ist auch in den einzelnen Bundesländern deutlich mehr Geld für Bildung ausgegeben worden. Hessen ist das beste Beispiel.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Länder haben erkannt, dass Bildung ein Wettbewerbs- und ein Standortfaktor ist. Deshalb ist es ein gesunder Wettbewerb zwischen den Ländern um die beste Bildung. Wenn der Bund Geld in die Bildung der Länder geben will, kann er das tun. Er kann die Umsatzsteuer erhöhen. Er kann das BAföG komplett selbst bezahlen. Das wären 150 Millionen € für die Bildung in Hessen. Die nehme ich mit Handkuss vom Bund. Er kann den Ländern auch über die Schulsozialarbeit, über das Jugendhilfegesetz Geld geben. Es braucht überhaupt keine Änderung des Grundgesetzes. Wenn der Bund wirklich helfen will, kann er das tun.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wohin der goldene Zügel des Bundes führt, haben wir bei dem Bildungspaket der Sozialministerin gesehen. Die hessischen Kinder sind seitdem deutlich benachteiligt, weil das einfache Verfahren über die Stiftung, wie es vorher war, nicht gefragt hat: „Bist du Hartz-IV-Empfänger?“ Es hat gefragt: „Bist du ein Kind, das Hunger hat?“ Dann hat das hessische System bezahlt. Heute wird gefragt: „Bist du Hartz-IV-Kind? Dann stelle erst einmal fünf Anträge.“ Für Hessen hat sich diese Einmischung des Bundes nicht gelohnt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich jetzt noch kurz etwas zu den Referendarstellen sagen. Wir haben nach intensiver Debatte zwischen den Fraktionen und auch mit Unterstützung des Finanzministeriums Nachbesserungen erreicht. Zukünftig haben wir verlässliche Einstellungszahlen, zu jedem Termin genau 1.190. Wir haben vor allem eine verlässliche Besetzung dieser Stellen, weil wir nämlich den Einstellungstermin von den Uni-Examensterminen weggeschoben haben. Das war die Krux des vorherigen Gesetzes, dass diejenigen, die Examen gemacht hatten, gar keine Chance hatten, sich rechtzeitig auf eine Stelle als Referendar zu bewerben. Das haben wir geändert.

Deshalb haben wir jetzt feste Größen für die Studienseminare. Wir haben feste Größen für die Ausbildung. Von Chaos kann überhaupt keine Rede sein –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

im Gegenteil ist das eine deutliche Verbesserung für die Lehrerausbildung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich deshalb abschließend eines sagen: Der Haushalt 2012 ist ein guter Haushalt für die Schulen in Hessen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Frau Kultusministerin.

Damit sind wir am Ende der Lesung des Einzelplans 04. Bevor ich den Einzelplan 05 aufrufe, will ich den Fraktionen die einzelnen noch zur Verfügung stehenden Redezeiten mitteilen.

CDU 38:56 Minuten, SPD 20:38 Minuten, FDP 35:26 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 33:20 Minuten und Fraktion DIE LINKE 35:55 Minuten. Die Landesregierung hat noch 21:16 Minuten. Darauf können sich nun die nachfolgenden Redner einstellen.

Ich rufe nun

Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa –

auf. Als Erste erteile ich der Frau Kollegin Hofmann für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Hofmann.

Heike Hofmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorgelegte Justizhaushalt ist eine große Enttäuschung. Er gibt keine zentralen Antworten auf die drängenden Probleme und Fragestellungen der hessischen Justiz.

(Clemens Reif (CDU): So brutal kann man auch nicht anfangen!)

Im Gegenteil: Nachdem nun zahlreiche Gerichte geschlossen werden und sich die Justiz damit weiter aus der Fläche zurückzieht, wird es nach den Ankündigungen des Justizministeriums zu einem weiteren personellen Aderlass in der Justiz kommen. Bis zum Jahr 2015 sollen weitere Einsparungen in Höhe von 18,2 Millionen € erfolgen.

Was bedeutet das konkret? Konkret bedeutet das einen Stellenabbau von 350 bis 400 Stellen, d. h. 65 Richter- und Staatsanwaltschaften. Dazu möchte ich hier anmerken, dass die 40 Stellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die dort bereits „herausgeschwitzt“ worden sind, gar nicht darin enthalten sind. Meine Damen und Herren, das sind 240 Stellen im mittleren und einfachen Dienst.

Dabei wissen wir alle, dass gerade bei den Richtern und Staatsanwälten bereits am heutigen Tage die durchschnittliche Arbeitsbelastung nach PEBB§Y – also Zahlen, die dem Ministerium vorliegen – 110 % beträgt und die personellen Ressourcen gerade im nicht richterlichen Bereich so knapp sind wie eine zu kurz geratene Decke.

Der Rechtsstaat und der von Justizminister Hahn propagierte Rechtsstandort Hessen sind ein verfassungsrechtlich hoch geschütztes Gut und tragen maßgeblich zur wirtschaftlichen Prosperität und natürlich auch zum internationalen Ansehen Deutschlands bei.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieses hohe Gut dürfen wir nicht gefährden. Mit Ihren massiven Einschnitten, die Sie gerade beim Personal angekündigt haben, riskieren Sie längere Verfahrenslaufzeiten, erschweren den Rechtsgewährungsanspruch und beschädigen damit den Justiz- und Wirtschaftsstandort Hessen.

Ich fände es gut, wenn Sie die Konsequenzen eines solchen personellen Aderlasses der Bevölkerung wirklich einmal verdeutlichen würden – nach dem Motto: Wer A sagt, muss auch B machen.

Stets argumentieren Sie, dass auch die Justiz ihren Anteil an der Umsetzung der Schuldenbremse erbringen müsse. Ich sage Ihnen aber: Für plumpe Stellenstreichungen und Gerichtsschließungen darf die Schuldenbremse nicht instrumentalisiert werden. Warum geben denn gerade Sie keine Antwort auf die Frage, wie das Land Hessen seine Einnahmesituation verbessern kann?

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Steuern erhöhen!)

Warum gehen Sie nicht endlich das an, was die Justiz von Ihnen erwartet – nämlich bei der neuen Verwaltungssteuerung SAP/R3 endlich zu kürzen? Das wäre endlich einmal ein richtiges Signal.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Kollege, Sie waren doch gerade erst bei der Tagung des Deutschen Richterbundes in Frankfurt dabei und haben von den Vertretern der Justiz unisono gehört, was sie davon halten.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Vom Vertreter des Deutschen Richterbundes?)

Wir alle hier im Raum – zumindest die Fachpolitiker – wissen doch, wie unverhältnismäßig viel Geld schon in diesem Bereich ausgegeben worden ist, bis zum heutigen Tage. Das ist wirklich ein Bereich in der Justiz – das werde ich immer und immer wieder sagen, bis bei Ihnen die Einsicht eingekehrt ist –, in dem vernünftigerweise Geld gespart werden könnte.

Warum machen Sie denn keinen Vorstoß auf Bundesebene – Sie schreiben doch die eine oder andere Bundesratsinitiative; dies wäre einmal eine sinnvolle –, wie man die Betreuungskosten der Länder durch eine sinnvolle Novelle des Betreuungsrechts verändern könnte?

Ein anderes Beispiel. Nach intensiver Prüfung möchte ich mich einmal der Fragestellung von Dr. Jürgens zuwenden. Sie wollen insbesondere in der ersten Instanz Personal einsparen. Wenn man sich die Belastungsquoten des VGH Kassel anschaut: Brauchen wir dort tatsächlich alle Senate? Nein, meine Damen und Herren, es gibt hinreichende Alternativen zu den von Ihnen geplanten und angekündigten weiteren Stellenstreichungen.

Lassen Sie mich noch auf zwei Haushaltsanträge der SPD eingehen, in denen wir wichtige rechtspolitische Fragestellungen aufgreifen.

Wie Sie wissen, hat eine effektive Kriminalitätsbekämpfung für die SPD höchste Priorität. Deshalb können wir es auch nicht zulassen, dass die Staats- und Anwaltschaften mittlerweile eine Belastungsquote von durchschnittlich 140 % haben. Wir wollen eine effektive Strafverfolgung. Das muss auch im Sinne der inneren Sicherheit unseres Landes gewährleistet werden.

(Beifall bei der SPD)

Dies umso mehr, als nach den jüngsten Zahlen aus Ihrem Hause, Herr Minister, die Verurteilungen nach dem Jugendstrafrecht um 5,4 % angestiegen sind. Meine Damen und Herren, da muss dringend etwas geschehen. Deswegen wollen wir als SPD mit einem – angesichts der

Haushaltsslage – moderaten Antrag hier eine Verstärkung der personellen Kräfte einfordern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Ich möchte Sie nur darauf hinweisen.

Heike Hofmann (SPD):

Auf die Redezeit? – Ich komme zum letzten Aspekt, einem weiteren wichtigen Antrag von uns.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, die Opfer von Straftaten benötigen auch unsere Hilfe und Unterstützung. Deshalb wollen wir als SPD mit der Gründung einer Opferstiftung nach rheinland-pfälzischem Modell Opfern von Straftaten schnell und unbürokratisch Hilfe leisten.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir wollen auch hier in Hessen eine solche Opferstiftung schaffen. Das ist ein wirklich wichtiger Mosaikstein für die Opfer – um ihnen zu sagen: Ja, wir sind an eurer Seite.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Redezeit von fünf Minuten ist wirklich denkbar knapp. Aber gut, so ist es eben.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass dieser Justizhaushalt nicht den Anforderungen an eine moderne, zukunftsgerichtete Justizpolitik gerecht wird. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hofmann. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Honka das Wort. Bitte schön.

Hartmut Honka (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin, Ihr Abschlusssatz hat mich alles andere als überrascht. Ich glaube, auch die Mehrheit in diesem Haus hat es nicht überrascht, was Sie hier gesagt haben.

Meine Damen und Herren, unsere Justiz ist auch nach der Maßnahme KuK – Konsolidierung und Kompensation – in unserem Bundesland gut aufgestellt. Sie ist weiterhin flächendeckend vorhanden und inzwischen auch bei einer besonders guten technischen Ausstattung angelangt.

Allerdings nehmen wir auch zur Kenntnis, dass in einigen klassischen Bereichen, gerade der Zivil- und Strajustiz, erst recht der Verwaltungsgerichtsbarkeit, in den vergangenen Jahren – und zwar im längeren Zeitraum – die Eingangszahlen abgenommen haben. Deshalb nehmen wir dort Anpassungsmaßnahmen beim Personal vor.

Wenn Sie den Bericht der Haushaltsstrukturkommission – der, soweit ich weiß, in den Facharbeitsgruppen noch mehrfach diskutiert wird – zur Kenntnis nehmen, dann sehen Sie, dass gerade bei den Amtsgerichten ein gewisser Personalüberhang besteht – im Vergleich des Landes Hessen mit den anderen Flächenländern West.

(Marius Weiß (SPD): Das steht dort überhaupt nicht drin!)

Bei den Staatsanwaltschaften gilt aber auch, dass wir im Jahr 2011 mit 388,5 Stellen deutlich mehr Stellen als im Jahr 2003 hatten. Bei den Sozialrichtern hatten wir im Jahr 2011 mit 112 gegenüber dem Jahr 2003 sogar ein Plus von 24 Stellen – nämlich gegenüber 88 Stellen.

Wir werden dort, wo Arbeitsschwerpunkte sind, auch deutliche Personalschwerpunkte setzen. Damit können wir sagen, dass wir auf besondere Belastungen mit der Schaffung neuer Stellen reagieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Strafvollzug ist genauso ein Thema. Wir schaffen für das Jahr 2012, das wissen Sie, weiterhin 15 neue Stellen im Strafvollzug, infolge der neuen Strafvollzugsgesetze. Ich brauche es nicht im Detail auszuführen, das dürfte bekannt sein.

Bei der Sicherungsverwahrung achten wir die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und erfüllen die uns gestellten Aufgaben mit Leben. Sie wissen, dass wir für die kommenden zwei Jahre 14 Millionen € für einen Neubau in Schwalmstadt eingeplant haben, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen. Über einen Änderungsantrag, den unsere Fraktion eingebracht hat, agieren wir in diesem Bereich sofort mit neuen Stellen. Es sollen sofort sechs neue AVD-Stellen, vier Psychologenstellen, zwei Stellen für Sozialarbeiter und 25 Stellen für Anwärter geschaffen werden, um personell richtig aufgestellt zu sein und alle Anforderungen zu erfüllen. Damit kann der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden, denn damit können wir eine sichere Sicherungsverwahrung gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

An Investitionsmaßnahmen sind – weil wir auch an unser Personal denken – die Erneuerung der Personennotrufanlage in Butzbach und die Haftraumkommunikationseinrichtung in Rockenberg bereits im Haushalt enthalten.

Zum Thema gemeinsame elektronische Aufenthaltsüberwachung, genannt GIT oder GÜL, sieht man, dass fast alle Länder bereits die Vereinbarung unterschrieben haben. Jetzt sind wir technologisch auf dem neuesten Stand und haben organisatorisch die richtigen Schritte getroffen. Um es kurz zusammenzufassen: Hessen ist ganz vorn.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die zweite Lesung dient traditionell dazu, über den gesamten Haushalt des Ministeriums zu schauen. Mir fällt von Jahr zu Jahr auf, dass Frau Hofmann bei der Verlesung des Titels des Ministeriums immer bei dem Wort Justiz aufhört. Der Minister und seine zwei Staatssekretäre sind noch für mehr zuständig, nämlich z. B. für Integration. In diesem Bereich werden wir im Jahr 2012 voraussichtlich die Halbjahresbilanz der Modellregionen vorgelegt bekommen.

(Zuruf von der SPD)

Die zweite hessische Integrationskonferenz – die Vorbereitungen laufen schon – wird voraussichtlich auch im Jahr 2012 durchgeführt. Wir haben auch die Bundeskonferenz für Integrations- und Ausländerbeauftragte. Das heißt, die Landesregierung ist auch in diesem Bereich aktiv und gut unterwegs.

Zum Abschluss meiner Rede weise ich nur ganz kurz auf den Bereich Europa hin. Es steht der 20. Jahrestag der Be-

gründung der Partnerschaft mit der Emilia-Romagna an. Auch in diesem Bereich muss etwas geschehen, diese Mittel werden benötigt. Diese Mittel stellen wir ein.

Ich glaube, an dieser Stelle abschließend sagen zu können, dass der Justiz-, Integrations- und Europahaushalt gut aufgestellt ist. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Honka. Das war eine Punktlandung, Sie haben die vorgesehene Redezeit genau eingehalten. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Herr Dr. Jürgens. Bitte schön.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 05 zeigt bereits in seinem Vorwort einen Justizminister, dessen Glaubwürdigkeitsfaktor bei null angekommen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwähne erneut, was ich schon mehrfach zitiert habe. In der Debatte zu den Gerichtsschließungen hat er zu seinem Gesetzentwurf eine noch angeblich einfache Alternative genannt:

Entweder es gibt weniger Standorte und viele Richter und Folgepersonal, oder es gibt mehr Standorte und erheblich weniger Richter und Folgepersonal.

Herr Justizminister, in der Folgezeit und im Einzelplan 05 machen Sie aber klar, dass Sie damit die Öffentlichkeit und die Justiz schlicht getäuscht haben. Sie wollen nicht Entweder-oder, Sie wollen sowohl eine Schließung von Gerichten als auch eine Reduzierung von Personal.

Sie haben angekündigt, bis zum Jahr 2016 350 bis 400 Stellen abzubauen. Erst ringen Sie einzelnen Gerichtsbarkeiten mit dem Versprechen, es werde gerade kein Personal abgebaut, die Zustimmung zu den Gerichtsschließungen ab, um kurz danach – im September wurde der Haushaltsplanentwurf vorgelegt – die eigenen Versprechen Lügen zu strafen und einen umfassenden Personalabbau anzukündigen.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die im Rechts- und Integrationsausschuss Mitglied sind, haben bei der Anhörung zu den Gerichtsschließungen mitbekommen, mit welcher Ablehnung, geradezu Verachtung, die Organisationen der Justizbediensteten über den Justizminister reden. Niemals zuvor hat ein Justizminister seinen Ruf in der Justiz so schnell und so nachhaltig ruiniert wie Jörg-Uwe Hahn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Herr Hahn, verglichen mit Ihnen ist der sprichwörtliche Wendehals ein Muster an Beständigkeit.

Meine Damen und Herren, die Personalausstattung der Justiz, die Anzahl der Stellen ebenso wie ihre Verteilung innerhalb der Justiz, ist immer ein erheblicher Streitpunkt. Deswegen wurden in den letzten Jahren viel Kraft und viel Zeit darauf verwandt, mit PEBB\$Y eine rationale Grundlage für die Personalbesetzung zu finden. Für diejenigen, die nicht ständig damit befasst sind: Das ist die Abkürzung für Personalbedarfsberechnungssystem.

In umfangreichen bundesweiten Erhebungen über mehrere Jahre wurde ermittelt, welcher Personaleinsatz für welchen Arbeitsanfall eigentlich notwendig ist. Mit weiterem erheblichen Aufwand wurden diese Ergebnisse an hessische Verhältnisse angepasst. Das Ergebnis war immer: Die Justiz in Hessen ist unterbesetzt. Es fehlen Stellen für Richterinnen und Richter ebenso wie Stellen für richterliches Personal. – Sie wollen dieses Problem nicht beseitigen, sie wollen es noch verschärfen.

Wenn man das auf die ordentliche Gerichtsbarkeit herunterrechnet – dort sollen 45 Richterstellen und 170 Stellen im mittleren und einfachen Dienst wegfallen, obwohl nach den PEBB§Y-Zahlen eine 111-prozentige Belastung besteht –, dann müsste das Personal eigentlich um 11 % aufgestockt werden.

Das Problem daran ist, dass wir einen Justizminister haben, der keine Vorstellung von den Besonderheiten der Justiz hat. Wir reden nicht über eine x-beliebige Behörde wie jede andere, sondern über die dritte Gewalt. Die Unabhängigkeit der Justiz, die Rechtsweggarantie der Verfassung, die Gleichheit vor dem Gesetz oder – einfacher ausgedrückt – der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft erfordern eben auch eine angemessene Personalausstattung der Justiz. Das müsste der Maßstab sein, und nicht eine Personalkürzung mit dem Rasenmäher.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Selbst wenn man die Auffassung vertritt, dass auch die Justiz Einsparungen hinnehmen muss, dann muss man als Berechnungsmaßstab den eigentlich notwendigen Personalbedarf und nicht den Istzustand, der schon einen Mangel darstellt, zur Grundlage nehmen. Das ist deswegen ärgerlich, weil Sie reale Einsparmöglichkeiten – Frau Hofmann hat bereits darauf hingewiesen – im Personalbereich nicht nutzen.

Seit mehreren Jahren, spätestens aber im letzten Jahr, hatte ich in den Haushaltsdebatten darauf hingewiesen, dass wir beim Verwaltungsgerichtshof ohne Qualitätsverlust, allein aufgrund der rückgängigen Eingangszahlen, mindestens einen Senat einsparen könnten. Der erste Schritt dazu wäre, eine Vorsitzendenstelle nicht wieder zu besetzen und zu streichen. Jetzt lesen wir im Stellenbesetzungsplan, es soll weiterhin zwölf Vorsitzendenstellen, also die gleiche Anzahl von Senaten, geben, nicht einmal mit einem kw-Vermerk versehen. Das heißt, sie sind auch nicht künftig wegfallend. Bei den Indianern zu sparen und die Häuptlinge ungeschoren zu lassen, das ist und bleibt auch in diesem Falle ungerecht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Justizminister, ich bin auch gespannt, wie Sie die Stellenstreichungen im Justizvollzug umsetzen wollen. Herr Honka hat darauf hingewiesen, welche Stellenmehrbesetzungen es in den letzten Jahren gegeben hat. Es soll sie auch in diesem Jahr wieder geben. Warum planen Sie denn eigentlich, 65 dieser Stellen wieder zu streichen, wenn Sie vorher behauptet haben, sie würden gebraucht? Das macht überhaupt keinen Sinn. Es ist doch mit Händen zu greifen. Wir haben zwar einen Rückgang an Gefangenenzahlen, aber ob auf einer Station 20, 25 oder 30, oder was weiß ich wie viele Gefangene sind, sie muss immer personell besetzt sein. Es muss immer mindestens ein Beamter anwesend sein, unabhängig von der Anzahl der Gefangenen – außer, Sie ziehen in Erwägung, eine weitere Vollzugsanstalt zu streichen. Das sollten Sie aber dann auch offen sagen. Sie sollten den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern reinen Wein einschenken. – Egal, was Sie sagen, glauben würde Ihnen sowieso keiner mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Ich will Sie nur auf die vorgesehene Redezeit hinweisen.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Okay. – Es gibt noch eine ganze Reihe von Einsparmaßnahmen und Effizienzsteigerungen, die wir vorgeschlagen haben. Wir haben immer wieder gesagt, wir brauchen die drei E: Einsparung, Effizienzsteigerung, Einnahmeverbesserungen.

Man könnte Registergerichte zusammenlegen, man könnte die elektronische Aufenthaltsüberwachung, die elektronische Fußfessel, für weit mehr Dinge einsetzen, als Sie das geplant haben. Man könnte Aufgaben der Rechtspflege auf die Serviceeinheiten verlagern, und man könnte die seit Langem unveränderten Gerichtsgebühren maßvoll anheben. Wir haben ausgerechnet, allein eine Anhebung um 5 % würde einen Mehrbetrag von rund 15 Millionen € ergeben, also fast so viel, wie Sie mit den Steleneinsparungen einsparen wollen.

Es gibt andere Wege, die man gehen kann, ohne die Funktionsfähigkeit der Justiz zu gefährden. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Dr. Jürgens. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Müller das Wort. Bitte schön.

Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gebe zu, der Justizminister wies mich gerade darauf hin, dass der Kollege Honka den zur FDP passenderen Schlips anhat. Dafür passt meiner wahrscheinlich besser zur CDU. Das spricht für die gute Zusammenarbeit, die wir in der Koalition pflegen. Das möchte ich an dieser Stelle erläutern.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wenn euch nichts mehr einfällt!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, die relativ überzogenen Versuche des Kollegen Dr. Jürgens, den Justizminister und seine Glaubwürdigkeit anzugreifen, sind dadurch in ihrer Werthaltigkeit unterstrichen worden, dass einzig und allein Herr Dr. Wilken von den LINKEN daraufhin applaudiert hat. Alle anderen haben erkannt, dass es so weit am Thema vorbei ist, dass es nicht weiter beachtenswert ist.

Meine Damen und Herren, wir sind im Justizressort sehr gut aufgestellt. Das zeigen auch die vielen Gespräche, die man führt. Ich gebe zu, wenn man mit dem Richterbund und der NRV spricht, dann hört es sich anders an. Aber das ist sicherlich ein Stück weit der Verbandstätigkeit geschuldet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Denn wenn wir den bundesweiten Vergleich sehen, müssen wir erkennen, dass wir in Hessen eine sehr gut ausgestattete Justiz haben, sowohl was die Arbeitsplatzausstattung anbelangt, als auch was die personelle Ausstattung anbelangt. Das muss man sehr deutlich machen.

Trotzdem müssen wir in verschiedenen Bereichen sparen. Wir haben das letzte Jahr sehr häufig und intensiv über KuK und das Thema Arbeitsgerichte und Amtsgerichte, Kleinstarbeitsgerichte und Kleinstamtsgerichte gesprochen und dann die Entscheidung getroffen, zur Schließung entsprechender Standorte zu kommen. Das war sicherlich richtig und sinnvoll. Wir werden auch weiterhin darüber diskutieren, und ich freue mich, dass das heute sehr sachlich stattfindet, auch mit verschiedenen Vorschlägen, wo weitere Einsparungen zu erbringen sind.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Personalkonsolidierungskonzept im Einzelplan 05 genauso auf den Weg zu bringen wie in allen anderen Einzelplänen. Das ist keine leichte Herausforderung, aber ich bin relativ sicher, dass wir diese Herausforderung im Justizressort sehr gut bewältigen werden können. Wir haben ein Konzept, das bis 2016 ausgestaltet ist, und wir erarbeiten gemeinsam – das ist das Entscheidende – mit den Gerichtsbarkeiten eine Umsetzung.

Ich will an der Stelle hervorheben, dass wir in den Bereichen, die intensiv belastet sind, in der Staatsanwaltschaft und den Sozialgerichten, so viele Stellen haben wie nie zuvor. Das heißt, wir schauen sehr wohl, wo Bedarf ist, und entsprechend handeln wir und stellen Richterstellen zur Verfügung. Damit werden wir der Verantwortung gerecht.

Ich glaube, wer bei der Veranstaltung des Richterbundes aufmerksam zugehört hat – Frau Hofmann, Sie haben es angesprochen –, dem ist klar, dass es irgendwo Grenzen gibt. Deswegen hat der Justizminister angekündigt, dass man daran arbeitet, über einen Justizpakt feste Regelungen, feste Grenzen auf den Weg zu bringen, die eine Verlässlichkeit gewährleisten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Ich glaube, das ist eine sehr sinnvolle Geschichte, und wir unterstützen diese Ambitionen des Justizministers.

Neben die Sparbemühungen haben wir auch Schwerpunkte gesetzt. Dazu gehört die dritte Tranche der Vollzugsgesetze. Wie gesagt, es ist die dritte Tranche. Wir haben gerade beim Vollzug in den letzten Jahren mit den Vollzugsgesetzen und der anschließenden Zurverfügungstellung von zahlreichen Stellen sowohl beim AVD als auch in der weiteren Betreuung sicherlich Duftmarken gesetzt, die in anderen Bundesländern der Nachahmung würdig wären.

Wir haben mit der Sicherungsverwahrung eine horrende Aufgabe vor uns, bis zum Mai 2013 eine entsprechende Einrichtung zu schaffen. Die Arbeiten dafür sind in vollem Gang. Das Ganze ist auch haushaltswirksam, weil im Jahre 2012 die ersten 7 Millionen € dort enthalten sind, zusätzlich dazu das Personal. Herr Kollege Honka hat das schon ausgeführt.

Wir haben die GÜL, die sogenannte Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder, die zeigt, dass wir in Hessen vorne sind. Wir sind hier Vorreiter. Aufgrund unserer vielfältigen Erfahrungen sind wir es, die zusammen mit den anderen Bundesländern diese Stelle einrichten. Sie wird bei uns eingerichtet. Unser Justizministerium hat auch den Staatsvertrag wesentlich mit ausgearbeitet.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Darüber hinaus gibt es die GIT – die GIT und die GÜL, schöne Abkürzungen –, und auch hier zeigt sich, dass wir nach vorne denken, wie insgesamt beim Bereich E-Justiz. Ich glaube, hier darf man einmal Herrn Dr. Köbler erwähnen, der sehr aktiv und intensiv in diesem Bereich arbeitet und sich auch bundesweit mittlerweile Kompetenzwerte erarbeitet hat.

(Marius Weiß (SPD): Zehn Gerichte habt ihr dichtgemacht! Nicht, dass Sie das vergessen!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir brauchen uns vor keinem Vergleich mit benachbarten oder anderen Bundesländern zu scheuen. Wir haben sehr gute Arbeitsbedingungen, und es ist unser Ziel, diese Arbeitsbedingungen auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Deswegen schauen wir sehr genau, wo und wie wir bei den Sparanstrengungen und -bemühungen vorgehen.

An dieser Stelle ist es angebracht, den Aktiven in der dritten Gewalt Dank zu sagen, der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft, den Rechtspflegern, der Anwaltschaft – was häufig vergessen wird; auch denen gebührt unser Dank;

(Heike Hofmann (SPD): Nein, ich habe sie erwähnt!)

ja, Sie hatten sie erwähnt, aber sie werden immer wieder einmal vergessen, weil sie hinter den Staatsanwälten zurücktreten; deswegen ist es richtig, auch sie zu erwähnen und ihnen zu danken – und natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Servicestellen. Denn auch das ist eine nicht unwichtige Tätigkeit. Dort wird wichtige und gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Marius Weiß (SPD): Es freuen sich alle über Gerichtsschließungen!)

Natürlich danken wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium und der Hausspitze, die allesamt intensiv und sehr engagiert dazu beitragen, dass die dritte Gewalt in unserem Staat so gut aufgestellt ist, wie sie es ist, und damit eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren unseres Rechtsstaates liefern. Dazu zähle ich das gesamte System, in dem wir leben. Denn ohne eine funktionierende und gute Justiz könnten wir weder in einem ordentlichen Wirtschaftssystem arbeiten, noch könnten wir in Sicherheit leben.

Meine Damen und Herren, wir haben neben der Justiz auch noch andere Bereiche, nämlich die Integration und Europa. Was Europa anbelangt, sehen wir, seit wir in den Ausschüssen die Vorlagen bekommen, wie aufwendig und wie vielfältig diese Arbeit ist. Deswegen kann man an dieser Stelle der Europastaatssekretärin Beer danken, dass sie uns in Brüssel so gut vertritt und dort die Lobbyarbeit für Hessen vornimmt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Last, but not least die Integration. Hier möchte ich nur kurz die Modellregionen Integration ansprechen. Die Enquetekommission Integration tagt sehr intensiv und auch inhaltlich sehr tief greifend. Wir fördern weiterhin innovative Integrationsprojekte. Wir haben auch intensive niedrigschwellige Sprachkurse für Erwachsene, gezielt für Mütter bzw. Eltern. Wir fördern finanziell die Qualifizierung und Fortbildung von ehrenamtlichen Integrationslotsen. Alle diese Tätigkeiten tragen dazu bei, dass wir in

Hessen eine gute Integrationspolitik aus einem Guss haben. Das zeigt, dass dieser Haushalt, dieser Einzelplan 05, insgesamt die richtigen Wegmarken setzt. Das werden wir auch weiterhin tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt Herr Wilken das Wort. Bitte schön.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich die Ressorts Integration und Europa jeweils nur mit einem Satz geringschätzen kann, werde ich dazu gar nichts sagen, sondern mich auf den Bereich Justiz konzentrieren.

Ich möchte mit dem beginnen, was mein Vorredner von der FDP gerade zu den „guten“ Arbeitsbedingungen gesagt hat, die wir im Land haben.

Meine Damen und Herren, den Beschäftigten an den Gerichten, die gerade umziehen müssen, den Überstunden anhäufenden und vor sich herschiebenden Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten muss es wie blanker Hohn in den Ohren klingen, wenn hier eine solche Einschätzung geäußert wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 05, also der Justizhaushalt, unterscheidet sich in nichts von den anderen Einzelplänen. Schon allein das ist eine Bemerkung wert, denn wir reden über die dritte Gewalt im Staat. Mit ihr wird genauso umgegangen, wie mit allen anderen Politikfeldern umgegangen wird: Sie wird kaputt gemacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist auch in diesem Hause mehrmals klargestellt worden – zeitweise sogar von den Regierungsfractionen –, dass wir mehr Stellen in der Justiz brauchen, dass es eine Überlastung gibt. Stattdessen werden in diesem Haushalt weiterhin Stellen abgebaut. Sie haben gesagt, das werde auch in den kommenden Haushalten so sein. Das ist genau das Gegenteil dessen, was die Justiz in unserem Land braucht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie verschlechtern die Arbeitsbedingungen an den Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten. Damit verschlechtern Sie die Möglichkeit der Resozialisierung von Strafgefangenen. Vor allen Dingen verschlechtern Sie die Erfüllung des Rechtsgewährungsanspruchs der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Sie sparen diesen Staat kaputt. Sie gefährden den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das müssen Sie sich ins Stammbuch schreiben lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank. – Das Wort hat der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Hahn. Bitte schön.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 nutzen, um auch als stellvertretender Ministerpräsident, aber insbesondere als Integrations- und Justizminister zu den Vorfällen Stellung zu nehmen, die uns alle derzeit intensiv bewegen.

Ich möchte allen Bürgerinnen und Bürgern mit einem Migrationshintergrund, aber auch den zahllosen Gästen aus dem Ausland, die nach Hessen kommen oder die in Hessen leben, zusichern, dass wir, die Hessische Landesregierung, alles in unserer Macht Stehende tun werden, um die brutalen Morde, auch an Migranten in unserem Bundesland begangen, aufzuklären. Ich möchte den Migrantinnen und Migranten und unseren Gästen zurufen, dass wir in Hessen seit vielen Jahren – ich glaube, das kann ich parteiübergreifend sagen – eine Willkommenskultur aufzubauen versuchen und in vielen Bereichen erfolgreich aufgebaut haben. Ich möchte den Migrantinnen und Migranten sagen, dass sie sich bitte von den Äußerungen nicht irritieren lassen, die man in der militanten Neonaziszene im Zusammenhang mit den brutalen Morden hört, dass sie, die Migranten, Außenseiter in unserer Gesellschaft seien. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, Außenseiter sind die Neonazis in unserer Gesellschaft. Gegen sie werden wir alles in unserer Macht Stehende unternehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich sage das ganz bewusst auch im Zusammenhang mit dem Vorfall, der 2006 in Kassel stattgefunden hat. Ich möchte, genauso wie es mein Kollege Boris Rhein eben getan hat, Ihnen auch als Justizminister versichern, dass wir all das noch einmal umgraben werden, was an Akten und Unterlagen in meinem Verantwortungsbereich, im Justizministerium des Landes Hessen und in den nachgeordneten Behörden, vorliegt, und dass wir nicht nur dann, wenn der Generalbundesanwalt uns ruft, sondern selbstverständlich auch separat eine Aufarbeitung vornehmen werden.

Ich bin sehr dankbar, dass vor wenigen Minuten entschieden worden ist, dass sich die Landesinnenminister und die Landesjustizminister übermorgen, am Freitagvormittag, auf Einladung des Bundesinnenministers und der Bundesjustizministerin in Berlin treffen. Ich glaube, das ist nicht nur für die inhaltliche Aufarbeitung wichtig, sondern es ist auch ein von der Hessischen Landesregierung ganz klar gewolltes Symbol, dass sich noch in der Woche, in der die brutalen Morde in einen ganz anderen Zusammenhang gebracht werden konnten, als das vorher – leider – der Fall war, die für die Bearbeitung dieser Fälle und für die innere Sicherheit verantwortlichen politischen Spitzenleute Deutschlands treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das ist ein wichtiges Signal, das in den letzten Stunden von den Justiz- und Innenministern der Länder, dem Bundesinnenminister und der Bundesjustizministerin ganz bewusst verabredet worden ist.

Ich möchte diese Debatte auch nutzen, um auf die Arbeit der Justiz, aber auch auf die Arbeit in den Bereichen Europa und Integration in diesem Jahr und im kommenden Jahr hinzuweisen. Ich muss gestehen, von keinem, mit dem ich spreche, und auch nicht auf der hier angesprochenen Tagung des Hessischen Richterbundes habe ich

etwas von der Kritik gehört, die in den doch etwas wenig emphatisch vorgetragenen Redebeiträgen der Sozialdemokraten, der GRÜNEN und der LINKEN in diesem Hause geäußert wurde. Es mag ja sein, dass man gegenüber einem Minister etwas anders spricht als gegenüber einem Oppositionsabgeordneten; wenn ich aber Gerichte besuche, wenn ich Justizvollzugsanstalten besuche, wenn ich mich mit den Vertretungen der in der Justiz und der im Vollzug Tätigen auseinandersetze, so höre ich in aller Regel zuallererst ein großes Lob.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): So ist es! Das höre ich auch!)

Das hat nichts mit mir als Person zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, dass in den letzten Jahren – seit 1999, beginnend mit Dr. Christean Wagner und fortgesetzt bei Jürgen Banzer – eine verantwortungsvolle Justizpolitik mit dem Ziel organisiert worden ist, dass die Behörden effektiv strukturiert sind, dass sie mit dem neuesten Stand der Technik ausgestattet sind und dass sie deshalb die Möglichkeit und die Zeit haben, das zu tun, was die Richterinnen und Richter als voll ausgebildete Juristen, was die Rechtspfleger aufgrund ihrer Ausbildung und was andere zu tun haben, nämlich als Organe der dritten Gewalt zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das ist das Ziel dieser Regierung; es ist im Jahr 1999 strategisch angelegt worden. Ich bedanke mich sehr, dass die die Regierung tragenden Fraktionen in diesem Hause mit ihren Ergänzungsanträgen zum Thema Sicherungsverwahrung deutlich gemacht haben, dass das die Politik auch im Jahr 2012 sein wird. Wir spielen hier nicht „Wünsch dir was“, wir spielen aber auch nicht „So ist es“, weil wir wissen, dass wir uns – wir als Landesregierung, als zweite Gewalt, und Sie als Parlament, als erste Gewalt – mit der unabhängigen dritten Gewalt auseinanderzusetzen haben.

Ich kann Sie, meine Damen und Herren, nur herzlich bitten, nicht immer wieder Unwahrheiten in die Welt zu setzen und damit zur Wahrheit zu machen zu versuchen, obwohl Sie wissen, dass sie falsch sind. Herr Dr. Jürgens, Frau Kollegin Hofmann, Sie wissen, dass der Justizhaushalt bei der Frage des Einsparvolumens für das Jahr 2012 anders als die meisten anderen Haushalte bearbeitet worden ist. Ich finde es deshalb intellektuell unredlich – um eine diplomatische und nicht rügbare Äußerung zu nutzen –, dass Sie trotzdem immer wieder behaupten, es sei anders. Sie wissen, dass Sie Falsches sagen, und wenn man etwas Falsches sagt und das auch weiß, dann nennt man das eigentlich – – Das will ich jetzt aber nicht sagen, sonst würde ich gerügt. Sie wissen aber, welches Wort ich verwenden wollte.

(Beifall bei der FDP)

Aber: Machen Sie ruhig so weiter. Umso mehr hebt sich hervor, was diese Landesregierung und die sie tragende Fraktionen von CDU und FDP im letzten Jahr gemacht haben und was wir künftig machen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen gestern vorgetragen, dass sich 14 Bundesländer an der elektronischen Aufenthaltsüberwachung beteiligen. Ich darf Ihnen sagen, das Kabinett des Freistaats Thüringen hat jetzt beschlossen, dass Thüringen als 15. Bundesland daran teilnehmen wird. Ist das keine Erfolgsstory für die technische Ausstattung unserer Justiz?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ist das kein Beweis dafür, wie wichtig unsere Rolle in der Bundesjustiz ist? Wie kämen 14 Länder sonst auf die Idee, uns Hessen die Verantwortung für die elektronische Überwachung ihrer ehemaligen Straftäter zu übertragen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Vertrauensbeweis für die Arbeit und die Effektivität der hessischen Justiz. Ich finde, das könnte auch ein Oppositionsabgeordneter wenigstens einmal anmerken, wenn vielleicht auch nicht ganz so begeistert, wie ich es gerade getan habe.

Zweitens. Wir haben bei der Sicherungsverwahrung eine Herkulesaufgabe vor uns, die wir erfolgreich lösen werden. Ja, ich hatte einmal die Hoffnung – auch damals waren Sie sich nicht zu schade, das zu karikieren –, dass wir gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Lösung finden könnten. Das war ein Angebot des Landes Hessen. Ich weiß nicht, was daran kritikwürdig ist, wenn die benachbarten Bundesländer nunmehr nach anderen Lösungen suchen. Aber, verehrte Mitglieder der Opposition, daran, dass Sie nichts anderes zu kritisieren haben, merke ich, dass Kollege Kriszeleit, Frau Beer und ich offensichtlich keinen ganz schlechten Job im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich mit der Feststellung schließen: In der Justiz werden im Jahr 2012 eine weitere technische Verbesserung und ein weiterer Versuch der Effektivierung Schwerpunkte der Arbeit sein. Was Europa betrifft, werden es auf der einen Seite die bauliche Ausstattung in Brüssel und auf der anderen Seite eine bessere Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen sein, die dort anstehen.

Ich nenne in dem Zusammenhang den Finanzplatz Frankfurt am Main, und ich verweise auf das Thema Finanztransaktionssteuer. Mit der Hessischen Landesregierung wird es keine Finanztransaktionssteuer ausschließlich für die Euroländer geben; denn das wäre für den Finanzplatz Frankfurt am Main ein großes Übel, und es wäre darüber hinaus ein Killer von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Was die Integration betrifft, wollen wir unsere Partnerschaft mit der türkischen Region Bursa weiter ausbauen. Wir wollen hier das vollenden, womit ich begonnen habe: Wir wollen, dass sich Menschen, die in Hessen leben, deren Großeltern aber nicht aus dem Vogelsberg oder aus dem Knüll stammen, hier genauso wohlfühlen wie die anderen und genauso wenig Angst zu haben brauchen. Das ist die Aufgabe der Landesregierung für das nächste Jahr. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 05. Ich stelle fest, dass der Einzelplan 05 gelesen worden ist.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –

auf. In Verbindung damit rufe ich auch

Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung – und

Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –

auf. Als Erster hat Herr Kollege Norbert Schmitt, SPD, das Wort.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Vorfeld der Abstimmung des Haushaltsplanentwurfs 2012 in zweiter Lesung möchte ich Folgendes feststellen.

Erstens. Im Vorfeld der zweiten Lesung haben weder die Landesregierung noch die Regierungsfractionen Anträge vorgelegt, mit denen der Haushaltsplanentwurf ins Lot gebracht werden kann, sodass er verfassungsrechtlich unbedenklich ist. Die Nettoneuverschuldung soll weiterhin um 358 Millionen € über den Landesinvestitionen liegen. Dies widerspricht Art. 141 der Hessischen Verfassung.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Die Rede fängt schon verkehrt an!)

Zweitens. Mit unseren Anträgen machen wir deutlich, dass ein verfassungsgemäßer Haushalt möglich ist. Die Regierung ist nämlich ihrer Einnahmeverantwortung nicht nachgekommen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Die meisten Länder haben inzwischen die Grunderwerbsteuer erhöht. Übrigens wurden diese Entscheidungen in sehr unterschiedlichen parteipolitischen Konstellationen getroffen. In Hessen sind wir diesem Beispiel nicht gefolgt. Wir, die SPD, haben dies aber beantragt.

Außerdem bekennen wir uns, auch aus ökologischen Gründen, zur Grundwasserabgabe. Sie ist ein wichtiges Steuerungsinstrument im ökologischen Umgang mit dem Wasser, und sie ist gleichzeitig ein wichtiges Instrument, wenn es darum geht, die Situation der Landesfinanzen zu verbessern.

Meine Damen und Herren, die Aufstellung eines verfassungsgemäßen Haushalts ist auch dann möglich, wenn die Einsparpotenziale ausgeschöpft werden. Dies fängt mit den völlig überzogenen Stellenbesetzungen in den hessischen Ministerien und in der allgemeinen Verwaltung an.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Es setzt sich mit den überzogenen sächlichen Verwaltungsausgaben fort, die in diesem Haushaltsplanentwurf eine Steigerungsrate von 5,6 % aufweisen. Ursprünglich war eine Steigerung um 1 % vorgesehen. Dazu kann man wirklich sagen: als Löwe gestartet, als Bettvorleger gelandet.

Drittens stelle ich fest, dass man mit den Instrumenten, die ich erwähnt habe, Einnahmeverbesserungen in Hessen ermöglichen kann. Wir schauen dabei nicht auf den Bund, sondern wir haben Vorschläge für das gemacht, was in Hessen möglich ist. Mit den Instrumenten zur Einnahmeverbesserung in Hessen und dem Nutzen von Einsparmöglichkeiten kann man wichtige Impulse setzen.

Wir wollen – das haben wir in unseren Anträgen auch dargelegt – die ungerechtfertigte Kürzung bei den hessischen Kommunen in Höhe von 344 Millionen € rückgängig machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Vorschläge dafür gemacht, wie eine gute Bildung sichergestellt werden soll. Darüber ist gerade diskutiert worden. Wir wollen mit unseren Anträgen – das wird

im Zusammenhang mit dem Einzelplan 08 gleich noch erörtert werden – die soziale Gerechtigkeit in Hessen garantieren. Auch die ökologische Verantwortung ist für uns ein Schwerpunkt, insbesondere die Umsteuerung hin zu erneuerbaren Energien. All dies ist finanzierbar, wenn man sich endlich beim Sparen anstrengt und Einnahmeverbesserungen anstrebt.

(Beifall bei der SPD)

Viertens darf ich feststellen, dass die Eckdaten des Haushalts weiterhin als dramatisch zu bezeichnen sind. Ausgabesteigerungen wie in Hessen plant nach einer jüngsten Befragung eigentlich nur das Land Niedersachsen. Nur in Niedersachsen sieht es genauso schlecht wie in Hessen aus. Der Niedersächsische Landtag weist übrigens eine ähnliche parteipolitische Zusammensetzung auf.

(Günter Rudolph (SPD): Aber nicht mehr lange!)

Ausgeglichene Haushalte im Jahr 2012 planen Mecklenburg-Vorpommern – die haben im Jahr 2011 sogar Schulden getilgt –, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Wo bleibt eigentlich der Zwischenruf, das seien alle Länder, die Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommen?

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege Milde, das wollten Sie doch gerade dazwischenrufen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Genau. – Wenn aber das Argument zutrifft, man stehe wegen der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich so schlecht da, warum legen dann Bayern und Baden-Württemberg Haushalte ohne Verschuldung vor? Herr Finanzminister, diese Frage müssen Sie sich doch stellen. Die Ausrede gilt nicht, wenn diese Länder, die in den Länderfinanzausgleich genauso viel einzahlen, Haushalte ohne Verschuldung vorlegen können.

Letzter Satz. Eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 1,536 Milliarden € widerspricht der Hessischen Verfassung. Sie ist nicht hinzunehmen. Die Landesregierung ist aufgefordert, zur dritten Lesung endlich einen verfassungsgemäßen Haushaltsplanentwurf vorzulegen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Milde, CDU-Fraktion.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf damit beginnen, zu sagen, dass Herr Kollege Schmitt überhaupt keine Ahnung von Haushaltsfragen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dazu muss ich sagen, dass der Kollege Kaufmann das im Haushaltsausschuss eindrucksvoll bestätigt hat. Dass dieser Haushaltsplanentwurf verfassungskonform ist, hat der Kollege Kaufmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss noch einmal ins Stammbuch geschrieben.

Herr Kollege Schmitt, da Sie auf der Tagung der finanzpolitischen Sprecher der SPD gewesen sind, hätten Sie gleich einmal fragen können, wie das in anderen Bundesländern ist. Bundesweit gibt es ziemlich einheitliche Richtlinien dafür, was verfassungskonform ist. Wir halten uns genau an diese bundesweiten Richtlinien. Deshalb ist dieser Haushaltsplanentwurf eindeutig verfassungskonform – das hängt nicht nur von der Zustimmung von Herrn Kaufmann ab –, und wir können gerade in solchen Zeiten stolz darauf sein, dass das gelungen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will noch dazusagen: Dass das nicht einfach war, zeigt sich daran, dass die Nettoneuverschuldung um ein Drittel gesunken ist. Es werden über 700 Millionen € weniger neue Schulden gemacht. Wenn Sie sich die letzten zwei Jahre anschauen, stellen Sie fest, dass die Nettoneuverschuldung nur noch halb so hoch ist. Wir sind auf einem verdammt guten Weg, entweder im Jahr 2018 oder im Jahr 2019 – in jedem Fall vor dem Datum 2020 – einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Das haben wir den Wählerinnen und Wählern versprochen, und das werden wir auch halten.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden es anders machen, als es die SPD – zumindest öffentlich – verkündet hat, nämlich ohne dass wir an allen Ecken und Enden die Steuern erhöhen. Wir werden uns erst einmal ansehen, welche Ausgaben notwendig sind und welche nicht. So, wie wir es bei diesem Haushaltsplanentwurf gemacht haben, werden wir auch in den nächsten Haushaltsplänen Einsparungen vornehmen. Ich warte darauf, dass die SPD-Fraktion endlich einmal ihre Anträge dazu vorlegt, die sie angekündigt hat.

(Petra Fuhrmann (SPD): Gemach, gemacht!)

Ich habe noch keinen einzigen Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2012 gesehen. Einen solchen Antrag müssen Sie vorlegen, und wenn wir ihn vor uns haben, können wir darüber debattieren, was sinnvoll ist und was nicht.

(Zurufe von der SPD)

Tatsache ist: Sie wollen nirgends sparen, sondern Sie wollen an allen Ecken und Enden die Steuern und die Ausgaben erhöhen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Da Sie das so kritisiert haben, will ich sagen: Wir geben besonders viel Geld für die Kommunen aus. Sie haben hier die Ausgabensteigerungen – verglichen mit Niedersachsen – genannt: Der größte Posten bei den Ausgabensteigerungen ist der Kommunale Finanzausgleich.

Noch niemals in der Geschichte Hessens haben die Kommunen von Landesseite so viel Geld überwiesen bekommen, wie sie es im Jahr 2012 bekommen werden. Meine Damen und Herren, das ist keine Selbstverständlichkeit, das ist durch die gute Wirtschaftspolitik, die wir in Hessen machen, hart erarbeitetes Steuergeld, das wir hier ausschütten können. Darauf können wir in Hessen auch stolz sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Ach du liebe Güte, immer diese Selbstbeweihräucherung!)

Beim Kommunalen Finanzausgleich will ich Ihnen auch sagen, dass das natürlich keine einfache Geschichte ist.

Schauen Sie sich z. B. einmal an, was in Thüringen passiert. In Thüringen, wo die SPD mitregiert, hat man den Kommunalen Finanzausgleich um 200 Millionen € gekürzt, mit der Aussage – man höre und staune –: Die Kommunen haben so hohe Gewerbesteuererinnahmen gehabt, dass ihre Einnahmen ausreichen, um ihre Aufgaben zu bewältigen. – Wenn wir diesen Maßstab in Hessen ansetzen würden, müssten wir den Kommunalen Finanzausgleich weiter kürzen. Das machen wir nicht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Oh, oh, oh!)

Wir sind stolz darauf, dass unsere Kommunen in Hessen so hohe Einnahmen haben. Die Steuereinnahmen sind jetzt zwischen Kommunen und Land fair verteilt, und wir werden unsere Politik danach ausrichten, dass wir durch eine gute Wirtschaftspolitik, durch höhere Einnahmen, die wir dann erzielen werden, gemeinsam mehr Geld in der Kasse haben, und dann ist das Verhältnis zwischen den Kommunen und dem Land ordentlich, und allen geht es gut. Darauf werden wir bauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss will ich Ihnen sagen: Es ist natürlich richtig, dass wir die ganzen Wohltaten in anderen Bundesländern, die Sie eben aufgezählt haben, im Länderfinanzausgleich mitfinanzieren. Unabhängig davon, ob es Bayern im Moment schafft, einen ausgeglichenen Haushalt hinzulegen, was im Wesentlichen darauf beruht, dass Bayern ein ganz anderes Grundvermögen hatte und den Haushalt durch Verkäufe immer noch ausgleichen kann, werden wir an der Seite Bayerns dafür kämpfen, dass der Länderfinanzausgleich gerecht gestaltet sein wird. Gerecht heißt, dass wir nicht weiterhin mit dem Steuergeld der Hessen die Kindergartenplätze in anderen Bundesländer finanzieren, sondern dafür sorgen, dass das hart erarbeitete Geld der Hessen auch in Hessen bleibt. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Milde. – Das Wort hat Frau Abg. Erfurth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Milde, vorab eine Anmerkung zur hessischen Verfassungsgrenze. Herr Kollege Kaufmann, den Sie hier als Kronzeugen herangezogen haben, hat Ihnen im Haushaltsausschuss klar und deutlich belegt, dass die enge hessische Verfassungsgrenze immer gegolten hat,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

bis die weimarschen Ausrisse kamen und Weimar erklärt hat: Die gilt jetzt nicht mehr, und jetzt haben wir eine andere Verfassungsgrenze. – Auch das hat Herr Kollege Kaufmann klar und deutlich formuliert, und er hat sozusagen ein bisschen abseits von dem, was Herr Schmitt vertreten hat, gesagt, wir würden nicht klagen, weil wir glauben, dass uns das Bundesverfassungsgericht hier nicht recht geben würde, weil nämlich die hessische Verfassungsgrenze in allen anderen Bundesländern nicht gilt. Das ist ein ganz klarer Unterschied, und es ist nicht das, was Sie da hineininterpretieren wollen, Herr Milde. Das ist ganz klar etwas anderes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Er hat gesagt, es ist verfassungskonform!)

Wir haben uns über Jahre an die enge hessische Verfassungsgrenze gehalten, auch immer getrieben von der CDU, die uns vorgeworfen hat, wir würden die Haushalte nicht ausgleichen. Ich denke, Sie sollten sich da ein bisschen zurücknehmen, sonst graben wir diese ganzen alten Protokolle wieder aus. Von daher gilt, ein bisschen herunterzukommen und hier nicht Siegel hervorholen zu wollen, wo es keine gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Konjunktur läuft gut; die Steuereinnahmen sprudeln. Als wir im letzten Jahr über den Haushalt sprachen, hätten wir das in diesem Ausmaß nicht für möglich gehalten. Ich sage auch: Es ist gut, dass es so ist. Die Frage ist aber: Was macht der hessische Finanzminister mit dieser glänzenden Ausgangslage? – Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Steuereinnahmen entsprechend dem Haushaltsentwurf um 1,5 Milliarden € ansteigen und sich der Finanzminister lobt, er könne die Nettoneuverschuldung um gut 700 Millionen € zurückfahren. Trotzdem bleibt die Nettoneuverschuldung aber bei über 1,5 Milliarden €. Das ist kein gutes Ergebnis, und wir hätten uns bei der Aufstellung des Haushalts schon ein bisschen mehr Ehrgeiz gewünscht.

Außerdem verärgert der Finanzminister die Kommunen mit Rechentricks. Herr Milde, genau das haben auch Sie eben wieder getan, indem sie nämlich die Eigenmittel der Kommunen aus der Kompensationsumlage, die die kreisangehörigen Gemeinden an die Landkreise und die kreisfreien Städte zahlen, in die Finanzausgleichsmasse hineinrechnen müssen. Das geht so nicht, und das sind üble Rechentricks, die das Ergebnis schönrechnen. Ich finde, das hätten Sie nicht nötig, und das sollten Sie auch nicht tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im Gegensatz zu dieser Landesregierung haben wir Vorschläge erarbeitet, wie wir uns Haushaltspolitik vorstellen, die den Namen „zukunftsfit“ wirklich trägt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen mittlerweile drei finanzpolitische Konzepte vorgelegt und Ihnen gesagt, wie wir mit den drei finanzpolitischen E, nämlich mit Einsparungen, Effizienzsteigerungen und Einnahmenerhöhungen, die Haushaltspolitik auf eine bessere, solidere Grundlage stellen wollen. Unsere Haushaltsanträge, die wir Ihnen zur nächsten Sitzung im Haushaltsausschusses vorlegen werden, werden eine weitere Reduzierung der Nettoneuverschuldung um 540 Millionen € ermöglichen, und das, obwohl wir zusätzlich in Bildung, Umwelt und Soziales investieren. Warum schaffen wir das? – Weil wir aus dem Haushalt unsinnige Projekte herausnehmen. Das Unsinnprojekt Kassel-Calden soll endlich ad acta gelegt werden. Das Geld wollen wir für sinnvolle Projekte ausgeben, und wir wollen die in den Rücklagen gebunkerten Beträge einer sinnvollen Verwendung zuführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil wir uns auch zur Verantwortung des Landes für die Einnahmen bekennen – auch das war Teil des Schuldenbremsenkompromisses für die Hessische Verfassung –,

wollen wir, dass die Grunderwerbsteuer auf 4,5 % angehoben wird, so wie es in anderen, auch CDU-geführten, Bundesländern schon längst geschehen ist. Das sind alles Dinge – da bin ich sehr nahe bei Norbert Schmitt –, die die Landesregierung in eigener Regie umsetzen kann, und da müssen wir überhaupt nicht auf die Bundesregierung warten. Das können wir hier selbst tun, wenn denn der politische Wille da wäre, sich auch zur Einnahmeverantwortung zu bekennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Abschließend noch ein Wort zum Kommunalen Finanzausgleich. Auch hierzu haben wir ein Konzept vorgelegt, wie die Finanzverteilung zwischen Kommunen und Land auf partnerschaftlicher Ebene funktionieren kann. Die Landesregierung hat jetzt endlich, nach mehr als drei Jahren Diskussion, Vorschläge der Mediatoren vorgelegt, die leider das grundlegende Problem in der Finanzverteilung nicht lösen. Die Vorschläge des Finanzministers greifen altbekannte Probleme in der Finanzverteilung zwischen den Kommunen auf, und damit setzen sie aus unserer Sicht eine Stufe zu spät an. Trotzdem – auch das sagen wir – werden wir uns nicht verweigern, in der jetzt einberufenen Fachkommission mitzuarbeiten, damit endlich Bewegung in diesen Prozess kommt und sich wenigstens etwas tut.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Schwarz-Gelb treibt die Schulden in Hessen nach oben und nimmt die Einnahme- und Ausgabeverantwortung nicht so wahr, wie es die Herausforderungen des Landes erfordern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Erfurth. – Das Wort hat Herr Abg. Alexander Noll, FDP-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Steuersenkungen!)

Alexander Noll (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! – Herr Rudolph, das ist ein gutes Stichwort,

(Günter Rudolph (SPD): Ich weiß doch, dass auf Sie Verlass ist!)

dann können wir gleich einmal auf die Konzepte eingehen, die Sie vorlegen.

(Günter Rudolph (SPD): 2 %!)

– Da sehen Sie einmal. – Ich will mich bei dieser Stellungnahme zu den aufgerufenen Einzelplänen auf das Allerwesentlichste beschränken, weil die meisten Dinge bereits in den grundsätzlichen Stellungnahmen zu Eingang der Haushaltsdebatte geführt worden sind und auch bereits bei der Einbringung des Haushalts angesprochen worden sind.

Der Haushalt 2012 sorgt für eine deutliche Verlangsamung der Neuverschuldung und hält die Vorgaben der Verfassung ein, auch wenn die SPD in dieser Frage anderer Meinung ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sparsamer und effizienter Umgang mit den Haushaltsmitteln sorgt für mehr haushaltspolitische Kontrolle und Flexibilität und ist ein weiterer entscheidender Schritt zu einem schuldenfreien Hessen. Die Zuwendungen an die Kommunen erreichen dabei eine Höhe wie noch nie in der Geschichte Hessens. Deswegen ist dies ein guter Haushalt. Es ist ein guter Haushalt für Hessen und seine Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mit der Vorlage dieses Haushaltsentwurfs werden wir es schaffen – wir müssen immer sehen, woher wir kommen –, die Neuverschuldung um 30 % zurückzuschrauben. Wir werden damit die Schallgrenze erreichen. Wir werden nämlich damit die von der Verfassung gegebene Grenze einhalten.

Es ist im Übrigen nicht so, dass Hinweise darauf bestehen, dass das verfassungswidrig sei. – Herr Schmitt ist jetzt nicht mehr da.

(Norbert Schmitt (SPD): Doch!)

Wenn Sie das gelesen haben, werden Sie anhand der Urteile des Staatsgerichtshofs sehen, dass keinerlei Hinweise darauf bestehen, dass die hier definierte Grenze verfassungswidrig wäre.

(Norbert Schmitt (SPD): Ach du lieber Gott!)

Ich komme jetzt auf die Investitionen zu sprechen. Es ist erfreulich, dass wir bei den Investitionen eine Kontinuität zeigen werden. Seit einigen Jahren liegen sie um die 10 % des Haushaltsvolumens. Damit erhalten wir in Hessen die Substanz und schaffen entsprechende Impulse für die Konjunktur.

Die Kommunen werden im Jahr 2012 ca. 850 Millionen € mehr als im Jahr 2011 in den Taschen haben. Das setzt sich im Wesentlichen aus einer deutlichen Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs auf etwa 3,5 Milliarden € und aus deutlichen Steuermehreinnahmen zusammen, die sich natürlich auf der Grundlage der guten Wirtschaftspolitik und der guten Konjunktur ergeben werden.

Das ist für die Landkreise ganz besonders interessant. Natürlich kommt das auch aufgrund der Verbesserung wegen der Verlagerung der Bundesmittel für die Grundversicherung zustande.

Wir sehen der Umsetzung dieses Haushaltsplans mit großem Optimismus entgegen. Das wird ein großer Schritt in die richtige Richtung sein. Wir werden weiterhin an der Konsolidierung des Haushalts Hessens arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wir standen am Abgrund, jetzt sind wir einen Schritt weiter!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Noll, vielen Dank. – Das Wort erhält nun Herr Abg. Willi van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Ich habe das bereits heute Morgen erwähnt: Die hessische Finanzpolitik für das Haushaltsjahr 2012 wird vor allem davon geprägt sein, dass gehofft wird, dass die Steuereinnahmen deutlich höher ausfallen, als noch am Anfang die-

ses Jahres zu erwarten war. Frau Kollegin Erfurth hat darauf hingewiesen. Ich bin sehr froh, dass wir diese Ausstattung haben werden.

Ich betone das, weil ich hoffe, dass die Erwartung auch so eintrifft. Denn mittlerweile warnt beispielsweise auch die EU-Kommission davor, dass wir einer neuen Rezession entgegengehen würden, sodass man nicht davon ausgehen kann, dass sich die positive Entwicklung dieses Jahres fortsetzen wird.

Insgesamt erwarten wir also fast 1,7 Milliarden € mehr an Einnahmen, als noch im Haushalt 2011 eingeplant waren. Wie gesagt, das ist erfreulich, aber die Landesregierung hat dazu nur einen sehr kleinen Teil beigetragen. Sicher, man muss Ihnen zugestehen, dass Sie mit dem Konjunkturprogramm grundsätzlich reagiert haben, auch wenn wir uns im Einzelnen sicherlich nicht über die Frage einig sind, wofür das Geld ausgegeben wurde.

Was nun aber im laufenden und im hier zu beratenden Haushalt passieren soll, ist komplett das Gegenteil dessen, was Sie mit dem Konjunkturprogramm versucht haben. Auf der einen Seite wollen Sie den Haushalt auf Kosten der Kommunen mit dem Hinweis auf die Schuldenbremse zusammenkürzen. Auf der anderen Seite bestätigen Sie uns, dass Prestigeprojekte wie der Bau des Flughafens Kassel-Calden um jeden und zu jedem Preis gebaut werden sollten. Das geht gar nicht.

Es kann nicht angehen, dass Sie den Kommunen im Jahr 2011 344 Millionen € aus dem kommunalen Finanzausgleich gestrichen haben und sich jetzt hierhin stellen und behaupten, dass die Kommunen im Jahr 2012 so viel Geld wie noch nie haben würden.

(Beifall der Abg. Janine Wissler und Barbara Cárdenas (DIE LINKE) – Zuruf: Das ist aber so! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, ihnen fehlen mindestens die 344 Millionen € aus diesem Jahr.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Grundrechenarten sind bei uns zu Hause. Bei den Mitgliedern der CDU-Fraktion ist das möglicherweise nicht der Fall. Es ist klar, dass die 344 Millionen € da fehlen.

(Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Denn wenn der kommunale Finanzausgleich noch so wie im Jahr 2010 aussehen würde, dann hätten die Kommunen diese 344 Millionen € mehr. Das verschweigen Sie immer. Bis heute sind Sie uns die Erklärung schuldig geblieben, warum das, was im Jahr 2010 noch richtig war, heute nicht mehr billig ist. Das ist vor allem deshalb pikant, weil Sie hinsichtlich der Ausgabenseite immer gern lamentieren, wie viel Geld Sie ausgeben, aber nie auch nur ein Wort darüber verlieren, wie Sie mehr Geld einnehmen wollen. Herr Dr. Schäfer, sehen Sie Ihre Einnahmeverantwortung als Verfassungsprosa an?

Wir haben mit Interesse gesehen, dass mit diesem Haushalt ein Zukunftsfonds eingerichtet werden soll. Zukunftsfonds, das hört sich erst einmal gut an. Sicherlich sind auch einige Dinge dabei, die aus diesem Zukunftsfonds finanziert werden sollen, von denen ich sagen würde, das kann man machen. Das betrifft etwa die Maßnahme, die etwas großspurig Nachhaltigkeitsoffensive genannt wird. Sie soll dazu beitragen, den Klimaschutz voranzubringen.

Anderes, wie etwa das Landesstraßenbauprogramm, ist in diesem Fonds doch etwas fehl am Platze. Das ist vor allem deshalb der Fall, weil mit 20 Millionen € eine Summe in den Straßenbau gesteckt werden soll, die Sie bei der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs streichen wollen. Ich zweifle aber, ob der Straßenbau die Zukunft des Landes sichern wird.

Am meisten an dem Fonds erstaunt aber, dass er sich aus Verkäufen finanzieren soll. Warum Sie hier offensive Zukunftsinvestitionen, oder zumindest das, was Sie dafür halten, an das Verschern des Landesvermögens binden, ist mir ein Rätsel.

(Alexander Noll (FDP): Wer verscherbelt denn da etwas?)

Zum einen macht es wirtschaftlich keinen Sinn, Investitionen in der Höhe der Veräußerungsgewinne zu tätigen. Soll das zum anderen etwa heißen, dass, wenn das Land diese Veräußerungsgewinne nicht erzielt, auch die Investitionen ausfallen?

All das ist nichts weiter als der Ausdruck Ihrer Handlungsunfähigkeit. Es ist das Zucken einer Politik, die es aufgegeben hat, zu fragen, wie die gesellschaftlichen Aufgaben erfüllt werden können und wie diese finanziert werden sollen.

Der Verkauf des Vermögens ist immer der letzte Schritt vor der Abwicklung. Damit aber mit dieser Landesregierung nicht das ganze Land abgewickelt werden muss, muss endlich mit weiteren Steuersenkungen Schluss sein. Wir sollten uns doch gemeinsam wenigstens darauf einigen können, dass die Steuersenkungssekte FDP von niemandem mehr gebraucht wird.

(Beifall der Abg. Janine Wissler, Barbara Cárdenas (DIE LINKE) und Norbert Schmitt (SPD))

Wir als LINKE fordern darüber hinaus aber auch, dass sich der Staat endlich wieder ordentlich finanziert, indem er die Reichen zur Kasse bittet. Angesichts dessen, dass die reichsten 10 % der Bürger mehr als 60 % des Vermögens besitzen, kann es wohl kaum eine Politik für die Mehrheit der Menschen sein, wenn die Steuern weiter gesenkt werden.

Ich will darauf hinweisen, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund und ver.di in Frankfurt eine schöne Uhr stehen haben. Ich gehe immer wieder gerne darauf ein. Sicherlich ist es so, dass der Bund der Steuerzahler darauf hinweist – ob die dann die Steuern zahlen wollen, will ich einmal kritisch hinterfragen –, dass wir insgesamt 2 Billionen € Schulden haben. Wir besitzen in der Bundesrepublik Deutschland aber ein Geldvermögen in Höhe von 7,4 Billionen €. Die oberen 10 % der Bürger dieses Landes besitzen 4,6 Billionen €. Selbst wenn sie die Schulden der öffentlichen Hand übernehmen würden, hätten sie immer noch Reichtum, der dort angesiedelt wäre.

Übrigens: Die unteren 10 % der Bürger haben 13 Milliarden € Schulden. – Das ist die reale Situation bei uns. Wir brauchen deshalb die Vermögensteuer und insgesamt ein Steuersystem, das die Reichen endlich wieder angemessen an der Finanzierung des Staates beteiligt. Ja, wir brauchen eine Umverteilung von oben nach unten, und zwar jetzt. – Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Janine Wissler und Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege van Ooyen, vielen Dank. – Herr Kollege van Ooyen, der Begriff Steuersenkungssekte im Hinblick auf die FDP hat uns doch etwas verwirrt. Wir haben Parteien und Fraktionen, keine Sekten.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Okay!)

Ich wollte einfach einmal darauf hinweisen, damit Sie sich das merken.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Präsident, vielen Dank!)

Jetzt erhält der Finanzminister das Wort.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der bisherige Verlauf der Debatte lässt für mich den Schluss zu, dass in diesem Hause jedenfalls große Zufriedenheit zumindest hinsichtlich der Entwürfe der Einzelpläne 06 und 18 herrscht. Denn ich habe keine einzige kritische Bemerkung zu dem Inhalt der Entwürfe dieser Pläne gehört. Vielmehr gab es die Wiederholung der Generaldebatte zum Haushaltsentwurf im Allgemeinen. Für diesen Teil des Kompliments darf ich schon einmal herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es bleibt der allgemeine Teil der Generaldebatte, die ich an der Stelle gar nicht verlängern will. Ich möchte nur einige wenige Hinweise geben.

Natürlich ist es für eine Opposition immer schwierig, die Finanzpolitik eines Landes zu attackieren, wenn sich die Nettoneuverschuldung so entwickelt, wie sie sich in der letzten Zeit entwickelt hat. Als ich vor etwas mehr als 15 Monaten die Verantwortung für die Finanzpolitik dieses Landes übernehmen durfte, mussten wir krisenbedingt noch mit einer Nettoneuverschuldung von über 3 Milliarden € rechnen. Dass wir jetzt den Landeshaushalt des kommenden Jahres mit immer noch – oder nur, je nachdem, wie Sie es sehen wollen – 1,5 Milliarden € planen können, also der Hälfte dessen, was dort einmal diskutiert worden ist, hätte zum damaligen Zeitpunkt nie ein Mensch für möglich gehalten. Wir sind auf einem unglaublich schnellen Weg in der Reduzierung der Nettoneuverschuldung in diesem Land, wie wir es selbst nicht geglaubt und wie es uns vor allem auch andere nicht zgetraut hätten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist und bleibt Faktum.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Man kann sich natürlich wünschen, dass es noch schneller geht. Klar, da bin ich der Erste, der herzlich gern dabei ist, sich an diesem Wunsch zu beteiligen. Nur wäre ich dann auch dankbar für Vorschläge, die geeignet sind, die Aktualität der politischen Debatte eines Tages zu überleben, meine Damen und Herren.

Ich will das nur an einem Beispiel deutlich machen: Die Sozialdemokraten haben ihre Ideen, wie sie den Haushalt verändern wollen, am 3. November der Öffentlichkeit vorgestellt. Bestandteil dieser Ideen, wie man es anders machen könnte, ist die Annahme, dass wir im nächsten Jahr 160 Millionen € mehr einnehmen, als im Haushaltsplan stehen. Einen Tag später hat der Kollege Schmitt noch als Bilanz der Steuerschätzung erklärt, die Steuerschätzung bestätige eindrucksvoll diese 160 Millionen €

mehr, um sich dann in der Woche darauf im Haushaltsausschuss darüber zu beschweren, man habe ihn ja gar nicht korrekt über die Ergebnisse der Steuerschätzung unterrichtet, und verwundert zur Kenntnis zu nehmen, dass andere Länder wahrscheinlich mehr von der Steuerschätzung profitierten als wir und wir bei den Steueransätzen das würden erwarten dürfen, was wir bisher ange setzt hatten. Es war also nichts mit 160 Millionen € mehr.

Herr Schmitt, das liegt auf einer Linie damit, wie Sie sich bei der Berechnung der Verfassungsgrenze in der ersten Lesung verrechnet haben. Versuchen Sie es doch einmal mit seriöser Zahlenarithmetik, bevor Sie hierhin kommen und anderen vorwerfen, sie würden ihren Haushalt nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Sie haben zu früh die cursorische Lesung verlassen!)

Herr Schmitt, wenn Sie eine Steuerschätzung auswerten, deren Inhalte Sie zu kennen glauben, und öffentlich erklären, Sie würden sie kennen, wäre es einfach klug, wenn dem auch so wäre. Das würde Ihnen solche Debatten wie hier ersparen und der Seriosität Ihrer Argumentation möglicherweise künftig etwas mehr Autorität verleihen.

Lassen Sie mich einen weiteren Gesichtspunkt hinzufügen: Natürlich bleiben die Zukunftsherausforderungen dieses Haushaltes beträchtlich. Und natürlich ist mit jedem Tag, an dem über die europäische Schuldenkrise diskutiert wird, die ökonomische Entwicklung – die sich in den letzten Monaten wieder etwas positiver als ursprünglich erwartet dargestellt hat – ein zusätzliches Risiko, mit dem wir arbeiten und leben müssen.

Aber wenn es gelingt, die Dinge halbwegs auf Kurs zu halten, und wenn sich die ökonomische Entwicklung etwa entlang der Linien bewegen wird, wie wir sie im Moment in den Prognosen sehen und die in ihrem Optimismus schon ein Stück zurückgenommen sind, haben wir eine sehr gute Chance – in der Kombination aus weiterhin sparsamer Haushaltswirtschaft und einer klaren Struktur, wie wir die Dinge langsam nach unten bewegen –, die Herausforderungen der Schuldenbremse – auf der einen Seite den Haushalt zu konsolidieren und auf der anderen Seite die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Prozess mitzunehmen – zu bewältigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Weg werden wir entschlossen weitergehen und die Nettoneuverschuldung in den nächsten Jahren zurückführen. Darin lassen wir uns von niemandem beirren. Das werden wir der Reihe nach, Schritt für Schritt, realisieren. Der Haushalt des nächsten Jahres, der die Regelgrenze der Verfassung wieder einhält, ist ein wesentlicher Beitrag dazu.

Herr Schmitt, wenn Sie der Meinung sind, dieser Haushalt sei verfassungswidrig, rufen Sie doch den Staatsgerichtshof an, wenn Sie den Mut dazu haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Es ist heute ein guter Tag dafür!)

– Wenn Sie der Auffassung sind, rufen Sie ihn an.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, gut!)

Machen Sie es, dann haben wir endlich Klarheit in der Frage, wie wahrscheinlich es am Ende ist, dass sich der Hessische Staatsgerichtshof sozusagen gegen die verfassungsrechtliche Lage aller anderen Bundesländer für das Land Hessen entscheidet. Das ist eine Frage, die Sie bewerten müssen, ob Sie an der Stelle das Risiko einer kra-

chenden Niederlage eingehen wollen. Aber rufen Sie den Staatsgerichtshof an, oder erklären Sie, dass Sie diese Vorwürfe nicht mehr erheben – beides zusammen geht nicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Meine Damen und Herren, es gibt keine Wortmeldungen mehr. Damit ist der Einzelplan 06 gemeinsam mit den Einzelplänen 17 und 18 gelesen.

Ich rufe

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung –

auf. Erster Redner ist der Kollege Frankenger, SPD-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Guter Mann!)

Uwe Frankenger (SPD):

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Wirtschaftsministeriums, aber auch der Hausspitze erst einmal ausdrücklich ein Lob aussprechen. Ich habe selten eine so gut vorbereitete cursorische Lesung erlebt wie in diesem Jahr. Ich finde, das kann man an dieser Stelle einmal sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Das ist aber kein Lob für den Inhalt und vor allem kein Lob für die Schwerpunktsetzung dieses Hauses, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU)

Aber ich glaube, das haben Sie so auch nicht erwartet. Angesichts der kurzen Redezeit kann ich hier nur auf einige Aspekte eingehen.

Ich möchte etwas ansprechen, was die Menschen in Deutschland sehr beschäftigt. Die öffentliche Infrastruktur in Deutschland – Straße, ÖPNV, Bahn – ist seit vielen Jahren unterfinanziert. Wir alle wissen das, und ich sage das auch erst einmal ohne Schuldzuweisung an irgendwen hier im Hause.

Allein für Instandhaltungsmaßnahmen sind in den kommenden Jahren Milliarden Euro notwendig. Dann ist noch keine einzige neue Straße gebaut und noch kein zusätzliches Bahngleis in Betrieb genommen. Ich erinnere hier einmal an die unsägliche Geschichte des ICE-Ausbaus Frankfurt – Fulda, meine Damen und Herren.

Herr Minister Posch, da hilft auch kein Ankündigungsbahngipfel, bei dem keine konkreten Ergebnisse vorgelegt werden. Ein Wunsch-dir-was-Katalog hilft bei diesen Problemen nicht weiter. Es ist auch nicht in Ordnung, dass Sie – anstatt dringend benötigte Mittel für den ÖPNV zur Verfügung zu stellen – bei den hessischen Verkehrsverbänden auch noch 20 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich kürzen. Das ist nicht in Ordnung, damit haben Sie dem ÖPNV in Hessen einen Bärendienst erwiesen.

In Sonntagsreden bezeichnet sich diese Koalition immer als die Koalition der Infrastruktur, und am Montag macht sie dann das genaue Gegenteil.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja nicht wahr!)

Die Mitglieder des Landtags bekommen im Moment eine stattliche Anzahl an Briefen von den Straßenbauunternehmen mit der Aufforderung, im Straßenbau auf Kürzungen zu verzichten und die Mittel auch noch aufzustocken. Für dieses Anliegen haben wir hier im Haus wahrscheinlich alle großes Verständnis. Ich will darauf hinweisen, dass in den Schreiben gleichzeitig immer wieder die Notwendigkeit der Schuldenbremse betont wird. Das ist wahrscheinlich eine nicht immer ganz einfache Diskussion.

Keiner hier hat ein Patentrezept. Aber ich glaube, da muss auf einen Sachverhalt hingewiesen werden, der uns an dieser Stelle trennt. Ich betone das besonders bei einem von der FDP geführten Ministerium: Es ist einfach unredlich, den Menschen in Deutschland zu erzählen, wir könnten einerseits Steuersenkungen vornehmen, aber andererseits die notwendigen Mittel für die Förderung der Infrastruktur in Deutschland bereithalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das können wir uns schlichtweg nicht leisten. Das ist so, als würden Sie versuchen, den Leuten einzureden, Ihnen gelänge die Quadratur des Kreises. Das ist nicht so. Wer von einem ausgeglichenen Haushalt spricht, der muss auch davon sprechen – ich sage das ausdrücklich an die Adresse der FDP –, dass Einnahmen und Ausgaben in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander stehen müssen. Meine Damen und Herren, erzählen Sie den Leuten doch nicht, dass wir auf der einen Seite Steuern senken können, aber auf der anderen Seite genügend Geld für die Infrastruktur zur Verfügung haben. Das gelingt Ihnen nicht. Und das wissen auch die Menschen hier im Land.

Meine Damen und Herren, nachhaltige und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen durch die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft. Aus Forschung werden Produkte. In meiner Heimat Nordhessen kann genau verfolgt werden, wie wichtig und nachhaltig eine Universität dazu beitragen kann, eine Region mit nach vorne zu bringen.

Der Kollege Arnold hat vorhin von der niedrigen Arbeitslosenquote in Nordhessen gesprochen. Wir sind der Meinung, dass in diesem Bereich viel zu wenig getan wird. Deswegen wollen wir für den Technologietransfer in Hessen 4 Millionen € mehr Geld einstellen. Das ist gut angelegtes Geld für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Energiewende will, der muss auch bereit sein, die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Hier sind aus unserer Sicht stärkere Anstrengungen notwendig, als sie die Landesregierung im Moment unternimmt. Ich erinnere an die Förderung der Elektromobilität. Ein Aufzählen und die Präsentation von Maßnahmen bei der IAA, die in Hessen gemacht werden, ist alles schön anzuhören, hilft aber nicht weiter und ersetzt vor allen Dingen kein Konzept. Andere Bundesländer sind weiter.

Geradezu fahrlässig sind die Kürzungen bei der Städtebauförderung. Die kommunale Familie hat die Kürzungen zu Recht heftig kritisiert. Mit diesen Mitteln sind in den vergangenen Jahren sinnvolle Maßnahmen zu nachhaltiger Stadtentwicklung eingesetzt und angestoßen worden. Das gleiche Problem haben wir bei der Dorferneuerung. Zu guter Letzt, wenn wir über die Entwicklung des ländlichen Raums sprechen, kann ich nur an Sie ap-

pellieren und hoffen, dass Sie den vor einem Jahr gemeinsam getragenen Weg bei der Förderung des Breitbandausbaus gerade im ländlichen Raum auch weiterhin gemeinsam gehen wollen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Frankenberger. – Das Wort hat der Abg. Dr. Arnold, CDU-Fraktion.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es sehr gut, wie der Kollege Frankenberger seine Rede mit einem Lob für das Ministerium begonnen hat. Es hätte mich gefreut, wenn Sie ein Lob für die hessische Wirtschaftspolitik gleich angeschlossen hätten. Aber das ist vielleicht zu viel verlangt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Was Sie aus Ihrer politischen Situation heraus vielleicht nicht machen konnten, will ich deutlich machen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Alles wird gut, Herr Arnold!)

Wir haben das heute mehrfach gehört, aber die Zahlen sind zu schön, als dass man sie nicht noch einmal erwähnen könnte. Wir haben in Hessen einen Arbeitsmarkt, der so gut wie nie zuvor in 40 zurückliegenden Jahren ist, eine absolut niedrige Arbeitslosenquote.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr Kollege Frankenberger, Sie haben angesprochen, Sie kommen aus Nordhessen. Wer hätte vor fünf Jahren gedacht, dass Nordhessen heute mit 5,1 % eine bessere Arbeitslosenquote als Mittel- und Südhessen hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und bei der FDP)

Ich war vergangene Woche in Waldeck-Frankenberg. Waldeck-Frankenberg hat insgesamt eine Arbeitslosenquote von 4,4 % und die Stadt Frankenberg selbst von 3,5 %. Das ist sagenhaft und auch ein Zeichen für eine gute Wirtschaftspolitik der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Fulda will ich mit 3,5 % nicht nennen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch so gar nicht wahr!)

– Herr Kollege Al-Wazir, lassen Sie doch die Fakten für sich sprechen. Es mag ja sein, dass es Ihnen nicht gefällt, dass wir so gute Arbeitslosenzahlen haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gefällt mir, aber es liegt doch nicht an Ihnen!)

– Wunderbar, es freut mich, dass Sie das auch so sehen. – Worauf es mir ankommt, ist die zweite Zahl als Indikator, wie leistungsfähig die hessische Wirtschaft ist. Das ist das eben schon erwähnte Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2011 mit 4,3 %, der beste Wert seit 40 Jahren. Das zeigt, dass wir in Hessen ganz hervorragende Unternehmen haben, eine motivierte und hoch qualifizierte Ar-

beitnehmerschaft. Aber das ist auch ein Ergebnis einer ausgezeichneten Wirtschaftspolitik im Lande Hessen.

An dieser Stelle möchte ich deutlich sagen: Dazu gehört z. B. ein Konjunkturprogramm mit 3,3 Milliarden €, mit 5.500 Projekten, mit 25 % der Aufträge an die regionalen und lokalen mittelständischen Betriebe. Dazu gehört die Flughafenerweiterung mit der neuen Landebahn. Dazu gehört Kassel-Calden. Dazu gehören Straßenbau- und Infrastrukturmaßnahmen – Herr Kollege Frankenberger, rund 400 Millionen € in den letzten fünf Jahren nach Nordhessen für neue Gewerbegebiete, für Straßenbau und Ähnliches. All das ist eine Erfolgsstory, die unser Wirtschaftsminister Dieter Posch, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auch durch Beschlüsse zum Haushalt mitgetragen haben. Das ist ein Erfolg der hessischen Wirtschaftspolitik. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden in einem Mittelstandsgesetz deutlich machen, das wirklich den Mittelstand unterstützt und dafür sorgt –

(Uwe Frankenberger (SPD): So?)

– Herr Frankenberger, ich kündige das ganz freudig an, damit Sie das auch einmal sehen werden. Frau Kollegin Waschke ist schon ganz gespannt auf diesen Gesetzentwurf, weil sie das federführend für ihre Fraktion gemacht hat. – Wir werden den Mittelstand durch dieses Gesetz unterstützen. Ich will damit deutlich machen, das wir Gott sei Dank in Hessen einen sehr leistungsfähigen Mittelstand haben, der sehr viel macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Herr Frankenberger, Sie haben die Breitbandtechnologie angesprochen. Ich möchte anhand von zwei Beispielen exemplarisch festmachen, wie gute Wirtschaftspolitik und gerade Infrastrukturpolitik dafür sorgen können, dass die Wirtschaftsergebnisse gut sind und noch besser werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Breitbandinfrastruktur, besonders auch das Hochgeschwindigkeitsbreitband, für den ländlichen Raum entschlossen vorangetrieben wird. Breitband ist wichtig. Es sichert Wachstum. Es schafft neue Arbeitsplätze. Das, was die Landesregierung eingestellt hat und wir im Haushaltsentwurf besprochen haben und mit unterstützen, ist, dass die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsbreitband vorangetrieben wird. Dafür stehen knapp 5 Millionen € zur Verfügung.

Darüber hinaus möchte ich sehr betonen, dass das neue Darlehensprogramm mit 200 Millionen € unterstützend wirkt, um diese Dinge voranzubringen. Herr Minister Posch, auch an dieser Stelle an Ihr Haus, auch an den Staatssekretär und den Herrn Matzner ein hohes Lob, auch für alle Mitarbeiter, die hervorragend dafür sorgen, dass die Breitbandinitiative eine gelungene Mixtur aus privater Initiative ist und dort, wo es nicht anders geht, weil Marktversagen festgestellt wird, kommunale Betriebe dafür sorgen, dass die Dinge vorangetrieben werden. Hessen hat die Nase bei allen 16 Bundesländern vorne. Das ist hoch anerkennenswert. Dank an alle Mitarbeiter, die das gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In dem Zusammenhang möchte ich deutlich sagen, dass ich an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Herrn Klose noch einmal die herzliche Bitte richte, die

Frage mit dem Universaldienst zu überprüfen. Er ist nicht gut für uns. Diese 6 MBit/s, die dort maximal möglich sind – möglicherweise weniger –, sind ein heftiger Rückschritt. Wir sollten alles dafür tun, dass das, was jetzt auf die Gleise gesetzt wurde und gut nach vorne geht, in drei, vier Landkreisen dadurch nicht abgestoppt wird.

Ein letztes Wort dazu. Es gibt eine Untersuchung im Wirtschaftsministerium. 22.000 Unternehmen in Hessen sind nach den drei ersten Kriterien für ihre Standortwahl gefragt worden: Gewerbe- und Straßeninfrastruktur oder ausgebildete Fachkräfte oder Hochleistungsbreitband. Sie haben an die erste Stelle das Hochleistungsbreitband gesetzt. Das zeigt, wie wichtig das ist. Diese Gemeinsamkeit, mit allen Fraktionen dafür zu sorgen, dass wir in Hessen weiterkommen, halte ich für außerordentlich wichtig. Daran sollten wir festhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein zweiter Punkt ist die Mobilität. Was Straßen, vor allen Dingen Autobahnen, aber auch Landesstraßen, bewirken können, das sehen wir im Moment wieder in Nordhessen. Herr Frankenberger, die A 44 ist ein Stichwort. Die ist damals in Zeiten rot-grüner Landesregierung in Hessen nicht vorangetrieben worden, läuft jetzt sehr, sehr gut. Für den Abschnitt zwischen Waldkappel und Hoheneiche jetzt wieder ein Planfeststellungsbeschluss – es geht langsam voran. Es geht voran. Vieles, was Minister Posch angestoßen hat, auch zur Vereinfachung von Planfeststellungsverfahren, ist hoffentlich bald Wirklichkeit und kann umgesetzt werden. Aber Mobilität und Verkehrswege sind ausschlaggebend.

Der Landesstraßenbau ist weiterhin ein Schwerpunkt der hessischen Wirtschaftspolitik. Wir haben die Investitionen von 27 Millionen € im Jahr 1998, also zu Zeiten von Rot-Grün, auf 150 Millionen € im Jahr 2010 steigen lassen. Und im Jahre 2012 sind wir erneut bei 115 Millionen € im Landesstraßenbau.

Wir von CDU und FDP werden sicherlich auch weiterhin gemeinsam intensive Gespräche führen, um dafür zu sorgen, dass wir auch für die kommenden Haushalte ein Höchstmaß an Planungssicherheit bieten können. Durch Verpflichtungsermächtigungen werden wir dafür sorgen, dass wir einen klaren Landeshaushalt für den Straßenbau haben.

Ich bin auch sehr dankbar, dass es Finanzminister Schäfer ermöglicht hat, dass wir in den Haushalt eine weitere Maßnahme einstellen konnten, nämlich Planungsmittel im Hinblick auf Bundesbauprojekte in Höhe von 5 Millionen € für Ingenieurleistungen, die die Voraussetzung dafür sind, dass rund 100 Millionen € Bundesmittel für die Erhaltung der Bundesfernstraßen ermöglicht werden. Das bedeutet nicht nur eine Verbesserung unserer Fernstraßen. Das ist auch ein Konjunkturprogramm in Höhe von 100 Millionen €, das für unsere Wirtschaft außerordentlich wichtig ist.

Ich denke, dass deutlich wird, dass CDU und FDP dafür sorgen, dass Infrastrukturmaßnahmen weiterhin ein wesentlicher Schwerpunkt der hessischen Wirtschaftspolitik sind. Ich bin sicher, dass mit Minister Posch, aber auch mit unserem Ministerpräsidenten Volker Bouffier und der Landesregierung sehr viele gute und richtige Anstrengungen unternommen werden, damit Hessen weiterhin an der Spitze der wirtschaftsstarken Bundesländer bleibt. Das soll auch dieser Haushalt wieder umsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Arnold. – Das Wort hat Frau Abg. Karin Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, dass ich in den Jubel über den Einzelplan 07 nicht einfallen werde, wie Herr Arnold das getan hat

(Dr. Walter Arnold (CDU): Schade! Aber über Nordhessen können Sie jubeln! – Judith Lannert (CDU): Sie hätten sich etwas Gutes getan!)

– gern, aber aus anderen Gründen als Sie –, sondern dass ich an die Debatte von heute Morgen anschließen möchte, in der Herr Al-Wazir schon einmal darauf hingewiesen hat, dass Ihre Wirtschaftspolitik rückwärtsgewandt und ideenlos ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss ich jetzt noch ein bisschen wiederholen, weil Sie es anscheinend noch nicht ganz geschafft haben, eine Wende hinzubekommen. Im Bereich Strom haben Sie es versucht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Es gab den Energiegipfel, den Herr Bouffier uns gestern als großen Erfolg verkauft hat. Aber dass zu einer Energiewende auch eine Verkehrswende gehört, das ist bei Ihnen anscheinend noch nicht angekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Wenn Sie es mit der Energiewende ernst meinen, müssen Sie auch den Verkehr in den Blick nehmen. Herr Posch sagt zwar immer, er sei Mobilitätsminister. Ich habe neulich von ihm auch sehr viele schöne Bilder auf dem Fahrrad gesehen. Aber wenn es um Investitionen geht – und der Haushalt ist nun einmal in Zahlen gegossene Politik –, dann wird nur in Beton investiert, in Straßenbau, in Flughäfen. Wir haben das heute alles schon einmal gehört.

Auch beim Breitbandausbau herrscht flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung, die vielleicht eher an anderen Orten angebracht wäre. Herr Arnold hat es eben schon einmal angesprochen: Wir haben in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr über das Thema diskutiert. Wir wollen gar nicht mehr Geld für den Breitbandausbau. Nein, wir wollen eine politische Neuausrichtung, die das bereitgestellte Geld sinnvoll und effektiv einsetzt, und dabei einen schnellen, flächendeckenden und der technischen Entwicklung angepassten Breitbandausbau, und nicht so, wie Sie es vorschlagen. Aber auch da konnte Herr Klose Sie anscheinend nicht überzeugen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Nein, konnte er nicht!)

Da sind wir an einem grundsätzlichen Problem. Der Haushalt steht wie schon im letzten Jahr unter Einsparvorgaben. Besser gesagt: Eigentlich sollten wir immer nur das ausgeben, was wir haben. Aber jetzt hat man sich die Schuldenbremse in die Verfassung schreiben lassen. Das haben wir gerne mitgemacht, damit Sie Unterstützung bekommen und in Ihren Wahlkreisen nicht immer neue

Bändchen durchschneiden und neue Straßen finanzieren müssen, sondern dass Sie einen Grund haben, warum wir das jetzt nicht mehr tun können.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das verstehe ich nicht ganz!)

– Das verstehen Sie nicht ganz? Soll ich es Ihnen noch einmal erklären?

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hoffnungslos!)

Schauen Sie sich den Bundesverkehrswegeplan an, schauen Sie sich an, was Sie in den Straßenbau investieren und dass Sie jetzt im Zukunftsfonds 20 Millionen € für den Straßenbau aufgelegt haben, und schauen Sie sich an, was Sie im öffentlichen Personennahverkehr machen, nämlich gar nichts. Da steckt kein Euro an Landesmitteln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): 670 Millionen €!)

Ganz im Gegenteil, den Verkehrsverbänden werden jetzt 20 Millionen € weggenommen. Es gab vertragliche Vereinbarungen vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2014.

(Jürgen Lenders (FDP): 95 Millionen €!)

Auf dieser Grundlage wurden Leistungen bestellt, Projekte geplant und Fahrpreise kalkuliert. Alles das ist jetzt Makulatur, weil mal eben 20 Millionen € aus dem Kommunalen Finanzausgleich gestrichen wurden. Dafür gibt es jetzt den Zukunftsfonds Straßenbau in Höhe von 20 Millionen €. Das nennen wir nicht eine moderne Verkehrspolitik, sondern Investitionen in Beton.

Das, was bei den Verkehrsverbänden passiert ist, nennen wir ganz schlicht Vertragsbruch. Es gab einen Vertrag, der gebrochen worden ist. Ganz lapidar wurde mir eine Anfrage beantwortet: Das können die Verkehrsverbände durch Effizienzsteigerungen auffangen. – Das werden sie vielleicht tun. Vielleicht kann es dann keine Mehrbestellungen mehr beim Flughafen geben. Da hat man jetzt eine neue Landebahn gebaut. Aber wie die Leute dahin kommen, ist Ihnen egal. Das staufreie Hessen können Sie dann auch vergessen. Denn wenn keiner mit dem ÖPNV hinkommt, sondern alle mit dem Auto, dann wird es dort ein Chaos geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Als Nordhessin kann ich es Ihnen nicht ersparen, noch einmal das Millionengrab Calden zu erwähnen. Uns freut es. Wir haben jedes Jahr eine größere Summe an Einsparvorschlägen, weil die Summe der Ausgaben immer höher wird. Das wird leider bald vorbei sein. Deswegen würde ich Ihnen raten, sich so schnell wie möglich Alternativen für diesen Flugplatz zu überlegen und nicht noch mehr Geld zu verbuddeln, damit wir in den nächsten Jahren nicht auch noch die laufenden Betriebskosten finanzieren müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Schauen wir mal, wie es wird!)

In Beberbeck hat es auch geklappt. Da sind Sie auch irgendwann zur Vernunft gekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Wir sind ganz zuversichtlich, dass das auch bei Calden noch klappen wird.

Grün ist die Hoffnung, und die Hoffnung geben wir nicht auf. So hoffen wir auch, dass Herr Posch seine Meinung noch ändert und den Verkehrsverbänden vielleicht doch noch die 20 Millionen € zurückgibt. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Abg. Lenders, FDP-Fraktion.

Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 07 zeigt eindeutig, wie christlich-liberale Koalitionen in Hessen ihre Schwerpunkte setzen. Neben Bildung ist vor allem die Frage der Infrastruktur der entscheidende Schwerpunkt für die erfolgreiche Politik dieser Koalition.

Breitbandversorgung. Meine Damen und Herren, den Einstieg möchte ich bewusst auf diesen Bereich legen, der uns ganz besonders am Herzen liegt. Breitband ist die Vernetzung der Zukunft. Neben Straßen, Bahnhöfen und Flughäfen ist die digitale Vernetzung durch Breitband die wichtigste Infrastruktur der Zukunft, vor allem für den ländlichen Raum. Ausdrücklich wollen wir daher in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt in diesem Bereich legen. Deshalb erhöhen wir den Förderbetrag noch durch einen Änderungsantrag der Fraktionen auf nun rund 5 Millionen €.

Meine Damen und Herren, der Kollege Walter Arnold hat es bereits gesagt: Hessen ist Vorbild beim Breitbandausbau. Denn über 99 % der Menschen haben die Möglichkeit einer Grundversorgung. Das ist nur der Mindeststandard; aber 99 % der Menschen haben diese Möglichkeiten bereits. Bis 2014 werden wir deutlich mehr als 75 % der Haushalte an Hochgeschwindigkeitsnetze angeschlossen haben. Das ist richtig und wichtig, denn die benötigten Bandbreiten werden immer höher. Die Anforderungen werden noch steigen, wenn man sich anschaut, was bereits an neuen Medien im Internet abrufbar ist und welche Möglichkeiten sich für Unternehmen durch Breitbandinternet eröffnen.

Deshalb ist es schade, dass die Opposition den Grundkonsens des Ausbaus verlassen hat und einen Monopolanbieter dazu verpflichten will, weiter auszubauen. Für Hessen wären die Folgen fatal. Stillstand und das Ende der Vorreiterschaft wären vorprogrammiert. Außerdem würde der Ausbau erheblich teurer werden.

Meine Damen und Herren, ich fordere SPD und GRÜNE auf, wieder mit uns den Konsens eines schnellen und effektiven Ausbaus zu suchen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, eines ist klar: Für jedes Paket, das im Internet bestellt wird, braucht es einen Lkw, und zwar auf den Straßen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Jeder digitalen Infrastruktur muss eine reale Infrastruktur folgen.

Damit komme ich zum nächsten Schwerpunktthema. Für uns unverzichtbar als Infrastruktur ist der Erhalt und in kleinerem Maße der Neubau von Straßen. In Zukunft werden wir bei begrenzten Ressourcen den Schwerpunkt auf den Erhalt von Straßen legen. Investitionen von heute sind das beste Schlaglochprogramm. Denn es rechnet sich, wenn man eine Straße nicht erst zerfallen lässt, wie das noch zu Zeiten von Rot-Grün in Hessen der Fall war.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen neue Straßen, vor allen Dingen Umgehungsstraßen für schwer belastete Ortskerne. Dort warten die Menschen auf Entlastung. Dabei geht es auch um den Gesundheitsschutz und um Entwicklungschancen der Gemeinden. Während sich die GRÜNEN mit Umweltzonen auf die Großstädte konzentrieren,

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

versuchen sie, Umgehungsstraßen andernorts zu verhindern. Meine Damen und Herren, auch die Kinder in diesen Orten haben ein Recht auf sichere Straßen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das Niveau von derzeit über 100 Millionen € für den Landesstraßenbau werden wir in diesem und auch in den nächsten Jahren halten. Wir werden das Versprechen, das der Ministerpräsident bei der Veranstaltung der VhU gegeben hat, mit allen Kräften unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Vizepräsidentin Sarah Sorge übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, neben dem Individualverkehr ist für uns auch der ÖPNV Schwerpunktthema. Der ÖPNV erhält mehr Geld. Die Opposition kritisiert die Kürzung im Haushalt von 7 Millionen € gegenüber dem Vorjahr. Aber trotz dieser Sparmaßnahme haben wir gegenüber dem Jahr 2009 immer noch einen Zuwachs von mehr als 40 Millionen €.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Und erst gegenüber 2002!)

gegenüber dem Jahr 2000 sogar einen Zuwachs von 95 Millionen €.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Früher war es noch weniger!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Ausbildungspolitik setzt die Landesregierung einen weiteren Schwerpunkt. Es geht nicht mehr darum, Ausbildungsplätze für die Jugendlichen zu schaffen. Zum Glück gibt es inzwischen genügend Ausbildungsplätze für alle. Aber wir müssen unsere Kräfte in diesem Bereich bündeln und die fördern, die trotz der verbesserten Lage am Ausbildungsmarkt keinen Ausbildungsplatz finden. Insofern stehen vor allem Hauptschulabsolventen im Fokus der Fördermaßnahmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, um Schwerpunkte setzen zu können, wie wir das tun, muss man natürlich auch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Das Wirtschaftsministerium ist Vorreiter eines intelligenten Sparens. Es geht nämlich darum, in der Verwaltung zu sparen

– damit bei den Bürgern mehr ankommt. Wir wollen weniger Bürokratie und schlankere Verwaltungen, damit wir Schwerpunkte setzen können, wo sie den Menschen im Lande nützen.

Insofern ist die Neustrukturierung der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung ein Paradebeispiel, wie man vorgehen kann: Aufgabenkritik durchführen, Alternativen prüfen und dann auswählen; Arbeitsprozesse überarbeiten und optimieren. Damit sparen wir 300 Stellen in der Verwaltung ein, ohne dass das einen Einbruch bei der Qualität der Leistungen geben wird.

Wir werden weitere 110 Stellen im HMWVL und im HVBG einsparen – und damit insgesamt 34 Millionen € jedes Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, jedes Jahr werden wir 34 Millionen € einsparen. Das ist eine wirklich nachhaltige und strukturelle Veränderung, die den Haushalt entlastet.

Strukturelle Veränderungen in den Haushalten kann man nur auf solch einem Wege erreichen. Die Auflösung von Rückstellungen, das Hoffen auf üppige Steuereinnahmen in der Zukunft oder gar Steuererhöhungen – wie von SPD und GRÜNEN verlangt – lösen das Problem eines strukturell defizitären Haushalts nicht.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): So ein Quatsch! Das ist doch Quatsch!)

Nur durch intelligentes Sparen kann so etwas erreicht werden. Damit setzen wir um, was wir vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Alle Parteien haben inzwischen den Bürokratieabbau in ihrem Programm. Ihn aber konsequent umzusetzen, dazu fehlt den meisten der Mut. Wir werden diesen Weg weitergehen. Weniger Verwaltung heißt: mehr für den Menschen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Einzelheiten des Haushaltsplans des hessischen Wirtschaftsministeriums eingehe, möchte ich ein paar Bemerkungen zur wirtschaftlichen Lage Hessens machen. Die wurde während der Debatte hier vielfach bejubelt.

Im letzten Jahr schien es so, als wäre die schwerste Wirtschaftskrise seit den Dreißigerjahren fast überwunden. Heute aber warnen Ökonomen – ich denke, das sollte man nicht ignorieren – allen triumphalen Reden zum Trotz bereits vor dem nächsten Einbruch.

Ein Grund dafür ist – darauf hat Minister Posch in seiner Regierungserklärung im Februar dieses Jahres bereits hingewiesen –: Dieses Wachstum müssen wir importieren. Sie setzen einseitig auf eine Exportorientierung und vernachlässigen die Binnennachfrage.

Die Exporte aber gehen zurück. Schauen wir uns die Zahlen des Statistischen Landesamtes einmal an. Im Septem-

ber lagen die Auslandsbestellungen bereits um 0,5 % unter dem Wert vom September 2010. Noch im Sommer hieß es, der Aufschwung werde sich gegenüber dem Vorjahr leicht abkühlen – von 3,2 % fürs ganze Jahr war zu hören. Die Zahlen, die mittlerweile vorliegen, sprechen eine deutlich andere Sprache. Im zweiten Quartal wuchs die Wirtschaft um 0,1 %, im dritten womöglich um 0,4 %.

Das wirkt sich natürlich auch auf die hessische Konjunktur aus. Ich darf das Statistische Landesamt zitieren:

Der zuletzt deutliche Beschäftigungsanstieg der Industrie verstärkte sich im zweiten Quartal weiter, ohne allerdings die Einbußen aus der Krise wettmachen zu können.

Das heißt, noch immer haben wir nicht das Vorkrisenniveau erreicht.

Bei den Beschäftigten kommen die Wohlstandszuwächse, die wir derzeit haben, eigentlich überhaupt nicht mehr an. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in diesen Tagen eine ausführliche Untersuchung zur Stagnation der Lohneinkommen herausgegeben. Darin heißt es: „Betroffen waren nicht nur einzelne Gruppen von Arbeitnehmern, vielmehr war die Lohnentwicklung übergreifend schwach.“

Meine Damen und Herren, Sie wissen das: Mittlerweile arbeiten 23 % der Beschäftigten in Hessen zu Niedriglöhnen. Vier von fünf Jobs, die neu geschaffen werden, sind befristet oder in der Leiharbeit. Auch das ist ein Ergebnis Ihrer, wie Sie sagen – Herr Lenders oder Herr Arnold –, „ausgezeichneten Wirtschaftspolitik“. Wir als LINKE haben einen Gesetzentwurf zum Vergabegesetz in den Landtag eingebracht, weil wir gesagt haben: Wir brauchen ein Vergabegesetz für öffentliche Aufträge – damit die öffentliche Hand nicht auch noch Unternehmen dafür belohnt, wenn sie Dumpinglöhne bezahlen und Umweltstandards missachten. Wir wollen, dass Aufträge aus Steuergeldern nur an solche Unternehmen vergeben werden, die diese Mindeststandards einhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das haben Sie leider abgelehnt. Wir warten darauf, dass Sie ein Vergabegesetz vorlegen, das diese Regelungen beinhaltet.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das werden wir auch weiterhin ablehnen!)

– Ja, Sie werden das weiterhin ablehnen, weil Sie völlig beratungsresistent und an diesem Punkt ziemlich ideologisch verbohrt sind.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Weil sie die Reichen noch reicher machen wollen! Das verstehen wir! – Gegenruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Ich will auf eine weitere bemerkenswerte Zahl hinweisen. Im zweiten Quartal nämlich hat die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in Hessen fast den historischen Höchststand vom vierten Quartal 2010 erreicht. Derweil aber – ich finde, das kann man nicht ganz auslassen, wenn man über Wirtschaftspolitik in Hessen redet – drohen uns auf der europäischen Ebene große neue Risiken, weil die schwarz-gelbe Bundesregierung durch die internationale Krise laviert wie durch eine Geisterbahn: Ständig erschrickt sie vor Ereignissen, die eigentlich gar nicht eintreten dürften – wenn es denn so wäre, wie Sie glauben: dass sich die Märkte am besten selbst organisieren.

Am Ende – und das ist noch lange nicht absehbar – stehen die öffentlichen Haushalte tief in den roten Zahlen, weil die Steuerzahler für all das haften, was die Banken an den internationalen Finanzmärkten verzocken.

Dann aber kommen die Kollegen von den Regierungsfractionen und verkünden, dass wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben – zum dutzendsten Mal müssten jetzt alle den Gürtel enger schnallen. Für die Rettung von Banken legen Sie Milliardenpakete auf, für alle anderen gilt die Schuldenbremse. Es kann einfach nicht sein, dass die Banken Gewinne einfahren, die Risiken aber komplett ausgelagert sind und dafür dann der Steuerzahler haftet.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Zurück zum Thema!)

– Ich habe gesagt, ich möchte ein paar Vorbemerkungen machen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bejubelt die Lage am Ausbildungsmarkt. Tatsächlich sehen die Zahlen am Ausbildungsmarkt besser aus als sonst. Aber auch hier kann von einer Entwarnung keine Rede sein und auch nicht davon, dass mittlerweile alle Jugendlichen vernünftig versorgt sind. Zwischen der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber und der Zahl der freien Plätze klafft auch in diesem Jahr wieder eine Lücke. Ich will nur sagen: Die doppelten Abiturjahrgänge durch die Einführung von G 8 kommen erst noch, ab dem nächsten Jahr. Auch das wird sich natürlich auf dem Ausbildungsmarkt widerspiegeln.

(Zuruf)

– Nein, wir haben noch keinen G-8-Jahrgang. Das stimmt nicht. Sie kommen erst im nächsten Jahr. Die, die jetzt an die hessischen Universitäten kommen, kommen aus anderen Bundesländern.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Ab nächstem Jahr kommen die hessischen Abiturienten, und da sie nicht alle an hessischen Hochschulen studieren können, weil sie überfüllt sind, werden auch viele hessische Abiturienten eine Berufsausbildung beginnen.

(Judith Lannert (CDU): Schlimm, dass Sie sich nicht auskennen! Von was reden Sie überhaupt? – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

– Meine Herren, wenn Sie sich langsam wieder beruhigen würden. – Wenn man davon redet, dass es auf dem Ausbildungsmarkt unbesetzte Stellen gibt, dann muss man auch darüber reden, was das für Stellen sind. Das sind natürlich vor allem Branchen und Berufe, bei denen die zu erwartenden Einkommen enorm niedrig sind. Das sind vor allem Stellen im Rhein-Main-Gebiet. Auszubildende haben dann das Problem, dass sie entweder pendeln müssen, oder sie müssen ins Rhein-Main-Gebiet ziehen, wo die Mieten so hoch sind, dass sie sie kaum noch bezahlen können.

Es ist weiterhin so, dass ein Großteil der hessischen Betriebe überhaupt nicht ausbildet. Das ist angesichts des oft beklagten Fachkräftemangels ein riesenproblem.

Das hessische Wirtschafts- und Verkehrsministerium hatte angekündigt, bei den Kürzungen in den Ressorts eine Spitzenposition einnehmen zu wollen. Ganz so erfolgreich wie die Ankündigungen werden die tatsächlichen Einsparungen nicht, das liegt vor allem an Kassel-Calden.

Ich will noch einmal das Thema Straßen ansprechen. Herr Lenders sagte, es gebe ein Recht auf sichere Straßen. Ich würde sagen: Ihre Kürzungspläne gefährden die Sicherheit auf den hessischen Straßen. Sie hatten angekündigt, den Straßenwinterdienst auszudünnen. Dies sei das „Ergebnis einer Abwägung zwischen dem Ziel eines ungehinderten Straßenverkehrs und den zur Haushaltskonsolidierung erforderlichen Einsparungen aufgrund erheblicher Preissteigerungen“, erklärte die Sprecherin der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist doch alles durch!)

– Herr Arnold, ja natürlich, Sie haben recht, inzwischen haben Sie das zurückgenommen. Das zeigt aber, dass Kürzungen in diesem Bereich an die Substanz der hessischen Infrastruktur gehen. Das sehen nicht nur wir so. In selbster Einmütigkeit haben der ADAC, die IG BAU, die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände und andere ein Positionspapier zur hessischen Verkehrsinfrastruktur verfasst. Darin schreiben sie:

Weil es uns um die Belange kommender Generationen geht, dürfen wir nicht nur das finanzielle Erbe des öffentlichen Sektors, also den Schuldenberg, betrachten,

(Clemens Reif (CDU): Die wollen nicht von Ihnen vertreten werden!)

sondern wir müssen auch das sächliche Erbe des öffentlichen Sektors in den Blick nehmen.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Gestatten Sie mir, kurz darauf hinzuweisen, dass die angemeldete Redezeit vorüber ist.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie ist doch mehrfach unterbrochen worden!)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Milde.

(Zurufe: Uiuui!)

Frau Präsidentin, Sie haben gehört, dass die CDU möchte, dass ich länger rede. Vielleicht können Sie mir einfach drei Minuten ihrer Redezeit geben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die genannten Verbände sehen „die Gefahr, dass die Politik den Defizitabbau mittels Reduktion der öffentlichen Investitionen anstrebt – zulasten kommender Generationen. ... Nötig ist ein Vorrang für Investitionen im Landeshaushalt ...“

Das ist genau das, was auch wir kritisieren. Sie sparen den kommenden Generationen im Namen der Schuldenbremse die Infrastruktur kaputt. Deswegen sehen auch wir das sehr kritisch, ich habe das bei der Einbringung schon gesagt. Bei der Umstrukturierung im Bereich der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung geht es nicht darum, eine bessere Dienstleistung zu erreichen; es geht darum, zu kürzen und diese Behörde zu zentralisieren.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wir halten den Abbau von 300 Stellen für falsch. Wenn diese Behörde so ausgedünnt wird, werden Dienstleistungen nicht mehr in dem Umfang erbracht, wie wir es gewohnt sind. Das leistet weiteren Privatisierungen in diesem Bereich Vorschub.

(Clemens Reif (CDU): Wir hätten so viel Unterstützung von Ihnen gar nicht erwartet!)

Woran dieser Landesregierung wirklich gelegen ist, dafür ist sie auch bereit, trotz aller Sparvorgaben sogar ein Polster anzulegen. Wirklich gelegen ist Ihnen am Regionalflughafen Kassel-Calden, dessen Kosten sich von Jahr zu Jahr steigern. Wir reden mittlerweile über 271 Millionen €, statt der anfangs geplanten 150 Millionen €. Das für einen Flughafen, den niemand braucht. Er liegt 70 km von Paderborn entfernt. Er ist ökologisch und ökonomisch völliger Unsinn.

Dafür haben Sie Geld, während Sie für die Entwicklungszusammenarbeit gerade mal 260.000 € übrig haben. Das finde ich wirklich bemerkenswert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss, ich habe die Redezeit schon etwas strapaziert. Wir haben letzte Woche beim Energiegipfel darüber diskutiert, dass wir unbedingt auf erneuerbare Energien umsteigen müssen. Wir haben darüber diskutiert, dass wir CO₂ reduzieren müssen.

Wenn man die Flughäfen weiter ausbaut, wenn man weiterhin auf den Ausbau von Autobahnen setzt und dabei beim öffentlichen Personennahverkehr bei den Verkehrsverbänden 20 Millionen € einspart, dann ist das eine Politik, die wirtschafts- und verkehrspolitisch völlig verfehlt ist. Diese Politik wird auch den Klimaschutzziele nicht gerecht. Der Einzelplan des Wirtschaftsministeriums setzt völlig falsche Prioritäten, und er ist nicht vereinbar mit einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Verkehrspolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Wissler. – Das Wort für die Landesregierung hat Herr Minister Posch.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Frankenberger und Herr Dr. Arnold, zunächst einmal herzlichen Dank für den Dank, den Sie an die Mitarbeiter ausgesprochen haben. Ich will das gerne weitergeben, weil mir schon daran liegt, dass die Fraktionen so gut wie möglich über unsere Arbeit informiert werden, um eine Bewertung vornehmen zu können.

Meine Damen und Herren, wenn ich eine zusammenfassende Bewertung vornehmen darf, kann ich zum Einzelplan 07 sagen: Er ist der Beweis dafür, dass Investieren und Sparen sich nicht ausschließen, sondern beides tatsächlich zusammen geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben eine Investitionsquote, die mit dazu beiträgt, dass auch in Zukunft die öffentliche Hand ihren Beitrag dazu erbringt, um Investitionen in unserem Land zu ermöglichen.

Lassen Sie mich auf ein paar Dinge eingehen. Verehrter Herr Frankenberger, wissen Sie, es ist schon ein bisschen seltsam, wenn Sie sagen, der Schwerpunkt des Straßenhaushalts bestünde jetzt in der Erhaltung. Wissen Sie, warum das so ist? Herr Kollege Arnold hat die Zahlen genannt. Als zu Ihrer Zeit nur 27 Millionen € zur Verfügung standen, ist genau der Tatbestand begründet worden, der dazu geführt hat, dass wir jetzt vorrangig erhalten müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn damals mehr Mittel zur Verfügung gestanden hätten, hätten wir nicht diesen Erhaltungstau. Ich weiß, dass Sie das ungern hören. Aber das, was wir heute ausbügeln, ist das, was Sie durch eine Reduzierung der Landesstraßenbaumittel auf 27 Millionen € hinterlassen haben. Das sollte nicht in Vergessenheit geraten. Deswegen sind Sie ein schlechter Zeuge, dieses Thema in der Weise anzusprechen, wie Sie es gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will etwas zur wirtschaftlichen Situation sagen. Wir stehen heute in Hessen besser da als vor drei Jahren, vor der Krise. Dies ist ablesbar aus den Arbeitslosenzahlen, dies ist ablesbar am Bruttoinlandsprodukt. Wir können heute wieder sagen: Hessen ist an der Spitze und ist wieder ganz vorne bei den deutschen Bundesländern, wenn es darum geht, Wirtschaftswachstum zu generieren und die Arbeitsmarktsituation so zu gestalten, dass wir solche Arbeitsmarktzahlen haben, wie sie genannt worden sind.

Meine Damen und Herren, eine Arbeitslosenquote von 5,1 % in Nordhessen hat ihren Grund. Hier liegt ein Schwerpunkt der sogenannten Realwirtschaft. Hier hat man sich rechtzeitig darauf besonnen, wo ein wirtschaftlicher Mehrwert erzeugt wird. Das ist in den Schwerpunkten in dieser Region. Da spielt natürlich Verkehrsinfrastruktur genauso eine Rolle. Breitband ist das eine, aber die Straße ist das andere. Dem Breitband folgt die Produktion, und Produktion muss irgendwann transportiert werden. Deswegen ist die Verkehrsinfrastruktur eine Grundvoraussetzung, unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft zu unterstützen und zu fördern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Frankenberger, es ist richtig, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, das Thema Technologietransfer spielt eine herausragende Rolle. Wir sind in der Vergangenheit beim Technologietransfer Wege gegangen, die nicht ausreichend waren. Einem mittelständischen Unternehmen über eine Datenbank lediglich zu sagen, welche Forschungsvorhaben es an einer Hochschule oder Fachhochschule nutzen kann, reicht nicht aus. Deswegen glaube ich, gerade die Universität Kassel ist ein Paradebeispiel dafür, wie aus der Universität heraus auf die Unternehmen zugegangen wird, um Technologietransfer tatsächlich zu realisieren. Deswegen ein herzlicher Dank an alle diejenigen, die das in allen Regionen in Hessen in vorzüglicher Weise machen.

Ja, ich will auch etwas zu den Einsparungen sagen. Aber, verehrte Frau Kollegin Müller, wir sollten uns manchmal ein bisschen in unserer Wortwahl zurücknehmen. Ich kann es nicht verstehen, wenn wir uns gegenseitig Rechtsbruch oder Wortbruch oder, wie Sie es in diesem Fall gesagt haben, Vertragsbruch vorwerfen. Es ist nicht richtig. Alle Verträge, die wir mit den Verbänden gemacht haben, stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Haushaltsgesetzgebung. Dann reden Sie nicht von einem Vertragsbruch. Das ist etwas, was ich nicht leiden kann, weil es

keine vernünftige Kultur der politischen Auseinandersetzung ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sehr verehrte Frau Kollegin Müller, Sie wissen ganz genau, wie alt die Verbände bei uns sind. Ich war damals schon dabei, als wir die ersten ÖPNV-Gesetze gemacht haben. Als wir im ÖPNV-Gesetz den Wettbewerb eingeführt haben, hat Hessen eine Vorreiterrolle eingenommen, und es nimmt sie heute noch ein. Sie wissen sehr genau, dass wir über Strukturen diskutieren müssen, die Einsparpotenziale offenlegen, wenn es um die Verbände geht. Deswegen werden wir Ihnen Vorschläge unterbreiten, die den Beweis erbringen, dass man sparen kann, ohne die Leistungen drastisch einzuschränken. Das wird nicht der Fall sein.

Ich kann es nicht mehr hören, wenn immer so gesagt wird, es würde nichts gemacht. Meine Damen und Herren, Frau Müller, gerade der Bereich, aus dem Sie kommen, ist eine Vorzeigeregion für den öffentlichen Personennahverkehr. Wo gibt es etwas Vergleichbares wie die Regiotram in Nordhessen?

(Beifall bei der FDP)

Wo gibt es noch so etwas, dass wir einen Bahnhof wie in Eschwege reaktiviert haben und neu gemacht haben? Ich glaube, Sie waren dabei, als wir in Vellmar wieder eine Straßenbahnstrecke eingerichtet haben, um die Kooperation zwischen der Stadt und dem ländlichen Raum zu realisieren. Wo gibt es das sonst?

Meine Damen und Herren, im Werra-Meißner-Kreis machen wir das Thema „Mobil im ländlichen Raum“ zu einem Sonderprogramm, weil wir natürlich wissen, dass wir bestimmte Dinge mit dem herkömmlichen ÖPNV nicht mehr gewährleisten können. Wir versuchen, den Individualverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr in dieser Region modellartig zu gestalten.

Wenn ich über Strukturen der Verbände rede, dann kann ich feststellen: Der NVV hat mehr Erfahrung, den ländlichen Raum zu bedienen, als ein Verbund, der in erster Linie im Ballungsraum tätig ist.

(Beifall der Abg. Timon Gremmels und Lothar Quanz (SPD))

Diese Modelle, die wir im Werra-Meißner-Kreis ausprobieren, können in gleicher Weise im Odenwald Verwendung finden. Deswegen wird in dieser Weise kooperiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Lenders hat es gesagt: Es hat noch nie so viel Geld für den öffentlichen Personennahverkehr gegeben, als das jetzt der Fall ist. Ich weiß auch – darüber sind wir in der Diskussion –, dass die Finanzierungsquellen auf Bundesebene auslaufen, um nur das Beispiel GVFG zu nennen. Das stellt uns vor große Herausforderungen. Das hat noch nicht einmal so sehr mit der Notwendigkeit von Einsparungen zu tun. Wenn wir dort weniger Mittel haben, müssen wir über Strukturen nachdenken.

Meine Damen und Herren, Verwaltungsstrukturen sind nie ein Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck. Deswegen müssen wir darüber nachdenken, wie wir sie effizienter gestalten können, um wieder mehr Möglichkeiten für Investitionen zu haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Minister, gestatten Sie mir ganz kurz den Hinweis, dass die insgesamt für die Fraktionen vereinbarte Redezeit bei der Regierung abgelaufen ist.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich respektiere die Fraktionsredezeit. Ich glaube, ich habe hinreichend deutlich gemacht, gemeinsam mit den Beiträgen der Oppositionsfraktionen und der Regierungsfraktionen, dass die hessische Wirtschaftspolitik auf einem guten Weg ist. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Minister. – Damit haben wir den Einzelplan 07 besprochen.

Wir kommen zum

Einzelplan 08 – Hessisches Sozialministerium –

Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Spies für die SPD-Fraktion. – Ein Hinweis noch von der Verwaltung der Redezeiten: Die SPD-Fraktion hat zurzeit noch vier Minuten Redezeit.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei vier Minuten fängt Herr Spies erst gar nicht an!)

Dr. Thomas Spies (SPD):

Frau Präsidentin, ich bin zuversichtlich, dass die Regierung noch zusätzliche Redezeit im weiteren Verlauf sichern wird.

Meine Damen und Herren, der Sozialsektor zeigt wieder einmal in besonderer Deutlichkeit, dass die Regierung die Sparaufträge, die sie aus der Verfassungsänderung zur Schuldenbremse vermutet, an genau der falschen Stelle ansetzt. Dass im Sozialsektor gespart wird, in der Unterstützung von Arbeit und Ausbildung für besonders Bedürftige, ist genau der falsche Ansatz. Wie den ganzen Haushalt durchzieht auch den Sozialhaushalt ein Mangel an Konzept, ein Mangel an strukturierter Politik und keine Perspektive für die Zukunft. Eine so einfalllose Entwicklung hatten wir beim besten Willen nicht erwartet.

Meine Damen und Herren, gerade bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose ist das Argument einer sich verbessernden Konjunktur völlig abwegig; denn genau diese Leute profitieren in keiner Weise davon, dass die Arbeitslosenzahlen insgesamt zurückgehen.

Der zweite Punkt – aber das haben wir schon intensiv diskutiert –, wo Sie sparen, ist die Schwangerschaftskonfliktberatung. Auch das ist nicht der richtige Ansatz.

Nein, keine Initiativen zur Prävention von Armut und Notlagen. Wir wissen natürlich, dass das Land nicht unmittelbar in die notwendige Umverteilung eingreifen kann, aber doch zumindest mittelbar durch eine Stärkung der Teilhabe an öffentlichen Leistungen und, ebenfalls mittelbar, durch eine Beseitigung der Folgen insbesondere von Armut.

Der Ministerpräsident hat heute Morgen darauf verwiesen, es sei noch nie eine Generation so wohlhabend gewesen wie die jetzige. Das mag durchaus sein, trifft aber nur für einen Teil zu, während ein anderer Teil angesichts der Spreizung der gesellschaftlichen Wohlstandsverhältnisse keineswegs zu den Gewinnern dieser Entwicklung gehört. An dieser Stelle ist strukturierende Landessozialpolitik dringend gefordert.

Was wird aber gemacht? Die Landeswohlfahrtsförderung ist weitgehend abgeschafft. Eine Sozialraumbezogenheit, wie sie erforderlich wäre, ist bei der Sozialen Stadt reduziert auf ein paar wenige Baumaßnahmen. Auch da kürzt das Land. Jetzt muss man sagen, meine Damen und Herren: Dass Sie sich diesen Bereich überhaupt wegnehmen lassen und die Strukturierung des Zusammenlebens in das Wirtschaftsministerium gepackt wird, das ist bezeichnend für den Stellenwert des Zusammenlebens in diesem Land.

Auch für die Chancengleichheit, also die Voraussetzungen für Chancen im Leben, tut das Land nichts. Aber gerade im Bereich Armut ist die Gesundheitsförderung armer Kinder eine der wichtigsten Voraussetzungen. Denn wer keine ausreichende Früherkennung und Unterstützung z. B. im Bereich der Sinneskompetenzen hat, der hat anschließend natürlich auch keine Chance in der Schule. Wir alle wissen über diesen Zusammenhang. Was tut die Regierung? Sie tut nichts. Und auch bei der Arbeitsmarktpolitik sehen wir einen Steinbruch in Hessen.

Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen eine funktionstüchtige soziale Infrastruktur, einen Ausbau der sozialen Infrastruktur. Wir brauchen aufsuchende Hilfen. Wir brauchen eine Wiederherstellung dessen, was es in diesem Land einmal gab. Dazu brauchen wir das Sozialbudget, und deshalb sagt die SPD-Fraktion: Die 30 Millionen €, die das Land aus der Sozialförderung herausgenommen hat – ein vergleichsweise überschaubarer Betrag mit gleichermaßen dramatischen Folgen –, müssen zurückkommen, um überhaupt die Chance für eine strukturierende, unterstützende Sozialpolitik in diesem Land wiederherzustellen. Ich will jetzt gar nicht aufzählen, was man damit alles tun kann. Das können Sie nachlesen.

Nein, meine Damen und Herren, eine Sozialpolitik, die den Namen verdiente, würde in Hessen anders aussehen. Aber keine Fantasie zu haben, rettet nicht die zukünftige Beteiligung dieser Fraktionen an der Regierung. Wir sind da zuversichtlich. Es dauert noch ein bisschen, aber dann kriegen wir auch das in den Griff. – Vielen Dank; 60 Sekunden überzogen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Bartelt für die CDU-Fraktion. Ich sage die Zeiten hinzu, damit Sie die Geschäftsgrundlage kennen. Die CDU hat noch 20 Minuten und drei Sekunden Redezeit.

(Zuruf von der SPD: Da können sie ja etwas abgeben!)

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Sozialministerium leistet seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Die Qualität der Leistungen für Arbeitsuchende, Kinder, alte Menschen und kranke Menschen bleibt auf einem hohen Niveau. Dies wird durch ei-

nen zielgenauen Einsatz der Mittel, durch Vereinbarungen mit den Kommunen, die schnell und bedarfsgerecht entscheiden können, und nicht zuletzt durch ein herausragendes Engagement dieser Landesregierung bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen auf der Bundesebene in der Arbeitsmarktpolitik, in der Gesundheitspolitik und in der Familienpolitik erreicht.

Die Umsetzung der Schuldenbremse ist ein Baustein einer bedarfsgerechten und mitfühlenden Sozialpolitik. Ich halte es für völlig falsch, hierin immer Gegensätze zu sehen. Zwei Aspekte seien genannt – ich versuche es noch einmal darzustellen –: Der Zusammenhalt der Generationen ist Voraussetzung für das Funktionieren der solidarischen Sozialsysteme; der Abbau der Neuverschuldung ist die Voraussetzung für Gestaltungsmöglichkeiten der jungen Generation.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Der Wert des Geldes ist für Menschen mit unteren und mittleren Einkommen viel wichtiger als für Menschen mit sehr hohen Einkommen; denn ihre Altersversorgung besteht aus Rente, Lebensversicherung und Sparbuch. Alle drei hängen von der Geldwertstabilität ab, und das hat auch etwas mit einer sparsamen Haushaltsführung zu tun.

Meine Damen und Herren, in der Arbeitsmarktpolitik hat Hessen erreicht, dass zwei weitere Landkreise und die Stadt Offenbach Optionskommunen werden. Hessen bleibt das Land Nummer eins der Optionskommunen. Die Vorteile haben sich über mehrere Jahre gezeigt: hohe Vermittlungsquoten in den ersten Arbeitsmarkt und das Vertrauen der örtlichen Wirtschaft in die Qualität der Vermittlung. Das System „fördern und fordern“ vom ersten Tag des Leistungsbezugs an schließt einen Missbrauch weitgehend aus. Es ist außerordentlich erfreulich, dass nun auch eine Stadt mit sozialen Brennpunkten in einem Ballungsbereich optiert und von diesem System profitiert.

Die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsbudgets leisten wichtige Beiträge, die Arbeitsuchenden auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Trotz der Senkung der Arbeitslosenquote – wir haben heute mehrfach darüber gesprochen – bleibt das Arbeitsmarktbudget in Höhe von etwa 9,7 Millionen € erhalten. Wir wissen: Langzeitarbeitslose benötigen auch in der Aufschwungphase eine spezifische Förderung.

Bei der Anpassung der Leistungen aus dem Ausbildungsförderungsbudget muss aber berücksichtigt werden, dass derzeit mehr Lehrstellen angeboten werden, als Bewerber vorhanden sind. Der Fachkräftemangel, gerade im Handwerk und bei Dienstleistungen am Menschen, stellt heute die größte arbeitsmarktpolitische Herausforderung dar. Im Haushalt sind 10,3 Millionen € dafür angesetzt. Der effiziente Einsatz der Mittel durch den Abschluss von Zielvereinbarungen mit allen Landkreisen und den kreisfreien Städten verbessert die Effizienz weiter. Trotz der Kürzung ist der Haushaltsansatz bedarfsgerecht, was sich darin zeigt, dass 6 % des Budgets, also über 600.000 €, in der ersten Runde gar nicht abgerufen wurden.

Ich nenne weitere Bausteine der Sozialpolitik. Die Familienpolitik wird für uns durch folgende Grundsätze bestimmt. Erstens. Menschen übernehmen füreinander Verantwortung. Zweitens. Familiengründung und berufliches Fortkommen müssen vereinbar sein. Drittens. Die Eltern müssen eine Wahlfreiheit haben, wie sie ihr Leben gestalten wollen.

Die Familie ist die Keimzelle jeder Gemeinschaft. Hier werden den jungen Menschen zuallererst prägende Werte vermittelt. Daher ist Hessen stolz darauf, dass die Mittel zur Verbesserung der Qualität der Kindertageseinrichtungen von 30 auf 40 Millionen € erhöht wurden. Hessen hat bei Kindern unter drei Jahren einen Versorgungsgrad von 26,9 %. Hessen ist im Ländervergleich in der Spitzengruppe.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auf der Zielgeraden für die Erreichung der 35-%-Marke im Jahre 2013. Wir wollen aber auch hier klarstellen, dass diese Investitionen in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung genauso ein Element der Wahlfreiheit sind wie das Elterngeld und das künftige Erziehungsgeld – als Unterstützung und Wertschätzung für die Eltern, die ihre berufliche Tätigkeit reduzieren oder unterbrechen möchten.

(Beifall der Abg. Bettina Wiesmann (CDU))

Durch die demografische Entwicklung ist Sozialpolitik zunehmend auch Seniorenpolitik. Die vom Sozialministerium initiierten Dialogforen mit und für Senioren sind wichtige Ansätze, die Seniorenpolitik bedarfsgerecht neu zu justieren. Der ehrenamtliche Einsatz von Senioren, die Wissens- und Erfahrungsvermittlung durch Senioren, neue Wohnformen für Senioren – zum Teil generationenübergreifend –, die Pflege im Alter bei Erhalt der Selbstbestimmung sind die entscheidenden Herausforderungen. Zur Sicherung des Pflegebedarfs ist die Erhöhung der Zahl der Altenpflegeausbildungsstellen von 3.500 auf 4.000 ein ganz wichtiger Beitrag.

Meine Damen und Herren, in der Gesundheitspolitik nimmt Hessen bei der Krankenhausfinanzierung im Ländervergleich weiterhin eine Spitzenstellung ein: 100 Millionen € an Finanzierungszuschüssen im Jahr 2012. Durch das Hessische Krankenhausgesetz werden auch hier die Mittel zielgerichtet und eigenverantwortlich von den Trägern selbst eingesetzt.

Zur Behebung der ambulanten medizinischen Unterversorgung im ländlichen Raum haben wir entscheidende Fortschritte erzielt. Durch den Einsatz dieser Landesregierung auf Bundesebene werden die Zulassungsbezirke bedarfsgerecht verkleinert. Die Ausdünnung der medizinischen Versorgung bei Praxisinhaberwechseln wird weniger wahrscheinlich gemacht. Zudem ist es dem Sozialminister gelungen, mit den Ärztevertretern und mit den Vertretern der Krankenkassen Vereinbarungen zu treffen, um Ansiedlungen in den unterversorgten Gebieten zu fördern. Das Land fördert dies bis 2014 jährlich mit 600.000 €.

Meine Damen und Herren, in der Sozialpolitik sind die Schwerpunkte unseres Erachtens richtig und optimal gesetzt. Das Bild, das mein geschätzter Vorredner eben gezeichnet hat, entspricht nicht der Wirklichkeit.

(Zurufe von der SPD)

Wir setzen die Schuldenbremse und eine aktivierende Sozialpolitik gleichermaßen um. Wir bringen auch in der Sozialpolitik das Land voran und nehmen alle Bürger mit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Dr. Bartelt. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulz-Asche für die Fraktion der GRÜNEN. Sie haben noch 16:33 Minuten Redezeit.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jeden Morgen, wenn wir die Zeitung lesen, sehen wir, dass wir uns in einer Krisenzeit befinden. Krisenzeiten führen dazu, dass die Menschen verunsichert sind. Wir befinden uns in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs, in der sich Familien- und Geschlechterverhältnisse verändern. Wir befinden uns in einem demografischen Wandel. Das sind große Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Man muss verlangen, dass eine Sozialpolitik, die sich den Herausforderungen stellt, sich auch damit befasst. Darauf haben die Menschen ein Recht. Die Menschen erwarten, dass der Staat und die Kommunen Antworten liefern, ihre Verunsicherung ernst nehmen, Aufstiegschancen eröffnen und Hilfe in Notfällen bereitstellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider finden wir in dem Einzelplan 08, den die Regierung hier vorgelegt hat, keine Ideen und keinen Mut zur Veränderung, um auf diese großen Herausforderungen zu antworten. Öffentlichkeitsarbeit ist keine Politikersatz, und keine Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit sind keine gute Sozialpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN legen wie in jedem Jahr mit dem Sozialbudget eine global- kompakte Alternative zur Sozialpolitik vor. Deswegen will ich mich jetzt auf vier Beispiele konzentrieren, an denen die Agonie dieser Landesregierung besonders deutlich wird.

Das erste Beispiel ist die Arbeitsmarktpolitik. Meine Damen und Herren, wenn wir uns anschauen, wie in Hessen die Situation langzeitarbeitsloser Menschen aussieht, dann sehen wir dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzte Gruppen. Das sind vor allem ältere Arbeitnehmer, kranke und behinderte Menschen, gering qualifizierte Menschen und Alleinerziehende. Die beiden letzten Gruppen werden überwiegend von Frauen gebildet, die in Zukunft verstärkt auch von Altersarmut betroffen sein werden.

Wie antwortet die Landesregierung auf diese Herausforderungen? Wir haben am Wochenende, am Montag und am Dienstag erlebt, dass der Niedriglohnbereich für Sie kein wirkliches Thema ist, dass die hessische CDU immer noch nicht verstanden hat, wie wichtig Mindestlöhne sind, um die soziale Marktwirtschaft in unserem Land dauerhaft erhalten zu können.

Die Qualität der Jobcenter, die Arbeit in den Optionskommunen hat wirklich gegenüber dem nachgelassen, was unter Silke Lautenschläger und Roland Koch einmal im Sinne eines Vorbilds oder eines Leuchtturms in der Arbeitsmarktpolitik begonnen wurde. Die Jobcenter sind nicht einmal mehr in der Lage, die allgemeinen Eingliederungsmittel angemessen auszugeben und voll auszuschöpfen. Sie, die Landesregierung, sind nicht in der Lage, auf die Qualität zu achten.

Die Reform der Instrumente durch die Bundesagentur steht vor der Tür. Nächstes Jahr wird das erhebliche Auswirkungen haben, und die Landesregierung hat keine

Antwort auf die Frage, wie sie auf die ausfallenden Mittel der Bundesebene reagieren wird, um die Integration von Menschen, die seit Langem keinen Job finden, zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir fordern stattdessen einen sozialen Arbeitsmarkt, der es vielen Menschen – gerade den langzeitarbeitslosen und kranken – ermöglichen wird, endlich für längere Zeit sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bekommen. Wir fordern Sie auf, einen solchen sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das „Größte“ ist, dass Sie angesichts der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt auch noch 7 Millionen € bei den kommunalisierten Ausbildungsbudgets einsparen. Das darf doch wohl nicht wahr sein. Schließlich sucht die Wirtschaft händeringend nach Fachkräften und nach Jugendlichen, die ausreichend qualifiziert sind, um eine Ausbildung zu machen. In einer solchen Situation sparen Sie in diesem Bereich. Sie haben keine Empathie für diese Jugendlichen, und Sie riskieren damit den sozialen Frieden in unserem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das zweite Beispiel für das Versagen und die Agonie dieser Landesregierung ist die Kinderbetreuung. Wenn wir uns die Betreuung der unter Dreijährigen ansehen, erkennen wir keinen Stillstand, sondern einen Rückschritt. Im bundesweiten Vergleich ist Hessen inzwischen von Platz 9 auf Platz 10 abgerutscht.

Was ist eigentlich der Grund dafür? Der Grund dafür ist, dass sich das Land Hessen seit Jahren weigert, genügend eigene Mittel für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen in die Hand zu nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sich darauf verlassen, dass der Bund für Betriebskosten und Investitionen aufkommt. Diese Mittel gehen jetzt aus, und die Landesmittel – das soll hier ausdrücklich gesagt sein – sind von 27 Millionen € im Jahr 2009 auf 23,5 Millionen € gesunken. Das hat nichts mit der Umsetzung eines Rechtsanspruchs zu tun.

Wir haben ein weiteres Problem. Es besteht darin, dass die 35-%-Betreuungsrate, die angestrebt werden soll, in einigen Bereichen inzwischen nicht mehr reicht. Der Bedarf liegt z. B. in Städten weit höher. Wir haben einen gesellschaftlichen Wandel, der dazu geführt hat, dass die Nachfrage nach Krippenplätzen stärker gestiegen ist, als es am Anfang geplant war.

Wir haben schon immer gesagt, dass das passieren würde. Deshalb fordern wir ein Gesamtkonzept für die Umsetzung der Bildung und Betreuung von Kindern im Alter von null bis zehn Jahren. Dazu gehören ein schnellerer Ausbau mit Landesmitteln für die U-3-Betreuung, die Verbesserung der Qualität in den Kindergärten, z. B. durch die Mindestverordnung und mehr Flexibilität. Wir brauchen einen besseren Übergang vom Kindergarten in die Schule. Wir brauchen Grundschulen mit Ganztagsbetreuung auf dem Weg zu mehr Ganztagschulen. Außerdem brauchen wir – auch das ist schon seit Jahren klar – ein Sofortprogramm, um die Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der dritte Bereich, bei dem man sagen kann, dass diese Landesregierung in Agonie liegt, ist ebenfalls seit Jahren bekannt. Wir haben schon heute einen extrem großen Mangel an gut ausgebildetem Pflegepersonal, und wir wissen, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigen wird. Wir wissen, dass es auch hier einen familiären Wandel gibt und dass in Zukunft deutlich weniger Pflegeleistungen von den Familien erbracht werden können. Der Pflegemonitor sagt voraus, dass wir bis zum Jahr 2020 1.900 zusätzliche Vollzeitstellen in der Altenpflege brauchen. Wir wissen, dass wir hier von einem Bereich reden, in dem viel Teilzeit gearbeitet wird. Das heißt, der Ausbildungsbedarf ist bei Weitem höher.

Herr Grüttner, deshalb reicht es nicht, dass Sie heute in einer Presseerklärung gesagt haben, das sei die Pflicht der Schulen. Nein, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich darum zu kümmern, dass die Menschen in unserem Land ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben im Alter und ein menschenwürdiges Sterben haben.

Wir brauchen eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze, wir brauchen eine Stärkung der Pflege in den Versorgungsketten, und wir brauchen eine Vielfalt der Wohn- und Betreuungsformen so wie vieles andere mehr. Das heißt, wir benötigen endlich ein Konzept dafür, wie wir unsere Gesellschaft wirklich auf den demografischen Wandel vorbereiten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Kollegin Schulz-Asche, die für die Fraktion angemeldete Redezeit ist abgelaufen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Ich glaube, ein wesentlicher Grund für die unzureichenden Maßnahmen, die Sie sowohl in Bezug auf die Pflege als auch in Bezug auf die Erzieherinnen und Erzieher treffen, ist das Frauenbild der hessischen CDU, das nach wie vor an den Vorstellungen des letzten Jahrhunderts orientiert ist. Bei der FDP kann man wahrscheinlich gar nicht von dem Vorhandensein eines Frauenbilds sprechen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Die Einsparungen, die Sie bei der Schwangerschaftskonfliktberatung vorgesehen haben, der Umgang mit dem hessischen Gleichstellungsgesetz und – das ist jetzt deutlich geworden – die unzureichende Finanzierung des Schutzes vor häuslicher Gewalt haben gezeigt, dass Sie nicht wirklich auf die Herausforderungen vorbereitet sind, denen sich diese Gesellschaft stellen muss. Sie sind wirklich nicht darauf vorbereitet, Konzepte vorzulegen, mit denen versucht wird, die Probleme der Menschen zu lösen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Nächster Redner ist Herr Kollege Rock für die FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion hat noch 16:15 Minuten Redezeit.

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde am Anfang ganz kurz auf meine Vorredner eingehen. Gerade Frau Schulz-Asche hat gesagt, sie halte eigentlich die Rede, die sie immer hält. Diese enthalte die Schwerpunkte, die sie immer hat, und sie stelle außerdem die Anträge, die sie immer stellt.

Ich finde es ein bisschen schade, dass die Aktivitäten des Sozialministers und der Landesregierung in Ihrer Wahrnehmung irgendwie verschwinden. Sie müssen doch festgestellt haben, dass viele Bereiche angegangen worden sind und dass wir auch erste Erfolge erzielt haben.

Ich möchte aber am Anfang auch auf ein grundsätzliches Thema zu sprechen kommen. Wir beschäftigen uns mit der Schuldenbremse. Die Hessen wollen eine Schuldenbremse, und das ist eine kluge Entscheidung. Es gab nämlich früher einmal eine Debatte über eine Schuldenbremse, als es um die Generationengerechtigkeit ging.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): So ein Quatsch!)

Schuldenbremse im Zusammenhang mit der Generationengerechtigkeit – das war immer ein Thema. Was haben wir denn in jüngster Zeit gelernt? Die Schuldenbremse ist kein Problem der nächsten oder der übernächsten Generation, sondern es ist mittlerweile eine Frage, mit der wir uns beschäftigen. Die Schuldenbremse ist eine soziale Frage geworden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wer übermäßig viele Schulden macht und unverhältnismäßig viel Geld ausgibt, riskiert die Geldwertstabilität und wird am Ende eine Inflation ernten, die die armen Menschen in Deutschland trifft, sonst niemanden. Diejenigen, die keine Immobilien haben und auf Transfereinkommen vom Staat angewiesen sind, werden die ersten Opfer einer unverantwortlichen Schuldenpolitik sein. Darum ist die Schuldenbremse Sozialpolitik pur, und darum ist es notwendig, dass man bei der Aufstellung der Haushaltspläne vernünftig mit dem Geld umgeht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wenn sie sich nicht wehren, Herr Rock! Wenn sie sich wehren, geht es anders!)

Obwohl wir, FDP und CDU, uns zur Schuldenbremse bekennen und entsprechend handeln, wollen wir einen Gestaltungsspielraum haben. Gerade im Sozialbereich ist es wichtig, dass wir einen Gestaltungsspielraum haben. Was bedeutet das? Es bedeutet aus meiner Sicht, dass man die Aufgaben effizienter erfüllen muss und dass das nicht nur von der Verwaltung, sondern auch von den Leistungserbringern eingefordert werden soll. Wir müssen auch schauen, wo sich Aufgaben erübrigt haben. Man sollte an überkommenen Dingen nicht unbedingt festhalten.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Da hier auch relativ blumige Reden voll mit Grundsatzstatements gehalten wurden, will ich auch klar sagen: Ich möchte an dieser Stelle konkret über den Haushalt sprechen. Wir haben festgestellt, dass der Härtefonds nicht mehr notwendig ist, weil die Bundesregierung – übrigens die schwarz-gelbe Bundesregierung – Regelungen dazu getroffen und die Mängel eines rot-grünen Gesetzes beseitigt hat. Darum ist der Härtefonds nicht mehr notwendig.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben uns dem Thema Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetz wirklich unter großen Schmerzen genähert. Wir haben geschaut, was zumutbar ist und was man machen kann, damit das gesamte Netz trotz der Einsparungen erhalten bleibt. Wir haben es uns in der Debatte nicht leicht gemacht.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber Sie haben gekürzt, Herr Rock! Sagen Sie es doch!)

Aber wir haben Rückgrat bewiesen und dort kluge Entscheidungen getroffen. Das ist zumindest meine Sicht der Dinge.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sie haben gekürzt! Sagen Sie das doch!)

Was die Altenpflegeschulen betrifft, so haben wir Mittel für mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Auch hier werden wir eine genaue Feinsteuerung vornehmen, damit die Schulen mit diesem Geld ihre Bildungsaufgabe finanzieren können. Es sind keine einfachen Aufgaben, die wir uns da gestellt haben. Wir haben sie uns gestellt, weil wir die Schuldenbremse ernst nehmen und effizienter werden wollen.

Wir haben auch – das muss man ebenfalls ganz klar sagen – die Herausforderungen des Arbeits- und des Ausbildungsmarktes angenommen. Wir haben uns nämlich überlegt, wie wir mit dem Geld, das wir haben, effizienter umgehen können.

Darum haben wir Arbeitsmarkt- und Ausbildungsbudgets gebildet. Wir haben uns genau überlegt: Wie können wir Synergien entwickeln, die Zielgenauigkeit erhöhen und Verwaltungskosten herabsetzen? Das war klug, und das steigert die Effizienz. Das ist für die beiden Bereiche absolut notwendig und war eine kluge Entscheidung.

Wir haben neue Schwerpunkte gesetzt, auch darauf möchte ich hinweisen. Wir haben uns eben nicht nur Gedanken darüber gemacht, wo wir sparen und effizienter werden müssen, sondern wir haben auch erkannt, dass es weiterhin einen Handlungsbedarf gibt, und wir haben uns diesem Handlungsbedarf gestellt. Dieser neue Handlungsbedarf hat sich auch dadurch gezeigt, dass es sehr wohl notwendig ist, dass wir bei dem U-3-Ausbau dringend noch mehr Initiative brauchen. Zuerst sind natürlich die Kommunen gefragt. Wir müssen aber sicherstellen, dass genügend Mittel zur Verfügung stehen, damit dieser Ausbau unterstützt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Darum ist es auch wichtig, dass das Bonusprogramm für den beschleunigten Ausbau der U-3-Plätze auch weiterhin mit 8,1 Millionen € im Haushalt steht.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben auch eine weitere Ausfinanzierung der MVO im Haushalt stehen. Auch das ist notwendig, damit die Kommunen die Qualität in den Kindertagesstätten weiter erhöhen und auf dem hohen Niveau halten können. Auch hier sind wir offensiv und geben mehr Geld aus.

Ganz wichtig ist: Auch im nächsten Jahr gibt es eine Ausfinanzierung der Familienzentren, damit dieses Netz, das für die Synergienweckung vor Ort unglaublich wichtig ist, enger geknüpft werden kann und die Kommunen damit motiviert werden, hier auch selbst noch ein bisschen mehr zu tun. Das ist für die Unterstützung der Familie wichtig, und darum ist es notwendig, diese Mittel zu verausgaben.

Darum bin ich froh, dass diese Mittel auch für das nächste Jahr zur Verfügung stehen.

Wir haben eine große Anhörung zur Situation der Heimkinder in den Fünfziger- und Sechzigerjahren durchgeführt. Hierfür haben wir – ich glaube, da sind wir auch einer Meinung – Mittel eingestellt, um unsere Verpflichtungen als Land Hessen zu erfüllen. Das halte ich für besonders wichtig, und daher bin ich froh, dass das hier so passiert ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie finden im Haushalt auch Mittel zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Auch hier sind wir aktiv und haben uns bereit erklärt, Geld auszugeben, und wir haben kluge Entscheidungen getroffen. Für diese Initiative, die er dort ergriffen hat, möchte ich den Minister auch noch einmal loben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zum Schluss. Wir haben über das Sparen gesprochen, und wir haben den Sozialetat vorliegen. Wahrscheinlich haben Sie alle einmal hineingeschaut und festgestellt, auch wenn wir versucht haben, effizienter zu werden, geben wir 20 Millionen € mehr aus als im letzten Jahr. So bitter und schlimm kann die Sozialpolitik in Hessen nicht geworden sein, wenn wir in diesem Bereich immerhin 20 Millionen € mehr verausgaben als bisher. Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher glaube ich: Wir haben einen klugen Etat, wir haben einen guten Minister, und wir sind im Sozialbereich gut aufgestellt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Nächste Rednerin ist nun Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE. DIE LINKE hat noch 15 Minuten und 59 Sekunden Redezeit.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Der soziale Wind wird kälter.“ Dieser Satz stammt vom Vorsitzenden des VdK Hessen-Thüringen, Udo Schlitt. Hessische Sozialpolitik ist Stückwerk ohne Konzept. Die Verantwortung und die wirtschaftliche Belastung werden auf die Kommunen abgewälzt oder in Stiftungen verschoben. Den Handlungsspielraum, den die Regierung hat, nutzt sie nicht aus. Im Gegenteil: Es kommt einem vor, als sei es der Regierung lästig.

Sozialpolitik sollte die Lebensrisiken der Menschen abfedern. Sie sollte den Gesundheitsrisiken entgegenwirken. Sie sollte die Betreuungsfragen für Kinder regeln. Sie sollte Hilfen für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen zur Verfügung stellen. Sie sollte Politik für Seniorinnen und Senioren machen, und sie sollte emanzipatorisch sein. All das ist sie leider nicht einmal rudimentär.

Fangen wir bei der Kinderbetreuung an. Wenn Herr Dr. Bartelt hier sagt, dass Hessen einen Spitzenplatz bei der U-3-Betreuung einnehme, kann ich nur sagen: Wenn in der Betrachtung der hessischen CDU-Fraktion Platz 10 ein Spitzenplatz ist, dann wissen wir in Zukunft, was das

Wort „Spitze“ bedeutet. Ich würde sagen, das ist unteres Mittelmaß.

Wenn wir uns das Gerangel über die Personalmindeststandards und die Finanzierung in den Kindertagesstätten anschauen und die unglückliche Lösung, wo die Kommunen doch wieder einen großen Teil selbst zu tragen haben, dann spricht das für sich selbst. Wenn ich mir anschau, wie mit der Situation umgegangen wird, dass in Westdeutschland etwa 25.000 Erzieherinnen fehlen und eine Gemeinde wie Eschborn auf die Idee kommt, Stipendien für Erzieherinnen in der Ausbildung auszuloben, dann kann ich nur sagen: Das kann sich eine wohlhabende Gemeinde leisten, eine andere nicht. So ist das mit der Politik in diesem Lande.

Das geht in der Schule weiter. Die Nachmittagsversorgung der Kinder – manchmal wird von Betreuung geredet, von ordentlicher Pädagogik mag ich gar nicht sprechen – ist nach wie vor skandalös schlecht. Wenn ich mir anschau, was beispielsweise in Wiesbaden passiert, dass man Hortplätze abschafft, um damit Krippenplätze zu finanzieren, und die Nachmittagsbetreuung an den Schulen ehrenamtlich regeln will, dann sind wir genau da, wo diese Landesregierung hin will: Ehrenamt, Ehrenamt, Ehrenamt, und zwar als Ersatzleistung für das, was eigentlich tatsächlich stattfinden müsste.

Herr Rentsch und andere haben heute davon gesprochen, wie gut Hessen wirtschaftlich dasteht. Wenn ich mir die langen Schlangen vor den Tafelläden anschau, dann kann ich das für diesen Teil der Bevölkerung nicht nachvollziehen. Meines Wissens ist auch noch kein Tafelladen geschlossen worden, weil er in der Zwischenzeit überflüssig ist. Dann sind wir an einem Punkt angekommen, wo wir sagen können: Jawohl, die Wirtschaft ist so weit, dass wir in der Sozialpolitik ein bisschen mehr sutje drangehen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Rentsch hat auch von arroganten Attitüden gesprochen – er hat da insbesondere die GRÜNEN angegriffen –, dass man den Menschen vorschreiben will, wie sie leben. Tatsächlich schreibt den Menschen doch das Portemonnaie vor, wie sie leben können. Die Gestaltungsmöglichkeiten, die es gibt, können doch viele überhaupt nicht nutzen, weil sie dafür das Geld nicht haben. Die haben keine Wahl; da gibt es ganz schnell Grenzen. Wenn es um die Gummibärchen geht, dann können wir ihm helfen. Er soll doch so viele Gummibärchen und Schokolade essen, wie er will. Es gibt sogar welche, die aus biologisch angebautem Saft stammen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die schmecken gut!)

– Die schmecken gut.

Wenn ich mir die Diskussion weiterhin anschau – der Begriff der Schwangerschaftskonfliktberatung ist hier heute schon mehrfach gefallen –, denke ich nicht, dass dieser Armutsgewöhnungsbonus, den sich die Regierung jetzt ausgedacht hat, um die Situation ein Jahr lang abzufedern, den Beratungsstellen langfristig hilft.

Wenn ich mir die Diskussion zum Gehörlosengeld im Zusammenhang mit Blindengeld anschau, stelle ich fest, dass es da freundliche Worte gibt, aber ich glaube noch nicht, dass dem auch gute Taten folgen. Wenn ich mir anschau, dass es eine Empfehlung des runden Tisches für die Entschädigung der ehemaligen Heimkinder gibt und dass wieder darüber geredet wird, die Kommunen daran

wirtschaftlich zu beteiligen, dann stelle ich fest: Die sind an der Stelle nun wirklich nicht in der Verantwortung.

Wenn ich mir anschau, dass in der Jugendhilfe jahrelang das Geld weggekürzt wurde und wir jetzt stattdessen eine geschlossene Einrichtung für Kinder bekommen, dann ist das eine Sozialpolitik, die ich nicht haben will.

(Beifall bei der LINKEN – Minister Stefan Grüttner: Ach du meine Güte!)

Wenn wir uns anhören müssen, dass für die ärztliche Versorgung auf dem Lande ernsthaft darüber nachgedacht wird, ehrenamtliche Fahrdienste zu stärken, damit Menschen zum Arzt gebracht werden können, dann ist das ein Armutszeugnis der Gesundheitspolitik sondergleichen.

Wenn ich hier heute Morgen hören musste, dass die Opposition „mutlos, kraftlos und zukunftslos“ sei, dann denke ich: Das gilt für die Regierung erst recht.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gilt für uns nicht!)

Mutige Aufschläge, etwas positiv zu verändern, sehe ich überhaupt nicht. Wenn ich mir anschau, wie die Haltung der Regierung gegenüber Anzuhörenden, wenn Fachleute eingeladen werden, gegenüber der kommunalen Familie, den Betroffenen und Institutionen ist, dann muss man sich einmal die Sätze unter den Schreiben anschauen, die da eingehen, denn dann steht da so etwas wie: „Zur mündlichen Anhörung werden wir nicht kommen. Wir haben alles niedergelegt.“ Ich habe an einer Stelle so etwas gelesen wie: „Wir haben der Regierung bereits in der Regierungsanhörung mitgeteilt, was wir ändern wollten; nichts davon ist aufgenommen worden.“ Die Arroganz, mit der dort mit Fachleuten umgegangen wird, mit denen, die tagtäglich mit den Betroffenen arbeiten, mit den Betroffenen selbst, aber auch mit der kommunalen Familie, ist unerträglich.

Ich habe mit einem Zitat begonnen, ich möchte mit einem enden. Dr. Gern hat gestern Abend gesagt: „Finanzierung ist nicht alles, aber ohne Finanzierung ist alles nichts.“

(Beifall bei der LINKEN – Horst Klee (CDU): Ein ganz neuer Spruch!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Schott. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Grüttner das Wort.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aussagen der Opposition zu dem Haushalt waren nicht anders zu erwarten. Das ist nicht verwunderlich, weil es bei der Opposition keine Konzeption gibt, und mit dem, was die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen vorgelegt haben, können Sie halt schlecht umgehen. Denn das ist konzeptionell klar und gut strukturiert. Dieser Haushalt und diese Politik werden die Antworten auf die Fragen der Zukunft geben. Das spiegelt sich dann auch im Haushaltsentwurf und den Reden der Oppositionsabgeordneten wider.

Denn das ist konzeptionell klar und gut strukturiert. Dieser Haushalt und diese Politik werden die Antworten auf die Fragen der Zukunft geben. Das spiegelt sich dann auch im Haushaltsentwurf und den Reden der Oppositionsabgeordneten wieder.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will Ihnen das einmal an drei Beispielen deutlich machen, damit Sie das relativ klar sehen können. Was die Fragestellung des Mindestlohns, den Frau Schulz-Asche angesprochen hat, mit der Fragestellung des Haushaltsentwurfs, der Arbeitsmarktpolitik und der Mittel für den Arbeitsmarkt in Hessen zu tun haben soll, erschließt sich mir an keiner Stelle.

Herr Kollege Spies hat sich total über die Kürze der Redezeit aufgeregt, die er hat. Er hat davon gesprochen, dass beim Arbeitsmarkt gekürzt worden sei. Ein Blick in den Haushaltsentwurf hätte ihn zu Recht feststellen lassen, dass bei der Arbeitsmarktpolitik keine Mittel gekürzt werden. Das wird weder mit diesem Haushalt noch mit dem nächsten geschehen. Vielmehr werden erstmals Arbeitsmarktbudgets eingeführt, mit denen die Mittel unverändert fortgeschrieben werden.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Grüttner, ich habe mich doch gar nicht aufgeregt!)

Sie kommen schlicht und einfach nicht damit zurecht, dass wir einen vollkommen anderen Ansatz als Sie bei der Sozialpolitik haben.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nämlich gar keinen!)

Sie wollen die Menschen zwangsbeglücken. Wir wollen den Menschen, die in Not sind, helfen, aus der Not herauszukommen. Das ist unser Ansatz. Das ist aktivierende Sozialpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das ist ein Ansatz, bei dem der Mensch und nicht die Ideologie im Mittelpunkt steht. So machen wir Sozialpolitik in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das spiegelt sich auch in dem Haushaltsentwurf wider. Das wollte ich einmal sehr deutlich sagen.

Sehen wir uns einmal die Vergleiche an. Frau Schulz-Asche hat das gesagt. Wir sind in Deutschland das Land mit den meisten Optionskommunen. Wir hätten in Deutschland noch weitere Optionskommunen haben können. Die Vereinbarungen, die das Land mit den Optionskommunen getroffen hat, sind für alle anderen Länder beispielgebend.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Grüttner, lassen Sie Zwischenfragen zu?

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu. Sie können gerne ans Rednerpult gehen und dafür Ihre Redezeit nutzen.

(Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Das ist relativ klar: Die Jobcenter, die wir in Hessen haben, sind so aufgestellt, dass sie für die Jobcenter in anderen Ländern beispielgebend sind. Wir müssen den Vergleich nicht scheuen. Wir haben mit den Jobcentern Zielvereinbarungen abgeschlossen. Sie werden sehen, dass die Jobcenter die Zielvereinbarungen einhalten werden.

Sie können nicht damit umgehen, dass wir den Jobcentern nicht 1 : 1 vorschreiben, was sie machen sollen. Vielmehr setzen wir mit Zielvereinbarungen einen Rahmen, innerhalb dessen die Jobcenter eigenverantwortlich arbeiten können. Denn wir maßen uns nicht an, die Situation vor Ort besser als die Kommunen zu kennen. Deshalb haben sie bei uns eine große Freiheit. Mit dieser Freiheit können Sie nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben dann noch etwas Drittes genannt. Das will ich auch noch einmal deutlich sagen. Sie hätten vielleicht einmal von Ihrem Kollegen Bocklet hören sollen, was ich gestern beim parlamentarischen Abend der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. gesagt habe.

Sie haben die Fragestellung des Pflegepersonals angesprochen. Ja, da müssen wir eine Antwort hinsichtlich der Frage geben, wie wir die Bedarfe in der Zukunft abdecken. Wir sind diejenigen, die den Bedarf darstellen. Den Pflegemonitor gibt es nur in Hessen. In einem Modellprojekt gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut wurde der Bedarf an Erzieherinnen regionalisiert. Das gibt es nur in Hessen. Wir scheuen uns nicht davor, das transparent zu machen. In anderen Ländern, in denen Sie mit Verantwortung tragen, ist das nicht der Fall.

Wir müssen doch über Folgendes nachdenken. Deswegen sind die Zahlen von heute so spannend. Wir können nicht einfach sagen, die Deckelung für die Pflegeschulen muss aufgehoben werden, und dann werden die Menschen schon in die Schulen kommen. Mit Unterstützung der Fraktionen habe ich zugesagt: Jeder, der einen Platz in einer Schule sucht, bekommt auch einen. – Die haben dann auch einen bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das hat nichts mit der Zahl zu tun. Das hat auch nichts mit der Zahl der Ausbildungsstellen für die Erzieherinnen zu tun. Übrigens ist ein Teil der Mittel dafür im Etat des Kultusministeriums angesetzt. Das hätten Sie im entsprechenden Haushalt und bei der Bildungsdebatte darstellen müssen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch Folgendes sagen: Das Verhalten der SPD-Fraktion ist wirklich toll. Sie hat Sparvorschläge gemacht. Unter anderem hat das auch der Ministerpräsident gesagt: Sie wollen, dass die Mittel für das Schulvorbereitungsjahr gestrichen werden. Sie haben das aber im Einzelplan 04 und nicht im Einzelplan 08 verortet. Da sieht man, wie Sie mit dem Haushaltsentwurf umgehen. Sie haben keine Ahnung und reden nur. Es ist unglaublich, wie das gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn man bei der Schulvorbereitung etwas einsparen will, dann müssen die Einsparungen immer noch im Einzelplan 08 und nicht im Einzelplan 04 vorgenommen werden. Wenn Sie die Änderungsanträge ausformulieren, müssen Sie das richtigstellen. Das wurde in dem Papier von Ihnen falsch dargestellt.

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir konkurrieren hinsichtlich der Erzieherinnen, der Krankenversorgung und der Pflege alle um die gleiche Gruppe junger Menschen. Wir konkurrieren da alle um die gleiche Gruppe. Wir dürfen da nicht wie Sie Sonntagsreden halten. Vielmehr müssen wir gemeinsam anfangen, Akzeptanz für einen solchen Beruf zu schaffen. Wir müssen gemeinsam versuchen, die Tarifparteien davon zu überzeugen, Lohnabschlüsse vor-

zunehmen, die letztendlich eine solche Arbeit in der Bezahlung attraktiv machen.

Ich habe gestern Abend den Vertretern der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. gesagt, dass es kein einziges Altenpflegeheim in der Verantwortung des Landes gibt. Es gibt da also keinen einzigen Beschäftigten.

Die Vertreter der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen sind diejenigen, die sagen: Die Leute müssen besser bezahlt werden. – Sie sind diejenigen, die unter anderem die Altenpflegeheime betreiben. Sie haben es selbst in der Hand, die Löhne festzulegen, damit dieser Beruf akzeptiert wird.

Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Wir müssen gemeinsam versuchen, ein anderes Bild zu schaffen. Da nützt es nichts, sich hier larmoyant hinzustellen und zu sagen, die Zahl der Ausbildungsplätze müsse erhöht werden. Wir haben keine ausreichende Zahl junger Menschen, die das machen wollen. Um die müssen wir uns bemühen. Dazu brauchen wir die entsprechende gesellschaftliche Akzeptanz und kein solch vordergründiges Gerede.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit diesem Haushalt soll gespart werden. Mit all den Aktionen, die wir gemacht haben, ist gespart worden. Das ist keine Frage. Denn wir haben auch eine Verpflichtung gegenüber den Menschen in unserem Land hinsichtlich der Schuldenbremse. Drei Viertel der Menschen wollten sie.

Aber es wird so gespart werden, dass Strukturen aufgebaut werden können oder nicht verändert werden müssen. Sie können erhalten werden. Die sozialen Leistungen können in unserem Land so erbracht werden, dass sie zielgerichtet bei den Menschen, die bei uns im Mittelpunkt stehen, ankommen und nicht in irgendwelchen Systemen versickern, die Sie gerne unterstützt sehen würden.

Insofern ist dieser Haushaltsentwurf ein Zeichen für konzeptionelles, strukturelles und zielgerichtetes Handeln der Regierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache zu diesem Einzelplan erfolgt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Armen ärmer machen, das ist ganz einfach!)

Ich rufe nun

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz –

auf. Das ist der Etat der Umweltministerin.

Ich möchte erst einmal etwas zur aktuellen Geschäftslage feststellen. Momentan reden die Mitglieder der Regierung immer in die Taschen der Opposition. Jede Minute wird durch drei geteilt.

(Zuruf)

– Herr Merz, sehen Sie, das habe ich nicht gesagt, weil ich ein vornehmer Mensch aus der Wetterau bin. Sie sind aus Gießen. Das macht nichts. – Spaß beiseite.

Das wird jetzt alles addiert. Hinsichtlich der noch vorhandenen Redezeiten ist es so, dass die Union noch zwölfminuten und die FDP noch neunminuten hat. Die GRÜNEN haben noch acht Minuten Redezeit und die LINKEN noch zehn Minuten. Die Sozialdemokraten sammeln jetzt gerade. Sie bekommen dann die Redezeit noch gutgeschrieben. Sie haben also alle noch Redezeit für die Debatte zum Einzelplan 09.

(Günter Rudolph (SPD): Das Mikrofon ist ausgeschaltet! – Die Worte des Präsidenten Norbert Kartmann wurden von der Mikrofonanlage nicht übertragen.)

– Ich versuche es noch einmal. Ich bitte um Entschuldigung. Ich bin gewohnt, die Mikrofone aufzussen.

Ich sage es noch einmal: Die CDU hat noch zwölfminuten Redezeit, die FDP hat neunminuten, die GRÜNEN haben acht Minuten Redezeit und die LINKEN zehn Minuten.

Die Regierung ist über die vorgesehenen Redezeiten hinweg. Wenn sie jetzt noch spricht, wird diese Redezeit durch drei geteilt. Die SPD-Fraktion hat jetzt keine Redezeit mehr. Es ist momentan so, dass wir ca. drei Minuten plus bei den Oppositionsfraktionen haben. Das muss hinzugezogen werden. Deshalb wollte ich das gesagt haben.

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 09. Gibt es da eine Reihenfolge, die festgelegt wurde? – Die Sozialdemokraten fangen an.

Herr Kollege Gremmels, einen Augenblick bitte. Ich habe Ihren Zettel gesucht. Er war nicht hier. Denn eines gilt hinsichtlich der Festlegung der Reihenfolge: Wir müssen schon wissen, wer kommt. – Der Zettel liegt links von mir. Nach links schaue ich meistens nicht.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist nicht das Problem des Redners!)

Mit dem Einzelplan 09 rufe ich **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Finanzierung der Verbraucherarbeit in Hessen sicherstellen – Drucks. 18/4309 –

Außerdem rufe ich **Tagesordnungspunkt 59** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Teilkonsensergebnisse beim Energiegipfel sind umgehend vom Gesetzgeber umzusetzen – Energiewende nur unter echter Beteiligung der Kommunen möglich – Drucks. 18/4701 –

Dazu erhält nun Herr Kollege Gremmels das Wort. Bitte schön.

Timon Gremmels (SPD):

Herr Präsident! Kommen wir nun zum Einzelplan der Energiewende. Doch ein Blick in den Haushaltsentwurf zeigt, dass der Energiekonsens dort keinen Niederschlag findet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Energiewende kann nur funktionieren, wenn gerade bei Energieeffizienz und Energieeinsparung originäre Landesmittel bereitgestellt werden. Doch was machen Sie? Sie verweisen lediglich auf Bundes- und Europamit-

tel. Das allein reicht nicht aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Uns freut, dass Ministerpräsident Bouffier heute Vormittag einen Zeitplan für die Umsetzung der Energiewende angekündigt hat. Ich hoffe, dass Sie, Frau Puttrich, nach 15 Monaten im Amt im Dezember-Plenum endlich die Gelegenheit nutzen, diesen Fahrplan plus die konkreten Umsetzungsschritte in Form einer Regierungserklärung zur Diskussion zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Trauen Sie sich – in einigen Punkten haben Sie uns an Ihrer Seite. Es ist Ihnen gelungen, die Ewiggestrigen in Ihren eigenen Reihen von 2 % Windvorrangfläche zu überzeugen. Wir gestehen ein: Schwarz-Gelb hat sich in dieser Frage bewegt.

Noch im April 2010 hat der Kollege Stephan hier im Plenum gesagt: 1,5 % für Windkraft „tragen wir nicht mit“. Sie sagten weiter, das sei Politik à la Scheer, dürftig und substanzlos. – Herr Kollege Stephan, heute ist es an der Zeit, sich dafür und für zahlreiche andere – zum Teil persönlich diffamierende – Äußerungen von CDU und FDP insbesondere gegen Hermann Scheer und Andrea Ypsilanti zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere nur an die unsägliche „Windkraftmonster“-Kampagne. Zeigen Sie heute einmal Größe.

Auch Herr Ministerpräsident Bouffier hat sich auf unseren Kurs zubewegt.

(Zuruf von der CDU)

Noch im Mai-Plenum hat Herr Bouffier von einem „naiven Glauben an die alternativen Energien“ gesprochen. Jetzt, seit letztem Donnerstag, lässt er sich für den Energiekonsens feiern – was für eine Wende.

(Beifall bei der SPD)

Doch wir brauchen mehr als reine Absichtserklärungen. Wir wollen erstens, dass das 2-%-Windkraftziel verbindlich im Landesentwicklungsplan festgeschrieben wird. Wir wollen zweitens, dass die Kommunen endlich das Recht auf eine echte wirtschaftliche Betätigung bekommen. Die Energiewende ist nur mit den Kommunen möglich. Wollen wir das Ziel, dass unser Bundesland bis 2050 vollständig aus erneuerbaren, dezentralen Energien versorgt wird, bleibt sowohl für die Wirtschaft als auch für die Kommunen genügend Möglichkeit, sich wirtschaftlich zu betätigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens wollen wir als Überbrückungstechnologie nicht auf die Kohlekraft setzen, sondern auf flexible, hoch effiziente Gaskraft.

(Zuruf von der CDU: Oho! Wie Herr Schröder!)

Trotz des gefundenen Teilkonsenses bei der erneuerbaren Energie bleibt genug zu tun. Wir werden entsprechende Änderungsanträge für den Haushalt im Dezember-Plenum einbringen.

Auch den Tierschutz und Verbraucherschutz werden wir stärken, damit insbesondere die hessischen Verbraucherzentralen bei der Finanzierung die rote Laterne unter den 16 Bundesländern endlich abgeben können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Judith Lannert (CDU): Die rote Laterne hatten sie unter Ihnen!)

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit. Die Umsetzungsphase der Energiewende hat erst begonnen – Sie müssen nachlegen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abg. Stephan für die Fraktion der CDU.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die Entschuldigung!)

Peter Stephan (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie tief muss der Stachel im Fleisch der SPD über den Erfolg von Volker Bouffier mit der Energiewende sitzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit gestern Abend haben Sie von der Opposition nichts anderes zu tun, als den Energiekonsens zu kritisieren. Wenn Sie von der SPD Ihren Antrag anschauen, dann ist es kleinkariert, was Sie uns hier seit gestern zum Thema Energiewende auf den Tisch gelegt haben. Das sage ich Ihnen hier sehr deutlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein Zweites. Lieber Herr Gremmels, in dem Abschlusspapier des Energiegipfels steht auch, dass die regenerativen Energien im Jahre 2050 nicht zu 100 %, sondern weitgehend umgesetzt sein sollen. Auch das ist etwas, was Sie nie so gesehen haben und wozu Sie immer „100 %“ gesagt haben. Ich meine, es ist ehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn wir sagen, dass es auch dann noch andere Energien geben wird.

Ein Drittes. In dem Abschlusspapier ist auch enthalten, dass die Brückentechnologie Kohle und Gas ist. Auch das ist eine Position, die wir immer vertreten und die Sie immer abgelehnt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Auch das sind Punkte, die drin sind und die uns weiterhelfen werden.

Zum Vierten. Herr Gremmels, wenn Sie schon an diese Absolut-Formeln appellieren: Im Abschlussbericht des Energiegipfels ist auch enthalten, dass bestimmte Naturschutzauflagen in Verbindung mit der Frage der Energiewende auf den Prüfstand sollen. Auch das ist ein Punkt, der bisher kategorisch abgelehnt worden ist. Ich habe ihn in den Arbeitsgruppen diskutiert, auch mit dem BUND. Das heißt – jetzt fasse ich noch einmal zusammen, auch weil Sie Herrn Scheer angesprochen haben –, alle, die am Energiegipfel teilgenommen haben und einen ehrlichen Erfolg wollten, haben Abstriche gemacht und mussten das eine oder andere aufgeben und konnten manche Positionen hineinbringen.

(Timon Gremmels (SPD): Eine Entschuldigung hört sich anders an!)

Ich glaube aber, wir werden den Energiegipfel noch ausreichend zu diskutieren haben, wenn – ich gehe einmal davon aus – eine Regierungserklärung darüber erfolgt ist.

Im Übrigen sage ich Ihnen herzlichen Dank, dass Sie diesen Einzelplan 09 nicht kritisiert haben, Herr Gremmels. Ich finde es eine klasse Sache, dass Sie so weit zustimmen. Wir haben auch noch keine Änderungsanträge vorliegen. Sie haben in der Presse zwar etwas angekündigt, vielleicht kommt ja noch etwas. Aber damit können wir heute nicht über Ihre Änderungsanträge diskutieren. Es ist schade, dass wir das nicht tun können.

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte hier feststellen, dass der Einzelplan 09 solide finanziert ist. Wir haben Einsparungen von 7,5 Millionen € erreicht. Wir haben auch mit Rücklageentnahmen sichergestellt, dass die Landeszuschüsse insgesamt um 8,2 % zurückgegangen sind.

Wir sind auch davon überzeugt, dass dieser Haushalt trotz der nur 1,6 %, die er am Gesamthaushalt des Landes Hessen ausmacht, wichtig und bedeutsam ist. Wir haben auch bewiesen, dass es mit einer sparsamen Haushaltsführung, einer klugen politischen Strukturierung und effektiver Verwaltung möglich ist, Einsparziele zu erreichen, ohne die politische Steuerungsfähigkeit aufzugeben.

Ich danke an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hessischen Landesverwaltung, die die erfolgreiche Politik dieser Landesregierung bzw. das, was wir beschließen, operativ umsetzen und durchsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sparen, wir müssen sparen. Wir können Gott sei Dank bei der Altlastensanierung zurückfahren, weil vieles erledigt ist. Der Hochwasserschutz muss etwas zurückstehen. Sie alle wissen, wie erfolgreich die Landesforstverwaltung zurückgebaut worden ist, ohne dass wir Leistungseinbußen haben. Wir haben dort heute 1.400 Stellen weniger als noch 2003.

Die Frage zur Zukunft ist, wo wir unsere Schwerpunkte setzen. Die Mittel sind knapp. Ein wichtiges Thema ist die Energiewende. Sie wissen, dass dafür im Zukunftsfonds Geld bereitgestellt ist. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung bis zur dritten Lesung noch weitere Anträge stellen wird, um das Thema Energiewende deutlicher voranzubringen.

Wir haben die Nachhaltigkeitskonferenz umgestellt und den Schwerpunkt auf Energie gesetzt. Dort werden vor allem die Multiplikatorengruppen wie Vereine oder Kommunen weiterhin gefördert; denn – da kommen wir wieder auf den Punkt zurück – es geht nicht alles nur mit Geld, vieles geht vor allem mit Engagement.

Wir werden weiterhin die Energieagenturen fördern und dafür sorgen, dass die CO₂-neutrale Landesverwaltung weiterentwickelt wird. Wir werden Geld für Forschung bereitstellen.

Wir stehen auch weiterhin fest an der Seite unserer Landwirte. Die Landwirtschaft ist nicht nur Erwerbseinkommen, die Landwirtschaft hat auch eine gesellschaftliche Aufgabe, nämlich die Natur zu erhalten. Deswegen wird es dort auch, trotz gewisser Einschränkungen, weiterhin Geld geben. Die einzelbetriebliche Investitionsförderung sichert dann auch wirtschaftlich arbeitende Höfe und Betriebe, die ansonsten nicht wirklich wirtschaften können. Dazu gehört für uns auch die Ausgleichszulage; darum kämpfen wir. Dass wir hinsichtlich der Kürzungen alle ge-

meinsam gegen Brüssel stehen, setze ich einmal voraus. Wir werden darum kämpfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Umweltschutz und Naturschutz – auch hier gilt: Kooperation statt Konfrontation. Integrierte Agrarumweltprogramme werden weiter gefahren. Hessen hat heute auch einen wichtigen Preis für unseren Naturpark Kellerwald bekommen. Ich finde das eine ganz tolle Sache: national geschützt, international anerkannt.

Zum Thema Verbraucherschutz nur zwei oder drei Sätze. Ich glaube, dass wir die Themen – auch den Antrag der SPD – im Ausschuss ausgiebig werden diskutieren können. Sie haben heute auch nicht wirklich Zeit gehabt, ihn zu begründen. Ich stelle hier aber fest: Wir haben höchsten Respekt vor den Menschen, die im staatlichen oder privaten Bereich für den Verbraucherschutz tätig sind. Der Verbraucherschutz ist ein wichtiges Thema auch in unserem Ministerium. Wir wollen diesen mündigen, ausgebildeten Verbraucher – deswegen auch dieses Zwölf-Punkte-Programm von Frau Staatsministerin Puttrich.

Lassen Sie mich in der relativ begrenzten Redezeit zum Schluss kommen, damit die Kollegen nach mir noch etwas Zeit haben. Nachhaltigkeit heißt, Verantwortung für unsere Zukunft, für unsere Kinder und Kindeskinde zu übernehmen. Die Nachhaltigkeit durchzieht den gesamten Haushalt und auch den Haushalt des Umweltministeriums. Nachhaltigkeit im Umgang mit der Natur, mit der Umwelt und mit den Ressourcen der Natur ist ein wichtiger Punkt. Mit dem Energiegipfel sind wir dort einen Riesenschritt weitergekommen.

Das gilt auch für den Umgang mit den finanziellen Ressourcen. Wir müssen die Schuldenbremse konsequent durchhalten. Beides ist in unserem Haushalt gelungen. Ich danke der Ministerin dafür, dass sie die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und FDP angenommen hat.

Ich rege an, dass wir bei der Lesung der Haushaltspläne im nächsten Jahr einmal in umgekehrter Reihenfolge anfangen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

damit Natur- und Umweltschutz einmal am Anfang stehen und wir uns ausgiebig austauschen können. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Stephan, das war am Ende ein geschicktes Applausfischen. Jeder Umweltpolitiker wünscht sich natürlich ausreichende Redezeiten. Es wäre nachdenkenswert, wer früher anfangen könnte. Das könnte ruhig einmal die Umweltpolitik sein. – Das war es erst einmal mit dem Lob.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Energiegipfel gibt uns allen Aufgaben auf. Das Ziel ist festgehalten

worden. Bis zum Jahre 2050 wollen wir zu 100 % erneuerbare Energien in Hessen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Das heißt, Beschlüsse sind das eine, aber das andere, was das Wichtigere ist, ist die Umsetzung dieser Beschlüsse. Das muss in Form von Gesetzen und auch in Form von Haushaltsmitteln erfolgen. Da setzt unsere Kritik massiv an. Wir haben nicht die ausreichenden Mittel im Haushalt 2012 der Landesregierung entdecken können. Wir haben bisher auch keine Gesetzesinitiative von Ihnen gefunden, gerade was den für uns wichtigen Punkt, den § 121 HGO – die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen –, betrifft.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Dritte Lesung!)

Wir haben es schon in anderen Redebeiträgen angesprochen. Dies fehlt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was die finanzielle Ausstattung angeht, hätten Sie durchaus etwas tun können. Es gibt ein Programm, das Sie im Landeshaushalt verankert haben. Das ist das Energieeffizienzprogramm der Liegenschaften des Landes im Haushaltsplan. Die Mittelbereitstellung begrüßen wir sehr. Da setzt unsere Kritik nicht an. Aber dies macht doch deutlich, dass Sie sehr wohl in allen anderen Bereichen ebenfalls die Mittel hätten einstellen können. Und das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Wir haben das gemacht!)

Der Ministerpräsident betonte in einer seiner Pressemitteilungen, das Ergebnis des Energiegipfels sei ein sehr gutes Fundament für den Energiewandel in Hessen. Ich betone es aber noch einmal: Herr Ministerpräsident Bouffier, wer nicht bereit ist, die notwendigen Mittel im Haushalt einzuplanen, verhindert eben diesen notwendigen Ausbau und reduziert das Ergebnis des Energiegipfels auf eine Höhe, die man mit einem Maulwurfhügel vergleichen kann. Dafür brauchen wir keine Diskussion, und dafür brauchen Sie kein Fundament.

Meine Damen und Herren, wir haben uns nicht nur im Energiegipfel engagiert. Wir sind auch bereit, eine deutliche Ansatzserhöhung vorzunehmen. Das werden wir mit unseren Anträgen auch darstellen. Wir wollen mit unseren Haushaltsanträgen – das kann ich schon einmal ansprechen – einen Energieeffizienzfonds für das Land haben. Wir brauchen den Ausbau einer landesweiten Zukunftsentnergie- und Klimaschutzagentur. Und wir brauchen eine deutliche Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich, wenn wir diese Ziele erreichen wollen. Das wollen wir, glaube ich, alle. Wir wollen eine zügige Umsetzung der Energiewende in Hessen haben, denn wir sind schon über ein Jahrzehnt in Rückstand und haben wirklich einigiges aufzuholen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Thema Klimaschutz, das für uns ein ganz wichtiges Thema ist. Wie sieht bei Ihnen die Bilanz aus? Wie sind denn die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategien erreicht worden? – Das wissen Sie, und wer sich dafür interessiert, genauso gut wie ich: Einige der Ziele sind noch weit von der Zielmarke entfernt. Ich nenne dazu nur die 10.000 Bürger für den Klimaschutz. Die gibt es immer noch nicht. Ich nenne dazu nur die 100 Schulen für den Klimaschutz. Die gibt es immer noch nicht. Statt dass Sie jetzt Ihre Erkenntnisse daraus ziehen und sagen, dieses

Defizit müssen wir schnellstens aufholen, werden die Mittel für das Haushaltsjahr 2012 wieder reduziert. Das kann verstehen, wer will. Wir verstehen das nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht es im Naturschutz aus? – Herr Kollege Stephan hat es eben schon beschrieben. Er hat aber nicht gesagt, wo im Naturschutz der Rotstift angesetzt wurde. Das ist etwas, was uns ebenfalls bewegen muss. Wer die Biodiversität in Hessen haben will, der muss sich darum kümmern. Der muss auch die entsprechenden Haushaltsmittel dafür einstellen. Es fehlt – ich betone es an dieser Stelle noch einmal – noch immer die Biodiversitätsstrategie des Landes Hessen. Es gibt noch immer kein Konzept, obwohl es dazu schon seit dem Jahre 2008 einen Beschluss gibt. Im Jahr 2010 habe ich einmal nachgefragt. Es hieß, das sei immer noch in Arbeit, das sei in der Abstimmung, das liege in den letzten Zügen. Meine Damen und Herren, dieses Konzept muss wohl im Labyrinth des Umweltministeriums verloren gegangen sein. Bis heute gibt es immer noch kein Konzept.

Ich habe es betont, der Naturschutz ist dem Rotstift zum Opfer gefallen. Natura 2000, Förderung des Artenschutzes, Biosphärenreservat Rhön, Zuweisung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere Wasser- und Klimaschutz, Naturschutzdatenhaltung, Naturpark – überall gab es Reduzierungen im Haushaltsplan 2012. Das sind Kritikpunkte, die man auch benennen muss, denn das heißt, Sie sehen offensichtlich nicht, dass im Bereich der Biodiversität noch einiges mehr getan werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade was die Biodiversität angeht, möchte ich auf eine Presseerklärung von Frau Puttrich anspielen. Sie sagte am 08.11. zur Podiumsdiskussion „Zehn Jahre für die biologische Vielfalt“, dass eine Sprache gesprochen werden muss, „die in der Politik, in der Bevölkerung, in der Wirtschaft verstanden wird“. – Frau Ministerin, ja, das ist richtig. Das muss man tun. Man muss verständlich reden. Aber allein mit Reden kommen wir im Naturschutz keinen Schritt weiter. Dafür müssen auch die Mittel bereitgestellt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Wir wollen mehr Mittel für eine klimafreundliche Landwirtschaft, für die Stärkung der gentechnikfreien Landwirtschaft einstellen. Wir wollen mehr im Bereich des Verbraucherschutzes. Wir haben ein Konzept vorgestellt, wie wir es schaffen wollen, dass Verbraucher selbstbestimmt und genussvoll ihr Leben gestalten können. Der Verbraucherschutz soll ein modernes Bürgerrecht werden. Dafür braucht es ein Mehr an Verbraucherschutz. Wir brauchen eine Verbraucherberatung, die den wachsenden Anforderungen auf dem Markt personell und finanziell gewachsen und auch erreichbar ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Lebensmittelkontrolle, die den steigenden Anforderungen gerecht wird, die nicht nur Skandalen hinterherhinkt, sondern ausreichende Kontrollen durchführen kann. Mit der Einführung der Smiley-Plakette haben wir dargestellt, dass wir sehr viel an Verbesserungen erreichen können. Wir wollen eine Informationskampagne für das Siegel „Ohne Gentechnik“. Die ist uns ebenso wichtig – das sagte ich vorhin – wie die Ausweitung des ökologischen Landbaus.

Sie sehen, wir werden sehr viel mehr an Änderungsanträgen einbringen. Wir wollen, dass der Haushalt 2012 ein zu-

kunftsweisender Haushalt ist. Ich kann betonen: Wir haben unsere Haushaltsvorschläge auch ordnungsgemäß abgesichert und gegenfinanziert. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) und Timon Gremmels (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile das Wort dem Abg. Sürmann für die Fraktion der FDP.

Frank Sürmann (FDP):

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte etwas vor die Klammer ziehen, wenn ich die Diskussion und die Beiträge gerade vom Kollegen Gremmels und von der Kollegin Hammann höre und dann daran denke, wie viele von allen Parteien gesagt haben: Mein lieber Mann, wir haben Probleme in Europa. Die griechische Politik, nicht die Griechen selbst – die haben das sicherlich nicht gewollt –, hat über ihre Verhältnisse gelebt. Mit den Anträgen zum Verbraucherschutz und dem, was Frau Hammann zum Naturschutz gesagt hat, der Naturschutz falle dem Rotstift zum Opfer, machen wir gerade wieder eines. Wir definieren einen Standard, wie er sein muss und wie es optimal ist, sagen, was das kostet, und stellen fest, das ist nicht im Haushalt enthalten. Jetzt gibt es Vorschläge, was man dann macht. Die LINKEN sagen: Wir nehmen Schulden auf; es ist völlig egal, wie, und es ist völlig egal, wer sie bezahlt. – Oder man sagt: Wir erhöhen die Steuern mit der Folge, dass irgendwann für die Arbeit, die geleistet wird, nur noch die Hälfte netto bleibt und die Leute keine Lust mehr haben, zu arbeiten, und sich ausrechnen,

(Beifall bei der FDP und des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

dass es sich nicht lohnt, zu arbeiten, sondern sich in den Jobcentern, die gut funktionieren, etwas vom hohen Sozialhilfeniveau, das Sie fordern, abholen. Dann sind wir wieder in dem Dilemma. Deswegen ganz vorsichtig: Wenn wir als Deutschland und als Hessen hergehen und sagen, die Griechen leben über ihre Verhältnisse, dann müssen wir aufpassen, dass wir das nicht selbst tun.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nicht alle!)

Deswegen ist es auch richtig, diese Einsparvorgaben so zu leben und so ehrlich zu leben, wie dies getan wird. Deswegen zum Prinzip. Auch in diesem Haushalt sind 17,5 Millionen € eingespart worden, weil 14,5 Millionen durch eine 3,8-prozentige Senkung der Gesamtausgaben und noch einmal 5 % im Ministerium in der politischen Führung reduziert worden sind, wie das der Finanzminister Dr. Schäfer vorgegeben hat. Wir haben dann die Situation, dass wir nur Einnahmen von 166,1 Millionen € haben. Das ist im Übrigen eine Steigerung gegenüber 2011 von 22,5 Millionen €.

Wir haben Ausgaben von insgesamt 501,8 Millionen €, eine Senkung um 7,5 Millionen €. Wir haben damit einen Zuschussbedarf von 335,6 Millionen €. Wenn Sie sich jetzt den Zuschussbedarf und die Prozentzahlen ansehen, die ich eben genannt habe,

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

dann kommen Sie auf die 17,5 Millionen €. Die Hausaufgaben sind erledigt. Die Einsparung ist gemacht – dafür muss man allen Mitarbeitern Dank sagen –, so schwierig es ist, das in den Einzelpunkten hinzubekommen.

Lassen Sie mich drei Anmerkungen machen, wo es wirklich schwierig wird. Erste Anmerkung. Wir haben mit einem Klimawandel zu rechnen, der uns vor neue Herausforderungen stellt.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Eine Herausforderung ist beispielsweise im Forst, dass wir möglicherweise einen Waldumbau bevorstehen haben und dass wir auf Klimakatastrophen reagieren müssen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Dazu bedarf es einer ausreichenden Ausstattung des Forstes, damit er auf solche Dinge reagieren kann.

(Zurufe der Abg. Timon Gremmels und Petra Fuhrmann (SPD))

Wir müssen aufpassen, dass wir an der Stelle keine Handlungsunfähigkeit erzeugen.

Zweite Anmerkung. Schauen wir uns die Kofinanzierungsmittel an. Wir wissen, dass wir für 1 €, den das Land Hessen einsetzt, ungefähr 4 € herausbekommen.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Aber was sollen wir tun, wenn wir diese Kofinanzierung selbst nicht mehr erbringen können? – Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass wir vor enormen Herausforderungen stehen. Da will ich nicht ran. Da würde ich auch nicht gerne rangehen. Aber wir stehen möglicherweise vor einer solchen Herausforderung, wenn die EU es nicht möglich macht, dass auch Privatinvestoren Kofinanzierungsmittel abgreifen können. Dafür werde ich mich persönlich einsetzen.

Ansonsten ist dieser Haushalt mit dieser Einsparvorgabe, wie in allen anderen Bereichen auch, gelungen. Die Einsparung ist gelungen. Wir halten unser Wort und werden die Neuverschuldung null erreichen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Jetzt erteile ich Frau Schott für die Fraktion DIE LINKE das Wort. Bitte schön.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist die Aufgabe der Politik, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor umwelt- und gesundheitsgefährdenden Produkten aus den Chemie- und Gentechniklaboren zu schützen. Es ist die Aufgabe der Politik, die Verbraucherinnen und Verbraucher und unsere Umwelt vor immer neuen Gefahren aus der industriellen Nahrungsmittelproduktion, wie Gammelfleisch, Analogkäse, Schweinegrippe, EHEC, aber auch Bodenüberdüngung, Grundwasserseuchung und Luftschadstoffen zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist auch die Aufgabe der Politik, die Menschen vor einer vollständigen Vermarktung ihrer Privatsphäre zu schützen, und es ist die Aufgabe der Politik, die Menschen

vor immer abenteuerlicheren Produkten der Finanzmärkte zu schützen. Was macht Hessen? – Wie im Dioxinskandal setzt das Umweltministerium auf zunehmende Eigenkontrolle der Betriebe bei gleichzeitiger Reduktion der behördlichen Überwachungskapazitäten. Mit dieser Bock-Gärtner-Strategie hat Hessen bei den Kontrollen nur Mittelmaß erreicht. Das Land zieht sich aus seiner Verantwortung zurück, verlagert sie auf die finanziell ausgebeuteten Kommunen und setzt auf Verbraucherinformation.

Sicher sind Informationsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher, wie sie vom Umweltministerium gefördert werden, gut. Aber es ist schlichtweg eine Überforderung für die Menschen, im Konsumdschungel die umweltfreundlichen Putzmittel, die schadstoffarmen Jeans und Kinderspielzeuge sowie den günstigen Telefontarif zu finden. Die in allen Bereichen informierte und mündige Verbraucherin, die über ihre Konsumgewohnheiten auch noch positiv auf die Produktpalette einwirken soll: Das ist eine Überforderung der Menschen. Wir alle, die wir hier sitzen, sind damit überfordert. Nicht die Konsumenten müssen in der Lage sein, die schlechten und gefährlichen Produkte zu erkennen. Es ist die Aufgabe der Politik, den Verbrauchern möglichst viele der umweltschädlichen, giftigen, gefährlichen und unter unwürdigen sozialen Bedingungen hergestellten Produkte zu ersparen – und das, bevor sie in den Regalen der Läden landen.

(Beifall bei der LINKEN)

Solche Produkte dürfen gar nicht erst in den Handel gelangen. Hier sind die staatlichen Einrichtungen zur Umwelt- und Lebensmittelüberwachung und im Veterinärwesen gefordert. Deren Haushaltsmittel bleiben aber weit hinter dem Zuwachs an ihren neuen Aufgaben zurück. Das musste in der Anhörung zu dem Gesetzentwurf zum Vollzug der Aufgaben des Veterinärwesens im Ausschuss sogar die CDU feststellen. Ein Blick in den Haushalt zeigt aber, dass der Landesregierung diese Erkenntnis offensichtlich fehlt.

(Florian Rentsch (FDP): Nein!)

Fakt ist: Während Umwelt- und Verbraucherschutzministerin Puttrich ihren Zwölf-Punkte-Aktionsplan zum Verbraucherschutz preist und beteuert, dass man beim letzten Dioxinskandal alles richtig gemacht habe, bleiben in Hessen Stellen bei der Verbraucherzentrale wegen der knappen Mittelzuweisungen aus dem Ministerium unbesetzt. Darüber hinaus fehlt den Verbraucherschützern der Ausgleich für die berechtigte und längst überfällige Tarifierhöhung. In Hessen hat es im Jahr 2010 für den Verbraucherschutz Zuwendungen in Höhe von 29 Cent pro Einwohnerin und Einwohner gegeben. Aber einen guten Verbraucherschutz gibt es für diesen Preis nicht. Dafür braucht man mindestens 50 Cent.

(Beifall bei der LINKEN)

Bezeichnend ist die Aussage des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums, die Verbraucherschutzorganisationen seien schon in der Vergangenheit immer auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, eigene Mittel zu generieren, um somit die finanzielle Situation zu stabilisieren. Das Einzige, was sich in Hessen stabilisiert hat, ist das schlechte Abschneiden im Ländervergleich. Im Verbraucherschutzindex 2010 liegt Hessen mit der Schulnote 4 auf Platz 11. Da sind wir wieder beim unteren Mittelmaß. Aber daran sind die Verbraucherschutzorganisationen laut Ministerium selbst schuld, weil sie nicht genug eigene Mittel generiert haben.

Verbraucherschutz ist die gesetzlich festgeschriebene Aufgabe von Bund und Ländern, also eine Aufgabe für das Gemeinwohl. Meine Damen und Herren, die finanzielle Unabhängigkeit von Märkten ist aber eine Grundvoraussetzung für eine objektive Arbeit des Verbraucherschutzes. Dass diese Zusammenhänge von CDU und FDP nicht gesehen werden, ist bekannt.

In der Energiepolitik hat sich die Landesregierung erst zum Erfüllungsgehilfen der Stromkonzerne und dann lächerlich gemacht. Erst sollten Atom- und neue Kohlekraftwerke als Brückentechnologie, unterstützt durch einen riesigen Werbeetat der Energiekonzerne, das Klima retten. Die Landesregierung machte für die Windkraftanlagen eine Verhinderungsplanung und setzte sich für Biblis und das Kohlekraftwerk Staudinger ein. Nach Fukushima ist nur noch die Kohlebrücke übrig geblieben, mit deren absurder Verteidigung sich CDU und FDP gerade der Lächerlichkeit preisgeben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nicht der Klimaschutz und die notwendige Energiewende sind für die Landesregierung das leitende Motiv, sondern die Durchsetzung abstrakter ökonomischer Interessen großer und global agierender Konzerne. Wie die Beispiele Trinkwasserversalzung durch die Kaliindustrie, der Frankfurter Flughafen oder die Agrarförderung zeigen, zieht sich dieses Leitbild durch viele Bereiche.

„Privat vor Staat“ heißt weiterhin das Credo, wobei die neoliberale Sichtverengung mit „privat“ die Privatwirtschaft meint und nicht die Menschen, die am Frankfurter Flughafen leben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf des Abg. Kurt Wiegel (CDU))

Kohlebrücken, Biosprit, Bevorzugung des Straßenverkehrs, Abfindungen statt Lärmschutz, Emissionshandel und Salzlaugenverpressung in Trinkwasserleiter sind die Auswüchse einer neoliberalen Umweltpolitik, einer Politik, die unterlegt mit dem Dogma, dass Wirtschaftswachstum die Erfolgsvoraussetzung für alles ist, mehr zur Verschärfung als zur Lösung der Probleme beiträgt.

Meine Damen und Herren, das alles können Sie im Haushalt wiederfinden. Mein Fazit: Weder Klimaschutz und Energiewende noch Verbraucherschutz und Agrarreform sind im Denken und Handeln der Landesregierung und in ihrem Haushalt angekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Frau Ministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf daran erinnern, dass die Mehrheit in diesem Landtag bis auf die LINKEN eine Schuldenbremse beschlossen hat. Wir haben alle miteinander den Auftrag, eine Schuldenbremse nicht nur zu beschließen, sondern auch entsprechend zu handeln.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deshalb hat das Umweltministerium selbstverständlich das getan, was auch andere Ressorts getan haben, nämlich den entsprechenden Beitrag zum Sparen geleistet. Deshalb fehlt mir auch ein Stück Verständnis, wenn an jeder Stelle gesagt wird, wo man mehr Geld ausgeben will, aber an keiner Stelle, wo man es einsparen könnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Die Opposition kann das an dieser Stelle ganz gut tun. Aber ich halte das für unredlich.

Ich möchte ein Zweites ansprechen. Ich habe den Eindruck, dass man sich beim Ressort Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Moment auf nur noch ganz wenige Themen konzentriert. Es ist richtig, die Umsetzung des Energiegipfels ist eine große Aufgabe, die uns gemeinsam bevorsteht. Es ist auch richtig, dass der Verbraucherschutz ein wichtiges Thema ist. Ich lege aber Wert darauf, dass das Ministerium wesentlich breiter aufgestellt ist.

Trotz der Einsparungen, die wir vornehmen mussten, haben wir Schwerpunkte gesetzt. Wir haben Schwerpunkte gesetzt bei der Fortsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie. Wir haben einen Beschluss, dass dort Energie eine Rolle spielen und eingebunden werden soll. Wir haben den Bereich Klimaschutz, der im Moment in der öffentlichen Diskussion sehr vernachlässigt wird. Trotzdem hat er eine wesentliche Bedeutung.

Wir haben die Bereiche Verbraucherschutz, Naturschutz und Landwirtschaft. Lassen Sie mich eines aufnehmen, was eben angesprochen wurde – das Stichwort Biodiversität.

Man kann Strategien fordern. Sie ist auch fast fertig. Ich will aber ganz klar sagen: Das sind nicht nur Worte, das sind Taten. Das will ich aus dem einen Grund heraus sagen, weil gerade heute ein wunderbarer Tag ist, um zu zeigen, wo wir in Hessen wirklich Biodiversität leben lassen. Ich war heute in Berlin und habe gemeinsam mit vier Landesministern und dem Bundesumweltminister die UNESCO-Urkunde „Weltnaturerbe Buchenwälder“ entgegengenommen. Unser Nationalpark Kellerwald ist dabei. Da kann ich nur sagen: Das kommt doch nicht von selbst. Das fällt doch nicht vom Himmel.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Hier haben wir ganz viele Akteure – viele Akteure, die gemeinsam über viele Jahre an einem Strang gezogen haben, und zwar in die gleiche Richtung. Damit ist eine einzigartige Leistung verbunden. Deshalb: Wir zeigen Taten und glänzen nicht nur durch Worte.

Genauso ist es, wenn hier gesagt wird, beim Biosphärenreservat Rhön würde eingespart werden. Nein, das ist falsch. Wir werden im nächsten Jahr deshalb weniger Geld dafür im Haushalt brauchen, weil wir unsere Aufgabe schon in diesem Jahr erfüllt haben. Wir werden die Mittel schon in diesem Jahr verwenden. Das heißt, das Biosphärenreservat Rhön wird von unserer Seite erfolgreich abgeschlossen. Es wird alles andere getan, als an dieser Stelle zu sparen. Eher wird es schneller umgesetzt. Das ist unser gemeinsames Ziel. Abgesehen davon ist das Biosphärenreservat Rhön auch ein schönes Beispiel für Biodiversität in der Realität – gelebt und umgesetzt.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Und was ist mit der Kernzone?)

Lassen Sie mich nur kurz auf den Energiegipfel eingehen. Mit diesem Thema werden wir uns zu einem späteren Zeitpunkt noch äußerst intensiv beschäftigen. Wir werden das Thema Energie noch sehr energisch diskutieren.

Selbstverständlich haben wir eines getan: Wir haben gesagt, wir werden die Arbeit, die Ergebnisse der betreffenden Gruppen des Energiegipfels mit aufnehmen. Deshalb wäre es vollkommen falsch, zum jetzigen Zeitpunkt all das als Lösung zu präsentieren und im Prinzip das vorwegzunehmen, was dort diskutiert wurde – denn dann wäre gesagt worden, wir haben nicht aufgenommen, was dort an Vorschlägen kam. Also bitte ich an dieser Stelle schlicht und einfach um etwas Geduld – nicht zu lange, um Himmels willen, das wollen wir auch nicht. Es geht einfach um die richtige Zeit, um hier die entsprechenden Vorschläge zu machen.

Dabei muss ich eines ganz klar sagen: Bitte verabschieden Sie sich davon, dass Geld die Wunderheilung sei. Verabschieden Sie sich davon, dass hessisches Geld die Wunderheilung ist, mit der man alles erreichen könne, was man politisch vereinbart. Wir haben mehrere Akteure, gerade im Energiebereich. Das sind die EU, der Bund und die Länder. Eines sage ich ganz klar: Wir müssen mehrere Dinge tun: beraten, informieren und fördern. Geld alleine aber macht nicht selig.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD) – Janine Wissler (DIE LINKE): Aber ohne Geld ist alles Mist!)

Unsere Aufgabe ist wesentlich größer – Sie haben das selbst angesprochen, z. B. das Thema Akzeptanz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Letzte, was ich ansprechen möchte, ist die Mär, die immer wieder bezüglich des Verbraucherschutzes gestrickt wird. Es ist wirklich eine Mär, wenn immer wieder gesagt wird, der Verbraucherschutz in Hessen sei schlecht aufgestellt.

(Timon Gremmels (SPD): Die Verbraucherzentralen! Sie müssen schon zuhören!)

Das ist falsch, schlicht und einfach falsch. Auch wenn man das öfter behauptet, wird es deshalb nicht richtiger.

Es sind mehrere Dinge. Sie wissen, wir haben im Ministerium neue Zuständigkeiten geschaffen. Das wurde vorgestellt. Ich habe ein entsprechendes Konzept, ein Zwölf-Punkte-Programm zum Verbraucherschutz vorgestellt. Ich verstehe zwar, dass man das als Opposition nicht loben darf – aber ich denke, an der einen oder anderen Stelle muss man es anerkennen, wenn man ehrlich ist.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Wenn wir an die Finanzierung des Verbraucherschutzes gehen, dann müssten Sie an dieser Stelle sagen: Wir haben viele Bereiche, in denen wir gespart haben. Der Verbraucherschutz ist derjenige, bei dem wir nicht gespart haben. Wir haben den Verbraucherschutz aus unseren Sparbemühungen herausgenommen und haben die Mittel in diesem Bereich sogar noch erhöht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Stellen Sie das also bitte richtig dar, nicht falsch.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Sie Verbraucherschutz nicht ausschließlich bei der gewertschätzten Arbeit der

Verbraucherzentrale ansiedeln können. Verbraucherschutz in Hessen ist mehr als die Verbraucherzentrale – das sage ich ganz deutlich.

(Timon Gremmels (SPD): Das ist Ihre Deutung!)

Das heißt, wir unterstützen mehrere Institutionen. Wir unterstützen nicht nur Institutionen, wir unterstützen auch Projekte,

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

die teilweise von der Verbraucherzentrale, aber auch von anderen gemacht werden, beispielsweise Projektförderung wie Alltagskompetenzen, Werkstatt Ernährung und Vernetzungsstelle Schulverpflegung, Online-Schlichter usw. – nur, um Ihnen ein Gefühl dafür zu geben.

Letztendlich: Wenn Sie sich die Situation ansehen, die wir in Hessen haben, dann können wir schon stolz darauf sein, dass wir in Hessen 15 Beratungsstellen haben: acht Verbraucherzentralen und sieben vom ehemaligen Deutschen Hausfrauenbund. Wenn Sie sich einmal ansehen, wie das in Rheinland-Pfalz aussieht – gerade einmal sechs –, dann können wir uns wirklich sehen lassen. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 09 vollzogen.

Wir kommen nun zum

Einzelplan 15 – Ministerium für Wissenschaft und Kunst –

Das erste Wort dazu hat Herr Kollege Grumbach. – Noch nie hat sich Herr Grumbach so über die Umweltministerin gefreut, denn jede Minute, die sie geredet hat, wird zu seiner Redezeit. Sie haben jetzt noch 2:23 Minuten. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja mehr als letztes Jahr!)

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein kurzer Ausblick auf die dritte Lesung:

Die Unis voll, die Kassen leer,
die Wissenschaft, die leidet sehr.
Jedoch die Rettung naht schon:
ein Antrag der Opposition.
50 Millionen für die Lehre.
Stimmt einfach zu. Habe die Ehre.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Grumbach, herzlichen Dank. – Nächste Wortmeldung – der Wettbewerb beginnt –, Herr Dr. Müller für die Fraktion der CDU.

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst ganz herzlich beim Präsidium und beim Stenografischen Dienst dafür bedanken, dass sie noch geblieben sind, und freue mich für jeden

Einzelnen, der sich jetzt dieser Diskussion noch zuwendet.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Grumbach, ich muss sagen, das war schon erste Sahne:

So bekommen wir nie miteinander Krach, der Müller und der krumme Bach.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den letzten beißen die Hunde. Ein erster Blick in den Einzelplan 15 gelangt zu einem nicht erstaunlichen Ergebnis. Er zeigt: Die Förderung von Wissenschaft und Kunst in Hessen unter der Ägide von Eva Kühne-Hörmann ist bestens aufgestellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und der LINKEN)

Wir schauen ein zweites Mal. Der zweite Blick ergibt, dass Hessen auf dem Gebiet Wissenschafts- und Kunstförderung in vielen Bereichen eine Spitzenstellung einnehmen kann. Nun ist auch dieses Ministerium wie alle anderen, über die wir heute diskutiert haben, kein Supermarkt, in den man geht und alle Lebensmittel und alle schönen Dinge des Lebens kaufen kann. Deswegen ist es eine große Leistung bei der Förderung von Wissenschaft und Kunst, dass man dort ganz gezielt Schwerpunkte setzt und profiliert, dass man auch die Instrumente, die einem für diese Schwerpunktsetzung und Profilierung zur Verfügung stehen, gut einsetzt.

Für den Erfolg gerade bei den Hochschulen – das sehen wir immer bei den hochgestellten Magnifizenzen – ist es für uns einfache Menschen ungeheuer schwer, den Spagat hinzubekommen, den weitgehend autonomen Hochschulen mit ihren ganz sicher bestimmten Verhaltensweisen in ihrer weitgehenden Autonomie eine Planungssicherheit zu geben.

Das ist das Stichwort, das sich wie ein schwarzer Faden durch diesen Teil des Einzelplans 15 zieht: Planungssicherheit.

Zum einen Planungssicherheit für die Hochschulen: Das wird durch den hessischen Hochschulpakt erreicht. Dazu gab es ein Versprechen, und was wir versprochen haben – das ist jedem hier bekannt –, das halten wir auch.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wegen der günstigen Steuereinnahmen wird dieser Pakt nochmals um 20 Millionen € aufgestockt.

(Beifall des Abg. Dr. Matthias Büger (FDP))

Planungssicherheit schafft auch das unglaublich wirksame Hochschulbauprogramm HEUREKA. Bis zum Jahr 2020 investiert dieses Programm immerhin rund 250 Millionen € in die Modernisierung und den Ausbau der Hochschulstandorte. Insgesamt, und dafür muss eine Großmutter im Vogelsberg lange stricken, sind es 3 Milliarden € bis zum Ende dieses Programms im Jahr 2020.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Planungssicherheit schaffen auch – wir werden morgen zu früher Stunde darüber diskutieren – das außergewöhnliche und einmalig in Hessen aufgelegte Forschungsförderprogramm LOEWE mit 210 Millionen € bis zum Jahr

2014 und die sogenannten QSL-Mittel, die als Ausgleich für die entfallenen Studienbeiträge fließen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie all diese Beträge, die ich in meiner Bescheidenheit gar nicht alle ausgesprochen habe, zusammennehmen und die Grundmittel für die Hochschulen dazurechnen – die mit immerhin 311 € pro Einwohner in Hessen einen der Spitzenplätze unter den Flächenländern in der Bundesrepublik einnehmen – zeigt sich, dass die Schwerpunktbildung der Hessischen Landesregierung, was die Unterstützung und Förderung der Forschung und Lehre an den Hochschulen angeht, ein Gesamtkunstwerk aus einem Guss ist. Dafür bedanken wir uns als CDU-Fraktion herzlich.

Die Bilanz der hessischen Hochschulförderung ist also positiv. Sie ist zufriedenstellend. Gerade angesichts der dramatisch hohen Zahlen von Erstsemestern ist sie natürlich nicht nur im Finanziellen, sondern auch sehr viel mehr in den Ideen, die man aufbringen muss, um für die Erstsemester die richtigen Möglichkeiten zu schaffen, damit sie lernen und wohnen können, durchaus noch zu verbessern.

Wir haben – das muss man sich einmal vorstellen, wenn man wie ich aus einer anderen Zeit kommt – zum Wintersemester 2011/2012 knapp 210.000 Studenten in Hessen, darunter 34.600 Erstsemester. Das ist die höchste Zahl, die beispielsweise die Johann Wolfgang Goethe-Universität mit rund 40.800 Studenten je hatte. Diese Studenten haben einen Anspruch darauf, dass sie angemessen studieren können und angemessen betreut werden.

Dies hat in der Tat zu außergewöhnlichen, kreativen Ideen der Studentenwerke, der Studenten selbst und der Hochschulen geführt. Das sollte man auch sehen. Eine Regierung kann nicht alles alleine durch Geld meistern, jeder der Beteiligten muss durch gute Ideen, manchmal auch durch außergewöhnliche Ideen, dazu beitragen, dass wir diese außergewöhnliche Situation meistern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Forschung, Lehre und Ausbildung an Hochschulen ist einer der Schwerpunkte der Aufgaben des Ministeriums. Aber es ist natürlich nicht das einzige Feld. Sie können sich vorstellen, dass mir als jemandem, der einmal Germanistik studiert hat, als das Tote Meer noch gesund war, natürlich andere Förderungen aus diesem Ministerium auch sehr am Herzen liegen: die Landesmarke Grimm,

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit neigt sich dem Ende zu.

Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):

die Unterstützung der Literatur, der Theater, der Museen und der Denkmäler. Für alles zusammen steht ein Betrag von rund 3 Millionen € zur Verfügung.

Ich muss sagen, wenn man sich die hessische Museumslandschaft anschaut, die so vielfältig ist und die ein gutes Spiegelbild für die Gefühle der Identifikation vieler mit ihrer Heimat darstellt, kann man stolz auf das sein, was in Wissenschaft, Kultur, Bildung und Kunst in diesem Land geleistet wird.

Das ist nicht nur ein Erfolg der Landesregierung. Aber viele dieser Initiativen könnten ohne die Schwerpunktbildung und Förderung dieser Landesregierung nicht existieren. Sie könnten ihre Kreativität nicht ausleben. Des-

wegen ist es ein guter Blick in den Einzelplan 15. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich nehme durchaus wahr, dass es jetzt schon spät ist. Ich kann Ihnen allerdings nicht ersparen, zu sagen, dass ich nicht alles so rosig sehe, was den Einzelplan 15 betrifft, wie Herr Dr. Müller das gerade dargestellt hat. Er hatte gerade gesagt, er komme aus einer anderen Zeit. Das hat man an seiner Rede wirklich gemerkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle, die sich mit dem Thema der Hochschulen beschäftigen, sehen, dass die Situation dramatisch ist. Wir haben dramatische Zuwächse der Studierendenzahlen. Diese dramatischen Zuwächse, die nicht mit einer automatischen Steigerung des Geldes daherkommen, haben verheerende Auswirkungen auf die Qualität der Studienbedingungen. Das ist ein Thema, dem wir uns noch etwas ernster widmen sollten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben leider in Hessen eine Ministerin, die sich nicht mit der realen Situation und den realen Problemen an den Hochschulen auseinandersetzt, sondern immer wieder die Summen vor sich hin betet, die an die Hochschulen gehen. Dazu will ich sagen: Es stimmt, die Ausgaben für die Hochschulen sind gestiegen. Es stimmt, die Ausgaben für den Hochschulbau sind gestiegen. Es stimmt, das Programm LOEWE ist ein Programm, das sich durchaus sehen lassen kann, auch im Vergleich der Bundesländer.

Gleichzeitig sind die Ausgaben pro Studierenden gesunken. Es kommen immer mehr Studierende an die Hochschulen, und die Mittel pro Studierenden werden nicht mehr, sondern weniger. Da hilft es auch nicht, Statistiken vorzulegen, wie viel Geld jede Hessin und jeder Hesse in die Hochschule steckt. Interessant ist doch, wie viel Geld wir in die Hand nehmen, um die einzelnen Studierenden auszubilden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Stelle würde ich mir eine Wissenschaftsministerin wünschen, die ihre Verantwortung wahrnimmt, die die Situation an den Hochschulen wahrnimmt und die für mehr Geld für die Hochschulen und für die Studierenden kämpft. Die Ministerin hat im Gegenteil für diesen Haushalt die Mittel für die Hochschulen um 30 Millionen € gekürzt. Im nächsten Haushalt wird das nur mit 20 Millionen € wieder aufgehoben. Noch schlimmer ist es: Kontinuierlich wird durch den Hochschulpakt die Grundfinanzierung der Hochschulen gekürzt. Das bedeutet nicht nur, dass wir in der Gesamtsumme weniger Geld pro Studierenden haben, sondern in der Struktur der Ausgaben für die Wissenschaft, für die Hochschulen haben wir immer weniger Geld, das in die Lehre und in die Studienbedingungen geht. Ich glaube – wir diskutieren morgen früh auch über den Fachkräftemangel –, das können wir uns in dieser Dimension nicht mehr leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben zurzeit zusätzlich eine große Diskussion insbesondere in Frankfurt und in Darmstadt, aber auch an anderen Hochschulstandorten, dass es nicht mehr reicht, die Hochschulen gut auszustatten, sondern dass wir uns auch mit den Rahmenbedingungen für die Studierenden beschäftigen müssen.

Wir haben sehr viele Studierende, die zurzeit auf der Straße leben. Es ist vielleicht ein bisschen dramatisch dargestellt,

(Zuruf des Abg. Frank Sürmann (FDP))

es ist aber faktisch so, dass sie teilweise in Schlafsäcken in Notunterkünften schlafen. Die Situation ist durchaus dramatischer, als sie von der Landesregierung dargestellt wird.

Auch hier würde ich mir eine Wissenschaftsministerin wünschen, die ihrer Verantwortung nachkommt. Natürlich können Sie nicht Studentenwohnheime so schnell aus dem Boden stampfen. Aber immerhin können Sie für Notprogramme kreative Lösungen finden. Wir haben genügend leer stehenden Raum, diesen könnte man relativ schnell in Wohnraum umwandeln, wenn man sich denn um die Probleme in diesem Land kümmern wollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will die Zeit nicht überstrapazieren. Das Thema EBS haben wir weitgehend besprochen. Auch hier kann man sagen, dass man in dieser Situation 25 Millionen € für den Aufbau eines einzigen Fachbereichs an eine Privathochschule vergibt – Frau Ministerin, da können Sie stöhnen, ich weiß gar nicht, ob Stöhnen von der Regierungsbank verboten ist, weil es kein Wortbeitrag ist, aber angebracht finde ich es in dieser Situation nicht. Sie werfen den Hochschulleitungen vor, obwohl Sie verantwortlich sind, dass sie sich selbst nicht um ihre Hochschulen und die Situation kümmern. Gleichzeitig finanzieren Sie aber eine private Hochschule in diesen Dimensionen.

(Horst Klee (CDU): Das haben wir schon dreimal gehört!)

– Wie schön, dass Sie mir zuhören, es wäre schön, wenn es irgendwann ankäme und Sie Ihre Politik dementsprechend ändern würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will nur noch zwei kleine Dinge aus dem Einzelplan 15 herausgreifen, weil sie zeigen, in welche Richtung die Landesregierung und die Ministerin denken.

Die Ministerin hat vor, 0,5 Millionen € für Werbebroschüren für das LOEWE-Programm auszugeben. Dieses Programm ist an den Hochschulen allen bekannt. Das Programm muss an den Hochschulen nicht beworben werden. Ich persönlich finde es in Zeiten wie diesen nicht angemessen, in Zeiten, in denen die Hochschulen unter solchen Finanzengpässen leiden, 0,5 Millionen € für solche Broschüren – wahrscheinlich Wahlkampfwerbung – vorzuhalten.

Meine Damen und Herren, ein zweiter Blick in den Haushalt, der einen eher kleineren Posten betrifft, zeigt, dass die Dimensionen der Politik und der Präsentation sehr verschoben sind. Die Kosten für die Verleihung des Hessischen Filmpreises, für das Event an sich, die Feier in der Alten Oper, betragen 258.000 €. Die Preisgelder, die dort vergeben werden für diejenigen, die Filme machen, und

diejenigen, die in diesem Lande Kinos betreiben, betragen nur 185.000 €. Da sind die Dimensionen wirklich verschoben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die Situation an den Hochschulen in Hessen diskutieren wir schon seit Langem. Ich würde mir wünschen, dass die Ministerin diese Situation langsam einmal wahrnehmen und endlich der Verantwortung, die sie hat, gerecht würde.
– Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Bürger für die Fraktion der FDP.

Dr. Matthias Bürger (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Hochschulpolitiker bin ich geneigt, zu der späten Stunde zu sagen: Das Beste kommt zum Schluss.

(Ernst-Ewald Roth (SPD): Deshalb kommt DIE LINKE noch nach Ihnen! – Weitere Zurufe)

– Der beste Haushaltsplan. – Zum Bereich Wissenschaft und Kunst. Insgesamt wissen wir, dass wir einen Sparhaushalt eingereicht haben. Das ist gut so, und das ist auch richtig so. Gerade in einem Sparhaushalt geht es darum, dass man Prioritäten setzt. Genau diese Prioritäten setzen wir. Die setzt man in einem Sparhaushalt so, dass man in bestimmten Bereichen weniger spart. Wenn man besonders gut an der Stelle ist und eine besonders große Priorität hat, dann spart man in einem Bereich nicht. Ich glaube, es ist eine ganz besondere Anstrengung, und das sollte man in diesem Hause auch würdigen,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Es geht nicht um Sparen, sondern um Kürzen!)

wenn es einen Bereich gibt, in dem wir trotz des Sparhaushalts nicht einsparen, sondern in dem wir sogar noch mehr Geld ausgeben. Der Einzelplan 15 ist ein Einzelplan, in dem wir einen Betrag von über 70 Millionen € obendrauf legen. Das zeigt, welche Anstrengungen wir hier durchgeführt haben

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und welche Priorität für uns Wissenschaft, Bildung und Kultur in diesem Land haben. Das ist eine Priorität, die es zu früheren, gerade zu rot-grünen Zeiten nie gegeben hat.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen auch sagen, wohin diese gut 70 Millionen € zusätzliche Mittel hingeflossen sind. 20 Millionen € sind Aufwuchs im Hochschulpaket. Wir haben einen Vertrag geschlossen, und selbstverständlich haben wir ihn gehalten. Ich weiß gar nicht, welche Äußerungen es vorher gab, als mein Kollege Dr. Müller hier gesprochen hat.

Aus dem Hochschulpaket 2020 – das ist der für die mehrfachen Abiturjahrgänge – haben wir insgesamt einen Aufwuchs von 94 Millionen €, wobei die Hälfte vom Bund und die Hälfte vom Land kommt. Das ist im Übrigen das Doppelte von dem, was die SPD hier mit einem Notprogramm fordert. Hier kommt schon das Doppelte hinein. Außerdem kommen noch 7 Millionen € aus dem Pakt für Forschung und Innovation.

Hinzu kommen – auch das will ich erwähnen, weil immer nur die Grundmittel genannt werden – gleich geblieben die QSL-Mittel mit 92 Millionen €, das Programm LOEWE, das sogar von meiner Kollegin Sorge gelobt wird, die HEUREKA-Mittel. Es heißt hier immer nur, die Studenten müssten auf den Gängen sitzen, aber im letzten rot-grünen Jahr waren es 65 Millionen €, die in den Hochschulbau geflossen sind. Bis zum Jahr 2020 werden wir 3 Milliarden € über HEUREKA verbauen. Da sieht man einmal die Veränderungen, die wir hier haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Jahre her!)

Frau Sorge, wenn es stimmen würde, was Sie hier so dramatisieren – die Lage sei dramatisch, katastrophal –, dann müsste man erwarten, dass die Studenten aus Hessen in andere Länder, vorzugsweise rot-grün regierte Länder, die möglicherweise eine andere Politik machen, gehen. Was sehen wir aber bei den Studienanfängern und auch bei der Gesamtzahl der Studierenden? Die Studierenden kommen sogar aus anderen Ländern zu uns. Wir haben einen Zuwachs. Das zeigt doch, wie attraktiv der Hochschulstandort Hessen ist, gerade im Vergleich zu den anderen Ländern. Darum braucht man nicht heruzureden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber auch das hat mein Kollege Dr. Müller ganz richtig gesagt: Mit über 300 € pro Einwohner sind wir bei den Flächenländern ganz vorne dabei. Selbst bei den Mitteln pro Student – natürlich ist das weniger, weil wir so viele Studenten aus anderen Ländern haben – sind wir immer noch über dem Schnitt, und wir haben einen Betrag, der jährlich steigt.

Da kann man zu Recht sagen, dass man die Inflationsrate einrechnen muss. Dazu gab es eine Anfrage, die Sie selbst gestellt haben, auf die die Wissenschaftsministerin genau die richtige Antwort gegeben hat: Pro Student sind wir heute selbst nach Inflation nicht unter dem Niveau von 1998. – Es stimmt also einfach nicht, dass wir weniger ausgeben würden.

Hinzu kommt, dass wir den Wissenschaftsstandort zusätzlich durch den Zukunftsfonds stärken: das Max-Planck-Institut für Empirische Ästhetik, das Fraunhofer Institut in Hanau, das Ernst-Strüngmann-Institut in Frankfurt, das Kunststoff-Institut in Darmstadt. Das ist zusätzlich zu diesen 70 Millionen €. Ich glaube, dass wir hier Meilensteine für die hessische Hochschullandschaft haben. Wir behandeln die hessische Hochschullandschaft besser, als das jemals unter Rot-Grün passiert ist. Das ist auch gut und richtig so.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Damit will ich in der letzten Minute kurz zum Thema Kultur kommen – ein ganz wichtiger Punkt für uns. Fangen wir mit den Staatstheatern an. Die Staatstheater erhalten nun finanziell noch mehr Luft durch die Beteiligung der Umlandkommunen. Gleichzeitig behält das Land seine hohe – auch im Vergleich zu anderen Ländern hohe – Förderung mit einer Quote von 52 % bei. Auch bei den absoluten Beträgen werden wir nicht heruntergehen, sodass auch dort gute Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind und die Kulturförderung insgesamt auf einem hohen Niveau bleibt, und das in durchaus schwierigen Haushaltszeiten, und wir z. B. mit Sonderprogrammen wie dem Thema BÜCHNER-Jahr unser kulturelles Erbe weiter stärken und fördern. Ich begrüße das außerordentlich.

Daher möchte ich zusammenfassen: Unsere Antwort auf wachsende Studentenzahlen ist der höchste Etat für Wissenschaft und Kunst in der Geschichte des Landes Hessen. Mit einem Plus von 72 Millionen € gegenüber dem Vorjahr setzen wir klare Prioritäten für Wissenschaft, Kunst und Kultur in Hessen. Hessen ist unter Schwarz-Gelb ein Land der Bildung, ein Land der Wissenschaft und der Kultur. Das ist gut so, und so soll es auch bleiben. – Danke sehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wie viel Zeit habe ich noch?)

– Sie haben noch neun Minuten und neun Sekunden.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Zeitungen in den letzten Wochen waren voll mit Schlagzeilen wie „überfüllte Hörsäle“, „Hochschulen platzen aus allen Nähten“ und „Studieren auf Bierbänken und im Kinosaal“.

Meine Damen und Herren, dieser Ansturm auf die Hochschulen, diese Entwicklung ist nicht wie ein Naturereignis gekommen, sondern sie ist lange vorausgesagt worden, und ihr Höhepunkt ist noch nicht erreicht. In Hessen werden ab dem nächsten Jahr die doppelten Abiturjahrgänge durch die Umstellung auf G 8 an die Hochschulen kommen. Das Problem ist, dass die Landesregierung natürlich alle diese Probleme kannte und dennoch die Hochschulen sehenden Auges in diese Lage hineingesteuert hat.

Mittlerweile gibt es in der Bundesrepublik insgesamt etwa 2,2 Millionen Studierende. Experten haben aber berechnet, dass nur für die Hälfte davon die Studienplätze vollausfinanziert sind. Alles andere ist Überlast. Alles andere ist Notversorgung. Das ist genau das, was die hessischen Hochschulpräsidenten beklagen: dass ein großer Teil der Studierenden an ihren Hochschulen überhaupt nicht finanziert wird.

Auch in Hessen haben wir drastische Zustände. Allein an den fünf Universitäten studieren derzeit 140.000 Studierende. Allein in Frankfurt sind es 41.000. Schaut man dann einmal in den Einzelplan 15 dieses Haushalts, so braucht man nur Seite 818 für die Frankfurter Universität aufzublättern. Dort findet man als sogenannte Leistungszahl für Lehre und Forschung im kommenden Jahr die Zahl 23.308. Dass das nicht nur ein bisschen gegenüber der realen Studierendenzahl differiert, dafür braucht man keine großen Berechnungen anzustellen. Das ist offensichtlich.

Aber diese Leistungszahlen bilden die Grundlage für das Budget, und das hat mit der Wirklichkeit gerade einmal die Hälfte zu tun.

Dasselbe könnte man für alle anderen Hochschulen des Landes nachschlagen. Das Bild ist immer das gleiche: Der wirklichen Zahl der Studierenden stehen nicht die erforderlichen Mittel gegenüber. Das sind die unbestreitbaren Fakten.

Stattdessen hören wir von der Ministerin, aber auch von den Rednern von CDU und FDP, dass die Hochschulen so gut aufgestellt seien wie nie usw. usf.

Herr Bürger, wenn Sie sich immer wieder hinstellen und von dem hohen Budget für die Hochschulen sprechen, dann habe ich Ihnen an der Stelle schon einige Male gesagt, dass niemand bestreitet, dass das Budget für die Hochschulen höher ist, als es vor vielen Jahren war.

(Dr. Matthias Bürger (FDP): Als es jemals war!)

– Von mir aus auch „als es jemals war“. – Entscheidend ist aber nicht die absolute Zahl, sondern Sie müssen das Budget herunterrechnen, Sie müssen es inflationsbereinigt betrachten, und vor allem müssen Sie sich die Mittel pro Studierenden anschauen. Dann werden Sie sehen, das Budget ist eben nicht gestiegen, weil die Zahl der Studierenden ganz erheblich gestiegen ist. Wir haben ein Rekordniveau an Studierenden, an Erstsemestern. Wenn man die Mittel pro Studierenden herunterrechnet, dann dürfen Sie die Backen nicht ganz so dick aufblasen, Herr Bürger, denn dann sieht Ihre Regierung nicht besonders gut aus. Dann zeigt sich nämlich, dass die Mittel pro Studierenden eben nicht auf einem hohen Niveau sind, sondern dass die Studienplätze völlig unterfinanziert sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Es reicht nicht, die Zahlen schönzurechnen, sondern man muss sich die realen Zustände an den Hochschulen einmal anschauen, Herr Bürger. Es ist so, dass Studierende das ganze Semester lang keinen Sitzplatz bekommen und dass auch in den frühesten Morgenstunden und in den spätesten Abendstunden Vorlesungen gehalten werden, damit man den Bedarf überhaupt decken kann. Das sind ganz, ganz schwierige Zustände an den Hochschulen.

Zum Hochschulbau will ich nur sagen: Da ist Geld hineingesteckt worden. Auch das bezweifelt niemand. Aber man muss natürlich auch sehen, dass hier ein ganz enormer Nachholbedarf bestand.

(Dr. Matthias Bürger (FDP): Richtig! Wer hat denn davor regiert?)

– Wir nicht. – Da gab es einen unglaublich hohen Sanierungsbedarf. Das zeigt doch, was passiert, wenn man die öffentlichen Investitionen wegen der Schuldenbremse oder warum auch immer herunterfährt. Dann verschiebt man letztlich die Investitionen einfach in die Zukunft. Irgendwann muss man ja doch investieren. Wenn man über Jahre hinweg nicht saniert, keine neuen Gebäude baut – das gilt nicht nur für die Hochschulen, sondern das gilt generell für die öffentliche Verwaltung –, dann stauen sich die notwendigen Investitionen auf. Irgendwann muss man sie aber dann doch tätigen.

Ich will ausdrücklich anerkennen, dass die Hochschulen versuchen, das Beste aus der Situation herauszuholen. Das forschende und das lehrende Personal zeigt einen sehr großen Einsatz. Ich finde, das verdient den Respekt dieses Landtags. Die Situation ist aber nun wirklich nicht zu bejubeln. Ganz im Gegenteil, die Arbeitsbedingungen sind absolut prekär, insbesondere im universitären Mittelbau. Dort gibt es fast nur noch befristete Verträge. Überstunden sind die Regel. Das ist wirklich eine Situation, die so überhaupt nicht hinnehmbar ist.

Anstatt die Hochschulen finanziell vernünftig auszustatten, hat die Landesregierung im Rahmen des Hochschulpakts die Mittel um 30 Millionen € gekürzt, obwohl eher eine Aufstockung der Mittel als ihre Kürzung ange-

bracht war. Wenn den Hochschulen jetzt aufgrund der wachsenden Steuereinnahmen die versprochenen 20 Millionen € zurückgegeben werden, dann ist das eben kein Mehr, das die Hochschulen bekommen, sondern allenfalls eine Minderung der Kürzung. Es ist aber nicht so, dass die Hochschulen in irgendeiner Form mehr Geld bekommen würden, sondern es bleibt bei einer Kürzung der Mittel; sie fällt nur nicht so stark aus.

Dass diese Kürzung nicht nur bei den Studierenden, sondern auch bei den Hochschulpräsidenten auf enormen Widerstand gestoßen ist, dass die Ministerin einen ganz eigenen Umgang auch mit den Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten pflegt, will ich jetzt nicht vertiefen. Ich finde aber die Art und Weise nicht angebracht, wie die Ministerin mit den Hochschulen umgeht.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Sie ziehen sich auf die vage Hoffnung zurück, dass sich der gegenwärtige Anstieg der Zahl der Studierenden einfach wieder von selber erledigt, weil dann die geburtschwachen Jahrgänge kommen. Man hat schon früher gedacht, dass man einen solchen Studentenberg einfach „untertunneln“ kann, ihn einfach aussitzen kann. Ich will zuerst sagen, dass es ein bisschen schwierig ist, den Studierenden, die von den miserablen Zuständen betroffen sind, zu sagen: Ihr habt leider gelitten, ihr gehört leider zu dem Studentenberg, deshalb habt ihr jetzt schlechte Bedingungen.

Zweitens glaube ich nicht, dass sich dieser Studentenberg einfach „untertunneln“ lässt, weil die Studierwilligkeit weiter steigen wird. Es ist ja eigentlich das Ziel, dass man – auch im internationalen Vergleich – eine höhere Studierendenquote hat. Deswegen müsste man gerade diese Situation doch nutzen, mehr Geld in die Hochschulen zu stecken, mehr Lehrende einzustellen, bessere Bedingungen zu schaffen, damit wir auch dann, wenn die geburtschwächeren Jahrgänge kommen, langfristig eine höhere Studierendenquote erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen eine verbesserte finanzielle Lage an den Unis. Was wir nicht brauchen, Frau Ministerin, sind Werbetafeln und Hochglanz-Flyer für 500.000 €, mit denen Sie das LOEWE-Programm bewerben, dessen Mittel ohnehin ausgeschöpft sind und das inzwischen jedem bekannt ist. Das ist wieder nur eine Kampagne zur Selbstdarstellung der Landesregierung. Das brauchen die Hochschulen sicher nicht. Dieses Geld könnten sie anderswo sehr viel besser einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Kollegin Sorge hat es schon angesprochen: Die Wohnungsnot der Studierenden hat dramatische Ausmaße angenommen. Die jüngste Hausbesetzung in Frankfurt ist dafür ein Ausdruck. Das Land muss ein Programm zum Bau von Studentenwohnheimen auflegen. Es besteht ein außerordentlich hoher Bedarf an Wohnraum. Sie müssen jetzt aber auch den Immobilienbestand überprüfen. Wo gibt es Leerstände, die kurzfristig bereitgestellt werden können, um die Situation zu entschärfen? Auf der anderen Seite dürfen Studierende, die mit friedlichen Aktionen auf diese Misere aufmerksam machen und leer stehende Gebäude in einer friedlichen Aktion besetzen, aber nicht kriminalisiert werden, Frau Ministerin.

(Dr. Matthias Büger (FDP): Das ist aber doch Rechtsbeugung!)

Deren Anliegen muss ernst genommen werden, und es muss eine Lösung für das Problem gefunden werden. Daher darf man nicht mit Anzeigen und Strafverfolgung darauf reagieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Der letzte Punkt, auf den ich kurz eingehen möchte: Hand in Hand mit der Mittelkürzung für die öffentlichen Hochschulen geht bei Ihnen die Bereitstellung von Millionen Euro für den Aufbau einer Law School an der privaten European Business School. Da kostet ein Studienjahr bekanntermaßen 12.000 €. Die Investitionen zahlen die Steuerzahler, deren Kinder mehrheitlich nicht die Chance haben, die European Business School zu besuchen. Im Moment ist es die exklusive Zahl von 88 Studierenden, die dort mit dem Studium begonnen haben. Wie dort mit öffentlichen Geldern umgegangen worden ist, wissen wir. Wir sind der Meinung – unserem Antrag haben leider alle anderen Fraktionen nicht zugestimmt –, man muss die Förderung der EBS sofort einstellen. Das Geld muss an die öffentlichen Hochschulen und darf nicht an private Eliteschulen fließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie betrachten die Hochschulpolitik immer weniger als öffentliche Aufgabe. Grundlegende Weichenstellungen werden nicht mehr vom Ministerium vorgenommen, sondern gleich von einer Wirtschaftsberatung. Auch das halten wir für nicht hinnehmbar. Wir begrüßen die für morgen angekündigte Aktion der Studierenden unter der Losung „Occupy education“, weil wir denken, eine breite Mobilisierung des Protestes ist immer noch das beste Mittel, um auf Missstände aufmerksam zu machen und um Verbesserungen im Bildungssystem zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Keine der Rednerinnen, keiner der Redner hat die Zahlen bestritten, die wir in den Haushaltsplanentwurf geschrieben haben. Das ist doch schon etwas. Die Zahlen sind unbestritten. Deswegen sage ich: Der Einzelplan 15 des Haushaltsentwurfs 2012 macht erneut das große Engagement der Landesregierung in den Bereichen Bildung, Wissenschaft sowie Kunst und Kultur deutlich. Das haben die beiden Redner von der CDU und der FDP sehr deutlich gemacht.

Im Entwurf stehen zusätzliche Mittel in Höhe von rund 72,5 Millionen €. Es geht nicht allein um diese Zahl, aber ohne diese Zahl geht es auch nicht. Durch Änderungsanträge kommen noch erhebliche Mittel hinzu. Wer in schwieriger Zeit im Wissenschaftsbereich und im Bereich Kultur eine solche Erhöhung vornimmt, der kann am Ende sagen: Wir setzen auf zukunftsfähige Bereiche und trauen uns auch in schwieriger Zeit zu, genau diese Bereiche zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Dazu gehört natürlich das Forschungsförderungsprogramm LOEWE. Das Forschungsförderungsprogramm LOEWE ist unter den Forschern bekannt. Es muss aber

auch unter denen bekannt werden, die als Partner für dieses Forschungsprogramm gesucht werden. Hier haben wir noch Nachholbedarf. LOEWE ist so erfolgreich, dass es bisher ein Insiderprogramm ist. In Wirklichkeit ist es aber ein Programm, das mit kleinen und mittleren Unternehmen so gute Kontakte pflegt, dass davon noch viel mehr profitiert werden könnte. Durch das LOEWE-Programm, das seit 2008 läuft und in dieser Legislaturperiode insgesamt 410 Millionen € zur Verfügung hat, sind – das kann ich schon heute sagen – in dieser Zeit über 1.300 hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Partner haben zusätzliche Forschungsmittel in Höhe von über 160 Millionen € eingeworben. Wenn man denkt, dass das Programm LOEWE – das wäre ja das, was man landläufig glaubt – ausschließlich an den Universitätsstandorten gewirkt hat, dann täuscht man sich. 80 Standorte in ganz Hessen haben von dem LOEWE-Programm profitiert, auch Standorte im ländlichen Raum. Deswegen sage ich: Dieses Forschungsförderungsprogramm ist ein Erfolgsprogramm für das ganze Land Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wenn man über Forschung redet, wird noch deutlicher, dass Forschung nicht nur etwas Theoretisches ist, sondern dass es dabei auch unmittelbar um den Gesundheitsbereich geht. In Frankfurt, in Gießen und in Marburg haben wir mithilfe eines Einsatzes von über 60 Millionen € die Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung eingeworben. Dort werden in den nächsten fünf Jahren Diabetes, Krebs sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen – die Volkskrankheiten – erforscht. Das ist ein Programm, das am Ende all denen, die krank sind, explizit zugutekommt. Auch in diese Forschung haben wir enorm viel Geld investiert.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen – das haben die Kollegen ebenfalls gesagt –, dass wir es uns auch zutrauen, neue Institute auf den Weg zu bringen. Dabei handelt es sich um die Integration des Deutschen Kunststoff-Instituts in das Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit, die Fraunhofer-Projektgruppe für Wertstoffkreisläufe und Werkstoffsubstitution, das Max-Planck-Institut für Empirische Ästhetik und das Ernst-Strüngmann-Institut. Allein das kostet 141 Millionen €, die bis 2016 investiert werden und damit in den verschiedensten Bereichen den Forschungsstandort sichern.

An dieser Stelle will ich darauf hinweisen, dass die Bundesregierung für die Forschung noch nie so viel Geld zur Verfügung gestellt hat wie derzeit. Aus dem Pakt für Forschung und Innovation werden bei uns – mit 6,8 % an Landesmitteln – die Projekte gefördert, die ganz besonders wichtig sind. Dabei möchte ich auch das internationale Leuchtturmprojekt FAIR am Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung in Darmstadt nennen, in das allein Projektförderungsmittel des Landes in Höhe von 8 Millionen € gehen. Auch das ist eine mutige Entscheidung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Frau Sorge sagt immer wieder, die Studenten bekämen weniger Geld. Dazu kann ich nur sagen: In den Statistiken taucht nur die Grundfinanzierung auf, nämlich die Finanzierung der 1,4 Milliarden €, die im Grundbudget für die Studierenden zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir all das hinzurechnen, was, wie ich eben gesagt habe, für die Programme HEUREKA und LOEWE und für Verbesserungen

beim E-Learning ausgegeben wird – allein im Jahr 2012 werden das 47 Millionen € sein –, sowie das, was wir vom Hochschulpakt 2020 in der Bund-Länder-Finanzierung hinzupacken, stellen wir fest, dass die Finanzierung pro Student nicht nur nicht schlechter, sondern sogar besser ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die alten statistischen Daten weisen das allerdings nicht aus. Deswegen kann man nicht davon reden, dass die Situation in Hessen aufgrund der Zunahme der Zahl der Studierenden schlechter geworden ist. Das ist einfach eine falsche Darstellung der Programme und der Fakten.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das sagen die Studierenden!)

Die Befürchtungen der Hochschulen, dass sie von Studierenden überschwemmt werden und dass die Menschen in Zelten übernachten müssen, haben sich nicht bewahrheitet, Frau Kollegin Sorge. Vielmehr ist das eingetreten, was ich gesagt habe: Wir hatten sehr viele Doppel- und Onlinebewerbungen. Es gab an den Hochschulen ungefähr 15 Onlinebewerbungen pro Student.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woran liegt das denn? Wer ist daran schuld?)

In den Hochschulen heißt es heute, sie seien ganz gut darauf vorbereitet gewesen. Es gebe zwar Engpässe, aber es sei nicht zu einem Chaos gekommen, weil sich nicht die erwartete große Zahl von Studierenden beworben habe.

Noch etwas: Die Vertreter der Studentenwerke, mit denen ich in der letzten Woche zusammengesessen habe, haben gesagt, sie hätten die Situation im Griff. Es gebe bei ihnen keine katastrophalen Zustände, weil sie die Schaffung neuer Wohnheimplätze förderten – allein 1.000 sind es in Frankfurt – und weil sie dazu übergegangen seien, mit Privatinitiativen zu kooperieren, damit am Ende alle verfügbaren Zimmer und Wohnungen zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch da haben wir die Lage im Griff. Auch da verbessert sich die Situation aufgrund des Engagements der Studentenwerke mit jeder Woche.

Frau Kollegin Sorge und Frau Kollegin Wissler, all das, was hier vorgetragen worden ist, hat also mit der Realität an den Hochschulen nichts zu tun. Man fragt sich, mit wem Sie eigentlich reden – mit den Präsidenten, den Vertretern der Studentenwerke und den Studierenden anscheinend nicht.

Lassen Sie mich zum Schluss noch erwähnen, dass auch bei der Kultur in Bereichen Erhöhungen stattgefunden haben, in denen in vielen anderen Ländern längst Kürzungen vorgenommen wurden. Wir haben immer noch eine Theaterlandschaft, die sich sehen lassen kann: mit drei Staatstheatern, je einem Theater in Marburg und in Gießen und einem Spartentheater, das drei Sparten und ein A-Orchester hat. Ich denke, auch das muss man in schwierigen Zeiten einmal lobend erwähnen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben auch die Landesmarke Grimm und das Büchner-Jubiläumjahr. Wir haben zusätzlich Geld in den Haushalt gegeben, um die beiden Jubiläen, die da anstehen und die das Land prägen, ordentlich feiern zu können. Auch bei der Kultur haben wir uns in schwieriger Zeit getraut, die Mittel zu erhöhen, statt sie zu kürzen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin den Koalitionsfraktionen der CDU und der FDP dankbar, dass wir in diesen Zeiten auf Innovation und Forschung setzen; denn ohne Innovation und Forschung hätten wir es nicht so schnell aus der Krise geschafft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 15 erfolgt.

Ich stelle der Form halber fest, dass zu den **Einzelplänen 10 und 11** keine Wortmeldungen vorliegen, dass hierzu

also keine Aussprache stattfindet. Sie sind damit ebenfalls besprochen.

Damit sind wir am Ende der Haushaltsberatungen. Ich weise noch einmal darauf hin, wir haben vereinbart, dass die Abstimmungen morgen früh um 9 Uhr stattfinden.

Damit darf ich Sie für heute verabschieden.

Wir wünschen unserem Alterspräsidenten eine gute Nacht und hoffen, dass er morgen früh gesund und munter hierherkommt; denn dann ist der alte Abstand in den Jahren wiederhergestellt. Dann begrüßen wir ihn besonders herzlich.

Bis morgen. Tschüss.

(Schluss: 19:26 Uhr)